



Bekanntmachung

Gremium: Rat der Stadt Beckum

Datum: Mittwoch, 17.12.2025

Beginn: 17:30 Uhr

Ort: Aula des Berufskollegs Beckum des Kreises Warendorf, Hansaring 11,
59269 Beckum

Hinweise: Alle Einwohnerinnen und Einwohner sind zum öffentlichen Teil der Sitzung herzlich eingeladen.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Bestellung einer Schriftführung
- 2 Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
- 3 Bericht der Verwaltung
- 4 Ansichziehung von Entscheidungen gemäß § 2 Nummer 3 Zuständigkeitsordnung des Rates, der Ausschüsse und der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters der Stadt Beckum
- 5 Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Beckum für das Haushaltsjahr 2026 mit ihren Anlagen
- 6 Änderung des Gesellschaftsvertrags der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH
- 7 Beschluss über die Gültigkeit der Wahl des Rates vom 14.09.2025
- 8 Beschluss über die Gültigkeit der Wahl der Bürgermeisterin beziehungsweise des Bürgermeisters vom 14.09.2025
- 9 Beschluss über die Gültigkeit der Wahl des Integrationsrates vom 14.09.2025
- 10 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung
- 11 Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung
- 12 Änderung der Abfallgebührensatzung
- 13 Änderung der Gewässerunterhaltungsgebührensatzung
- 14 Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung, Gebührenkalkulation für das Jahr 2026
- 15 Änderung der Klärschlammabeseitigungs- und entsorgungssatzung für das Jahr 2026
- 16 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Wohnquartier Herzfelder Straße" – Abschluss des Durchführungsvertrags
- 17 Bebauungsplan Nr. 3 "Herzfelder Straße", 2. Änderung – Abwägung der Belange und Satzungsbeschluss

- 18 Satzung der Stadt Beckum über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Innenstadt Beckum 2025"
- 19 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht gemäß § 25 Absatz 1 Nummer 2 Baugesetzbuch für Flächen östlich und südlich des Gewerbegebietes "Auf dem Tigge"
- 20 Sanierung des Freibads Neubeckum – Beantragung von Fördermitteln aus dem Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten"
- 21 Wirtschaftsplan 2026 – Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum
- 22 Wirtschaftsplan 2026 – Städtische Betriebe Beckum
- 23 Wirtschaftsplan 2026 – Städtischer Abwasserbetrieb Beckum
- 24 Bestellung von Vertretungen in Gremien von juristischen Personen und Personenvereinigungen
- 25 Anfragen von Ratsmitgliedern

Nicht öffentlicher Teil:

- 1 Bericht der Verwaltung
- 2 Anfragen von Ratsmitgliedern

Beckum, den 03.12.2025

gezeichnet
Michael Gerdhenrich
Vorsitz

Ansichziehung von Entscheidungen gemäß § 2 Nummer 3 Zuständigkeitsordnung des Rates, der Ausschüsse und der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters der Stadt Beckum

Federführung: Büro des Bürgermeisters

Beteiligungen: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Auskunft erteilt: Herr Gerdhenrich | 02521 29-1000 | gerdhenrich@beckum.de

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Der Rat der Stadt Beckum zieht die Entscheidung über Beantragung von Fördermitteln aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ für die Sanierung des Freibads Neubeckum an sich.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Sach- und Personalkosten, die der laufenden Verwaltungstätigkeit zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Gemäß § 2 Nummer 3 Zuständigkeitsordnung des Rates, der Ausschüsse und der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters der Stadt Beckum entscheidet der Rat der Stadt Beckum in Angelegenheiten, die einem Ausschuss zur Entscheidung übertragen worden sind, sofern der Rat durch ausdrücklichen Beschluss im Einzelfalle die Entscheidung an sich zieht.

Es ist beabsichtigt, im Rahmen der Sanierung des Freibads Neubeckum Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ zu beantragen. Für die Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren wird ein Ratsbeschluss benötigt.

Inhaltlich wird auf die Vorlage 2025/0388 verwiesen.

Anlage(n):

ohne

Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Beckum für das Haushaltsjahr 2026 mit ihren Anlagen

Federführung: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Beteiligungen: Büro des Bürgermeisters
Fachbereich Innere Verwaltung
Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

Auskunft erteilt: Herr Wulf | 02521 29-2000 | wulf@beckum.de

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Der Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Beckum für das Haushaltsjahr 2026 mit ihren Anlagen wird entsprechend der Anlage 2 zur Vorlage zur weiteren Beratung verwiesen.

Kosten/Folgekosten

Durch die Erstellung der Haushaltssatzung nebst Anlagen entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen legt der Bürgermeister den bestätigten Entwurf der Haushaltssatzung dem Rat vor.

Der Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Beckum für das Haushaltsjahr 2026 (Entwurf Haushaltssatzung 2026) wurde am 28.11.2025 vom Kämmerer aufgestellt und vom Bürgermeister am 28.11.2025 bestätigt.

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2026 mit ihren Anlagen wird in der Sitzung überreicht beziehungsweise den Fraktionen direkt zugestellt.

Vorgesehen ist, dass der Bürgermeister und der Stadtkämmerer den Entwurf der Haushaltssatzung und ihrer Anlagen im Rahmen von Haushaltsreden erläutern.

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2026 wurde auf der Grundlage des Dritten Gesetzes zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Land Nordrhein-Westfalen (3. NKFWG NRW) vom 28.02.2024 erstellt.

Der **Ergebnisplan** schließt mit dem

Gesamtbetrag der Erträge mit 136.911.950 Euro
und dem Gesamtbetrag der Aufwendungen mit 148.057.900 Euro
abzüglich einem globalen Minderaufwand von 500.000 Euro
und somit 147.557.900 Euro
mit einem **negativen Jahresergebnis** in Höhe von 10.645.950 Euro
ab.

Der **Finanzplan** schließt mit dem Gesamtbetrag

der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit 129.751.650 Euro,
der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit 136.197.350 Euro,
der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit mit 19.714.700 Euro,
der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit mit 46.250.000 Euro,
der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit mit 33.626.050 Euro
und der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit mit 545.050 Euro
ab.

Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Investitionen in künftigen Jahren sind
in Höhe von 107.521.450 Euro vorgesehen.

Kredite für Investitionen sind mit 26.533.800 Euro veranschlagt.

Kredite zur Liquiditätssicherung sind mit 6.990.750 Euro veranschlagt.

Das negative Jahresergebnis kann durch die **Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage**
mit 8.018.604 Euro und einer **Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage** mit
2.627.346 Euro gedeckt werden.

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2026 wie folgt
festgesetzt:

1 Grundsteuer A

Für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

(Grundsteuer A) auf 331 vom Hundert

2 Grundsteuer B

Nach folgender Maßgabe setzt die Stadt Beckum zur Reduzierung der Wohnneben-
kosten unterschiedliche Hebesätze für Wohn- und Nichtwohngrundstücke fest:

a) Für die unbebauten Grundstücke (§ 247 Bewertungsgesetz) und bebauten
Grundstücke, die gemäß § 250 Absatz 3 Bewertungsgesetz im Sachwertverfah-
ren zu bewerten sind (Nichtwohngrundstücke)

(Grundsteuer B -N-) auf 1 110 vom Hundert

b) Für die bebauten Grundstücke, die gemäß § 250 Absatz 2 Bewertungsgesetz
im Ertragswertverfahren zu bewerten sind (Wohngrundstücke)

(Grundsteuer B -W-) auf 607 vom Hundert

3 Gewerbesteuer 430 vom Hundert

Der Hebesatz der Gewerbesteuer soll aufgrund der erhöhten Ertragserwartung von 435 vom Hundert auf 430 vom Hundert gesenkt werden.

Anlage(n):

- 1 Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Beckum für das Haushaltsjahr 2026
(Die Anlagen zum Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Beckum für das Haushaltsjahr 2026 werden in der Sitzung überreicht beziehungsweise den Fraktionen direkt zugestellt.)
- 2 Zuständigkeit der Fachausschüsse zur Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2026

Haushaltssatzung der Stadt Beckum für das Haushaltsjahr 2026

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 2025 (GV. NRW. S. 618), hat der Rat der Stadt Beckum mit Beschluss vom _____ folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2026, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit dem Gesamtbetrag

der Erträge auf	136.911.950 Euro,
der Aufwendungen auf	148.057.900 Euro,
abzüglich globaler Minderaufwand von	500.000 Euro,
somit auf	147.557.900 Euro

im **Finanzplan** mit dem Gesamtbetrag

der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	129.751.650 Euro,
der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	136.197.350 Euro,
der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	19.714.700 Euro,
der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	46.250.000 Euro,
der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	33.526.050 Euro,
der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	545.050 Euro,

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf26.533.800 Euro festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 107.521.450 Euro festgesetzt.

§ 4

Die **Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage** aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 8.018.604 Euro und die **Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage** aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 2.627.346 Euro festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf..... 25.000.000 Euro festgesetzt.

§ 6*)

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2026 wie folgt festgesetzt:

- 1 Grundsteuer A
Für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf.....331 vom Hundert
- 2 Grundsteuer B
Nach folgender Maßgabe setzt die Stadt Beckum zur Reduzierung der Wohnnebenkosten unterschiedliche Hebesätze für Wohn- und Nichtwohngrundstücke fest:
 - a) Für die unbebauten Grundstücke (§ 247 Bewertungsgesetz) und bebauten Grundstücke, die gemäß § 250 Absatz 3 Bewertungsgesetz im Sachwertverfahren zu bewerten sind (Nichtwohngrundstücke)
(Grundsteuer B -N-) auf 1 110 vom Hundert
 - b) Für die bebauten Grundstücke, die gemäß § 250 Absatz 2 Bewertungsgesetz im Ertragswertverfahren zu bewerten sind (Wohngrundstücke)
(Grundsteuer B -W-) auf 607 vom Hundert
- 3 Gewerbesteuer..... 430 vom Hundert

§ 7

- (1) Es werden Budgets nach folgenden Grundsätzen gebildet:
 - a) Die Erträge und Aufwendungen werden grundsätzlich produktübergreifend innerhalb einer (Teil-)Organisationseinheit zu einem Budget zusammengefasst. Gleiches gilt für die zugehörigen Ein- und Auszahlungen.
 - b) Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und die bilanziellen Abschreibungen bilden ein eigenes Budget.
 - c) Für die Schulen und die Gebührenhaushalte werden unter Berücksichtigung von Buchstabe a separate Budgets gebildet.
 - d) Der Produktbereich 16 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ bildet ein eigenes Budget.
 - e) Die Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen werden ebenfalls produktübergreifend innerhalb einer (Teil-)Organisationseinheit zu einem Budget zusammengefasst.
- (2) Mehrerträge/Minderaufwendungen und/oder Mehreinzahlungen/Minderauszahlungen innerhalb eines Budgets berechtigen zu Mehraufwendungen und/oder Mehrauszahlungen innerhalb des Budgets und den übrigen Budgets. Dies gilt auch für außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, soweit diese nicht erheblich sind.
- (3) Folgende Aufwendungen und Auszahlungen werden – jeweils und abweichend vom Grundsatz der Budgetdeckung – für produktübergreifend gegenseitig deckungsfähig erklärt:
 - Personal- und Versorgung

- Fortbildung einschließlich Reisekosten
- Dienst- und Schutzkleidung
- Städtische Betriebe Beckum
- Interne Leistungsverrechnungen

Für die genannten Aufwendungen und Auszahlungen gilt Absatz 2 entsprechend.

- (4) Mehrbedarfe bei Verpflichtungsermächtigungen können budgetübergreifend durch Minderbedarfe bei Verpflichtungsermächtigungen gedeckt werden. Das gilt auch für außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen soweit sie nicht erheblich sind. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf nicht überschritten werden.

§ 8

- (1) Soweit im Laufe eines Haushaltsjahres Stellen sowohl von beamteten als auch von tariflich Beschäftigten verwaltet werden können, dürfen die Stellen für beamtete Beschäftigte mit vergleichbar eingruppierten tariflich Beschäftigten und Stellen für tariflich Beschäftigte mit vergleichbar zu besoldenden beamteten Beschäftigten besetzt werden. Die besetzte Stelle gilt für das laufende Haushaltsjahr als in eine Stelle der vergleichbaren Besoldungs- beziehungsweise Entgeltgruppe umgewandelt. Sie soll grundsätzlich, spätestens in dem nach dauerhafter Aufgabenübertragung folgenden, Haushaltsjahr entsprechend umgewandelt werden.
- (2) Im Rahmen von Nachbesetzungen dürfen Stellen vorübergehend für einen angemessenen Zeitraum, höchstens jedoch 6 Monate, doppelt besetzt werden. Absatz 1 gilt entsprechend.
- *) Die Ausweisung der Steuersätze erfolgt deklaratorisch. Die Steuersätze der Gemeindesteuern sind im Rahmen der Satzung der Stadt Beckum über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung) festgelegt.

Aufgestellt:

Beckum, den 28. November 2025

gezeichnet

Wulf

Stadtkämmerer

Bestätigt:

Beckum, den 28. November 2025

gezeichnet

Gerdhenrich

Bürgermeister

Zuständigkeit der Fachausschüsse zur Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2026

1. Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familie

Produktbereich	Bezeichnung	Seiten
06	Kinder-, Jugend und Familienhilfe	521 – 628

2. Ausschuss für Bauen, Umwelt, Klimaschutz, Energie und Vergaben

Produkte	Bezeichnung	Seiten
011305	Zentrale Gebäudewirtschaft	205 – 218
110105	Betrieb BHKW Rathaus (Elektrizitätsversorgung)	731 – 736
110107	Betrieb BHKW Rathaus (Fernwärmeversorgung)	737 – 740
110109	Betrieb BHKW AMG (Strom)	741 – 744
110301	Entwässerung und Abwasserbeseitigung	745 – 748
110501	Maßnahmen der Abfallwirtschaft	749 – 756
120101	Verkehrsflächen und -anlagen inkl. Beleuchtung	759 – 810
120109	Parkeinrichtungen und Parkraumbewirtschaftung	817 – 824
120110	Öffentlicher Personennahverkehr	825 – 832
130101	Natur- und Landschaftspflege	839 – 846
130102	Bereitstellung von Grün- und Erholungsflächen	847 – 854
130105	Hochwasserschutz/Gewässerentwicklung	875 – 890
130501	Verwaltung der Friedhöfe	891 – 902
140101	Maßnahmen und Verwaltung des Umweltschutzes	905 – 912
150301	Unterstützung der Bürgerhäuser und -zentren	943 – 948

Zusätzlich: Beratung der in den einzelnen Produkten veranschlagten Hochbauinvestitionsmaßnahmen

3. Schul-, Kultur-, und Sportausschuss

Produktbereich/ Produkte	Bezeichnung	Seiten
03	Schulträgeraufgaben	289 – 408
04	Kultur- und Wissenschaft	409 – 476
08	Sportförderung	631 – 654
100103	Denkmalschutz und -pflege	671 – 686

4. Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss

Produkte	Bezeichnung	Seiten
010101	Politische und Strategische Steuerung	67 – 74
010201	Verwaltung der Ratsangelegenheiten	75 – 80
010205	Datenschutz	89 – 94
010401	Angelegenheiten der Personalvertretung, Betriebssport	95 – 100
010402	Angelegenheiten der Schwerbehindertenvertretung	101 – 106
010501	Prüfungen, Beratungen und Stellungnahmen	107 – 112
010601	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	113 – 124
010605	Zentraler Bürgerservice, Bürgerbüro	125 – 130
010701	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	131 – 138

Produkte	Bezeichnung	Seiten
010801	Personalwirtschaft, Arbeitssicherheit	139 – 148
010806	Personalservice Vorschüsse	149 – 150
010901	Haushaltswirtschaft	151 – 156
010903	Zahlungsabwicklung und Vollstreckung	157 – 162
010905	Erhebung von Steuern und Abgaben	163 – 168
011001	Service für Informationstechnik und Telekommunikation	169 – 178
011002	Datenverarbeitung und Informationstechnik (Schulen)	179 – 186
011101	Rechtsberatung Innere Verwaltung	187 – 192
011301	Grundstücksmanagement	193 – 204
020101	Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten	221 – 228
020105	Bewirtschaftung der (Wochen-)Märkte	229 – 234
020301	Personenstandswesen, Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	235 – 242
020305	Organisation, Durchführung von Wahlen und Abstimmungen	243 – 248
020501	Feuerwehr und Brandschutz	249 – 276
020505	Rettungsdienst und Krankentransport	277 – 388
050901	Sozialversicherungsangelegenheiten	507 – 512
100301	Bereitstellung von Einrichtungen für Wohnungslose	687 – 694
110101	Beteiligung an Versorgungsunternehmen	727 – 730
120107	Straßenreinigung und Winterdienst	811 – 816
120301	Beteiligung an Verkehrsunternehmen	833 – 836
130103	Bereitstellung von Grünflächen und Erholungsgebieten	855 – 868
130104	Land- und Forstwirtschaft	869 – 874
150101	Wirtschaftsförderung	915 – 926
150103	Stadtmarketing	927 – 936
150105	Verwaltung des Entwicklungs- und Gründerzentrums	937 – 942
150501	Förderung von Tourismus und Fremdenverkehr	949 – 956
160101	Allgemeines Finanzmanagement	959 – 966
160105	Kredit- und sonstiges Finanzmanagement	967 – 974

Zusätzlich: Beratung des Stellenplanes, der Personal- und Versorgungsaufwendungen und -auszahlungen (alle Produkte), der übrigen Anlagen sowie abschließende Beratung des Haushaltsentwurfes (Abgabe einer Beschlussempfehlung an den Rat).

5. Ausschuss für Stadtentwicklung

Produkte	Bezeichnung	Seiten
090101	Maßnahmen der Raumplanung und Entwicklung	657 – 666
100101	Aufgaben der Bauordnung und Aufsicht	673 – 680
150501	Förderung von Tourismus und Fremdenverkehr	949 – 956

6. Ausschuss für Inklusion, Gleichstellung, Soziales, Wohnen und Ehrenamt

Produktbereich/ Produkte	Bezeichnung	Seiten
05	Soziale Leistungen	477 – 520
010203	Angelegenheiten der Gleichstellung von Mann und Frau	81 – 88
060102	Gewährung von Unterhaltsvorschuss	523 – 528
100303	Verwaltung der Übergangsheime für Asylbewerber und Aus-siedler	695 – 702

100304	Verwaltung der Übergangsheime für Schutzsuchende aus der Ukraine	703 – 710
100501	Wohnbauförderung; Wohnungsmarkt	711 – 718
100503	Subjektbezogene Förderung von Wohnraum	719 – 724

Änderung des Gesellschaftsvertrags der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH

Federführung: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Beteiligungen:

Auskunft erteilt: Herr Wulf | 02521 29-2000 | wulf@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss

09.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

1. Den Änderungen des Gesellschaftsvertrags der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH, an der die Stadt Beckum unmittelbar und mittelbar beteiligt ist, wird auf der Grundlage des als Anlage 1 zur Vorlage beigefügten Gesellschaftsvertrags zugestimmt. Bereits jetzt wird etwaigen Änderungen des als Anlage 1 zur Vorlage beigefügten Vertragsentwurfs im Rahmen des kommunalrechtlichen Anzeigeverfahrens und der weiteren Abstimmungen zugestimmt, soweit diese den Vertragsentwurf nicht wesentlich verändern.
2. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Beckum in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH werden angewiesen, alle erforderlichen Erklärungen zur Änderung des Gesellschaftsvertrags der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH abzugeben.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Rechtsgrundlagen

Gemäß § 108 Absatz 5 Buchstabe b Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) dürfen Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde in Gesellschaftsgremien wesentlichen Änderungen des Gesellschaftsvertrags nur zustimmen, wenn zuvor der Rat den Änderungen zugestimmt hat. Diese Beschränkung gilt nur für Gesellschaften, an denen Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 Prozent beteiligt sind. Zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Beteiligung sind die §§ 107 und 107a GO NRW einschlägig.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Beckum ist mit einem Anteil von 1,11 Prozent unmittelbar an der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Kreis Warendorf mbH beteiligt. Außerdem ist sie über den Sparkassenzweckverband der Stadt Münster, des Kreises Warendorf sowie der Städte und Gemeinden Ahlen, Beckum, Beelen, Drensteinfurt, Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Sendenhorst, Telgte, Wadersloh und Warendorf mit einem durchgerechneten Anteil von 2,94 Prozent mittelbar beteiligt. Die übrigen 95,95 Prozent sind in kommunalem Besitz.

Ausgangslage

Mit dem Dritten Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Land Nordrhein-Westfalen (3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz Nordrhein-Westfalen – 3. NKFVG NRW) wurde unter anderem die GO NRW rückwirkend zum 31.12.2023 geändert. Hierdurch ergibt sich die Möglichkeit, Erleichterungen in Bezug auf die Jahresabschlüsse von kommunalen Unternehmen und Einrichtungen in Anspruch nehmen zu können. Die Koppelung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie deren Prüfung an die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften wurde ersetzt durch einen allgemeinen Verweis auf das 3. Buch des Handelsgesetzbuches (HGB).

Es wird ergänzend auf die Ausführungen in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Digitalausschusses vom 08.10.2024 verwiesen (siehe Vorlage 2024/0283 und Niederschrift zur Sitzung). Der Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss hat sich einstimmig für die seitens der Verwaltung vorgeschlagene Form der Nutzung der Erleichterungsmöglichkeiten ausgesprochen. Diese ist durch die Verwaltung zur Umsetzung vorbereitet worden.

Durch die vorgeschlagenen Änderungen des Gesellschaftsvertrags muss der Jahresabschluss der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH – ein Kleinstunternehmen – zukünftig nur dann geprüft werden, wenn die Größenklassen des § 267 HGB überschritten werden. Der Aufsichtsrat kann freiwillig eine Prüfung des Jahresabschlusses vornehmen lassen. Unverändert wird der Jahresabschluss jährlich von der Geschäftsführung erstellt und den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Pflicht zur Erstellung eines Lageberichts entfällt. Damit jedoch angemessene Informationen über die Lage der Gesellschaft weiterhin ersichtlich sind, wurde die Pflicht zur Aufstellung eines Geschäftsberichts in den Vertrag aufgenommen. Eine Nachhaltigkeitsberichterstattung – sonst aufgrund der Koppelung an die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften zwingend – wird nicht notwendig.

Änderungen der Gesellschaftsverträge

Die oben aufgeführten Änderungen wurden in den als Anlage 1 zur Vorlage beiliegenden Entwurf des Gesellschaftsvertrags eingearbeitet. Sie werden in der als Anlage 2 zur Vorlage beiliegenden Synopse des Gesellschaftsvertrags erläutert.

Des Weiteren wurde der Gesellschaftsvertrag um bisher fehlende kommunalrechtliche Vorgaben sowie um Regelungen zur Beschlussfassung außerhalb von Präsenzsitzungen ergänzt. Außerdem wurden redaktionelle Anpassungen vorgenommen.

Anzeigeverfahren

Der als Anlage 1 beigefügte Entwurf des Gesellschaftsvertrages wurde im Rahmen einer Vorabprüfung mit der zuständigen Aufsichtsbehörde, der Bezirksregierung Münster, abgestimmt. Eine förmliche Anzeige gemäß § 115 GO NRW steht noch aus. Das Anzeigeverfahren wird gebündelt für alle Gesellschafter vom Kreis Warendorf durchgeführt.

Anlage(n):

- 1 Gesellschaftsvertrag
- 2 Synopse

TOP Ö 6
ANLAGE 1



// ENTWURFSFASSUNG GESELLSCHAFTSVERTRAG

gfw – Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH

01.10.2025

Vorhelmer Str. 81 | 59269 Beckum | www.gfw-waf.de | 02521 8505 0

Präambel

Die Gesellschafter des Unternehmens definieren Wirtschaftsförderung als Teil der allgemeinen Entwicklung unserer Gesellschaft (allgemeine Daseinsvorsorge).

Das bedeutet: Verbesserung des Wirtschafts- und Lebensraumes für die Unternehmen und die Menschen im Kreis Warendorf. Der Kreis Warendorf soll auch in Zukunft eine wirtschaftsstarke Region sein, die weiterhin zu den am schnellsten wachsenden in Deutschland gehört.

Bestandsentwicklung der ansässigen Unternehmen, Ansiedlung und Errichtung neuer Unternehmen, insbesondere Existenzgründungen, unter Beachtung ökologischer Erfordernisse und der Chancengleichheit von Mann und Frau sowie die Umsetzung beschäftigungs-, arbeits- und Technologie orientierter Modernisierung sind dabei wesentliche Elemente.

§ 1

Firma und Sitz der Gesellschaft

- (1) Die Gesellschaft führt die Firma: gfw - Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH.
- (2) Sitz der Gesellschaft ist Beckum.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf und seiner Gemeinden.
- (2) Vornehmlicher Zweck der Gesellschaft ist die Bestandsentwicklung ansässiger Unternehmen, die Ansiedlung und Errichtung neuer Unternehmen – insbesondere Existenzgründungen – unter Beachtung ökologischer Erfordernisse und der Chancengleichheit für Mann und Frau.
- (3) Im Rahmen dieser Zielorientierung wird die Gesellschaft insbesondere:
 - a) die Profilierung der Wirtschaftsregion und die Verbesserung der Standortbedingungen für bestehende Unternehmen und potenzielle Investoren sichern und weiterentwickeln,
 - b) die Entwicklung von Strategien zur Lösung aktueller Problem- und Bedarfslagen betreiben und diese umsetzen.
 - c) die Koordination und Moderation von technologieorientierten Projekten übernehmen,
 - d) die strukturpolitischen Ziele der EU umsetzen, insbesondere in den Aufgabefeldern Arbeit, Beschäftigung, Qualifizierung,
 - e) die Gesellschafter bei der örtlichen und überörtlichen Planung beraten und unterstützen sowie Aufgaben der örtlichen Wirtschaftsförderung auf

Wunsch einzelner Gesellschafter übernehmen.

- 4) Die Gesellschaft kann sich zur Wahrnehmung von sonstigen Trägerfunktionen an anderen Gesellschaften und Institutionen unmittelbar oder mittelbar beteiligen oder deren Geschäftsführung übernehmen, sofern dies zur Erzielung des Gesellschaftszweckes notwendig erscheint.
- 5) Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

§ 3

Stammkapital und Stammeinlagen

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 715.808,63 Euro (in Worten: Siebenhundertfünfzehntausendachthundertacht 63/100--Euro). Der Mindestbetrag einer Stammeinlage beträgt 50,00 Euro (in Worten: Fünfzig Euro).
- (2) Eine Vereinigung von Stammeinlagen in der Hand eines Gesellschafters zu einer Stammeinlage ist zulässig, wenn keine Einlagen rückständig sind und keine Nachschusspflicht besteht.
- (3) Das Stammkapital ist in seiner Vermögenssubstanz zu erhalten.

§ 4

Geschäftsjahr

- (1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 5

Verfügung über Geschäftsanteile

- (1) Die Abtretung, Veräußerung oder Übertragung von Geschäftsanteilen oder Teilen eines Geschäftsanteiles ist zulässig mit einer Mehrheit von 80 % aller Stimmen der Gesellschafter.
- (2) Sofern der Abtretung oder Veräußerung zugestimmt wird, steht den übrigen Gesellschaftern ein Vorkaufsrecht zu.
- (3) Die Verpfändung oder Belastung von Geschäftsanteilen ist unzulässig.

§ 6

Organe der Gesellschaft

- (1) Organe der Gesellschaft sind:
 - a) die Gesellschafterversammlung
 - b) der Aufsichtsrat
 - c) die Geschäftsführung

§ 7

Gesellschafterversammlung

- (1) Jeder Gesellschafter hat das Recht, zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden.
- (2) Die Benennung der Vertreter für die Gesellschafterversammlung erfolgt durch schriftliche Mitteilung an die Gesellschaft.
- (3) Die gem. § 113 GO NRW entsendeten Mitglieder der kommunalen Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung haben die Interessen der sie entsendenden Kommune/ Kreises zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des jeweiligen Rates/ Kreistages und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat/ Kreistag bestellten Mitglieder haben ihr Amt auf Beschluss des entsendenden Rates/ Kreistages jederzeit niederzulegen. Sie haben den entsendenden Rat/ Kreistag über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten.

§ 8

Einberufung der Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterversammlung ist jährlich – spätestens 5 Monate nach Schluss des Geschäftsjahres – als ordentliche Gesellschafterversammlung einzuberufen. Außerdem muss die Gesellschafterversammlung einberufen werden, wenn dies der Aufsichtsrat oder die Geschäftsführung für erforderlich hält.
- (2) Die Einberufung der Gesellschafterversammlung erfolgt durch Einladung der Gesellschafter seitens der Geschäftsführung in Textform unter Angabe von Ort, Zeit und unter Mitteilung der Tagesordnung. Eine elektronische Bereitstellung der Einladung nebst Unterlagen, z. B. per Daten-Cloud, ist dabei zugelassen. Wird die Gesellschafterversammlung ganz oder teilweise als Videokonferenz abgehalten, sind der Einladung auch die Einwahldaten für die Videokonferenz beizufügen. Grundsätzlich sollen die Gesellschafterversammlungen am Sitz der Gesellschaft stattfinden. Die Einberufung hat mit einer Frist von mindestens zwei Wochen zu erfolgen. Der Tag der Einberufung und der Tag der Sitzung werden hierbei nicht mitgerechnet. In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist angemessen verkürzt und eine andere Form der Einladung gewählt werden.
- (3) Den Versammlungsort bestimmt der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung.
- (4) Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden zu den Sitzungen der Gesellschafterversammlung eingeladen.

§ 9

Gesellschafterversammlung

- (1) Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung ist der Landrat des Kreises Warendorf. Die Position des Stellvertreters steht der Sparkasse Münsterland Ost zu.
- (2) Je 50 Euro (in Worten: Fünfzig Euro) eines Geschäftsanteiles gewähren eine Stimme.
- (3) Die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden.

- (4) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit des Stammkapitals vertreten ist.
- (5) Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist durch die Geschäftsführung binnen 3 Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Die Gesellschafterversammlung ist in diesem Falle ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig. Hierauf ist bei der erneuten Ladung besonders hinzuweisen.
- (6) Ist eine Gesellschafterversammlung nicht ordnungsgemäß einberufen oder sind die Gegenstände der Tagesordnung nicht ordnungsgemäß angekündigt worden, so können Beschlüsse nur gefasst werden, wenn sämtliche Gesellschafter anwesend sind.
- (7) Beschlüsse der Gesellschaft werden in Gesellschafterversammlungen gem. § 48 Abs. 1 GmbHG oder gem. § 48 Abs. 2 GmbHG oder durch eine kombinierte Beschlussfassung gefasst. Dabei legt der Vorsitzende der Versammlung die Art der Sitzung fest. In Fällen des § 48 Abs. 2 S. 2 GmbHG oder durch eine kombinierte Beschlussfassung haben sich Gesellschafter mit der Beschlussfassung in der betreffenden Form in Textform einverstanden zu erklären. Soweit nicht zwingende Formvorschriften bestehen, können die Beschlüsse der Gesellschaft auf andere Art gefasst werden, vor allem:
 - a) Außerhalb der Gesellschafterversammlung, insbesondere im Rundum-Verfahren in schriftlicher Form, mündlich oder per Telefon, Telefax oder E-Mail.
 - b) In kombinierten Verfahren, insbesondere durch Kombination einer Versammlung einzelner Gesellschafter mit einer - vorherigen, gleichzeitigen oder nachträglichen - Stimmabgabe anderer Gesellschafter im Sinne von a) sowie durch eine Kombination verschiedener Stimmabgaben im Sinne von a) (z.B. teils schriftlich, teils per E-Mail, etc.).
- (8) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit des anwesenden Kapitals gefasst, soweit die Gesetze oder dieser Vertrag nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreiben. Bei Stimmengleichheit findet eine nochmalige Abstimmung statt. Wenn auch diese Abstimmung Stimmengleichheit ergibt, gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (9) Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung und einem Mitglied der Geschäftsführung zu unterzeichnen ist.
- (10) Die Niederschrift ist jedem Gesellschafter binnen einer Frist von 14 Tagen zu übersenden. Die Niederschrift gilt als genehmigt, wenn die Gesellschafter dem Inhalt des Protokolls nicht binnen einer Frist von vier Wochen widersprechen. Eine elektronische Bereitstellung der Niederschrift nebst Unterlagen, z. B. per E-Mail-Anhang oder sicherer Daten-Cloud, ist dabei zugelassen

§ 10

Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterversammlung hat unbeschadet gesetzlicher Vorschriften insbesondere zu beschließen über

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses nach Entgegennahme der Berichte der Geschäftsführung, des Abschlussprüfers und des Aufsichtsrates,
 - b) die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung,
 - c) die Bestellung des Abschlussprüfers für das lfd. Geschäftsjahr,
 - d) über Änderungen des Gesellschaftsvertrages, insbesondere über den Beitritt weiterer Gesellschafter,
 - e) die Genehmigung der Abtretung oder Veräußerung von Geschäftsanteilen,
 - f) die Auflösung der Gesellschaft,
 - g) die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen die Geschäftsführung,
 - h) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
 - i) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - j) die Bestellung und Abberufung des oder der Geschäftsführer
 - k) den Wirtschaftsplan.
- (2) Beschlüsse zu den Buchstaben d), e), f) und g) bedürfen einer Mehrheit von 80 % aller Geschäftsanteile.

§ 11 Aufsichtsrat

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus 16 Mitgliedern.
- (2) Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden durch die Gesellschafter auf die Dauer von 5 Jahren entsandt. Dabei stellt der Kreis Warendorf 8 Mitglieder sowie die Sparkasse Münsterland Ost zwei Mitglieder. Die Kommunen stellen 6 Mitglieder aus dem Kreis der Bürgermeister. Eine Vertretung der Aufsichtsratsmitglieder ist nicht möglich.
- (3) Die Mitgliedschaft endet mit dem Verlust des Mandates oder der Beendigung des Hauptamtes oder mit Abberufung durch den Entsendenden.
- (4) Endet das Amt eines Aufsichtsratsmitgliedes vorzeitig, so hat der entsendende Gesellschafter unverzüglich eine Neubesetzung vorzunehmen.
- (5) Der Aufsichtsrat kann sachkundige Personen zu seinen Sitzungen beratend hinzuziehen.
- (6) Der Aufsichtsrat kann sich selbst eine Geschäftsordnung geben.
- (7) Willenserklärungen des Aufsichtsrates werden vom Vorsitzenden abgegeben.
- (8) Der Kreistag des Kreises Warendorf bzw. die Räte der Städte und Gemeinden können den durch sie entsandten Aufsichtsratsmitgliedern Weisungen erteilen.

- (9) Die gem. § 113 GO NRW entsendeten Mitglieder der kommunalen Gesellschafter in den Aufsichtsrat haben die Interessen der sie entsendenden Kommune/ Kreises zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des jeweiligen Rates/ Kreistages und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat/ Kreistag bestellten Mitglieder haben ihr Amt auf Beschluss des entsendenden Rates/ Kreistages jederzeit niederzulegen. Sie haben den entsendenden Rat/ Kreistag über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten.

§ 12

Die Wahl des Vorsitzenden des Aufsichtsrates

- (1) Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Warendorf. Die Position des Stellvertreters wird von einem Vertreter der Sparkasse Münsterland Ost wahrgenommen.
- (2) Endet das Amt des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters vorzeitig, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Neuwahl vorzunehmen.

§ 13

Zuständigkeiten des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung, wobei er sich der Unterstützung eines Wirtschaftsprüfers bedienen kann. Er hat gegenüber der Geschäftsführung ein uneingeschränktes Auskunftsrecht.
- (2) Der Aufsichtsrat beschließt, unbeschadet gesetzlicher Zuständigkeiten, über
- a) den Inhalt der Anstellungsverträge des oder der Geschäftsführer.
 - b) Anstellung, Einstufung und Entlassung der Angestellten mit Jahresbezügen von mehr als 75.000 Euro brutto,
 - c) den in der Gesellschafterversammlung vorzulegenden Jahresabschluss,
 - d) die Gewährung von Gratifikationen und Sonderzuwendungen an Geschäftsführer und Angestellte für Sonderaufgaben.
- (3) Die Tätigkeit der Mitglieder des Aufsichtsrates erfolgt ehrenamtlich.
- (4) Bei Abstimmungen im Aufsichtsrat hat bei Stimmengleichheit der Vorsitzende des Aufsichtsrats die ausschlaggebende Stimme.
- (5) Beschlüsse des Aufsichtsrats werden in Aufsichtsratssitzungen oder, wenn sich alle Aufsichtsratsmitglieder mit dieser Art der Beschlussfassung einverstanden erklären oder sich an ihr beteiligen, durch Abstimmung per Brief oder in Textform gefasst. Beschlüsse, die nicht in Aufsichtsratssitzungen gefasst werden, hat die Geschäftsführung sämtlichen Aufsichtsratsmitgliedern in Textform mitzuteilen.
- (6) Die Niederschrift ist jedem Mitglied des Aufsichtsrates binnen einer Frist von 14 Tagen zu übersenden. Die Niederschrift gilt als genehmigt, wenn die Gesellschafter dem Inhalt des Protokolls nicht binnen einer Frist von vier Wochen widersprechen. Eine elektronische Bereitstellung der Niederschrift nebst Unterlagen, z. B. per E-Mail-Anhang oder sicherer Daten-Cloud, ist dabei zugelassen.

§ 14 Geschäftsführung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ihre Zahl bestimmt die Gesellschafterversammlung. Für jeden Geschäftsführer kann ein Stellvertreter bestellt werden.
- (2) Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten.
- (3) Die Gesellschafterversammlung kann die Vertretungsbefugnis auch einem Geschäftsführer allein übertragen.

§ 15 Zuständigkeit der Geschäftsführung

- (1) Die Geschäftsführung führt die Geschäfte der Gesellschaft eigenverantwortlich nach Maßgabe der gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen aus. Sie hat den Aufsichtsrat regelmäßig über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu unterrichten.
- (2) Die Geschäftsführung bedarf zum Abschluss folgender Geschäfte der Zustimmung des Aufsichtsrates:
 - a) Erwerb, Veräußerung sowie Belastung von Grundstücken, deren Wert im Einzelfall 50.000 Euro übersteigt.
 - b) Aufnahme und Gewährung von Krediten, deren Höhe im Einzelfall 50.000 Euro übersteigt,
 - c) Eingehung von Wechselverbindlichkeiten, Garantieverpflichtungen sowie die Übernahme von Bürgschaften,
 - d) Erteilung von Prokuren,
 - e) Abschluss von Miet- und Pachtverträgen mit einer Dauer von mehr als einem Jahr, wenn der für die Gesamtzeit vereinbarte Miet- und Pachtzins die in Ziffer 2 b) genannte Grenze übersteigt.

§ 16 Strukturpolitischer Beirat

- (1) Zur Beratung der Organe der Gesellschaft kann ein Strukturpolitischer Beirat gebildet werden.
- (2) Vorsitzender eines Strukturpolitischen Beirates ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Gesellschaft. Der Stellvertreter wird für die Dauer einer politischen Wahlperiode aus der Mitte des Strukturpolitischen Beirates gewählt.
- (3) Die Mitglieder des Aufsichtsrates der Gesellschaft werden zu den Sitzungen des Strukturpolitischen Beirates eingeladen.
- (4) Der Strukturpolitische Beirat kann sich eine Geschäftsordnung geben.

- (5) Der Strukturpolitische Beirat ist unter Mitteilung der Tagesordnung schriftlich mit einer mindestens 14-tägigen Frist einzuberufen.
- (6) Den Versammlungsort des Strukturpolitischen Beirates bestimmt der Vorsitzende.

§ 17 Wirtschaftsplan

- (1) Die Geschäftsführung der Gesellschaft hat vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Weiterhin ist eine Finanzplanung für fünf Jahre zu erstellen.
- (2) Der Wirtschaftsplan und der Finanzplan sind dem Aufsichtsrat der Gesellschaft so rechtzeitig zur Genehmigung vorzulegen, dass die finanziellen Auswirkungen im Haushaltsplan für den Kreis Warendorf berücksichtigt werden können.
- (3) Die Geschäftsführung unterrichtet den Aufsichtsrat laufend über die geschäftliche Entwicklung des Geschäftsjahres. Dabei sind eingetretene oder zu erwartende Abweichungen gegenüber dem beschlossenen Wirtschaftsplan, soweit die Abweichungen wesentlich sind, zu erläutern.

§ 18 Jahresabschluss, Bekanntmachung

- (1) Der Jahresabschluss ist nach Maßgabe der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) für Kapitalgesellschaften aufzustellen und zu prüfen; § 286 Absatz 4 HGB ist nicht anzuwenden. Soweit die Geschäftsführung nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches verpflichtet ist, einen Lagebericht aufzustellen, wird darin zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen. Der Lagebericht umfasst keine Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Soweit nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches keine Verpflichtung besteht, einen Lagebericht aufzustellen, hat die Geschäftsführung zum Zwecke der internen Berichterstattung zusammen mit dem Jahresabschluss einen Geschäftsbericht aufzustellen; im Geschäftsbericht sind der Geschäftsverlauf einschließlich der Geschäftsergebnisse und die Lage der Gesellschaft so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird; ferner ist die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu beurteilen und zu erläutern. Adressat des Geschäftsberichts sind der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Soweit der Jahresabschluss und der Lagebericht nicht nach § 316 Abs. 1 HGB oder aufgrund anderer gesetzlicher Vorschriften durch einen Abschlussprüfer zu prüfen ist, kann der Aufsichtsrat freiwillig eine Prüfung des Jahresabschlusses vornehmen lassen. Im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes ist darauf einzugehen, ob das von den beteiligten kommunalen Gesellschaftern zur Verfügung gestellte Eigenkapital angemessen verzinst wird.

- (2) Die Offenlegung des Jahresabschlusses richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Im Rahmen der Geltung des § 108 Abs. 2 Nr. 1 c GO NRW ist die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie

das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt zu machen und der Jahresabschluss bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar zu halten.

- (3) Den Mitgliedern der Gesellschafterversammlung werden die Befugnisse nach §§ 53 u. 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) eingeräumt.

§ 19

Ergebnisverwendung

- (1) Ein möglicher Jahresüberschuss der Gesellschaft darf nicht ausgekehrt werden.
- (2) Im Hinblick auf mögliche Jahresfehlbeträge verpflichten sich die Gesellschafter zur Abdeckung im Rahmen nachfolgender Regelungen:
 - a) Auf Grundlage des gemäß § 17 dieses Vertrages genehmigten Wirtschaftsplans haben die Gesellschafter im Wege der Vorauszahlungen Verlustabdeckungsbeiträge zu erbringen. Diese Zahlungen sind in zwei Raten, und zwar zum 01. Januar und 01. Juli eines jeden Geschäftsjahres fällig.
 - b) Die Sparkasse Münsterland Ost erbringt 12,5 %, maximal aber 50.000 € p.a. der Verlustabdeckungsbeiträge.
 - c) Der Kreis Warendorf trägt die restlichen Einlagen zur Verlustabdeckung.
 - d) Die Verlustabdeckungszusage ist der Höhe nach auf den sich aus dem genehmigten Wirtschaftsplan ergebenden Finanzbedarf begrenzt.
- (3) Sollte nach Zahlung der maximalen Verlustabdeckungsbeiträge
 - a) das tatsächliche Jahresergebnis überdeckt sein, so ist der Differenzbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.
 - b) der Bilanzverlust nicht ausgeglichen sein, so beschließt die Gesellschafterversammlung über die Behandlung des Differenzbetrages.

§ 20

Dauer der Gesellschaft

- (1) Der Gesellschaftsvertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (2) Jeder Gesellschafter kann mit einer Frist von einem Jahr zum Ende eines Geschäftsjahres durch eingeschriebenen Brief an die Geschäftsführung seinen Austritt erklären. Durch die Kündigung wird die Gesellschaft nicht aufgelöst, sondern durch die nicht kündigenden Gesellschafter fortgesetzt. Die Gesellschafterversammlung kann beschließen, den

Geschäftsanteil des ausscheidenden Gesellschafters einzuziehen oder ihn an einen oder mehrere verbleibende Gesellschafter zu übertragen.

Der Geschäftsanteil ist in diesem Fall mit dem Betrag zu bewerten, der von der auf die übernommene Stammeinlage eingezahlten Summe noch vorhanden ist, höchstens jedoch mit dem Betrag der Stammeinlage.

§ 21

Auflösung der Gesellschaft

- (1) Der Beschluss über die Auflösung der Gesellschaft bedarf einer Mehrheit von 80 % der abgegebenen Stimmen und kann nur gefasst werden, wenn mindestens 80 % des Stammkapitals in der Gesellschafterversammlung vertreten sind.
- (2) Im Falle der Auflösung der Gesellschaft hat/haben der/die Geschäftsführer die laufenden Geschäfte abzuwickeln, sofern die Gesellschafterversammlung nicht andere Personen hierzu bestellt.
- (3) Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Ausscheiden von Gesellschaftern erhalten die Gesellschafter nur ihre Stammeinlagen zurück, die sie unmittelbar und ausschließlich für Zwecke der Wirtschaftsförderung zu verwenden haben. Übriges Vermögen fällt bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zweckes an den Kreis Warendorf, der es unmittelbar und ausschließlich nur für Zwecke der Wirtschaftsförderung zu verwenden hat.
- (4) Ist von der Gesellschaft auf Grund ihres Ausscheidens aus der Mitgliedschaft bei der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe ein Ausgleichsbetrag nach § 13 deren Satzung an diese zu zahlen, so übernehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihres Anteils am Stammkapital die Haftung für die Zahlung dieses Ausgleichsbetrages. Davon nicht betroffen ist die öffentlich-rechtliche Sparkasse Münsterland Ost.

§ 22

Ausscheiden aus dem Gesellschaftsgebiet

- (1) Scheidet ein Gesellschafter aus dem Gesellschaftsgebiet aus, so verliert er zum gleichen Zeitpunkt seine Mitgliedschaft in der Gesellschaft.
- (2) Der Gesellschafter erhält in diesem Falle die von ihm eingezahlte Stammeinlage und das ihm im Zeitpunkt des Ausscheidens anteilig zustehende Vermögen, das entsprechend § 21 Abs. 3 Satz 2 verwendet werden muss, ausbezahlt.
- (3) Daten, die von der Gesellschaft für diesen Gesellschafter gesammelt wurden, stehen dem Gesellschafter zur Verfügung.

§ 23

Schlussbestimmungen

- (1) Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Amtsblatt des Regierungsbezirks Münster.
- (2) Soweit die Rechtsverhältnisse der Gesellschaft oder die Rechtsbeziehungen der Gesellschafter zueinander in diesem Gesellschaftsvertrag nicht geregelt sind, gelten die Bestimmungen des GmbH-Gesetzes.
- (3) Die Gesellschaft verpflichtet sich, die Vorschriften des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern NRW - Landesgleichstellungsgesetz (LGG) - anzuwenden.

- (4) Im Sinne einer besseren Lesbarkeit des Textes wurde auf eine alle Geschlechter erfassende Darstellung geschlechtsspezifische, personenbezogener Hauptwörter verzichtet. Alle Personen sind unabhängig von ihrem Geschlecht von den Inhalten dieses Gesellschaftsvertrages gleichermaßen angesprochen.
- (5) Die Gesellschaft verpflichtet sich, den kommunalen Gesellschaftern alle Nachweise und Unterlagen, die zur Erstellung des Gesamtabchlusses gem. § 116 GO NRW oder des Beteiligungsberichtes benötigt werden, form- und fristgerecht zur Verfügung zu stellen. Erforderliche Auskünfte werden erteilt.
- (6) Ist oder wird eine der Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages unwirksam, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Vorschriften nicht berührt.

59269 Beckum,

TOP Ö 6

Anlage 2 zur Vorlage 2025/0307

Gesellschaftsvertrag der gfw – Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH



Gegenüberstellung der aktuellen Fassung (21.09.2011) und der vorgeschlagenen Änderungen

Gesellschaftsvertrag i.d.F. vom 21.09.2011	vorgeschlagene Änderungen	Bemerkungen
<p>Präambel</p> <p>Die Gesellschafter des Unternehmens definieren Wirtschaftsförderung als Teil der allgemeinen Entwicklung unserer Gesellschaft (allgemeine Daseinsvorsorge).</p> <p>Das bedeutet: Verbesserung des Wirtschafts- und Lebensraumes für die Unternehmen und die Menschen im Kreis Warendorf. Der Kreis Warendorf soll auch in Zukunft eine wirtschaftsstarke Region sein, die weiterhin zu den am schnellsten wachsenden in Deutschland gehört.</p> <p>Bestandsentwicklung der ansässigen Unternehmen, Ansiedlung und Errichtung neuer Unternehmen, insbesondere Existenzgründungen, unter Beachtung ökologischer Erfordernisse und der Chancengleichheit von Mann und Frau sowie die Umsetzung beschäftigungs-, arbeits- und technologieorientierter Modernisierung sind dabei wesentliche Elemente.</p>	<p>Präambel</p> <p><i>keine Änderung</i></p>	
<p>§ 1 Firma und Sitz der Gesellschaft</p> <p>(1) Die Gesellschaft führt den Namen: gfw - Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH.</p> <p>(2) Sitz der Gesellschaft ist Beckum.</p>	<p>§ 1 Firma und Sitz der Gesellschaft</p> <p><i>keine Änderung</i></p>	
<p>§ 2 Gegenstand des Unternehmens</p> <p>(1) Gegenstand des Unternehmens ist Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf und seiner Städte und Gemeinden.</p> <p>(2) Vornehmlicher Zweck der Gesellschaft ist die Bestandsentwicklung ansässiger Unternehmen, die Ansiedlung und</p>	<p>§ 2 Gegenstand des Unternehmens</p>	

Gesellschaftsvertrag i.d.F. vom 21.09.2011	vorgeschlagene Änderungen	Bemerkungen
<p>Errichtung neuer Unternehmen – insbesondere Existenzgründungen – unter Beachtung ökologischer Erfordernisse und der Chancengleichheit für Mann und Frau.</p> <p>(3) Im Rahmen dieser Zielorientierung wird die Gesellschaft insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Profilierung der Wirtschaftsregion und die Verbesserung der Standortbedingungen für bestehende Unternehmen und potentielle Investoren sichern und weiterentwickeln, b) die Entwicklung von Strategien zur Lösung aktueller Problem- und Bedarfslagen betreiben und diese umsetzen, c) die Koordination und Moderation von technologieorientierten Projekten übernehmen, d) die strukturpolitischen Ziele der EU umsetzen, insbesondere in den Aufgabenfeldern Arbeit, Beschäftigung, Qualifizierung, e) die Gesellschafter bei der örtlichen und überörtlichen Planung beraten und unterstützen sowie Aufgaben der örtlichen Wirtschaftsförderung auf Wunsch einzelner Gesellschafter übernehmen. <p>(4) Die Gesellschaft kann sich zur Wahrnehmung von sonstigen Trägerfunktionen an anderen Gesellschaften und Institutionen unmittelbar oder mittelbar beteiligen oder deren Geschäftsführung übernehmen, sofern dies zur Erzielung des Gesellschaftszweckes notwendig erscheint.</p>	<p>(5) Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 3 Stammkapital und Stammeinlagen</p> <p>(1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 715.808,63 Euro (in Worten: Siebenhundertfünzehntausendachthundertacht</p>	<p style="text-align: center;">§ 3 Stammkapital und Stammeinlagen</p> <p><i>keine Änderung</i></p>	

Gesellschaftsvertrag i.d.F. vom 21.09.2011	vorgeschlagene Änderungen	Bemerkungen
<p>63/100--Euro). Der Mindestbetrag einer Stammeinlage beträgt 50,00 Euro (in Worten: Fünzig Euro).</p> <p>(2) Eine Vereinigung von Stammeinlagen in der Hand eines Gesellschafters zu einer Stammeinlage ist zulässig, wenn keine Einlagen rückständig sind und keine Nachschusspflicht besteht.</p> <p>(3) Das Stammkapital ist in seiner Vermögenssubstanz zu erhalten.</p>		
<p style="text-align: center;">§ 4 Geschäftsjahr</p> <p>(1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.</p>	<p style="text-align: center;">§ 4 Geschäftsjahr</p> <p><i>keine Änderung</i></p>	
<p style="text-align: center;">§ 5 Verfügung über Geschäftsanteile</p> <p>(1) Die Abtretung, Veräußerung oder Übertragung von Geschäftsanteilen oder Teilen eines Geschäftsanteiles ist zulässig mit einer Mehrheit von 80 % aller Stimmen der Gesellschafter.</p> <p>(2) Sofern der Abtretung oder Veräußerung zugestimmt wird, steht den übrigen Gesellschaftern ein Vorkaufsrecht zu.</p> <p>(3) Die Verpfändung oder Belastung von Geschäftsanteilen ist unzulässig.</p>	<p style="text-align: center;">§ 5 Verfügung über Geschäftsanteile</p> <p><i>keine Änderung</i></p>	
<p style="text-align: center;">§ 6 Organe der Gesellschaft</p> <p>(1) Organe der Gesellschaft sind:</p> <p style="margin-left: 20px;">a) die Gesellschafterversammlung b) der Aufsichtsrat c) die Geschäftsführung</p>	<p style="text-align: center;">§ 6 Organe der Gesellschaft</p> <p><i>keine Änderung</i></p>	
<p style="text-align: center;">§ 7 Gesellschafterversammlung</p>	<p style="text-align: center;">§ 7 Gesellschafterversammlung</p>	

Gesellschaftsvertrag i.d.F. vom 21.09.2011	vorgeschlagene Änderungen	Bemerkungen
<p>(1) Jeder Gesellschafter hat das Recht, zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden.</p> <p>(2) Die Benennung der Vertreter für die Gesellschafterversammlung erfolgt durch schriftliche Mitteilung an die Gesellschaft.</p>	<p>(3) Die gem. § 113 GO NRW entsendeten Mitglieder der kommunalen Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung haben die Interessen der sie entsendenden Kommune/ Kreises zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des jeweiligen Rates/ Kreistages und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat/ Kreistag bestellten Mitglieder haben ihr Amt auf Beschluss des entsendenden Rates/ Kreistages jederzeit niederzulegen. Sie haben den entsendenden Rat/ Kreistag über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten.</p>	<p>Satz 1 - 3 entspricht der gesetzlichen Lage = §113 Abs. 1 bis 3 GO NW. Satz 4 entspricht §113 Abs. 5 Satz 1 GO NW. Die Ergänzung wäre daher nicht zwingend notwendig, hat aber sogenannte Apellfunktion.</p>
<p style="text-align: center;">§ 8 Einberufung der Gesellschafterversammlung</p> <p>(1) Die Gesellschafterversammlung ist jährlich – spätestens 5 Monate nach Schluss des Geschäftsjahres – als ordentliche Gesellschafterversammlung einzuberufen. Außerdem muss die Gesellschafterversammlung einberufen werden, wenn dies der Aufsichtsrat oder die Geschäftsführung für erforderlich hält.</p> <p>(2) Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung unter Mitteilung der Tagesordnung schriftlich mit mindestens 14-tägiger Frist einberufen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 8 Einberufung der Gesellschafterversammlung</p> <p>(2) Die Einberufung der Gesellschafterversammlung erfolgt durch Einladung der Gesellschafter seitens der Geschäftsführung in Textform unter Angabe von Ort, Zeit und unter Mitteilung der Tagesordnung. Eine elektronische Bereitstellung der Einladung nebst Unterlagen, z. B. per Daten-Cloud, ist dabei zugelassen. Wird die Gesellschafterversammlung ganz oder teilweise als Videokonferenz abgehalten, sind der Einladung auch die Einwahldaten für die Videokonferenz beizufügen. Grundsätzlich sollen die Gesellschafterversammlungen am Sitz der Gesellschaft stattfinden.</p> <p>Die Einberufung hat mit einer Frist von mindestens zwei Wochen zu erfolgen. Der Tag der Einberufung und der Tag der Sitzung werden hierbei nicht mitgerechnet. In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist angemessen verkürzt und eine andere Form der Einladung gewählt werden.</p>	<p>Präzise Vorgabe unter Einschluss für Regelung per Video-Call.</p>

Gesellschaftsvertrag i.d.F. vom 21.09.2011	vorgeschlagene Änderungen	Bemerkungen
<p>(3) Den Versammlungsort bestimmt der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung.</p> <p>(4) Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden zu den Sitzungen der Gesellschafterversammlung eingeladen.</p>		
<p style="text-align: center;">§ 9 Gesellschafterversammlung</p> <p>(1) Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung ist der Landrat des Kreises Warendorf. Die Position des Stellvertreters steht im 5-Jahreswechsel den beteiligten Sparkassen zu.</p> <p>(2) Je 50 Euro (in Worten: Fünfzig Euro) eines Geschäftsanteiles gewähren eine Stimme.</p> <p>(3) Die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden.</p> <p>(4) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit des Stammkapitals vertreten ist.</p> <p>(5) Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist durch die Geschäftsführung binnen 3 Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Die Gesellschafterversammlung ist in diesem Falle ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig. Hierauf ist bei der erneuten Ladung besonders hinzuweisen.</p> <p>(6) Ist eine Gesellschafterversammlung nicht ordnungsgemäß einberufen oder sind die Gegenstände der Tagesordnung nicht ordnungsgemäß angekündigt worden, so können Beschlüsse nur gefasst werden, wenn sämtliche Gesellschafter anwesend sind.</p>	<p style="text-align: center;">§ 9 Gesellschafterversammlung</p> <p>(1) Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung ist der Landrat des Kreises Warendorf. Die Position des Stellvertreters steht der Sparkasse Münsterland Ost zu.</p> <p>(7) Beschlüsse der Gesellschaft werden in Gesellschafterversammlungen gem. § 48 Abs. 1 GmbHG oder gem. § 48 Abs. 2 GmbHG oder durch eine kombinierte Beschlussfassung gefasst. Dabei legt der Vorsitzende der Versammlung die Art der Sitzung fest. In Fällen des § 48 Abs. 2 S. 2 GmbHG oder durch eine kombinierte Beschlussfassung haben sich</p>	<p>Präzise und bewährte Regelung. Das Gesetz kennt keine Form „digital“. Siehe §48 GmbHG</p>

Gesellschaftsvertrag i.d.F. vom 21.09.2011	vorgeschlagene Änderungen	Bemerkungen
<p>(7) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit des anwesenden Kapitals gefasst, soweit die Gesetze oder dieser Vertrag nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreiben. Bei Stimmengleichheit findet eine nochmalige Abstimmung statt. Wenn auch diese Abstimmung Stimmengleichheit ergibt, gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.</p> <p>(8) Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung und einem Mitglied der Geschäftsführung zu unterzeichnen ist.</p> <p>(9) Die Niederschrift ist jedem Gesellschafter binnen einer Frist von 14 Tagen zu übersenden. Die Niederschrift gilt als genehmigt, wenn die Gesellschafter dem Inhalt des Protokolls nicht binnen einer Frist von vier Wochen widersprechen.</p>	<p>Gesellschafter mit der Beschlussfassung in der betreffenden Form in Textform einverstanden zu erklären. Soweit nicht zwingende Formvorschriften bestehen, können die Beschlüsse der Gesellschaft auf andere Art gefasst werden, vor allem:</p> <p>a) Außerhalb der Gesellschafterversammlung, insbesondere im Rundum-Verfahren in schriftlicher Form, mündlich oder per Telefon, Telefax oder E-Mail.</p> <p>b) In kombinierten Verfahren, insbesondere durch Kombination einer Versammlung einzelner Gesellschafter mit einer – vorherigen, gleichzeitigen oder nachträglichen – Stimmabgabe anderer Gesellschafter im Sinne von a) sowie durch eine Kombination verschiedener Stimmabgaben im Sinne von a) (z.B. teils schriftlich, teils per E-Mail, etc.).</p> <p>(8) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit des anwesenden Kapitals gefasst, soweit die Gesetze oder dieser Vertrag nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreiben. Bei Stimmengleichheit findet eine nochmalige Abstimmung statt. Wenn auch diese Abstimmung Stimmengleichheit ergibt, gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.</p> <p>(9) Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung und einem Mitglied der Geschäftsführung zu unterzeichnen ist.</p> <p>(10) Die Niederschrift ist jedem Gesellschafter binnen einer Frist von 14 Tagen zu übersenden. Die Niederschrift gilt als genehmigt, wenn die Gesellschafter dem Inhalt des Protokolls nicht binnen einer Frist von vier Wochen widersprechen. Eine elektronische Bereitstellung der Niederschrift nebst Unterlagen, z. B. per E-Mail-Anhang oder sicherer Daten-Cloud, ist dabei zugelassen.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 10 Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung</p> <p>(1) Die Gesellschafterversammlung hat unbeschadet gesetzlicher Vorschriften insbesondere zu beschließen über</p>	<p style="text-align: center;">§ 10 Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung</p> <p>keine Änderung</p>	

Gesellschaftsvertrag i.d.F. vom 21.09.2011	vorgeschlagene Änderungen	Bemerkungen
<p>a) die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwertung des Ergebnisses nach Entgegennahme der Berichte der Geschäftsführung, des Abschlussprüfers und des Aufsichtsrates,</p> <p>b) die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung,</p> <p>c) die Bestellung des Abschlussprüfers für das lfd. Geschäftsjahr,</p> <p>d) über Änderungen des Gesellschaftsvertrages, insbesondere über den Beitritt weiterer Gesellschafter,</p> <p>e) die Genehmigung der Abtretung oder Veräußerung von Geschäftsanteilen,</p> <p>f) die Auflösung der Gesellschaft,</p> <p>g) die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen die Geschäftsführung,</p> <p>h) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,</p> <p>i) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,</p> <p>j) die Bestellung und Abberufung des oder der Geschäftsführer,</p> <p>k) den Wirtschaftsplan.</p> <p>(2) Beschlüsse zu den Buchstaben d), e), f) und g) bedürfen einer Mehrheit von 80 % aller Geschäftsanteile.</p>		
<p style="text-align: center;">§ 11 Aufsichtsrat</p> <p>(1) Der Aufsichtsrat besteht aus 16 Mitgliedern.</p> <p>(2) Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden durch die Gesellschafter auf die Dauer von 5 Jahren entsandt. Dabei stellt der Kreis Warendorf 8 Mitglieder sowie die Sparkassen zwei Mitglieder. Die Kommunen stellen 6 Mitglieder aus dem Kreis der Bürgermeister. Eine Vertretung der Aufsichtsratsmitglieder ist nicht möglich.</p> <p>(3) Die Mitgliedschaft endet mit dem Verlust des Mandates oder der Beendigung des Hauptamtes oder mit Abberufung durch den Entsendenden.</p>	<p style="text-align: center;">§ 11 Aufsichtsrat</p> <p>(2) Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden durch die Gesellschafter auf die Dauer von 5 Jahren entsandt. Dabei stellt der Kreis Warendorf 8 Mitglieder sowie die Sparkasse Münsterland Ost zwei Mitglieder. Die Kommunen stellen 6 Mitglieder aus dem Kreis der Bürgermeister. Eine Vertretung der Aufsichtsratsmitglieder ist nicht möglich.</p>	

Gesellschaftsvertrag i.d.F. vom 21.09.2011	vorgeschlagene Änderungen	Bemerkungen
<p>(4) Endet das Amt eines Aufsichtsratsmitgliedes vorzeitig, so hat der entsendende Gesellschafter unverzüglich eine Neubesetzung vorzunehmen.</p> <p>(5) Der Aufsichtsrat kann sachkundige Personen zu seinen Sitzungen beratend hinzuziehen.</p> <p>(6) Der Aufsichtsrat kann sich selbst eine Geschäftsordnung geben.</p> <p>(7) Willenserklärungen des Aufsichtsrates werden vom Vorsitzenden abgegeben.</p> <p>(8) Der Kreistag des Kreises Warendorf bzw. die Räte der Städte und Gemeinden können den durch sie entsandten Aufsichtsratsmitgliedern Weisungen erteilen.</p>	<p>(9) Die gem. § 113 GO NRW entsendeten Mitglieder der kommunalen Gesellschafter in den Aufsichtsrat haben die Interessen der sie entsendenden Kommune/ Kreises zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des jeweiligen Rates/ Kreistages und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat/ Kreistag bestellten Mitglieder haben ihr Amt auf Beschluss des entsendenden Rates/ Kreistages jederzeit niederzulegen. Sie haben den entsendenden Rat/ Kreistag über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 12 Die Wahl des Vorsitzenden des Aufsichtsrates</p> <p>(1) Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Warendorf. Die Position des Stellvertreters wird von einem Vertreter der Sparkasse wahrgenommen.</p> <p>(2) Endet das Amt des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters vorzeitig, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Neuwahl vorzunehmen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 12 Die Wahl des Vorsitzenden des Aufsichtsrates</p> <p>(1) Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Warendorf. Die Position des Stellvertreters wird von einem Vertreter der Sparkasse Münsterland Ost wahrgenommen.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 13 Zuständigkeiten des Aufsichtsrates</p>	<p style="text-align: center;">§ 13 Zuständigkeiten des Aufsichtsrates</p>	

Gesellschaftsvertrag i.d.F. vom 21.09.2011	vorgeschlagene Änderungen	Bemerkungen
	stellung der Niederschrift nebst Unterlagen, z. B. per E-Mail-Anhang oder sicherer Daten-Cloud, ist dabei zugelassen.	
<p style="text-align: center;">§ 14 Geschäftsführung</p> <p>(1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ihre Zahl bestimmt die Gesellschafterversammlung. Für jeden Geschäftsführer kann ein Stellvertreter bestellt werden.</p> <p>(2) Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten.</p> <p>(3) Die Gesellschafterversammlung kann die Vertretungsbefugnis auch einem Geschäftsführer allein übertragen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 14 Geschäftsführung</p> <p><i>keine Änderung</i></p>	
<p style="text-align: center;">§ 15 Zuständigkeit der Geschäftsführung</p> <p>(1) Die Geschäftsführung führt die Geschäfte der Gesellschaft eigenverantwortlich nach Maßgabe der gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen aus. Sie hat den Aufsichtsrat regelmäßig über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu unterrichten.</p> <p>(2) Die Geschäftsführung bedarf zum Abschluss folgender Geschäfte der Zustimmung des Aufsichtsrates:</p> <p>a) Erwerb, Veräußerung sowie Belastung von Grundstücken, deren Wert im Einzelfall 50.000 Euro übersteigt.</p> <p>b) Aufnahme und Gewährung von Krediten, deren Höhe im Einzelfall 50.000 Euro übersteigt,</p> <p>c) Eingehung von Wechselverbindlichkeiten, Garantieverpflichtungen sowie die Übernahme von Bürgschaften,</p> <p>d) Erteilung von Prokuren,</p>	<p style="text-align: center;">§ 15 Zuständigkeit der Geschäftsführung</p> <p><i>keine Änderung</i></p>	

Gesellschaftsvertrag i.d.F. vom 21.09.2011	vorgeschlagene Änderungen	Bemerkungen
e) Abschluss von Miet- und Pachtverträgen mit einer Dauer von mehr als einem Jahr, wenn der für die Gesamtzeit vereinbarte Miet- und Pachtzins die in Ziffer 2 b) genannte Grenze übersteigt.		
<p style="text-align: center;">§ 16 Strukturpolitischer Beirat</p> <p>(1) Zur Beratung der Organe der Gesellschaft kann ein Strukturpolitischer Beirat gebildet werden.</p> <p>(2) Vorsitzender eines Strukturpolitischen Beirates ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Gesellschaft. Der Stellvertreter wird für die Dauer einer politischen Wahlperiode aus der Mitte des Strukturpolitischen Beirates gewählt.</p> <p>(3) Die Mitglieder des Aufsichtsrates der Gesellschaft werden zu den Sitzungen des Strukturpolitischen Beirates eingeladen.</p> <p>(4) Der Strukturpolitische Beirat kann sich eine Geschäftsordnung geben.</p> <p>(5) Der Strukturpolitische Beirat ist unter Mitteilung der Tagesordnung schriftlich mit einer mindestens 14-tägigen Frist einzuberufen.</p> <p>(6) Den Versammlungsort des Strukturpolitischen Beirates bestimmt der Vorsitzende.</p>	<p style="text-align: center;">§ 16 Strukturpolitischer Beirat</p> <p><i>keine Änderung</i></p>	
<p style="text-align: center;">§ 17 Wirtschaftsplan</p> <p>(1) Die Geschäftsführung der Gesellschaft hat vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Weiterhin ist eine Finanzplanung für fünf Jahre zu erstellen.</p> <p>(2) Der Wirtschaftsplan und der Finanzplan sind dem Aufsichtsrat der Gesellschaft so rechtzeitig zur Genehmigung vorzulegen, dass die finanziellen Auswirkungen im Haushaltsplan für den Kreis Warendorf berücksichtigt werden können.</p> <p>(3) Die Geschäftsführung unterrichtet den Aufsichtsrat laufend über die geschäftliche Entwicklung des Geschäftsjahres.</p>	<p style="text-align: center;">§ 17 Wirtschaftsplan</p> <p><i>keine Änderung</i></p>	

Gesellschaftsvertrag i.d.F. vom 21.09.2011	vorgeschlagene Änderungen	Bemerkungen
Dabei sind eingetretene oder zu erwartende Abweichungen gegenüber dem beschlossenen Wirtschaftsplan, soweit die Abweichungen wesentlich sind, zu erläutern.		
<p style="text-align: center;">§ 18 Jahresabschluss, Lagebericht</p> <p>(1) Der Jahresabschluss mit Lagebericht wird entsprechend den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und geprüft. Gem. § 108 Abs. 1 Nr. 9 GO NW sind im Anhang des Jahresabschlusses der Gesellschaft die dort genannten Angaben zu den Bezügen der Gesellschaftsorgane darzulegen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 18 Jahresabschluss, Bekanntmachung</p> <p>(1) Der Jahresabschluss ist nach Maßgabe der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) für Kapitalgesellschaften aufzustellen und zu prüfen; § 286 Absatz 4 HGB ist nicht anzuwenden. Soweit die Geschäftsführung nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches verpflichtet ist, einen Lagebericht aufzustellen, wird darin zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen. Der Lagebericht umfasst keine Nachhaltigkeitsberichterstattung.</p> <p>Soweit nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches keine Verpflichtung besteht, einen Lagebericht aufzustellen, hat die Geschäftsführung zum Zwecke der internen Berichterstattung zusammen mit dem Jahresabschluss einen Geschäftsbericht aufzustellen; im Geschäftsbericht sind der Geschäftsverlauf einschließlich der Geschäftsergebnisse und die Lage der Gesellschaft so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird; ferner ist die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu beurteilen und zu erläutern. Adressat des Geschäftsberichts sind der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.</p> <p>Soweit der Jahresabschluss und der Lagebericht nicht nach § 316 Abs. 1 HGB oder aufgrund anderer gesetzlicher Vorschriften durch einen Abschlussprüfer zu prüfen ist, kann der Aufsichtsrat freiwillig eine Prüfung des Jahresabschlusses vornehmen lassen. Im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes ist darauf einzugehen, ob das von den beteiligten kommunalen Gesellschaftern zur Verfügung gestellte Eigenkapital angemessen verzinst wird.</p>	

Gesellschaftsvertrag i.d.F. vom 21.09.2011	vorgeschlagene Änderungen	Bemerkungen
<p>(2) Im Lagebericht wird zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen.</p> <p>(3) Unbeschadet der gesetzlichen Offenlegungspflichten wird die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes im Amtsblatt des Kreises Warendorf bekannt gemacht. Gleichzeitig werden der Jahresabschluss und der Lagebericht an 7 Tagen öffentlich ausgelegt. In der Bekanntmachung wird auf die Auslegung hingewiesen.</p> <p>(4) Dem Kreis Warendorf werden die Befugnisse nach §§ 53 u. 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) eingeräumt.</p>	<p><i>entfällt</i></p> <p>(2) Die Offenlegung des Jahresabschlusses richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Im Rahmen der Geltung des § 108 Abs. 2 Nr. 1 c GO NRW ist die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt zu machen und der Jahresabschluss bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar zu halten.</p> <p>(3) Den Mitgliedern der Gesellschafterversammlung werden die Befugnisse nach §§ 53 u. 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) eingeräumt.</p>	<p>Der Kreis hält mehr als 49,99 %. Daher ist nach §108 II Nr. 1 c eine besondere Offenlage erforderlich</p>
<p style="text-align: center;">§ 19 Ergebnisverwendung</p> <p>(1) Ein möglicher Jahresüberschuss der Gesellschaft darf nicht ausgekehrt werden.</p> <p>(2) Im Hinblick auf mögliche Jahresfehlbeträge verpflichten sich die Gesellschafter zur Abdeckung im Rahmen nachfolgender Regelungen:</p> <p>a) Auf Grundlage des gemäß § 17 dieses Vertrages genehmigten Wirtschaftsplans haben die Gesellschafter im Wege der Vorauszahlungen Verlustabdeckungsbeiträge zu erbringen. Diese Zahlungen sind in zwei Raten, und zwar zum 01. Januar und 01. Juli eines jeden Geschäftsjahres fällig.</p> <p>b) Die Sparkasse Beckum-Wadersloh und die Sparkasse Münsterland Ost erbringen gemeinsam 12,5 %, maximal aber 50.000 € p.a. der Verlustabdeckungsbeiträge.</p> <p>c) Der Kreis Warendorf trägt die restlichen Verlustabdeckungsbeiträge.</p>	<p style="text-align: center;">§ 19 Ergebnisverwendung</p> <p>b) Die Sparkasse Münsterland Ost erbringt 12,5 %, maximal aber 50.000 € p.a. der Verlustabdeckungsbeiträge.</p> <p>c) Der Kreis Warendorf trägt die restlichen Einlagen zur Verlustabdeckung.</p>	

Gesellschaftsvertrag i.d.F. vom 21.09.2011	vorgeschlagene Änderungen	Bemerkungen
<p>d) Die Verlustabdeckungszusage ist der Höhe nach auf den sich aus dem genehmigten Wirtschaftsplan ergebenden Finanzbedarf begrenzt.</p> <p>(3) Sollte nach Zahlung der maximalen Verlustabdeckungsbeiträge</p> <p>a) das tatsächliche Jahresergebnis überdeckt sein, so ist der Differenzbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.</p> <p>b) der Bilanzverlust nicht ausgeglichen sein, so beschließt die Gesellschafterversammlung über die Behandlung des Differenzbetrages.</p>		
<p style="text-align: center;">§ 20 Dauer der Gesellschaft</p> <p>(1) Der Gesellschaftsvertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.</p> <p>(2) Jeder Gesellschafter kann mit einer Frist von einem Jahr zum Ende eines Geschäftsjahres durch eingeschriebenen Brief an die Geschäftsführung seinen Austritt erklären. Durch die Kündigung wird die Gesellschaft nicht aufgelöst, sondern durch die nicht kündigenden Gesellschafter fortgesetzt.</p> <p>Die Gesellschafterversammlung kann beschließen, den Geschäftsanteil des ausscheidenden Gesellschafters einzuziehen oder ihn an einen oder mehrere verbleibende Gesellschafter zu übertragen.</p> <p>Der Geschäftsanteil ist in diesem Fall mit dem Betrag zu bewerten, der von der auf die übernommene Stammeinlage eingezahlten Summe noch vorhanden ist, höchstens jedoch mit dem Betrag der Stammeinlage.</p>	<p style="text-align: center;">§ 20 Dauer der Gesellschaft</p> <p><i>keine Änderung</i></p>	
<p style="text-align: center;">§ 21 Auflösung der Gesellschaft</p> <p>(1) Der Beschluss über die Auflösung der Gesellschaft bedarf einer Mehrheit von 80 % der abgegebenen Stimmen und kann nur gefasst werden, wenn mindestens 80 % des Stammkapitals in der Gesellschafterversammlung vertreten sind.</p>	<p style="text-align: center;">§ 21 Auflösung der Gesellschaft</p>	

Gesellschaftsvertrag i.d.F. vom 21.09.2011	vorgeschlagene Änderungen	Bemerkungen
<p>(2) Im Falle der Auflösung der Gesellschaft hat/haben der/die Geschäftsführer die laufenden Geschäfte abzuwickeln, sofern die Gesellschafterversammlung nicht andere Personen hierzu bestellt.</p> <p>(3) Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Ausscheiden von Gesellschaftern erhalten die Gesellschafter nur ihre Stammeinlagen zurück, die sie unmittelbar und ausschließlich für Zwecke der Wirtschaftsförderung zu verwenden haben. Übriges Vermögen fällt bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zweckes an den Kreis Warendorf, der es unmittelbar und ausschließlich nur für Zwecke der Wirtschaftsförderung zu verwenden hat.</p> <p>(4) Ist von der Gesellschaft auf Grund ihres Ausscheidens aus der Mitgliedschaft bei der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe ein Ausgleichsbetrag nach § 13 deren Satzung an diese zu zahlen, so übernehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihres Anteils am Stammkapital die Haftung für die Zahlung dieses Ausgleichsbetrages. Davon nicht betroffen sind die öffentlich-rechtlichen Sparkassen.</p>	<p>(4) Ist von der Gesellschaft auf Grund ihres Ausscheidens aus der Mitgliedschaft bei der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe ein Ausgleichsbetrag nach § 13 deren Satzung an diese zu zahlen, so übernehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihres Anteils am Stammkapital die Haftung für die Zahlung dieses Ausgleichsbetrages. Davon nicht betroffen ist die öffentlich-rechtliche Sparkasse Münsterland Ost.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 22 Ausscheiden aus dem Gesellschaftsgebiet</p> <p>(1) Scheidet ein Gesellschafter aus dem Gesellschaftsgebiet aus, so verliert er zum gleichen Zeitpunkt seine Mitgliedschaft in der Gesellschaft.</p> <p>(2) Der Gesellschafter erhält in diesem Falle die von ihm eingezahlte Stammeinlage und das ihm im Zeitpunkt des Ausscheidens anteilig zustehende Vermögen, das entsprechend § 21 Abs. 3 Satz 2 verwendet werden muss, ausgezahlt.</p> <p>(3) Daten, die von der Gesellschaft für diesen Gesellschafter gesammelt wurden, stehen dem Gesellschafter zur Verfügung.</p>	<p style="text-align: center;">§ 22 Ausscheiden aus dem Gesellschaftsgebiet</p> <p><i>keine Änderung</i></p>	
<p style="text-align: center;">§ 23 Schlussbestimmungen</p>	<p style="text-align: center;">§ 23 Schlussbestimmungen</p>	

Gesellschaftsvertrag i.d.F. vom 21.09.2011	vorgeschlagene Änderungen	Bemerkungen
<p>(1) Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Amtsblatt des Regierungsbezirks Münster.</p> <p>(2) Soweit die Rechtsverhältnisse der Gesellschaft oder die Rechtsbeziehungen der Gesellschafter zueinander in diesem Gesellschaftsvertrag nicht geregelt sind, gelten die Bestimmungen des GmbH-Gesetzes.</p> <p>(3) Ist oder wird eine der Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages unwirksam, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Vorschriften nicht berührt.</p> <p>59269 Beckum, 27. Oktober 2011</p>	<p>(3) Die Gesellschaft verpflichtet sich, die Vorschriften des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern NRW – Landesgleichstellungsgesetz (LGG) – anzuwenden.</p> <p>(4) Im Sinne einer besseren Lesbarkeit des Textes wurde auf eine alle Geschlechter erfassende Darstellung geschlechtsspezifische, personenbezogener Hauptwörter verzichtet. Alle Personen sind unabhängig von ihrem Geschlecht von den Inhalten dieses Gesellschaftsvertrages gleichermaßen angesprochen.</p> <p>(5) Die Gesellschaft verpflichtet sich, den kommunalen Gesellschaftern alle Nachweise und Unterlagen, die zur Erstellung des Gesamtabchlusses gem. § 116 GO NRW oder des Beteiligungsberichtes benötigt werden, form- und fristgerecht zur Verfügung zu stellen. Erforderliche Auskünfte werden erteilt.</p> <p>(6) Ist oder wird eine der Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages unwirksam, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Vorschriften nicht berührt.</p> <p>59269 Beckum,</p>	

Beschluss über die Gültigkeit der Wahl des Rates vom 14.09.2025

Federführung: Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

Beteiligungen: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Auskunft erteilt: Herr Liekenbröcker | 02521 29-3000 | liekenbroecker@beckum.de

Beratungsfolge:

Wahlprüfungsausschuss

03.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die Wahl des Rates der Stadt Beckum vom 14.09.2025 wird für gültig erklärt.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten oder Folgekosten.

Finanzierung

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Die Wahlprüfung richtet sich nach §§ 40 und 41 Gesetz über die Kommunalwahlen im Lande Nordrhein-Westfalen (Kommunalwahlgesetz – KWahlG).

Die Wahlprüfung obliegt dem neu gewählten Rat. Dieser hat einen Wahlprüfungsausschuss zu bestellen, der die gegen die Wahl erhobenen Einsprüche sowie die Gültigkeit der Wahl von Amts wegen vorzuprüfen hat.

Auf der Grundlage der Vorprüfung durch den Wahlprüfungsausschuss hat der Rat unverzüglich über die Einsprüche sowie die Gültigkeit der Wahl von Amts wegen wie folgt zu beschließen:

- a) Wird die Wahl wegen mangelnder Wählbarkeit einer Vertreterin oder eines Vertreters für ungültig erachtet, so ist das Ausscheiden dieser Vertreterin oder dieses Vertreters anzuordnen.
- b) Wird festgestellt, dass bei der Vorbereitung der Wahl oder bei der Wahlhandlung Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, die im jeweils vorliegenden Einzelfall auf das Wahlergebnis im Wahlbezirk oder auf die Zuteilung der Sitze aus der Reserve-liste von entscheidendem Einfluss gewesen sein können, so ist die Wahl in dem aus § 42 Absatz 1 KWahlG ersichtlichen Umfang für ungültig zu erklären und dementsprechend eine Wiederholungswahl anzuordnen.

- c) Wird die Feststellung des Wahlergebnisses für ungültig erklärt, so ist sie aufzuheben und eine Neufeststellung anzuordnen. Ist die Neufeststellung nicht möglich, weil die Wahlunterlagen verloren gegangen sind oder wesentliche Mängel aufweisen, und kann dies im jeweils vorliegenden Einzelfall auf das Wahlergebnis im Wahlbezirk oder auf die Zuteilung der Sitze aus der Reserveliste von entscheidendem Einfluss sein, so gilt Buchstabe b entsprechend.
- d) Wird festgestellt, dass keiner der unter Buchstaben a bis c genannten Fälle vorliegt, so ist die Wahl für gültig zu erklären.

Bei diesen Beschlüssen können die Mitglieder der Vertretung auch dann mitwirken, wenn sich die Feststellungen im Einzelfall auf ihre eigene Wahl erstrecken.

Gegen den Beschluss der Vertretung nach § 40 Absatz 1 KWahlG kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage steht auch der Aufsichtsbehörde zu. Ein Vorverfahren nach dem 8. Abschnitt der Verwaltungsgerichtsordnung findet nicht statt. Im Falle der Ungültigkeitserklärung der Wahl durch die Vertretung steht auch einer Partei oder Wählergruppe, die keinen Einspruch eingelegt hat, die Klagebefugnis zu.

Die Bekanntmachung der Ergebnisse zur Wahl des Rates der Stadt Beckum vom 14.09.2025 erfolgte am 24.09.2025 im Amtsblatt der Stadt Beckum. Die Frist zur Erhebung von Einsprüchen gegen die Gültigkeit der Wahl nach § 39 KWahlG endete mit Ablauf des 24.10.2025.

Dem Wahlleiter wurden keine Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl vorgelegt. Unregelmäßigkeiten sind von Amts wegen nicht bekannt geworden.

Anlage(n):

ohne

Beschluss über die Gültigkeit der Wahl der Bürgermeisterin beziehungsweise des Bürgermeisters vom 14.09.2025

Federführung: Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

Beteiligungen: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Auskunft erteilt: Herr Liekenbröcker | 02521 29-3000 | liekenbroecker@beckum.de

Beratungsfolge:

Wahlprüfungsausschuss

03.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die Wahl der Bürgermeisterin beziehungsweise des Bürgermeisters vom 14.09.2025 wird für gültig erklärt.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten oder Folgekosten.

Finanzierung

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Die Wahlprüfung richtet sich nach §§ 40, 41 und 46b Gesetz über die Kommunalwahlen im Lande Nordrhein-Westfalen (Kommunalwahlgesetz – KWahlG).

Die Wahlprüfung obliegt dem neu gewählten Rat. Dieser hat einen Wahlprüfungsausschuss zu bestellen, der die gegen die Wahl erhobenen Einsprüche sowie die Gültigkeit der Wahl von Amts wegen vorzuprüfen hat. Nach § 46e Absatz 1 KWahlG darf der Bürgermeister an der Beratung und Entscheidung des Rates über die Wahl nicht mitwirken.

Auf der Grundlage der Vorprüfung durch den Wahlprüfungsausschuss hat der Rat unverzüglich über die Einsprüche sowie die Gültigkeit der Wahl von Amts wegen wie folgt zu beschließen:

- a) Wird die Wahl wegen mangelnder Wählbarkeit einer Bewerberin oder eines Bewerbers für ungültig erachtet, so ist das Ausscheiden dieser Bewerberin oder dieses Bewerbers anzuordnen.
- b) Wird festgestellt, dass bei der Vorbereitung der Wahl oder bei der Wahlhandlung Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, die von entscheidendem Einfluss gewesen sein können, so ist die Wahl in dem aus § 42 Absatz 1 KWahlG ersichtlichen Umfang für ungültig zu erklären und dementsprechend eine Wiederholungswahl anzuordnen.

- c) Wird die Feststellung des Wahlergebnisses für ungültig erklärt, so ist sie aufzuheben und eine Neufeststellung anzuordnen.
- d) Wird festgestellt, dass keiner der unter Buchstaben a bis c genannten Fälle vorliegt, so ist die Wahl für gültig zu erklären.

Gegen den Beschluss der Vertretung nach § 40 Absatz 1 KWahlG kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage steht auch der Aufsichtsbehörde zu. Ein Vorverfahren nach dem 8. Abschnitt der Verwaltungsgerichtsordnung findet nicht statt. Im Falle der Ungültigkeitserklärung der Wahl durch die Vertretung steht auch einer Partei oder Wählergruppe, die keinen Einspruch eingelegt hat, die Klagebefugnis zu.

Die Bekanntmachung der Ergebnisse zur Wahl der Bürgermeisterin beziehungsweise des Bürgermeisters der Stadt Beckum vom 14.09.2025 erfolgte am 24.09.2025 im Amtsblatt der Stadt Beckum. Die Frist zur Erhebung von Einsprüchen gegen die Gültigkeit der Wahl nach § 39 KWahlG endete mit Ablauf des 24.10.2025.

Dem Wahlleiter wurden keine Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl vorgelegt. Unregelmäßigkeiten sind von Amts wegen nicht bekannt geworden.

Anlage(n):

ohne

Beschluss über die Gültigkeit der Wahl des Integrationsrates vom 14.09.2025

Federführung: Fachbereich Jugend und Soziales

Beteiligungen: Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

Auskunft erteilt: Herr Schulte | 02521 29-5000 | schulte@beckum.de

Beratungsfolge:

Wahlprüfungsausschuss

03.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die Wahl des Integrationsrates vom 14.09.2025 wird für gültig erklärt.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten oder Folgekosten.

Finanzierung

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Durch das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher und weiterer Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen vom 10.07.2025 wurde unter anderem § 27 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) geändert.

Ab dem 01.11.2025 ist nach § 27 Absatz 1 Satz 1 GO NRW ein Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration zu bilden. Er löst den bisherigen Integrationsrat ab. Personen, die im Rahmen der Integrationsratswahl 2025 gewählt worden sind, werden Mitglieder des neu zu bildenden Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration.

Die Wahlprüfung richtet sich nach § 27 Absatz 6 Satz 1 GO NRW entsprechend in Verbindung mit den §§ 40 und 41 Gesetz über die Kommunalwahlen im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunalwahlgesetz – KWahlG). Die Wahlprüfung obliegt dem neu gewählten Rat. Dieser hat einen Wahlprüfungsausschuss zu bestellen, der die gegen die Wahl erhobenen Einsprüche sowie die Gültigkeit der Wahl von Amts wegen vorzuprüfen hat.

Auf der Grundlage der Vorprüfung durch den Wahlprüfungsausschuss hat der Rat unverzüglich über die Einsprüche sowie über die Gültigkeit der Wahl von Amts wegen wie folgt zu beschließen:

- a) Wird die Wahl wegen mangelnder Wählbarkeit eines Vertreters für ungültig erachtet, so ist das Ausscheiden dieses Vertreters anzuordnen.

- b) Wird festgestellt, dass bei der Vorbereitung der Wahl oder bei der Wahlbehandlung Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, die im jeweils vorliegenden Einzelfall auf das Wahlergebnis von entscheidendem Einfluss gewesen sein können, so ist die Wahl in dem aus § 42 Absatz 1 KWahlG ersichtlichen Umfang für ungültig zu erklären und dementsprechend eine Wiederholungswahl anzuordnen.
- c) Wird die Feststellung des Wahlergebnisses für ungültig erklärt, so ist sie aufzuheben und eine Neufeststellung anzuordnen. Ist die Neufeststellung nicht möglich, weil die Wahlunterlagen verloren gegangen sind oder wesentliche Mängel aufweisen, und kann dies im jeweils vorliegenden Einzelfall auf das Wahlergebnis von entscheidendem Einfluss sein, so gilt Buchstabe b entsprechend.
- d) Wird festgestellt, dass keiner der unter Buchstabe a bis c genannten Fälle vorliegt, so ist die Wahl für gültig zu erklären.

Gegen den Beschluss der Vertretung nach § 40 Absatz 1 KWahlG kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage steht auch der Aufsichtsbehörde zu. Ein Vorverfahren nach dem 8. Abschnitt der Verwaltungsgerichtsordnung findet nicht statt. Im Falle der Ungültigkeitserklärung der Wahl durch die Vertretung steht auch einer Partei oder Wählergruppe, die keinen Einspruch eingelegt hat, die Klagebefugnis zu.

Die Bekanntmachung des Ergebnisses der Wahl des Integrationsrates der Stadt Beckum vom 14.09.2025 erfolgte am 24.09.2025 im Amtsblatt der Stadt Beckum. Die Frist für die Erhebung von Einsprüchen gegen die Gültigkeit der Wahlen nach § 39 KWahlG endete mit Ablauf des 24.10.2025.

Dem Wahlleiter wurden keine Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl vorgelegt. Unregelmäßigkeiten sind von Amts wegen nicht bekannt geworden.

Anlage(n):

ohne

Neufassung der Friedhofsgebührensatzung

Federführung: Fachbereich Umwelt und Bauen

Beteiligungen: Büro des Bürgermeisters
Fachbereich Finanzen und Beteiligungen
Fachbereich Innere Verwaltung
Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

Auskunft erteilt: Herr Dr. Hofbauer | 02521 29-7000 | hofbauer@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss

09.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die als Anlage 1 zur Vorlage beigefügte Friedhofsgebührenkalkulation wird beschlossen.

Die als Anlage 2 zur Vorlage beigefügte Neufassung der Friedhofsgebührensatzung wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Für das Haushaltsjahr 2026 ergeben sich für den allgemeinen Haushalt Kosten von 102.591,69 Euro. Hiervon entfallen als öffentlicher Anteil 72.106,14 Euro auf den Bereich der Grabnutzungsgebühr und 2.060,17 Euro als öffentlicher Anteil für die Aussegnungshalle (= städtischer Anteil: 15 Prozent). 28.425,38 Euro fließen als Zuschuss für die Leichen- und Trauerhalle ein.

Die Personal- und Sachkosten für die Erstellung der Gebührenkalkulation und die Vorbereitung der Umsetzung der Satzungsänderung sind in den in der Gebührenkalkulation ausgewiesenen Verwaltungskosten enthalten.

Finanzierung

Die Auswirkungen der Gebührenkalkulation sind im Entwurf des Haushaltes 2026 berücksichtigt.

Erläuterungen:

Die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung ergeht auf der Grundlage der §§ 7 und 41 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), der §§ 2, 4 und 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) und des § 4 Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen (BestG NRW).

Für die Nutzung der städtischen Friedhöfe werden Gebühren nach KAG NRW erhoben. Die Höhe der Gebühren ist von den voraussichtlich anfallenden Kosten, der Anzahl von (Wieder-)Erwerbsfällen sowie den Bestattungszahlen abhängig.

Berechnungsgrundlagen

Insgesamt ist im Gebührenjahr 2026 mit Gesamtkosten von 806.614,82 Euro zu rechnen. Nach Abzug der Leistungen verbleibt ein Gebührenbedarf von 701.023,13 Euro. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Veränderung des Gebührenbedarfs um 163.245,73 Euro. Diese ergibt sich insbesondere durch eine noch im Vorjahr mögliche Entnahme aus dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich von 48.356,19 Euro, die mit der Kalkulation 2026 aufgrund der Leerung des Sonderpostens für den Gebührenaussgleich entfällt, sowie durch die erstmalig differenziert ausgewiesene Abschreibung der geschaffenen Gemeinschaftsgrabanlagen von 84.580,00 Euro. Im Übrigen durch Kostensteigerungen, auch aufgrund der in größerem Ausmaß notwendigen Pflegearbeiten durch die geschaffenen Gemeinschaftsgrabanlagen. Gegenläufige Kostensenkungen können diese nicht kompensieren.

Hinsichtlich der jeweils bei den verschiedenen Gebührenarten einzubeziehenden Kosten und Leistungen wird auf Anlage 1 zur Vorlage verwiesen.

Bei der Einbeziehung der Kosten für Betrieb und Unterhaltung der Friedhöfe ist der bisherige Kostendeckungsgrad weiterhin maßgebend. Dabei wird wie folgt differenziert: Kosten, die allein im Zusammenhang mit der Bestattung der Toten stehen, werden zu 100 Prozent auf die Gebührenpflichtigen umgelegt. Kosten, die im Zusammenhang mit der öffentlichen Funktion des Friedhofs stehen, werden zu 85 Prozent berücksichtigt.

Die Bestattungskultur hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Die Nachfrage nach Sargbestattungen in Erdgräbern ist weiterhin stark rückläufig, während Urnenbestattungen zunehmend bevorzugt werden. Im Jahr 2023 wurden auf städtischen Friedhöfen 75 Prozent der Bestattungen in Urnengrabstätten durchgeführt, während 25 Prozent in Erdgräbern erfolgten. Im Jahr 2024 betrug das Verhältnis 85 Prozent für Urnenbestattungen und noch 15 Prozent für Erdbestattungen. Prognosen für das Jahr 2025 zeigen eine weitere Verschiebung hin zu 87 Prozent für Urnenbestattungen und 13 Prozent für Erdbestattungen. Dieser Trend ist deutschlandweit zu beobachten und stellt keine Besonderheit in Beckum dar.

Für das Jahr 2026 ergibt sich folgende Prognose:

	Elisabethfriedhof	Parkfriedhof	Gesamt
Wahlgräber Erwerb	9	6	15
Wahlgräber Zubettungen Erdbestattung	36	3	39
davon Wahlgräber Zubettungen Urnen	(22)	(3)	(25)
Reihengräber	0	1	1
Urnengräber Erwerb	33	8	41
Urnengräber Kolumbarium/Urnenwand	35	0	35
Urnengräber Zubettungen	18	5	23
Baumbestattung		41	41
Gemeinschaftsgrab Urne	4	0	4
Gemeinschaftsgrab Urnenerdröhren	27	0	27
Gemeinschaftsgrab Erdbestattung	1		1
Kindergräber	0	0	0

	Elisabethfriedhof	Parkfriedhof	Gesamt
Aschenstreu Feld	0	3	3
Rasengrab – Urnen- oder Erdbestattung	0	2	2
Gesamt	163	69	232

Aufgrund des steigenden Gebührenbedarfs für die Unterhaltung und Pflege der Friedhöfe ist es bei konstant bleibenden Bestattungszahlen nicht möglich, eine Gebührenerhöhung zu vermeiden.

Die vorgenannten Gründe haben zur Folge, dass es zu einer Kostensteigerung von rund 10,64 Prozent gegenüber der Kalkulation für das Jahr 2025 kommt.

Aus der nachfolgenden Tabelle können die neu festzusetzenden Gebühren sowie die Veränderung zum Vorjahr entnommen werden.

Gebühr/Jahr	2025	2026
Wahlgrab (30 Jahre)		
Grabnutzungsgebühr	2.202 Euro	2.769 Euro
Bestattungsgebühr	1.030 Euro	1.074 Euro
Gesamt	3.232 Euro	3.843 Euro
Urnengrab (30 Jahre)		
Grabnutzungsgebühr	936 Euro	1.141 Euro
Bestattungsgebühr	470 Euro	502 Euro
Gesamt	1.406 Euro	1.643 Euro

Die Gebührenerhöhungen basieren weitestgehend auf der gestiegenen Grabnutzungsgebühr. Die Grabnutzungsgebühr setzt sich aus den anteiligen Verwaltungs-, Gebäude- und Unterhaltungskosten der Friedhöfe und deren Berechnung der Verzinsung des eingesetzten Kapitals, den Abschreibungen der Anlagegüter (basierend auf dem Wiederbeschaffungswert) und den Kosten für die Pflege des Friedhofs zusammen.

Die genannten Entwicklungen führen dazu, dass die Gebühren insgesamt für eine Bestattung in einem Erdwahlgrab im Gebührenjahr 2026 um 611,00 Euro steigen. Die Gebühren für eine Bestattung in einem Urnenwahlgrab erhöhen sich um 237,00 Euro.

Die Gebühr für eine Baumbestattung erhöht sich aufgrund der Kostensteigerungen um 243,00 Euro auf 1.881,00 Euro.

Die Gebühr einer Urnenbestattung in einer Gemeinschaftsgrabanlage „Steinkreis“ setzt sich aus den Bestattungskosten von 1.643,00 Euro und den Gestaltungs- und Pflegekosten von 1.313,00 Euro zusammen und beträgt im Gebührenjahr 2026 somit 2.956,00 Euro. Dies ist eine Erhöhung von 251,00 Euro.

Die Gebühr einer Erdbestattung in einer Gemeinschaftsgrabanlage setzt sich aus den Bestattungskosten für eine Erdbestattung von 3.843,00 Euro und den Gestaltungs- und Pflegekosten von 1.661,00 Euro zusammen und beträgt im Gebührenjahr 2026 somit 5.504,00 Euro. Dies ist eine Erhöhung um 626,00 Euro.

Die Gebühr für die Beisetzung einer Urne in einem Kolumbarium setzt sich aus den Bestattungskosten für eine Urnenbestattung von 1.643,00 Euro und der Gebühr für die Gestaltung und Pflege von 2.156,00 Euro zusammen und beträgt 3.799,00 Euro im Gebührenjahr 2026. Dies bedeutet eine Erhöhung um 415,00 Euro. Die Kosten für die Gravur der Nischentür erhöhen sich von 7,19 Euro pro Zeichen auf 7,56 Euro. Die Kosten für ein eventuell gewünschtes Ornament sind durch die Nutzungsberechtigten mit dem Steinmetz direkt abzurechnen.

Die Gebühr in der neu angelegten Urnenerdröhrenanlage für eine Bestattung setzt sich aus den Bestattungskosten von 1.643,00 Euro und den Gestaltungs- und Pflegekosten von 1.591,00 Euro zusammen und beträgt 3.234,00 Euro. Dies ist eine Erhöhung um 386,00 Euro.

Zu den einbezogenen Kosten für die Nutzung der Leichen-, Trauer- und Aussegnungshalle wird auf Folgendes hingewiesen:

Die Kalkulation der Gebühr für die Leichenhalle auf dem Parkfriedhof würde unter Einbeziehung aller Kosten und eines Kostendeckungsgrades von 50 Prozent aufgrund der geringen Nutzung (kalkulierte Nutzung im Jahr 2026) eine Gebühr von 7.131,08 Euro ergeben.

Um zumindest eine teilweise Nutzung der Leichenhalle zu erreichen, wird für das Jahr 2026 vorgeschlagen, die Gebühr aus den Vorjahren in Höhe von 422,00 Euro beizubehalten, unabhängig von der rechnerisch ermittelten Gebühr.

Für die Trauerhalle auf dem Parkfriedhof errechnet sich unter Einbeziehung aller Kosten und eines Kostendeckungsgrades von 50 Prozent eine Gebühr von 413,36 Euro. Es ist davon auszugehen, dass die Trauerhalle bei den errechneten Gebühren noch weniger genutzt wird. Es wird vorgeschlagen, auch bei der Trauerhalle, unabhängig von der rechnerisch ermittelten Gebühr, die Gebühr von 219,00 Euro aus dem Vorjahr beizubehalten.

Die entstehenden Defizite werden aus dem allgemeinen Haushalt der Stadt Beckum getragen, zusätzlich zu dem angesetzten öffentlichen Anteil.

Für die Nutzung des Treffpunktes als Aussegnungshalle auf dem Friedhof Elisabethstraße wurden 63 Nutzungen im Jahr zugrunde gelegt. Auf dieser Grundlage errechnet sich eine Gebühr von 185,00 Euro. Dies ist eine Erhöhung um 22,00 Euro.

Die Beibehaltung der Gebühren für die Trauerhalle in Roland und die geringe Erhöhung für eine Nutzung des Treffpunktes auf dem Friedhof Elisabethstraße sind auch im Hinblick auf die vermehrte Konkurrenz von neuen Abschiedsräumen, die von den ortsansässigen Bestattern betrieben werden, zu begründen.

Hinsichtlich der Gebührenkalkulation im Einzelnen wird auf die der Vorlage beigelegte Anlage 1 zur Vorlage verwiesen.

Die Friedhofsgebührensatzung mit den Gebühren für das Jahr 2026 ist der Anlage 2 zur Vorlage beigelegt. Die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung bezieht sich lediglich auf die Gebühren, der Rest davon bleibt unberührt.

Angesichts der allgemein gestiegenen Kosten für die Unterhaltung und Pflege der Friedhöfe beabsichtigt die Friedhofsverwaltung, im nächsten Jahr eine Analyse durchzuführen. Ziel ist es, mögliche Einsparpotenziale zu identifizieren und daraus konkrete Maßnahmen abzuleiten, um die finanziellen Belastungen in Zukunft zu optimieren.

Anlage(n):

- 1 Gebührenkalkulation
- 2 Friedhofsgebührensatzung



Kalkulation der Friedhofsgebühren für das Jahr 2026

1 Erläuterungen zur Gebührenbedarfsberechnung

Grundlage für die Gebührenbedarfsberechnung 2026 sind die voraussichtlich in diesem Jahr entstehenden Kosten und die voraussichtlichen Leistungen.

1.1 Kalkulatorische Abschreibungen

Die kalkulatorische Abschreibung des Anlagevermögens wird auf der Basis der fortgeschriebenen Wiederbeschaffungszeitwerte und des für die einzelnen Anlagenteile festgelegten Abschreibungssatzes (abhängig von der Nutzungsdauer) errechnet. Die Fortschreibung erfolgt anhand von Indexwerten, die vom Landesbetrieb „Information und Technik Nordrhein-Westfalen – IT.NRW“ ermittelt werden.

1.2 Kalkulatorische Zinsen

Die Berechnung der kalkulatorischen Zinsen für das im Anlagevermögen gebundene Kapital wird auf der Basis der Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte vorgenommen. Hierbei werden Beiträge und Zuweisungen Dritter (Abzugskapital) abgezogen. Bei der Zinsberechnung wird ein kalkulatorischer Zinssatz von 2,76 Prozent zugrunde gelegt, der nach den Vorgaben des § 6 Kommunalabgabengesetz NRW anhand des Durchschnitts der Emissionsrenditen für festverzinsliche Wertpapiere öffentlicher Emittenten ermittelt wird.

1.3 Verwaltungs- und Gebäudekosten

Die Verwaltungskosten verteilen sich zu 60 Prozent auf die Grabnutzungs- und 30 Prozent auf die Bestattungsgebühr. 5 Prozent entfallen auf die Gebühr für die Nutzung der Trauerhalle, 2 Prozent auf die Gebühr für die Nutzung der Leichenhalle und 3 Prozent auf die Gebühr für die Nutzung der Aussegnungshalle.

Die Gebäudekosten verteilen sich je 10 Prozent auf die Gebühr für die Nutzung der Trauer- und Leichenhalle und des Treffpunktes/Aussegnungshalle. Die restlichen Kosten entfallen auf die Grabnutzungsgebühr.

2 Ermittlung des durch Gebühren zu deckenden Bedarfes

Produkt 130501 – Verwaltung der Friedhöfe		Grabnutzungs- gebühr	Bestattungs- gebühr	Pflege-/Ge- staltungsgebühr Gemeinschafts- gräber	Treffpunkt/ Aussegnungs- halle	Trauerhalle	Leichenhalle
Kosten							
Verwaltungskosten							
+ Personalausgaben	141.638,77 €	84.983,26 €	42.491,63 €	0,00 €	4.249,16 €	7.081,94 €	2.832,78 €
+ Verwaltungs- und Amtsoverheadkosten	28.227,80 €	16.936,68 €	8.468,34 €	0,00 €	846,83 €	1.411,39 €	564,56 €
+ IT-Kosten	5.727,00 €	3.436,20 €	1.718,10 €	0,00 €	171,81 €	286,35 €	114,54 €
+ Sachkosten	10.375,00 €	6.225,00 €	3.112,50 €	0,00 €	311,25 €	518,75 €	207,50 €
Gebäudekosten							
+ Gebäudeunterhaltung	6.000,00 €	5.150,00 €	0,00 €	0,00 €	350,00 €	250,00 €	250,00 €
+ Gebäudeversicherungen und Abgaben	6.550,00 €	5.495,00 €	0,00 €	0,00 €	255,00 €	400,00 €	400,00 €
+ Unterhaltung, Anschaffung und Ersatz von Inventar	9.775,00 €	8.157,50 €	0,00 €	0,00 €	337,50 €	640,00 €	640,00 €
+ Energiekosten	10.950,00 €	9.035,00 €	0,00 €	0,00 €	275,00 €	820,00 €	820,00 €
Sonstige Kosten							
+ Unterhaltung der Kommunalfriedhöfe	73.000,00 €	36.500,00 €	36.500,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
+ Leistungen des Eigenbetriebes Städtische Betriebe	320.000,00 €	233.084,03 €	41.263,80 €	45.652,17 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
+ Kalkulatorische Abschreibungen	62.797,01 €	46.069,41 €	267,61 €	0,00 €	6.364,00 €	5.048,00 €	5.048,00 €
+ Kalkulatorische Zinsen	32.990,43 €	25.635,49 €	11,44 €	0,00 €	573,91 €	3.384,80 €	3.384,80 €
+ Kalkulatorische Abschreibungen Gemeinschaftsgräber	84.580,00 €	0,00 €	0,00 €	84.580,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
+ Kalkulatorische Zinsen Gemeinschaftsgräber	2.603,81 €	0,00 €	0,00 €	2.603,81 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
+ Ausgleich Defizit aus Vorjahren	11.400,00 €	11.400,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe Kosten	806.614,82 €	492.107,57 €	133.833,42 €	132.835,98 €	13.734,47 €	19.841,22 €	14.262,16 €
Leistungen							
+ Verwaltungsgebühren	3.000,00 €	0,00 €	3.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
+ Auflösung aus dem Sonderposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
+ Eigenanteil der Stadt	102.591,68 €	72.106,14 €	0,00 €	0,00 €	2.060,17 €	14.585,22 €	13.840,16 €
Summe Leistungen	105.591,68 €	72.106,14 €	3.000,00 €	0,00 €	2.060,17 €	14.585,22 €	13.840,16 €
Summe Kosten	806.614,82 €	492.107,57 €	133.833,42 €	132.835,98 €	13.734,47 €	19.841,22 €	14.262,16 €
Summe Leistungen	105.591,68 €	72.106,14 €	3.000,00 €	0,00 €	2.060,17 €	14.585,22 €	13.840,16 €
Gebührenbedarf (Unterdeckung)	-701.023,14 €	-420.001,44 €	-130.833,42 €	-132.835,98 €	-11.674,30 €	-5.256,00 €	-422,00 €

3 Kalkulation Grabnutzungsgebühr

Die Grabnutzungsgebühr wird erhoben für die Übertragung des Nutzungsrechtes an einer Grabstelle. Sie dient der Deckung der anteiligen Kosten für Erwerb und Erschließung der Friedhofsanlage (reine Belegungsfläche). Die Grabnutzungsgebühr ergibt sich aus den anteiligen Verwaltungskosten, der Kalkulation der Verzinsung des eingesetzten Kapitals, den Abschreibungen der Anlagegüter, die auf der Grundlage des Wiederbeschaffungszeitwertes errechnet werden und den Kosten für die Unterhaltung des Friedhofs.

Die Friedhofspflege wird durch die Städtischen Betriebe Beckum (SBB) durchgeführt. Insgesamt fallen durch die SBB Kosten in Höhe von voraussichtlich 320.000 Euro an. Für die Kalkulation der Grabnutzungsgebühr sind die bei der Bestattungsgebühr zu berücksichtigenden Kosten der SBB abzuziehen.

Es wird ein Kostendeckungsgrad von 85 Prozent zu Grunde gelegt.

Insgesamt ergibt sich somit folgende Kostenaufstellung:

Kostenarten	
Kosten Friedhofspflege durch Städtische Betriebe Beckum	233.084,03 €
Kosten der Unterhaltung	36.500,00 €
Verwaltungskosten	111.581,14 €
Gebäudekosten	27.837,50 €
Kalkulatorische Zinsen	25.635,49 €
Kalkulatorische Abschreibung	46.069,41 €
Summe	480.707,57 €
Abzüglich 15 Prozent öffentlicher Anteil	72.106,14 €
Summe	408.601,44 €
+ Zuführung aus Sonderposten	- €
- Auszugleichendes Defizit	11.400,00 €
Gesamtkosten	420.001,44 €

Die Grabnutzungsgebühren werden auf der Grundlage des "Kölner Modells" kalkuliert. Hierbei werden 45 Prozent der einzubeziehenden Kosten nach Fallzahlen ("Kölner Modell") und 55 Prozent flächenbezogen (Äquivalenzziffernmodell) verteilt.

Fallpauschale

45 Prozent der Kosten werden als fixe Kosten pro Grabstellenerwerb berechnet.

Kostenanteil 45 Prozent	189.000,65 €
Anzahl Graberwerbe	284
Fallpauschale	665,50 €

Flächenbezogener Betrag:

55 Prozent der Kosten werden nach der Äquivalenzziffernmethode berechnet.

Unterhaltungsgebühr	Wahlgrab	Wahlgrab	Wahlgrab	Reihengrab	Kindergrab	Urnengrab	Urnengrab	Urnengrab	Summe
Bruttograbfläche m ²	8,40	8,40	8,40	6	4	1,90	1,90	1,90	
Nutzungsdauer Jahre	30	10	5	30	20	30	10	5	
Einheiten je Grabstelle (Bruttograbfläche x Nutzungsdauer)	252	84	42	180	80	57	19	9,50	
Verhältnis Prozent	140,00	46,67	23,33	100,00	44,44	31,67	10,56	5,28	
Graberwerbe im Abrechnungszeitraum	60	0	14	1	0	206	0	3	284
Äquivalenzziffer (Gesamtgraberwerbe x Verhältniszahl)	8.400,00	0,00	326,67	100,00	0,00	6.523,33	0,00	15,83	15.365,83
Umzulegende Kosten Euro									231.000,79
Teilkosten (umzulegende Kosten geteilt durch Äquivalenzziffer)									15,03
Kosten je Grabstelle (Teilkosten x Verhältniszahl)	2.104,68 €	701,56 €	350,78 €	1.503,34 €	668,15 €	476,06 €	158,69 €	79,34 €	
Gebühr	2.104,00 €	701,00 €	350,00 €	1.503,00 €	668,00 €	476,00 €	158,00 €	79,00 €	

Die komplette Fallpauschale ist für einen Zeitraum von 30 Jahren angesetzt. Bei einem stufenweisen Erwerb des Nutzungsrechtes über jeweils 5 Jahre oder 10 Jahre ist diese Gebühr mehrfach zu entrichten. Als Ausgleich dafür wird daher ein angemessener Faktor eingeführt.

Somit ergeben sich folgende Gebühren:

	Gebühr		Fallpauschale	Faktor	Gesamt		Gebühr gerundet
Wahlgrab (30 Jahre):	2.104,00 €	+	665,50 €	1,00	2.769,50 €	Gebühr:	2.769,00 €
Wahlgrab (10 Jahre):	701,00 €	+	665,50 €	0,50	1.033,75 €	Gebühr:	1.033,00 €
Wahlgrab (5 Jahre) :	350,00 €	+	665,50 €	0,30	549,65 €	Gebühr:	549,00 €
Reihengrab:	1.503,00 €	+	665,50 €	1,00	2.168,50 €	Gebühr:	2.168,00 €
Kindergrab:	668,00 €	+	665,50 €	1,00	1.333,50 €	Gebühr:	1.333,00 €
Urnengrab (30 Jahre):	476,00 €	+	665,50 €	1,00	1.141,50 €	Gebühr:	1.141,00 €
Urnengrab (10 Jahre):	158,00 €	+	665,50 €	0,50	490,75 €	Gebühr:	490,00 €
Urnengrab (5 Jahre):	79,00 €	+	665,50 €	0,30	278,65 €	Gebühr:	278,00 €

Bei Verlängerung eines Nutzungsrechtes bei Wahlgräbern wird 1/30 der jeweiligen Grabnutzungsgebühr zu Grunde gelegt. Daraus ergeben sich pro Jahr und Grabstelle folgende Gebühren:

Wahlgrab	92,30 €	festgesetzt auf	92,30 €
Urnengrab	38,03 €	festgesetzt auf	38,00 €

Die Grabnutzungsgebühr für das Aschenstreu Feld entspricht der Gebühr eines Urnengrabes: **1.141,00 €**

Die Grabnutzungsgebühr für ein Rasenreihengrab beziehungsweise Wahlgrab entspricht der jeweiligen Gebühr eines Reihen- beziehungsweise Wahlgrabes.

Des Weiteren wird bei Rasengräbern eine Pauschale pro Jahr und Stelle für die Dauer der Nutzungszeit für die Einsaat und Pflege festgesetzt.

Pauschale 20,00 €

Bei vorzeitig zurückgegebenen Wahl- und Reihengräbern wird eine Pauschale pro Jahr und Stelle für die Dauer der Nutzungszeit für die Einsaat und Pflege festgesetzt.

Pauschale 60,00 €

4 Kalkulation Bestattungs- und Umbettungsgebühr

Die Bestattungsgebühr umfasst alle anlässlich einer Bestattung oder Beisetzung anfallenden Leistungen. Die entstehenden Kosten werden hierbei umgelegt.

Kosten der Städtischen Betriebe Beckum

Die Kosten für den Personaleinsatz ergeben sich aus der Einsatzzeit je Bestattung und den Arbeitskosten je Stunde.

Für diese Arbeit wird ein Stundensatz in folgender Höhe in Rechnung gestellt:

58,20 €

Es wird mit Gesamtkosten in Höhe von

41.263,80 € gerechnet.

Folgende Fixkosten sind bei sämtlichen Bestattungsarten mit einzubeziehen:

Anteilige Kosten Unterhaltung Kommunalfriedhöfe	36.500,00 €
Verwaltungskosten	55.790,57 €
Kalkulatorische Zinsen	11,44 €
Kalkulatorische Abschreibungen	267,61 €
Gesamt	92.569,62 €
+ Zuführung aus Sonderposten	0,00 €
+ Einnahme aus Verwaltungsgebühren	3.000,00 €
Gesamtsumme	89.569,62 €
Anzahl Bestattungen	232
Kosten je Bestattung	386,08 €

Grabart	Personaleinsatz in Stunden	Personalkosten	Allgemeine Fixkosten	Kosten Maschinen	Bestattungsgebühr (gerundet)
Wahlgrabstelle	10,00	582,00 €	386,08 €	106,15 €	1.074,00 €
Urnengrabstelle	2,00	116,40 €	386,08 €	0,00 €	502,00 €
Reihengrabstelle	10,00	582,00 €	386,08 €	106,15 €	1.074,00 €
Kindergrabstelle	5,00	291,00 €	386,08 €	22,80 €	699,00 €

Umbettungen

Der bei Umbettungen verursachte Aufwand entspricht im Wesentlichen dem Aufwand, der anlässlich einer Bestattung entsteht. Daher ist es gerechtfertigt, die Gebührensätze für die Bestattung zu übernehmen. Zusätzliche Kosten für die Erschwerniszulage für die Arbeiten der Städtischen Betriebe Beckum werden gesondert je Einzelfall abgerechnet.

Aschenstreu Feld

Die Gebühr für das Aschenstreu Feld wird auf der Grundlage der Gebühr für die Bestattung in einer Urnengrabstätte bemessen. Da bei der Verstreuung der Aufwand geringer ist als bei einer Beisetzung, wird die Bestattungsgebühr lediglich zu 50 Prozent angerechnet.

Die Gebühr beträgt somit	251,00 € gerundet	251,00 €
--------------------------	-------------------	-----------------

Bestattung von Totgeburten

Die Gebühr für die Bestattung von Totgeburten und verstorbenen Säuglingen in den ersten Lebensmonaten ohne eigene Grabstätte wird nach der Gebühr für die Bestattung in einer Kindergrabstätte bemessen. Wegen des weitaus geringeren Arbeitsumfanges wird die Gebühr mit 1/3 von dieser Gebühr kalkuliert.

Die Gebühr beträgt somit	233,00 € gerundet	233,00 €
--------------------------	-------------------	-----------------

Rasengräber (Reihen- oder Wahlgrab)

Im Jahr 2011 wurden auf dem Parkfriedhof Rasengräber angelegt. Diese werden sowohl als Reihen- als auch als Wahlgrab angeboten. Da die Arbeiten im Zusammenhang mit einer Bestattung sich nicht von denen einer Bestattung in einem anderen Reihen- beziehungsweise Wahlgrab unterscheiden, werden die gleichen Bestattungsgebühren angesetzt.

Zuschläge

Die Städtischen Betriebe Beckum sehen für Arbeiten außerhalb der feststehenden Arbeitszeiten einen Stundenaufschlag vor. Dies betrifft vor allem die Arbeiten die samstags verrichtet werden. Daher wird für Bestattungen samstags zusätzlich eine

Pauschale für Erdbestattungen in Höhe von	102,00 €
und für Urnenbestattungen in Höhe von	32,50 € berechnet.

5 Kalkulation Leichen-, Trauer- und Aussegnungshalle

Für die Kalkulation der Gebühr für die Leichen-, Trauer- und Aussegnungshalle werden die Gebäude- und Verwaltungskosten sowie die kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen zu Grunde gelegt.

Bei der Leichen- und Tauerhalle wird ein Kostendeckungsgrad von 50 Prozent zu Grunde gelegt.

Kostenarten	Leichenhalle	Trauerhalle	Aussegnungshalle
Gebäudekosten	2.110,00 €	2.110,00 €	1.217,50 €
Verwaltungskosten	3.719,37 €	9.298,43 €	5.579,06 €
Kalkulatorische Zinsen	3.384,80 €	3.384,80 €	573,91 €
Kalkulatorische Abschreibungen	5.048,00 €	5.048,00 €	6.364,00 €
Gesamt	14.262,16 €	19.841,22 €	13.734,47 €
Abzüglich 50 Prozent öffentlicher Anteil Leichen- und Trauerhalle, 15 Prozent öffentlicher Anteil Aussegnungshalle	7.131,08 €	9.920,61 €	2.060,17 €
Summe	7.131,08 €	9.920,61 €	11.674,30 €
Nutzungen	1	24	63
Gebühr je Nutzung	7.131,08 €	413,36 €	185,31 €

Da die Leichen- und Trauerhalle zu den vorgenannten Gebühren nicht genutzt werden würden, schlägt die Verwaltung vor, die Gebühr wie in den Vorjahren zu belassen. Die Gebühr für die Aussegnungshalle erhöht sich um 25 Euro.

Nutzungsgebühr Leichenhalle	422,00 €
Nutzungsgebühr Trauerhalle	219,00 €
Nutzungsgebühr Aussegnungshalle (gerundet)	185,00 €

Die nicht durch Gebühren für die Leichenhalle gedeckten Kosten sind ebenfalls dem öffentlichen Anteil zuzurechnen:	6.709,08 €
somit gesamt:	13.840,16 €
Die nicht durch Gebühren für die Trauerhalle gedeckten Kosten sind ebenfalls dem öffentlichen Anteil zuzurechnen:	4.664,61 €
somit gesamt:	14.585,22 €

6 Baumbestattung und Gemeinschaftsgrabanlagen

Die Bepflanzungs- und Pflegekosten beruhen auf den Erfahrungswerten der vergangenen Jahre, Anzahl der Pflegegänge pro Jahr sowie deren Fortführung über 30 Jahre einschließlich Ersatzpflanzungen. Die Gestaltungskosten ergeben sich aus den abgerechneten Baumaßnahmen durch die Städtischen Betriebe Beckum und den Steinmetzarbeiten.

	Be- pflanzung	Pflege	Gestaltung einschließlich Stein	Gestaltungs- und Pflege- gebühr (Summe gerundet 2 bis 4)	Zuzüglich Grabnutzungs- gebühr	Zuzüglich Bestattungs- gebühr	Gesamt- kosten (Summe 5 bis 7)
1	2	3	4	5	6	7	8
Baumbestattung	20,16 €	218,00 €	0,00 €	238,00 €	1.141,00 €	502,00 €	1.881,00 €
Urnenbestattung Gemeinschaftsgrabanlage	72,16 €	555,55 €	685,72 €	1.313,00 €	1.141,00 €	502,00 €	2.956,00 €
Erdbestattung Gemeinschaftsgrabanlage	294,87 €	592,58 €	774,19 €	1.661,00 €	2.769,00 €	1.074,00 €	5.504,00 €
Urnenbestattung Kolumbarium	179,49 €	517,33 €	1.460,15 €	2.156,00 €	1.141,00 €	502,00 €	3.799,00 €
Urnenbestattung Erdröhren- Gemeinschaftsgrabanlage	344,53 €	584,92 €	662,29 €	1.591,00 €	1.141,00 €	502,00 €	3.234,00 €

Bei den Gemeinschaftsgrabanlagen für Erd- und Urnenbestattungen und bei den Baumbestattungen kann auf Wunsch der Nutzungsberechtigten eine Namenstafel mit Namenszug, Geburts- und Sterbejahr angebracht werden.

Die zusätzlichen Kosten hierfür betragen bei den Gemeinschaftsgrabanlagen 220,25 €

und bei den Baumbestattungen 147,00 €

Für die Gravur der Nischentür am Kolumbarium oder der Verschlussplatte einer Erdröhre betragen die Kosten pro Zeile 7,56 €

Die Kosten für ein eventuell gewünschtes Ornament sind durch die Nutzungsberechtigten mit dem Steinmetz abzurechnen.

Verlängerung des Nutzungsrechtes

Bei Verlängerung des Nutzungsrechtes in einer Gemeinschaftsgrabanlage wird jeweils 1/30 der Kosten für Bepflanzung und Pflege berechnet. Der Stein in der Gemeinschaftsgrabanlage und die Nische im Kolumbarium sind bereits abgelöst worden.

Die zusätzlichen Kosten betragen:

	Bepflanzung	Pflege	Gebühr für 30 Jahre	Gebühr pro Jahr	Gebühr gerundet
Baumbestattung	20,16 €	218,00 €	238,16 €	7,94 €	7,90 €
Urnenbestattung Gemeinschaftsgrabanlage	72,16 €	555,55 €	627,71 €	20,92 €	20,90 €
Erdbestattung Gemeinschaftsgrabanlage	294,87 €	592,58 €	887,45 €	29,58 €	29,50 €
Urnenbestattung Kolumbarium	179,49 €	517,33 €	696,82 €	23,23 €	23,20 €
Urnenbestattung Gemeinschaftsgrabanlage Erdröhre	344,53 €	584,92 €	929,45 €	30,98 €	30,90 €

TOP Ö 10

Kinderlosgebührensatzung der Stadt Beckum

Anlage 2 zur Vorlage 2025/0383

Inhaltsverzeichnis

Präambel	2
§ 1 Gebührenpflicht	2
§ 2 Gebühren	2
§ 3 Gebührenpflichtige.....	4
§ 4 Gebührenfälligkeit	4
§ 5 Inkrafttreten	4

Präambel

Aufgrund der §§ 7 Absatz 1 und 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, der §§ 2, 4 und 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen und § 4 Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen des Landes Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 34 Friedhofssatzung der Stadt Beckum hat der Rat der Stadt Beckum am _____ folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Gebührenpflicht

Für die Inanspruchnahme der sich im städtischen Eigentum befindlichen Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen sowie für damit zusammenhängende besondere Leistungen der Friedhofsverwaltung werden Gebühren nach dieser Satzung erhoben.

§ 2

Gebühren

1 Grabnutzungsgebühr

- a) Erwerb eines Nutzungsrechtes für die Dauer von 20 Jahren
 - Kindergrabstätte1.333,00 Euro.
- b) Erwerb eines Nutzungsrechts für die Dauer von 30 Jahren
 - Reihengrabstätte.....2.168,00 Euro,
 - Wahlgrabstätte je Grabstelle2.769,00 Euro,
 - Urnenwahlgrabstätte je Grabstelle.....1.141,00 Euro,
 - anonyme Urnenreihengrabstätte.....1.141,00 Euro,
 - Aschenstreuelfeld.....1.141,00 Euro.
- c) Erwerb eines Nutzungsrechtes für die Dauer von 10 Jahren ohne Bestattungsfall
 - Wahlgrabstätte je Grabstelle1.033,00 Euro,
 - Urnenwahlgrabstätte je Grabstelle.....490,00 Euro.
- d) Erwerb eines Nutzungsrechtes für die Dauer von 5 Jahren ohne Bestattungsfall
 - Wahlgrabstätte je Grabstelle549,00 Euro,
 - Urnenwahlgrabstätte je Grabstelle.....278,00 Euro.
- e) Verlängerung des Nutzungsrechts für jeweils 1 Jahr
 - Wahlgrabstätte je Grabstelle 92,30 Euro,
 - Urnenwahlgrabstätte je Grabstelle..... 38,00 Euro.

2 Bestattungsgebühr

- a) Bestattung in einer
 - Kindergrabstätte699,00 Euro,
 - Reihengrabstätte.....1.074,00 Euro,
 - Wahlgrabstätte1.074,00 Euro.

- b) Urnenbeisetzung (auch anonym) 502,00 Euro.
- c) Ascheverstreung..... 251,00 Euro.
- d) Bestattung von Totgeburten und verstorbenen Säuglingen
unter einem Jahr ohne eigene Grabstelle..... 233,00 Euro.

3 Nutzungsgebühr der Leichen-, Trauer- und Aussegnungshalle

- a) Leichenhalle 422,00 Euro.
- b) Trauerhalle 219,00 Euro.
- c) Aussegnungshalle 185,00 Euro.

4 Baumbestattung

- a) Gestaltungs- und Pflegegebühr für Wahlgrabstätte mit 30 Jahre Nutzungsrecht je Grabstelle..... 238,00 Euro.
- b) Gestaltungs- und Pflegegebühr bei Verlängerung des Nutzungsrechtes für jeweils 1 Jahr 7,90 Euro.
- c) Anbringung einer Namenstafel auf einer Holzstele..... 147,00 Euro.

5 Gemeinschaftsgrabanlagen

- a) Gestaltungs- und Pflegegebühr für Wahlgrabstätte mit 30 Jahre Nutzungsrecht
 - Urnenbeisetzung je Grabstelle..... 1.313,00 Euro,
 - Erdbestattung je Grabstelle 1.661,00 Euro,
 - Urnenbeisetzung in Urnenwand/-stele je Nische 2.156,00 Euro,
 - Urnenbeisetzung in einer Urnenerdröhre..... 1.591,00 Euro.
- b) Erstellung einer Bronzetafel mit Namenszug 220,25 Euro.
- c) Gravur Granittür/Verschlussplatte pro Zeichen..... 7,56 Euro.
- d) Gestaltungs- und Pflegegebühr bei Verlängerung des Nutzungsrechtes für jeweils 1 Jahr
 - Urnenbeisetzung je Grabstelle..... 20,90 Euro,
 - Erdbestattung je Grabstelle 29,50 Euro,
 - Beisetzung je Urne in einer Urnenwand/-stele 23,20 Euro,
 - Beisetzung in einer Urnenerdröhre 30,90 Euro.

6 Umbettungsgebühr (Exhumierung)

- Kindergrabstätte 699,00 Euro,
- Reihengrabstätte 1.074,00 Euro,
- Wahlgrabstätte 1.074,00 Euro,
- Urnenausgrabung..... 502,00 Euro.

7 Sonstige Gebühren

- a) Pauschalzuschlag für Bestattungen an Samstagen
 - Erdbestattungen..... 102,00 Euro,

- Beisetzung einer Urne..... 32,50 Euro.
- b) Gebühr für die Einsaat und Pflege von Wahlgrabstätten und Reihengrabstätten für jeweils 1 Jahr
für die Dauer der Ruhezeit je Grabstelle..... 60,00 Euro.
- c) Gebühr für die Einsaat und Pflege von Rasengräbern für jeweils 1 Jahr
für die Dauer des Nutzungsrechtes..... 20,00 Euro.
- d) Besondere Leistungen, die von den Gebührensätzen nach Nummer 1 bis 6 und 7 Buchstaben a, b und c nicht erfasst sind, werden nach dem tatsächlichen Aufwand berechnet und erhoben.

§ 3

Gebührenpflichtige

Zur Zahlung der Gebühren ist die Person verpflichtet, die selbst oder durch Dritte, deren Handeln ihr zuzurechnen ist,

- a) die in § 1 genannten Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen in Anspruch nimmt oder
- b) eine besondere Leistung der Friedhofsverwaltung beantragt hat oder durch sie unmittelbar begünstigt wird.

Wird der Auftrag von mehreren Personen oder im Auftrag mehrerer Personen gestellt, haftet jede Person für sich gesamtschuldnerisch.

§ 4

Gebührenfälligkeit

Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid festgesetzt und mit dessen Bekanntgabe fällig. Ist ein anderer Zeitpunkt für die Fälligkeit angegeben, gilt dieser.

§ 5

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Friedhofsgebührensatzung der Stadt Beckum vom 18. Dezember 2024 in der Fassung vom 15. Juli 2025 außer Kraft.



Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung

Federführung: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Beteiligungen: Fachbereich Innere Verwaltung
Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

Auskunft erteilt: Herr Wulf | 02521 29-2000 | wulf@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss

09.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die als Anlagen 1 und 2 zur Vorlage beigefügten Gebührenbedarfsrechnungen Straßenreinigung und Winterdienst werden beschlossen.

Die als Anlage 3 zur Vorlage beigefügte 12. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Durch die Auf- und Feststellung der Gebührenbedarfsrechnungen und die Vorbereitung und Umsetzung der Satzung entstehen Personal- und Sachkosten, die im laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Die Auswirkungen der Gebührenkalkulation werden im Haushaltsplanentwurf 2026 veranschlagt.

Erläuterungen:

Gebührenentwicklung seit 2021 und kalkulierte jährliche Gebühren für 2026

Bereich	2021 in Euro	2022 in Euro	2023 in Euro	2024 in Euro	2025 in Euro	2026* in Euro
Straßenreinigung einschließlich Winterwartung – je Meter Grundstücksseite						
für Straßen, die vorwiegend dem Anliegerverkehr dienen	2,31	2,98	3,06	3,10	3,05	2,95
für Fußgängergeschäftsstraßen	1,92	2,83	2,90	2,94	2,89	2,79
für Straßen des innerörtlichen Verkehrs	1,70	2,50	2,58	2,62	2,57	2,48

Bereich	2021 in Euro	2022 in Euro	2023 in Euro	2024 in Euro	2025 in Euro	2026* in Euro
Straßenreinigung einschließlich Winterwartung – je Meter Grundstücksseite						
Für Straßen des überörtlichen Verkehrs	1,43	1,48	2,19	2,26	2,24	2,17
<i>Musterhaushalt**</i>	<i>30,45</i>	<i>44,70</i>	<i>45,90</i>	<i>46,50</i>	<i>45,75</i>	<i>44,25</i>
Nur Winterwartung – je Meter Grundstücksseite						
für Straßen, die vorwiegend dem Anliegerverkehr dienen	0,73	1,45	1,16	0,99	0,98	0,94
für Fußgängergeschäftsstraßen	0,69	1,38	1,10	0,94	0,93	0,89
für Straßen des innerörtlichen Verkehrs	0,61	1,22	0,98	0,84	0,83	0,79
Für Straßen des überörtlichen Verkehrs	0,53	1,07	0,86	0,73	0,72	0,69
<i>Musterhaushalt**</i>	<i>10,95</i>	<i>21,75</i>	<i>17,40</i>	<i>14,85</i>	<i>14,70</i>	<i>14,10</i>

*auf der Basis der vorgeschlagenen Gebühren

**Eigentum in einer Anliegerstraße bei 15 Metern Straßenfront

Straßenreinigung

Der Sonderposten des Gebührenhaushaltes Straßenreinigung wird voraussichtlich zum 31.12.2025 einen kumulierten Überschuss von 31.328,22 Euro ausweisen.

In der Gebührenbedarfsrechnung Straßenreinigung 2026 sind voraussichtliche Kosten von 363.813,39 Euro (2025: 355.156,07 Euro) abgebildet. Gegenüber dem Vorjahr erhöhen die Kosten sich somit um rund 2,4 Prozent. Systematische Unterschiede in der Kostenermittlung zum Vorjahr sind nicht vorgenommen worden.

Die in der Gebührenbedarfsrechnungen angesetzten Verwaltungsgemeinkosten beinhalten Personalkosten, IT- und Sachkosten der Verwaltung die nicht unmittelbar dem Produktkonto Straßenreinigung und Winterdienst zugeordnet werden können. Beispiel hierfür sind die Personalverwaltung und das Gebäudemanagement.

Unter Berücksichtigung des unveränderten städtischen Eigenanteils von 18 Prozent und dem Einsetzen von 25.000,00 Euro (2025: 9.633,07 Euro) aus dem Sonderposten sinkt der durch Gebühren zu deckende Betrag gegenüber dem Vorjahr um 8.267,93 Euro auf 273.326,98 Euro.

Die jeweiligen Gebührensätze sinken bei nahezu unveränderter Entwicklung der Gebührenmeter entsprechend.

Winterdienst

Der Sonderposten des Gebührenhaushaltes Winterwartung wird voraussichtlich zum 31.12.2025 einen kumulierten Überschuss von 55.872,20 Euro ausweisen.

In der Gebührenbedarfsrechnung Winterdienst 2026 sind voraussichtliche Kosten von 227.945,66 Euro (2025: 227.552,88 Euro) abgebildet. Gegenüber dem Vorjahr erhöhen die Kosten sich somit um rund 0,2 Prozent. Systematische Unterschiede in der Kostenermittlung zum Vorjahr sind nicht vorgenommen worden.

Unter Berücksichtigung des unveränderten städtischen Eigenanteils von 18 Prozent und dem Einsetzen von 27.500,00 Euro (2025: 17.900,00 Euro) aus dem Sonderposten, verringert sich der durch Gebühren zu deckende Betrag gegenüber dem Vorjahr um 9.277,92 Euro auf 159.415,44 Euro.

Die jeweiligen Gebührensätze sinken entsprechend.

Weitere Einzelheiten sind den als Anlagen 1 und 2 zur Vorlage beigefügten Gebührenbedarfsrechnungen für das Jahr 2026 zu entnehmen.

Die Gebührenbedarfsrechnungen werden in der Sitzung des Haupt- und Finanz- und Digitalausschuss erläutert.

Anlage(n):

- 1 Gebührenbedarfsberechnung Straßenreinigung 2026
- 2 Gebührenbedarfsberechnung Winterdienst 2026
- 3 12. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung

Gebührenbedarfsberechnung Straßenreinigung 2026

I Kostenberechnung

Die Straßenreinigung wird durch die Städtischen Betriebe Beckum durchgeführt.

1 Ermittlung der Reinigungskosten

1.1 Kosten für die Straßenreinigung, Radwege und öffentliche Plätze

Die Gesamtkosten für die Reinigung der Straßen, Radwege und öffentliche Plätze werden von den Städtischen Betrieben Beckum ermittelt. Diese werden prozentual, entsprechend des Personaleinsatzes, auf Sonderreinigungen, Straßenreinigung und Wochenmarktreinigung verteilt.

Auf die Straßenreinigung entfällt voraussichtlich ein prozentualler Anteil von 89,44 % der Gesamtkosten.

Gesamtkosten:

305.114,10 €

zu berücksichtigter Anteil für die Straßenreinigung:

272.907,13 €

1.2 Kosten für die Reinigung des Straßenbegleitgrüns

70.000,00 €

Die Reinigung des Straßenbegleitgrüns wird dauerhaft von den Städtischen Betrieben Beckum durchgeführt. Die Kosten für die Reinigung des Straßenbegleitgrüns wurden auf der Grundlage des durchschnittlichen Aufwands in den Vorjahren ermittelt.

1.3 Kosten der Reinigung der Tiefgarage Südstraße

2.814,96 €

Wöchentliche Reinigung (Fegen und entfernen von grobem Müll sowie reinigen der Rohre) durch ein beauftragtes Unternehmen.

1.4 Summe der Reinigungskosten

345.722,09 €

2 Kosten der Verwaltung

Kostenart	Kosten pro Jahr
Personalkosten	13.937,17 €
IT-Kosten	483,00 €
Sachkosten	875,00 €
Verwaltungsgemeinkosten	2.796,13 €
Summe	18.091,30 €

3 Zusammenstellung der Kosten

Kostenart	Kosten pro Jahr
Reinigungskosten	345.722,09 €
Verwaltungskosten	18.091,30 €
Summe	363.813,39 €

II Gebührenbedarfsberechnung

1 Ermittlung des durch Gebühren zu deckenden Betrages

Kostenart	Kosten pro Jahr
Kosten Straßenreinigung	363.813,39 €
Abzüglich 18 % Eigenanteil der Stadt Beckum*	65.486,41 €
Entnahme aus dem Sonderposten** für den Gebührenaussgleich	25.000,00 €
Durch Gebühren zu deckender Betrag	273.326,98 €

*Die Berechnung des Eigenanteils der Stadt Beckum ist als Anhang beigefügt.

**Zum 31.12.2025 wird der Sonderposten voraussichtlich einen kumulierten Überschuss von 31.328,22 € ausweisen. Hiervon wird ein Anteil in Höhe von 25.000,00 € in die Gebührenbedarfsrechnung 2026 eingestellt.

2 Berechnung der Gebühren

- 2.1 Bei der Festsetzung der Gebühren können die Gemeinden gemäß § 3 Absatz 2 Gesetz über die Reinigung öffentlicher Straßen der Bedeutung der Straßen für den Anliegerverkehr sowie für den inner- und überörtlichen Verkehr Rechnung tragen. Zu diesem Zweck werden folgende Abstufungen der Straßen berücksichtigt:

Straßenart	Anteil Gebühr	Anteil Stadt*
Anliegerstraßen	95%	5%
Fußgängergeschäftsstraßen	90%	10%
Innerörtliche Straßen	80%	20%
Überörtliche Straßen	70%	30%

*Im Verhältnis zu den Kehrm Metern errechnet sich hieraus der städtische Eigenanteil von 18%.

2.2 Berechnung der Straßenreinigungsgebühr je gewichtetem Gebührenmeter

Straßenart/ Reinigungshäufigkeit	Kehrmeter	Kehrmeter pro Woche	Meter Hinterlieger*	Gebühren- meter
Anliegerstraßen 1 x wöchentlich	47 066	47 066	2 768	50 834
Anliegerstraßen (Mischfläche) 4 x wöchentlich	250	1 000		
Fußgängergeschäfts- straßen 4 x wöchentlich	210	840	0	9 006
Fußgängergeschäfts- straßen 6 x wöchentlich	1 361	8 166		
Innerörtliche Straßen 1 x wöchentlich	48 671	48 671	1 756	50 427
Überörtliche Straßen 1 x wöchentlich	43 881	43 881	1 488	45 369
Summen	141 439	149 624	6 012	155 636

*Gebührenrechtlich zu berücksichtigende Grundstücke, die nicht direkt an einer zu reinigenden Straße liegen, jedoch hierüber erschlossen sind.

Straßenart	Gebühren- meter	Gewichtung*	Gewichtete Gebühren- meter
Anliegerstraßen	50 834	95%	48 292
Fußgängergeschäftsstraßen	9 006	90%	8 105
Innerörtliche Straßen	50 427	80%	40 342
Überörtliche Straßen	45 369	70%	31 758
Summen	155 636		128 497

*Entspricht dem Anteil der Gebühr (Tabelle unter 2.1).

Durch Gebühren zu deckender Betrag	273.326,98 €
Gewichtete Gebührenmeter	128 497
Gebühr je gewichtetem Gebührenmeter	2,1271 €

2.3 Berechnung der Straßenreinigungsgebühr je Straßenart

Straßenart	Gebühr pro Gebühren- meter	Gewichtung	Gebühr pro Gebühren- meter und Jahr*
Anliegerstraßen	2,12 €	95%	2,01 €
Fußgängergeschäftsstraßen	2,12 €	90%	1,90 €
Innerörtliche Straßen	2,12 €	80%	1,69 €
Überörtliche Straßen	2,12 €	70%	1,48 €

*Die ermittelte Gebühr wird abgerundet. Neben einer einheitlichen Handhabung wird die Einhaltung des Kostenüberschreitungsverbots – das Gebührenaufkommen darf die kalkulierten Kosten nicht überschreiten – erreicht.

3 Berechnung des Gebührenaufkommens

Straßenart	Gebühr pro Gebühren- meter und Jahr	Gebühren- meter	Gebühren pro Jahr
Anliegerstraßen	2,01 €	50 834	102.176,34 €
Fußgängergeschäftsstraßen	1,90 €	9 006	17.111,40 €
Innerörtliche Straßen	1,69 €	50 427	85.221,63 €
Überörtliche Straßen	1,48 €	45 369	67.146,12 €
Summen		155 636	271.655,49 €

4 Vergleichsberechnung

Art	Beträge
Gebührenaufkommen	271.655,49 €
durch Gebühren zu decken	273.326,98 €
Unterdeckung	1.671,49 €

Anhang



Anhang zur Gebührenbedarfsberechnung Straßenreinigung 2026

Städtischer Eigenanteil

Der städtische Anteil an der Straßenreinigung bildet das Interesse der Allgemeinheit an sauberen Straßen ab. Die Festlegung der Höhe des auf das Allgemeininteresse entfallenden Kostenanteils in Bezug auf die einzelnen Straßenkategorien liegt im Ermessen der örtlichen Satzungsgeberin (Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen vom 1. Juni 2007 – Aktenzeichen 9 A 956/03). Maßgeblich für die Festlegung sind die örtlichen Verhältnisse.

Die durchschnittlichen städtischen Eigenanteile je Straßenkategorie werden aus dem Produkt des Anteils der jeweiligen Straßenkategorie an der Summe der Kilometer im Stadtgebiet und dem hierzu festgelegten städtischen Eigenanteil errechnet. Der städtische Eigenanteil ist die Summe der durchschnittlichen städtischen Eigenanteile je Straßenkategorie.

Städtische Eigenanteile nach Straßenkategorien

Das Allgemeininteresse wird nach der Intensität der Nutzung der jeweiligen Straßen einer Kategorie durch Personen, die nicht Anliegerin oder Anlieger sind, und der durch Anliegerinnen oder Anlieger gewünschte oder veranlasste Nutzungen durch diesen Personenkreis festgelegt. Das deutlich überwiegende Interesse an der Straßenreinigung liegt nach der Rechtsprechung grundsätzlich bei den Anliegerinnen und Anliegern. Die Gemeinden haben grundsätzlich ein Interesse an einem gepflegten Erscheinungsbild sowie der Gewährleistung der Verkehrssicherheit.

Die folgenden Festlegungen orientieren sich darüber hinaus an Empfehlungen des Städte- und Gemeindebundes für das Land Nordrhein-Westfalen sowie der Gemeindeprüfungsanstalt für das Land Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2009:

- **Fußgängergeschäftsstraßen** **Städtischer Eigenanteil: 10 %**
Fußgängergeschäftsstraßen dienen fast ausschließlich dem Kunden- und Lieferverkehr und sind für den allgemeinen Verkehr praktisch ohne Bedeutung. Zugleich sind sie als „Aushängeschild“ einer Gemeinde zu sehen und sind auch außerhalb der Geschäftszeiten belebt.
- **Anliegerstraßen (auch Mischflächen)** **Städtischer Eigenanteil: 5 %**
Anliegerstraßen dienen fast ausschließlich dem Interesse der Anliegerinnen und Anlieger. Eine Nutzung durch Personen, die nicht Anliegerinnen oder Anlieger sind, erfolgt nur im eingeschränkten Maß.
- **Innerörtliche Straßen** **Städtischer Eigenanteil: 20 %**
Straßen für den innerörtlichen Verkehr werden durch Personen, die nicht Anliegerin oder Anlieger sind, intensiv genutzt. Das Allgemeininteresse ist erheblich.
- **Überörtliche Straßen** **Städtischer Eigenanteil: 30 %**
Straßen für den überörtlichen Verkehr werden durch Personen, die nicht Anliegerin oder Anlieger sind, sehr intensiv genutzt. Das Allgemeininteresse ist sehr erheblich.

Berechnung des städtischen Anteils

Straßenkategorie/ Reinigungshäufigkeit	Kehrmeter	Kehrmeter pro Woche	Anteil pro Straßenkategorie an den Kehrmetern pro Woche	städtischer Anteil pro Straßenkategorie	durchschnittlicher städtischer Anteil pro Straßenkategorie
Anliegerstraßen 1 x wöchentlich	47 066	47 066	31,46 %	5,00 %	1,57 %
Anliegerstraßen (Oststraße) 4 x wöchentlich	250	1 000	0,67 %	5,00 %	0,03 %
Fußgängergeschäftsstraßen 4 x wöchentlich	210	840	0,56 %	10,00 %	0,06 %
Fußgängergeschäftsstraßen 6 x wöchentlich	1 361	8 166	5,46 %	10,00 %	0,55 %
Innerörtliche Straßen 1 x wöchentlich	48 671	48 671	32,52 %	20,00 %	6,51 %
Überörtliche Straßen 1 x wöchentlich	43 881	43 881	29,33 %	30,00 %	8,80 %
Summen	141 600	149 785	100,00 %	80,00 %	17,52 %

Es ergibt sich ein städtischer Eigenanteil an den Gesamtkosten der Straßenreinigung von **17,52 Prozent gerundet 18 Prozent**.

Gebührenbedarfsberechnung Winterdienst 2026

I Kostenberechnung

Der Winterdienst wird dauerhaft durch die Städtischen Betriebe Beckum durchgeführt. Der sächliche Aufwand setzt sich zusammen aus den Kosten für Streusalz, Verbrauchsmaterialien und dem Einsatz der Maschinen für den Winterdienst. Diese wurden auf der Grundlage der durchschnittlichen Vorjahreskosten errechnet.

1 Ermittlung der voraussichtlichen Kosten der Winterwartung

Kostenart	kalkulierte Kosten pro Jahr
Sächlicher Aufwand (Verbrauchsmaterial, insbesondere Streusalz 30.000 €; Einsatz Maschinen Winterdienst 56.850 €)	91.200,00 €
Leistungen des Eigenbetriebes für die Winterwartung	127.700,00 €
Summe	218.900,00 €

2 Kosten der Verwaltung

Kostenart	Kosten pro Jahr
Personalkosten	6.968,59 €
IT-Kosten	241,50 €
Sachkosten	437,50 €
Verwaltungsgemeinkosten	1.398,07 €
Summe	9.045,66 €

3 Zusammenstellung der Kosten

Kostenart	Kosten pro Jahr
Kosten Winterwartung	218.900,00 €
Verwaltungskosten	9.045,66 €
Summe	227.945,66 €

II Gebührenbedarfsberechnung

1 Ermittlung des durch Gebühren zu deckenden Betrages

Kostenart	Kosten pro Jahr
Kosten Winterwartung	227.945,66 €
Abzüglich 18 % Eigenanteil der Stadt Beckum*	41.030,22 €
Entnahme aus dem Sonderposten** für den Gebührenaussgleich	27.500,00 €
Durch Gebühren zu deckender Betrag	159.415,44 €

*Die Berechnung des Eigenanteils ist der Gebührenbedarfsberechnung Straßenreinigung 2026 als Anlage beigefügt.

**Zum 31.12.2025 wird der Sonderposten voraussichtlich einen kumulierten Überschuss von 55.872,20 € ausweisen. Hiervon werden 27.500,00 € in die Gebührenbedarfsrechnung 2026 eingestellt.

2 Berechnung der Gebühren

2.1 Berechnung der Winterwartungsgebühr je gewichtetem Gebührenmeter

Straßenart	Gebühren- meter*	Gewichtung**	Gewichtete Gebühren- meter
Anliegerstraßen	78 777	95%	74 838
Fußgängergeschäftsstraßen	9 006	90%	8 105
Innerörtliche Straßen	57 004	80%	45 603
Überörtliche Straßen	45 781	70%	32 046
Summen	190 568		160 592

*Die Gebührenmeter beinhalten die Länge der zu wartenden Straßen und die zu berücksichtigenden Flächen der Hinterlieger.

**die Gewichtung entspricht der in der Kalkulation der Straßenreinigung vorgesehenen Gewichtung.

Durch Gebühren zu deckender Betrag	159.415,44 €
Gewichtete Gebührenmeter	160 592
Gebühr je gewichtetem Gebührenmeter	0,9927 €

2.2 Berechnung der Winterwartungsgebühr je Straßenart

Straßenart	Gebühr pro Gebühren- meter	Gewichtung	Gebühr pro Gebühren- meter und Jahr*
Anliegerstraßen	0,99 €	95%	0,94 €
Fußgängergeschäftsstraßen	0,99 €	90%	0,89 €
Innerörtliche Straßen	0,99 €	80%	0,79 €
Überörtliche Straßen	0,99 €	70%	0,69 €

*Die ermittelte Gebühr wird abgerundet. Neben einer einheitlichen Handhabung wird die Einhaltung des Kostenüberschreitungsverbots – das Gebührenaufkommen darf die kalkulierten Kosten nicht überschreiten – erreicht.

3 Berechnung des Gebührenaufkommens

Straßenart	Gebühr pro Gebühren- meter und Jahr	Gebühren- meter	Gebühren pro Jahr
Anliegerstraßen	0,94 €	78 777	74.050,38 €
Fußgängergeschäftsstraßen	0,89 €	9 006	8.015,34 €
Innerörtliche Straßen	0,79 €	57 004	45.033,16 €
Überörtliche Straßen	0,69 €	45 781	31.588,89 €
Summen		190 568	158.687,77 €

4 Vergleichsberechnung

Art	Beträge
Gebührenaufkommen	158.687,77 €
Durch Gebühren zu decken	159.415,44 €
Unterdeckung	727,67 €

11. Sitzung der Stadt Beckum zur Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung

Präambel

Aufgrund der §§ 7 Absatz 1 und 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit §§ 3 und 4 Gesetz über die Reinigung öffentlicher Straßen für das Land Nordrhein-Westfalen und der §§ 4 und 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum am _____ folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung der Stadt Beckum über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 17. Dezember 2015 wird wie folgt geändert:

1 § 7 Absatz 4 wird wie folgt geändert:

In Buchstabe a wird die Angabe „2,89 Euro“ durch die Angabe „2,79 Euro“ ersetzt.

In Buchstabe b wird die Angabe „3,05 Euro“ durch die Angabe „2,95 Euro“ ersetzt.

In Buchstabe c wird die Angabe „2,57 Euro“ durch die Angabe „2,48 Euro“ ersetzt.

In Buchstabe d wird die Angabe „2,24 Euro“ durch die Angabe „2,17 Euro“ ersetzt.

2 § 7 Absatz 5 wird wie folgt geändert:

In Buchstabe a wird die Angabe „0,93 Euro“ durch die Angabe „0,89 Euro“ ersetzt.

In Buchstabe b wird die Angabe „0,98 Euro“ durch die Angabe „0,94 Euro“ ersetzt.

In Buchstabe c wird die Angabe „0,83 Euro“ durch die Angabe „0,79 Euro“ ersetzt.

In Buchstabe d wird die Angabe „0,72 Euro“ durch die Angabe „0,69 Euro“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.



Änderung der Abfallgebührensatzung

Federführung: Fachbereich Umwelt und Bauen

Beteiligungen: Büro des Bürgermeisters
Fachbereich Finanzen und Beteiligungen
Fachbereich Innere Verwaltung
Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

Auskunft erteilt: Herr Dr. Hofbauer | 02521 29-7000 | hofbauer@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss

09.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die als Anlage 1 zur Vorlage beigefügte Kalkulation der Abfallentsorgungsgebühren 2026 wird beschlossen.

Die als Anlage 2 zur Vorlage beigefügte 2. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Beckum für die öffentliche Abfallentsorgung wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Die im Jahr 2026 umzulegenden Gesamtkosten der Abfallsammlung und Abfallentsorgung von 3.723.238 Euro werden durch die Abfallentsorgungsgebühren und Einnahmen in entsprechender Höhe gedeckt. Die Personal- und Sachkosten für die Erstellung der Gebührenkalkulation sind in den ausgewiesenen Verwaltungskosten enthalten.

Finanzierung

Die Auswirkungen der Gebührenkalkulation sind im Entwurf des Haushaltes 2026 berücksichtigt.

Erläuterungen:

Für die Abfallentsorgung werden Gebühren gemäß §§ 7 und 41 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und §§ 2, 4 und 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) in Verbindung mit der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Beckum erhoben. Die Gebührenentwicklung hängt eng mit der Mengenentwicklung der Abfälle und Wertstoffe, den Entsorgungs- und Verwertungskosten sowie den Sammlungskosten zusammen.

Die Gesamtkosten für die Abfallentsorgung in der Stadt Beckum werden im Jahr 2026 voraussichtlich 3.723.238 Euro betragen. Wesentliche Positionen sind dabei die Entsorgungsentgelte der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH und die Sammlungskosten für Restmüll und Bioabfall. Die Entsorgungsentgelte für Restmüll und Bioabfall betragen rund 1.729.555 Euro. Dies entspricht etwa 46 Prozent der Gesamtkosten. Darüber hinaus entstehen Sammlungskosten für Restmüll und Bioabfall von 957.420 Euro (etwa 26 Prozent der Gesamtkosten) sowie weitere Kosten, die nachfolgend erläutert werden.

Den Gesamtkosten stehen Einnahmen von voraussichtlich 124.105 Euro gegenüber. Diese entstehen aus den Einnahmen der Dualen Systeme Deutschland von 37.108 Euro, aus Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Sanierung von Altablagerungen von 3.300 Euro und der Entnahme aus dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich von 83.697 Euro.

Unter Berücksichtigung der Erlöse ergibt sich ein Gebührenbedarf von 3.599.133 Euro. Gegenüber der Kalkulation für das Jahr 2025 steigt der Gebührenbedarf um 38.359 Euro (1,08 Prozent).

Die einzelnen Kostenarten lassen sich wie folgt erläutern:

Kosten für Restmüll und Bioabfall

Die Sammlungskosten für Restmüll und Bioabfall werden gemäß der ab 01.01.2018 geltenden Ausführungsvereinbarung mit der Kommunalen Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH (AWG Kommunal) berücksichtigt. Zum 01.01.2025 wurde die 2. Änderungsvereinbarung zur Ausführungsvereinbarung über die Sammlung und den Transport von Restmüll, Bioabfall und Sperrmüll mit der AWG Kommunal abgeschlossen. Unabhängig von der Preisgleitung war aufgrund erheblicher Kostensteigerungen im Bereich der Sammlung seitens der AWG Kommunal eine Anpassung der Entgelte zum 01.01.2025 erforderlich. Eine Erhöhung der Entgelte zum 01.01.2026 erfolgt nicht. Aufgrund der Anpassung der Abfallbehälterzahlen erhöhen sich die Sammlungskosten geringfügig auf 957.420 Euro (+4.953 Euro im Vergleich zur Kalkulation 2025).

Die Entsorgungsentgelte der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH müssen aufgrund gestiegener Personalkosten und der Kosten der Bepreisung von CO²-Emissionen angepasst werden und steigen für Restmüll um 2,23 Prozent und für Bioabfall um 2,48 Prozent. In Fortschreibung der Entwicklung der Entsorgungsmengen der letzten 10 Jahre lässt sich ein leichter Rückgang der Restmüllmengen feststellen. Daraus ergeben sich Entsorgungskosten für Restmüll und Bioabfall von 1.287.316 Euro (-28.240 Euro im Vergleich zur Kalkulation 2025).

Der einwohnerbezogene Sockelbetrag der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH beträgt im Jahr 2026 unverändert 11,90 Euro pro Einwohnerin und Einwohner und Jahr. Insgesamt entstehen hierdurch Kosten von 442.239 Euro.

Kosten für Sperrmüll

Die Entgelte für die Entsorgung des Sperrmülls steigen um 2,23 Prozent, die Entgelte für die Sammlung und den Transport von Sperrmüll erhöhen sich nicht. Unter Berücksichtigung leicht sinkender Sperrmüllmengen betragen die Sammlungs- und Entsorgungskosten insgesamt 257.719 Euro (-5.937 Euro im Vergleich zur Kalkulation 2025).

Kosten für Alttextilien

Die Stadt Beckum ist als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträgerin nach den gesetzlichen Vorschriften für die getrennte Sammlung von Alttextilien zuständig. Bislang wurde die Sammlung von gemeinnützigen und gewerblichen Sammlern im Stadtgebiet durchgeführt. Mit der Sammlung und Verwertung können aufgrund aktueller Entwicklungen keine Erlöse mehr erzielt werden. Das hat zur Folge, dass die gemeinnützigen und gewerblichen Organisationen nach und nach ihre Sammlungen einstellen. Um die Sammlung von Alttextilien durch die Stadt Beckum sicherstellen zu können, werden Kosten von 14.000 Euro veranschlagt.

Kosten für die Beseitigung des Abfalls im öffentlichen Raum

Die Städtischen Betriebe Beckum sind für das Beseitigen des wilden Mülls und für das Aufstellen sowie Leeren der Straßenpapierkörbe verantwortlich. Hier entstehen im Jahr 2026 für die Beseitigung des wilden Mülls Kosten von 18.500 Euro. Die Kosten für die Unterhaltung der Straßenpapierkörbe steigen auf 297.000 Euro (+1.500 Euro).

Kosten für die Reinigung der Glascontainerstandorte

Für die Sauberhaltung der Glascontainerstandorte ist seit dem 01.01.2023 die Clean Advance GmbH aus Lüdenscheid beauftragt. Die Reinigungskosten betragen 33.000 Euro. Dem gegenüber stehen Einnahmen von 37.108 Euro, die von den Dualen Systemen Deutschland als Nebenentgelt für die Sauberhaltung der Glascontainerstandorte und für die Abfallberatung an die Stadt Beckum gezahlt werden.

Weitere Kosten

Hinzu kommen Kosten für das Sammeln und Entsorgen schadstoffhaltiger Abfälle von 61.000 Euro, Kosten für die Altablagerungen von 28.600 Euro, Kosten für die Sammlung von Elektro- und Elektronikaltgeräten von 13.566 Euro, Personalkosten von 205.240 Euro sowie Sach- und IT-Kosten von insgesamt 100.102 Euro und Kosten für den Ausgleich der Gebührenunterdeckung aus dem Jahr 2023 von 7.536 Euro.

Um die Deckung des Gebührenbedarfs von 3.599.133 Euro zu erzielen, sollen die Gebühren für das Jahr 2026 entsprechend angepasst werden.

Aus der nachfolgenden Tabelle können die neu festzusetzenden Gebühren sowie die Veränderungen zu den Vorjahren entnommen werden.

Restmüll

Behältergröße	2023 in Euro	2024 in Euro	2025 in Euro	2026 in Euro
14-tägliche Entleerung				
80 Liter	115,08	119,28	112,20	114,00
120 Liter	158,28	164,76	168,36	171,00
240 Liter	279,48	299,40	336,84	342,00
1 100 Liter	1.390,56	1.505,16	1.543,80	1.567,44
1 100 Liter (Eigentum)	1.328,64	1.443,12	1.481,76	1.505,40
wöchentliche Entleerung				
1 100 Liter	2.781,24	3.010,32	3.087,60	3.135,00
1 100 Liter (Eigentum)	2.719,20	2.948,40	3.025,68	3.072,968

Bioabfall

Behältergröße	2023 in Euro	2023 in Euro	2025 in Euro	2026 in Euro
14-tägliche Entleerung				
120 Liter	75,00	78,60	83,64	81,00
240 Liter	150,00	157,20	167,40	162,00
Saisonbiotonne (14-tägliche Entleerung)				
120 Liter	50,00	52,40	55,76	54,00
240 Liter	100,00	104,80	111,60	108,00

Aufgrund der gestiegenen Entsorgungsentgelte erhöhen sich die Gebühren für Restmüll um 1,6 Prozent. Bedingt durch eine geringer kalkulierte Entsorgungsmenge reduzieren sich die Gebühren für Bioabfall um 3,4 Prozent.

Das Abfallwirtschaftssystem der Stadt Beckum ändert sich im Jahr 2026 nicht.

Anlage(n):

- 1 Kalkulation der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2026
- 2 2. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Beckum für die öffentliche Abfallentsorgung



Kalkulation der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2026

Erläuterungen zur Gebührenbedarfsberechnung

Grundlage für die Gebührenbedarfsberechnung 2026 sind die voraussichtlich in diesem Jahr entstehenden Kosten und die voraussichtlichen Leistungen.

Kostenzuordnung

Die Gebühren für den Restmüll und für den Bioabfall ergeben sich jeweils aus der Litergebühr. Alle mengenunabhängige Kosten wie Sockelbetrag, Personalkosten, Kosten der Städtischen Betriebe Beckum für Wilden Müll und Leerung der Straßenpapierkörbe, Kosten für Reinigung der Glascontainerstandorte, Sachkosten und Kosten für Altablagerungen sowie alle mengenabhängige Kosten, wie Kosten für Sammlung und Entsorgung von Restmüll, Sperrmüll, Schadstoffen, Alttextilien und Elektro-/Elektronikaltgeräten, fließen in die Litergebühr für Restmüll ein. Auch die Einnahmen werden hier berücksichtigt. Die Litergebühr für Bioabfall berücksichtigt alle mengenabhängigen Kosten für die Sammlung und Entsorgung von Bioabfall.

Kalkulatorische Abschreibungen

Die kalkulatorische Abschreibung des Anlagevermögens wird auf der Basis der fortgeschriebenen Wiederbeschaffungszeitwerte und des für die einzelnen Anlagenteile festgelegten Abschreibungssatzes (abhängig von der Nutzungsdauer) errechnet. Die Fortschreibung erfolgt anhand von Indexwerten, die vom Landesbetrieb „Information und Technik Nordrhein-Westfalen – IT.NRW“ ermittelt werden.

Kalkulatorische Zinsen

Die Berechnung der kalkulatorischen Zinsen für das im Anlagevermögen gebundene Kapital wird auf der Basis der Anschaffungsbeziehungsweise Herstellungswerte vorgenommen. Hierbei werden Beiträge und Zuweisungen Dritter (Abzugskapital) abgezogen. Bei der Zinsberechnung wird ein kalkulatorischer Zinssatz von 2,76 Prozent zugrunde gelegt, der nach den Vorgaben des § 6 Kommunalabgabengesetz NRW anhand des Durchschnitts der Emissionsrenditen für festverzinsliche Wertpapiere öffentlicher Emittenten ermittelt wird.

Ermittlung des durch Gebühren zu deckenden Bedarfs 2026

Zuordnung zu	Restmüll-Gebühr	Bioabfall-Gebühr	Gesamtkosten
1. Restmüll und Bioabfall (Sammlung und Transport)	572.976,00 €	384.444,00 €	957.420,00 €
2. Restmüll und Bioabfall (Entsorgung)	698.332,00 €	588.984,00 €	1.287.316,00 €
3. Sperrmüll (Sammlung und Entsorgung)	257.719,00 €	—	257.719,00 €
4. Schadstoffe (Sammlung und Entsorgung)	61.000,00 €	—	61.000,00 €
5. Elektroschrott (Sammlung)	13.566,00 €	—	13.566,00 €
6. Sockelbetrag Abfallwirtschaftsgesellschaft	442.239,00 €	—	442.239,00 €
7. Wilder Müll und Straßenpapierkörbe	315.500,00 €	—	315.500,00 €
8. Glascontainerstandorte (Unterhaltung)	33.000,00 €	—	33.000,00 €
9. Alttextilien (Sammlung und Entsorgung)	14.000,00 €	—	14.000,00 €
10. Sachkosten der Abfallberatung	22.075,00 €	—	22.075,00 €
11. Sonstige Sachkosten	26.885,00 €	—	26.885,00 €
12. Interne Leistungsverrechnung	51.142,00 €	—	51.142,00 €
13. Altablagerungen	28.600,00 €	—	28.600,00 €
14. Personalkosten	205.240,00 €	—	205.240,00 €
15. Ausgleich Gebührenunterdeckung	7.536,00 €	—	7.536,00 €
Summe Kosten	2.749.810,00 €	973.428,00 €	3.723.238,00 €

16. Einnahmen Duales System Deutschland und andere	37.108,00 €	—	37.108,00 €
17. Zuwendungen Altablagerungen	3.300,00 €	—	3.300,00 €
18. Zuführung aus dem Sonderposten	83.697,00 €	—	83.697,00 €
Summe Erlöse	124.105,00 €	—	124.105,00 €

Gebührenbedarf	2.625.705,00 €	973.428,00 €	3.599.133,00 €
-----------------------	-----------------------	---------------------	-----------------------

Kalkulationsgrundlage			
			Litergebühr
Liter-Gebühr Restmüll pro Woche	47 821 661	Liter im Jahr	2,85 €
Liter-Gebühr Bioabfall pro Woche	37 777 287	Liter im Jahr	1,35 €

Berechnung der Jahresgebühren

Restmüll

14-tägliche Entleerung					
Behältergröße	Liter pro Woche	Litergebühr	Summe	pro Jahr	pro Monat
80 Liter	40	2,85 €	114,00 €	114,00 €	9,50 €
120 Liter	60	2,85 €	171,00 €	171,00 €	14,25 €
240 Liter	120	2,85 €	342,00 €	342,00 €	28,50 €
1 100 Liter	550	2,85 €	1.567,50 €	1.567,44 €	130,62 €
ohne Leihgebühr von 62,00 Euro	550	2,85 €	1.505,50 €	1.505,40 €	125,45 €
wöchentliche Entleerung					
1 100 Liter	1 100	2,85 €	3.135,00 €	3.135,00 €	261,25 €
ohne Leihgebühr von 62,00 Euro	1 100	2,85 €	3.073,00 €	3.072,96 €	256,08 €

Bioabfall

14-tägliche Entleerung					
Behältergröße	Liter pro Woche	Litergebühr	Summe	pro Jahr	pro Monat
120 Liter	60	1,35 €	81,00 €	81,00 €	6,75 €
240 Liter	120	1,35 €	162,00 €	162,00 €	13,50 €

Saisonbiotonne

14-tägliche Entleerung					
Behältergröße	Liter pro Woche	Litergebühr	Summe	für 8 Monate	pro Monat
120 Liter	60	1,35 €	81,00 €	54,00 €	6,75 €
240 Liter	120	1,35 €	162,00 €	108,00 €	13,50 €

Ermittlung der Gebühreneinnahmen

Restmüll

14-tägliche Entleerung			
Behältergröße	Anzahl	Gebühr pro Jahr	Gesamt
80 Liter	6 620	114,00 €	754.680,00 €
120 Liter	2 820	171,00 €	482.220,00 €
240 Liter	2 050	342,00 €	701.100,00 €
1 100 Liter	83	1.567,44 €	130.097,52 €
ohne Leihgebühr	7	1.505,40 €	10.537,80 €
wöchentliche Entleerung			
1 100 Liter	158	3.135,00 €	495.330,00 €
ohne Leihgebühr	12	3.072,96 €	36.875,52 €
Summe	11 750	—	2.610.840,84 €

Bioabfall

14-tägliche Entleerung			
Behältergröße	Anzahl	Gebühr pro Jahr	Gesamt
120 Liter	7 960	81,00 €	644.760,00 €
240 Liter	1 610	162,00 €	260.820,00 €

Saisonbiotonne

14-tägliche Entleerung			
Behältergröße	Anzahl	Gebühr für 8 Monate	Gesamt
120 Liter	810	54,00 €	43.740,00 €
240 Liter	355	108,00 €	38.340,00 €
Summe	10 735	—	987.660,00 €
Gesamteinnahmen Restmüll und Bioabfall			3.598.500,84 €

Gesamtgebühreneinnahmen	3.598.500,84 €
Gesamtausgaben	3.599.133,00 €
Überschuss/Zuschuss	-632,16 €

1. Sammlung und Transport von Restmüll und Bioabfall					
Prognose 2026					
Art	Behältergröße	Anzahl	Liter pro Jahr	Bruttopreis *	Summe
Restmüll 14-täglich	80 Liter	6 620	13 816 886	36,74 €	243.218,80 €
Restmüll 14-täglich	120 Liter	2 820	8 828 614	36,74 €	103.606,80 €
Restmüll 14-täglich	240 Liter	2 050	12 835 929	36,74 €	75.317,00 €
Restmüll 14-täglich	1 100 Liter	90	2 582 839	323,67 €	29.130,30 €
Restmüll wöchentlich	1 100 Liter	170	9 757 393	647,36 €	121.703,68 €
Gesamt Restmüll		11 750	47 821 661	—	572.976,58 €
Bioabfall 14-täglich	120 Liter	7 960	24 920 486	37,07 €	295.077,20 €
Bioabfall 14-täglich	240 Liter	1 610	10 080 900	37,07 €	59.682,70 €
Saisonbiotonne 14-täglich für 8 Monate	120 Liter	810	1 479 263	25,48 €	20.638,80 €
Saisonbiotonne 14-täglich für 8 Monate	240 Liter	355	1 296 638	25,48 €	9.045,40 €
Gesamt Bioabfall		10 735	37 777 287	—	384.444,10 €
Gesamt Restmüll und Bioabfall (gerundet)		—	—	—	957.420,00 €

* Die Preise für die Sammlung wurden von der Abfallwirtschaftsgesellschaft gemäß der Ausführungsvereinbarung über die Sammlung und den Transport von Restmüll, Bioabfall und Sperrmüll in Verbindung mit der 2. Änderungsvereinbarung festgelegt.

2. Entsorgung von Restmüll und Bioabfall			
Prognose 2026	Menge in Tonnen (t)	Bruttopreis	Entsorgungsentgelt
Restmüll 80 Liter bis 240 Liter	4 300	136,26 €	585.918,00 €
Restmüll 1 100 Liter	825	136,26 €	112.414,50 €
Gesamt Restmüll	5 125	—	698.332,50 €
Bioabfall	4 600	128,04 €	588.984,00 €
Summe Restmüll und Bioabfall (gerundet)	9 725	—	1.287.316,00 €

3. Sammlung und Entsorgung von Sperrmüll			
Prognose 2026	Menge in Tonnen (t)	Bruttopreis	Gesamt
Sammlungskosten Sperrmüll	550	152,18 €	83.699,00 €
Sammlungskosten Altholz	550	120,64 €	66.352,00 €
Entsorgungskosten Sperrmüll	550	136,26 €	74.943,00 €
Entsorgungskosten Altholz	550	59,50 €	32.725,00 €
Gesamtkosten (gerundet)	—	—	257.719,00 €

4. Sammlung und Entsorgung von Schadstoffen	61.000,00 €
---	-------------

5. Sammlung von Elektroschrott am Recyclinghof	13.566,00 €
--	-------------

6. Sockelbetrag Abfallwirtschaftsgesellschaft	442.239,00 €
---	--------------

7. Wilder Müll und Straßenpapierkörbe	Wilder Müll	Papierkörbe	
	18.500,00 €	297.000,00 €	
Gesamtkosten	—	—	315.500,00 €

8. Reinigung der Glascontainerstandorte	33.000,00 €
9. Sammlung und Entsorgung von Alttextilien	14.000,00 €
10. Sachkosten der Abfallberatung	22.075,00 €
Öffentlichkeitsarbeit zur Abfallentsorgung allgemein, Umweltkalender, Abfall-App	
11. Sonstige Sachkosten	26.885,00 €
Versicherungen, Reisekosten, Drucksacken, Portogebühren, et cetera	
12. Interne Leistungsverrechnung	51.142,00 €
Anteilige Verwaltungskosten der Querschnittseinrichtungen für Produkt Maßnahmen der Abfallwirtschaft	
Personalkosten	40.930,00 €
Datenverarbeitungskosten	10.212,00 €
Gesamtkosten	51.142,00 €
13. Aufwendungen für die Sanierung von Altablagerungen	28.600,00 €
14. Personalkosten	205.240,00 €
15. Ausgleich Gebührenunterdeckung	7.536,00 €
16. Duales System Deutschland (Einnahmen aus Nebenentgeltvereinbarung) und sonstige Einnahmen	37.108,00 €
17. Landeszuwendungen zur Sanierung von Altablagerungen und Gefährdungsabschätzungen	3.300,00 €
18. Entnahme aus dem Sonderposten für den Gebührenhaushalt Abfallbeseitigung	83.697,00 €

2. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Beckum für die öffentliche Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)

Präambel

Aufgrund der §§ 7 Absatz 1 und 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen und der §§ 2, 4 und 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 20 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Beckum hat der Rat der Stadt Beckum am _____ folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Die Abfallgebührensatzung der Stadt Beckum vom 21. Dezember 2023 wird wie folgt geändert:

§ 2 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„Wöchentliche Entleerung:

Leihbehälter:	1 100-Liter-Müllbehälter.....	3.135,00 Euro; entspricht.....	261,25 Euro monatlich.
Eigentumsbehälter:	1 100-Liter-Müllbehälter.....	3.072,96 Euro; entspricht.....	256,08 Euro monatlich.“

§ 2 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„14-tägliche Entleerung:

Leihbehälter:	80-Liter-Müllbehälter	114,00 Euro; entspricht.....	9,50 Euro monatlich.
	120-Liter-Müllbehälter	171,00 Euro; entspricht.....	14,25 Euro monatlich.
	240-Liter-Müllbehälter	342,00 Euro; entspricht.....	28,50 Euro monatlich.
	1 100-Liter-Müllbehälter.....	1.567,44 Euro; entspricht.....	130,62 Euro monatlich.
Eigentumsbehälter:	1 100-Liter-Müllbehälter.....	1.505,40 Euro; entspricht.....	125,45 Euro monatlich.“

§ 2 Absatz 2 Satz 3 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„120-Liter-Müllbehälter	81,00 Euro; entspricht	6,75 Euro monatlich.
240-Liter-Müllbehälter	162,00 Euro; entspricht	13,50 Euro monatlich.“

§ 2 Absatz 2 Satz 3 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„Saisonbiotonne von April bis November (8 Monate)

120-Liter-Müllbehälter	54,00 Euro; entspricht	6,75 Euro monatlich.
------------------------------	---------------------------------	----------------------

240-Liter-Müllbehälter 108,00 Euro;
entspricht 13,50 Euro monatlich.“

Artikel 2

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.



Änderung der Gewässerunterhaltungsgebührensatzung

Federführung: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Beteiligungen: Fachbereich Innere Verwaltung
Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung
Städtischer Abwasserbetrieb Beckum

Auskunft erteilt: Herr Wulf | 02521 29-2000 | wulf@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss

09.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die als Anlage 1 zur Vorlage beigefügte Gebührenbedarfsberechnung wird beschlossen.

Die als Anlage 2 zur Vorlage beigefügte 7. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Gewässerunterhaltungsgebührensatzung wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Als Verbandsbeiträge werden rund 157.007,59 Euro pro Jahr von der Stadt Beckum an die Wasser- und Bodenverbände abgeführt. Im Übrigen entstehen Sach- und Personalkosten, die der laufenden Verwaltung zuzuordnen sind.

Finanzierung

Die Auswirkungen der Gebührenkalkulation werden im Haushaltsplanentwurf 2026 veranschlagt.

Erläuterungen:

Die Gemeinden können gemäß § 64 Absatz 1 Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz – LWG) den ihnen aus der Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung und der sonstigen Gewässer entstehenden Aufwand zur Erhaltung und zur Erreichung eines ordnungsgemäßen Zustandes für den Wasserabfluss sowie die von ihnen an die Wasserverbände abzuführenden Beträge innerhalb des Gemeindegebiets als Gebühren nach §§ 6 und 7 Kommunalabgabenbesetz für das Land Nordrhein-Westfalen durch Satzung auf die Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken in dem Bereich umlegen, aus dem dann zu unterhaltenden Gewässerstrecken Wasser seitlich zufließt (seitliches Einzugsgebiet) als durch den Abfluss Begünstigte. Zum umlagefähigen Aufwand gehören gemäß § 64 Absatz 1 Satz 2 LWG auch die Personal- und Verwaltungskosten zur Durchführung der Umlage, der Aufwand der Grundlagen für die Umlagen sowie die Kosten nach § 74 Absatz 2 LWG.

Die Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2026 schließt mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von 253.967,58 Euro (2025: 259.990,59 Euro) ab. Die Verbandsbeiträge belaufen sich nach der Kalkulation auf rund 157.007,59 Euro. Für die Erhebung der Gebühr inklusive der Pflege des Datenbestandes wird mit 60.610,00 Euro an Sach- und Personalkosten geplant.

Zum 31.12.2025 ergibt sich eine fortzutragende Kostenunterdeckung aus Vorjahren von 81.128,66 Euro. Hiervon sind 43.279,20 Euro bis zum Jahr 2028 auszugleichen. Zudem muss die restliche Unterdeckung aus dem Jahr 2022 in Höhe von 27.923,10 Euro ausgeglichen werden. Insgesamt sollen 36.350,00 Euro in die Gebührenkalkulation 2026 eingestellt werden.

Nach abgeschlossener Flächenermittlung kommt es im Vergleich zum Vorjahr zu Reduzierungen bei den berücksichtigungsfähigen Flächen im Bereich der Wasser- und Bodenverbände Ahlen-Beckum und Unterhaltungsverband 5 – Quabbe. Gegenläufig entwickeln sich die Flächen des Wasser- und Bodenverbandes Sendenhorst-Ennigerloh; hier kommt es zu Steigerungen. Des Weiteren ergeben sich im Vergleich zum Vorjahr Veränderungen zwischen den befestigten und unbefestigten Flächen.

Die Veränderungen der Kosten und der Flächen führen insgesamt dazu, dass im Bereich des Wasser- und Bodenverbands Ahlen-Beckum die Gebühren für die befestigten Flächen um rund 1,04 Prozent steigen. Die Gebühren für die unbefestigten Flächen steigen um rund 4,8 Prozent. Im Bereich der beiden anderen Wasser- und Bodenverbände sinken die Gebühren zwischen rund –0,57 Prozent und rund –15,22 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahr verändern sich die Gebühren wie folgt:

Gebührensatz befestigte Flächen

Wasser- und Bodenverband	2025	2026	Erhöhung/ Minderung
Ahlen-Beckum	0,01443 Euro	0,01458 Euro	0,00015 Euro
Sendenhorst-Ennigerloh	0,02125 Euro	0,02075 Euro	–0,00050 Euro
Unterhaltungsverband 5 – Quabbe	0,05616 Euro	0,05584 Euro	–0,00032 Euro

Gebührensatz übrige (unbefestigte) Flächen

Wasser- und Bodenverband	2025	2026	Erhöhung/ Minderung
Ahlen-Beckum	0,00021 Euro	0,00022 Euro	0,00001 Euro
Sendenhorst-Ennigerloh	0,00046 Euro	0,00039 Euro	–0,00007 Euro
Unterhaltungsverband 5 – Quabbe	0,00019 Euro	0,00021 Euro	0,00002 Euro

Anlage(n):

- 1 Gebührenbedarfsberechnung
- 2 7. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Gewässerunterhaltungsgebührensatzung

Gebührenbedarfsberechnung Gewässerunterhaltungsgebühr für das Jahr 2026

I Kostenberechnung

Die Gewässerunterhaltung erfolgt im Stadtgebiet Beckum durch drei Unterhaltungsverbände: Wasser- und Bodenverband Ahlen-Beckum, Wasser- und Bodenverband Sendenhorst-Ennigerloh, Wasser- und Bodenverband/ Unterhaltungsverband 5 – Quabbe. Für ihre Tätigkeit erheben sie jährlich Verbandsbeiträge in folgender Höhe:

Wasser- und Bodenverband	Verbandsbeitrag
Ahlen-Beckum	71.410,00 €
Sendenhorst-Ennigerloh	60.977,59 €
Unterhaltungsverband 5 – Quabbe	24.620,00 €
Summe	157.007,59 €

Für die Erhebung der Gebühr inklusive der Pflege des Datenbestandes wird mit folgenden Sach- und Personalkostenkosten geplant:

Kosten Gebührenerhebung/sonstige Positionen	Beträge
Personalkosten	52.570,00 €
Sachkosten	5.180,00 €
IT-Kosten	2.860,00 €
Teilausgleich Unterdeckung Vorjahre	36.350,00 €
Summe	96.960,00 €

Die Nachkalkulation der Gewässerunterhaltungsgebühr 2024 hat eine Gesamtunterdeckung von rund 116.728,66 € ergeben, wovon im Jahr 2025 35.600 Euro ausgeglichen werden. Diese soll in den Jahren bis 2028 ausgeglichen werden.

II Gebührenbedarfsberechnung

Die Kosten werden anhand der Flächen, die den einzelnen Wasser- und Bodenverbänden zuzuordnen sind, anteilig aufgeteilt:

Wasser- und Bodenverband	Fläche in m ²	Anteil in %	Kosten Ge- bührenerhebung/ sonstige Positionen
Ahlen-Beckum	65 022 356	58,37	56.595,55 €
Sendenhorst-Ennigerloh	24 612 276	22,09	21.418,46 €
Unterhaltungsverband 5 – Quabbe	21 764 372	19,54	18.945,98 €
Summe	111 399 004	100	96.959,99 €

Hieraus ergeben sich für die Bereich der einzelnen Wasser- und Bodenverbände folgende umlagefähige Kosten:

Wasser- und Bodenverband	Verbandsbeitrag	Kosten Ge- bührenerhebung	Summen
Ahlen-Beckum	71.410,00 €	56.595,55 €	128.005,55 €
Sendenhorst-Ennigerloh	60.977,59 €	21.418,46 €	82.396,05 €
Unterhaltungsverband 5 – Quabbe	24.620,00 €	18.945,98 €	43.565,98 €
Summe			253.967,58 €

Die umlagefähigen Kosten werden zu 90% auf die befestigten und zu 10% auf die übrigen (unbefestigten) Flächen umgelegt:

Wasser- und Bodenverband	Kostenanteil befestigte Flächen	Kostenanteil übrige (unbefestigte) Flächen	Summen
Ahlen-Beckum	115.205,00 €	12.800,56 €	128.005,56 €
Sendenhorst-Ennigerloh	74.156,45 €	8.239,60 €	82.396,05 €
Unterhaltungsverband 5 – Quabbe	39.209,38 €	4.356,59 €	43.565,97 €
Summe			253.967,58 €

Die Anteile der befestigten und unbefestigten Flächen im Stadtgebiet wurden wie folgt ermittelt:

Wasser- und Bodenverband	befestigte Flächen in m ²	übrige (unbefestigte) Flächen in m ²	Summen
Ahlen-Beckum	7 901 500	57 120 856	65 022 356
Sendenhorst-Ennigerloh	3 573 197	21 039 079	24 612 276
Unterhaltungsverband 5 – Quabbe	702 211	21 062 162	21 764 373
Summe	12 176 908	99 222 097	111 399 005

Hieraus berechnen sich folgende Kostenanteile pro Quadratmeter:

Wasser- und Bodenverband	befestigte Flächen	übrige (unbefestigte) Flächen
Ahlen-Beckum	0,01458 €	0,00022 €
Sendenhorst-Ennigerloh	0,02075 €	0,00039 €
Unterhaltungsverband 5 – Quabbe	0,05584 €	0,00021 €

Berechnung des Gebührenaufkommens

Wasser- und Bodenverband	Kostenanteil pro m ²	Fläche in m ²	Gebühren
Ahlen-Beckum			
befestigte Flächen	0,01458 €	7 901 500	115.203,87 €
übrige (unbefestigte) Flächen	0,00022 €	57 120 856	12.566,59 €
Sendenhorst-Ennigerloh			
befestigte Flächen	0,02075 €	3 573 197	74.143,84 €
übrige (unbefestigte) Flächen	0,00039 €	21 039 079	8.205,24 €
Unterhaltungsverband 5 – Quabbe			
befestigte Flächen	0,05584 €	702 211	39.211,46 €
übrige (unbefestigte) Flächen	0,00021 €	21 062 162	4.423,05 €
Summe			253.754,05 €

Vergleichsberechnung

Art	Beträge pro Jahr
Gebührenaufkommen	253.754,05 €
durch Gebühren zu decken	253.967,58 €
Unterdeckung	213,53 €

Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Gewässerunterhaltungsgebührensatzung

Präambel

Aufgrund der §§ 7 Absatz 1 und 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, §§ 6 und 7 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen, §§ 39 bis 42 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts, §§ 62 bis 65 Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen und Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, hat der Rat der Stadt Beckum am 17. Dezember 2025 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Die Gewässerunterhaltungsgebührensatzung der Stadt Beckum vom 22. Oktober 2018 wird wie folgt geändert:

§ 6 „Gebührensatz“ wird wie folgt geändert:

Die Gewässerunterhaltungsgebühren für die einzelnen Unterhaltungsbereiche betragen:

Wasser- und Bodenverband Ahlen-Beckum

- für befestigte Grundstücksfläche..... 0,01458 Euro pro Quadratmeter und Jahr
- für übrige (=unbefestigte) Grundstücksfläche.... 0,00022 Euro pro Quadratmeter und Jahr

Wasser- und Bodenverband Sendenhorst-Ennigerloh

- für befestigte Grundstücksfläche..... 0,02075 Euro pro Quadratmeter und Jahr
- für übrige (=unbefestigte) Grundstücksfläche.... 0,00039 Euro pro Quadratmeter und Jahr

Wasser- und Bodenverband/Unterhaltungsverband 5 – Quabbe

- für befestigte Grundstücksfläche..... 0,05584 Euro pro Quadratmeter und Jahr
- für übrige (=unbefestigte) Grundstücksfläche.... 0,00021 Euro pro Quadratmeter und Jahr

Artikel 2

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.



Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung, Gebührenkalkulation für das Jahr 2026

Federführung: Städtischer Abwasserbetrieb Beckum

Beteiligungen: Fachbereich Innere Verwaltung
Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

Auskunft erteilt: Herr Gerdhenrich | 02521 29-1000 | gerdhenrich@beckum.de

Beratungsfolge:

Betriebsausschuss

11.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Die als Anlage 1 zur Vorlage beigefügte Gebührenkalkulation wird beschlossen.
2. Die als Anlage 2 zur Vorlage beigefügte 17. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Die Personal- und Sachkosten für die Erstellung der Gebührenkalkulation und die Vorbereitung und Umsetzung der Satzungsänderung sind in den in der Gebührenkalkulation ausgewiesenen Verwaltungskosten enthalten

Finanzierung

Die Auswirkungen der Gebührenkalkulation werden im Wirtschaftsplan 2026 des Städtischen Abwasserbetriebes Beckum berücksichtigt.

Erläuterungen:

Für die Inanspruchnahme der gemeindlichen Abwasseranlage (Beseitigung des Schmutz- und Niederschlagswassers) werden Gebühren auf der Grundlage des Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) erhoben. Die Gebührenhöhe wird in der Stadt Beckum jährlich neu kalkuliert und ist insbesondere von den Kosten der Abwasserbeseitigung sowie den betrieblichen Erlösen abhängig, die innerhalb des 1-jährigen Bemessungszeitraumes voraussichtlich aufgewendet beziehungsweise erzielt werden. Die Kalkulation erfolgt unter Berücksichtigung des Kostendeckungsprinzips nach § 6 Absatz 1 KAG NRW.

Die Gebührenentwicklung der Jahre von 2023 bis 2025 sowie die für das Jahr 2026 kalkulierten Gebühren können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Zudem sind die Gebühren für einen 4-Personen-Haushalt („Musterhaushalt“) dargestellt, für den mit 144 Kubikmetern Schmutzwasser und 160 Quadratmetern abflusswirksamer Fläche kalkuliert wird.

Im Rahmen der Gebührenkalkulation für das Jahr 2025 wurden als Gebührensatz für Schmutzwasser für das Jahr 2026 mindestens 3,52 Euro je Kubikmeter und als Gebührensatz für Niederschlagswasser mindestens 0,84 Euro je Quadratmeter abflusswirksame Fläche benannt (siehe Vorlage 2024/0316). Die zur Abstimmung stehenden Gebührensätze unterschreiten diese Werte.

Gebührenart	2023	2024	2025	2026
Schmutzwasser pro Kubikmeter	3,12 Euro	3,15 Euro	3,23 Euro	3,49 Euro
Niederschlagswasser pro Quadratmeter	0,74 Euro	0,79 Euro	0,81 Euro	0,81 Euro
Musterhaushalt	567,68 Euro	580,00 Euro	594,72 Euro	632,16 Euro

Die Schmutzwassergebühr für das Jahr 2026 erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,26 Euro pro Kubikmeter. Die Niederschlagswassergebühr kann unverändert bleiben. Für den Musterhaushalt bedeutet dies eine Jahres-Mehrbelastung von 37,44 Euro (rund 6,30 Prozent) gegenüber dem Jahr 2025.

Die Erhöhung der Schmutzwassergebühr lässt sich zum einen auf generelle Kostensteigerungen, tarifbedingt bei den Personalkosten sowie inflationsbedingt bei dem sonstigen betrieblichen Aufwand zurückführen. Insbesondere bei den kalkulatorischen Abschreibungen in Kombination mit dem hohen notwendigen Investitionsbedarf im Rahmen der Aufgabenerfüllung der Abwasserbeseitigung werden die Preissteigerungen der letzten Jahre verdeutlicht. Zum anderen wurden die Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren nahezu vollständig im Rahmen der letzten Gebührenkalkulationen an die Gebührenzahlenden zurückgeführt, sodass eine aufwandsmindernde Berücksichtigung mit der Gebührenkalkulation 2026 – wie in bisherigem Maße – nicht mehr möglich ist.

Bei der Niederschlagswassergebühr besteht weiterhin die Möglichkeit Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren aufwandsmindernd zu berücksichtigen, wodurch im Jahr 2026 Gebührenstabilität gewährleistet werden kann.

Zu den Berechnungsgrundlagen der Gebührenkalkulation mit Vorjahresvergleich im Einzelnen:

Gebührenbedarf

Den kalkulierten Erlösen in Höhe von rund 724.892 Euro (2025: rund 1.014.955 Euro) stehen umlagefähige Gesamtkosten von rund 11.619.897 Euro (2025: rund 11.232.327 Euro) gegenüber. Mit im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Gesamtkosten sowie gesunkenen Erlösen durch eine geringere Inanspruchnahme des Sonderpostens ist der durch Gebühren zu deckende Betrag von rund 10.217.372 Euro im Jahr 2025 auf rund 10.895.005 Euro gestiegen. Rund 351.926 Euro der Differenz sind durch die notwendige Veränderung der Berücksichtigung des Sonderpostens für den Gebührenaussgleich begründet (siehe unten). Im Übrigen ist die Differenz (+3,2 Prozent zu 2025) insbesondere in sonstigen Kostensteigerungen begründet. Der Gebührenbedarf im Bereich des Schmutzwassers beläuft sich auf rund 6.100.734 Euro (circa +540.114 Euro zu 2025) und im Bereich des Niederschlagswassers auf rund 4.784.870 Euro (circa +137.428 Euro zu 2025).

Kalkulatorische Kosten

Der kalkulatorische Zinssatz wurde – entsprechend der Veröffentlichung der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen – mit 2,760 Prozent angesetzt. In der Gebührenkalkulation 2025 lag dieser bei 2,903 Prozent. Damit geht eine Verringerung der kalkulatorischen Zinsen auf rund 1.107.430 Euro (–83.931 Euro zu 2025) einher.

Die kalkulatorischen Abschreibungen werden auf Grundlage von Wiederbeschaffungszeitwerten berechnet. Neben den zu tätigenden Investitionen tragen insbesondere die hohen Preissteigerungen der letzten Jahre zu einer Erhöhung der Abschreibungen auf rund 6.252.917 Euro (rund +214.051 Euro zu 2025) bei. Für das Jahr 2026 wurde eine weitere Preissteigerung von 3 Prozent zu Grunde gelegt.

Sonstiger betrieblicher Aufwand

Der sonstige betriebliche Aufwand erhöht sich aufgrund gestiegener Kosten unter anderem für Personal, Betriebsmittel, Reparatur und Instandhaltungsmaßnahmen sowie Energie auf 4.224.550 Euro (+222.450 Euro zu 2025).

Auflösung aus dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich

In dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich werden eventuell entstehende Gebührenüber- und -unterdeckungen nach Abschluss eines Kalkulationszeitraumes gesammelt und nachgehalten. Die Gebührenüber- und -unterdeckungen sind innerhalb von 4 Jahren an die Gebührenpflichtigen zurückzuführen beziehungsweise sollen von ihnen ausgeglichen werden.

Der Stand der Gebührenüberdeckungen des Sonderpostens im Bereich Schmutzwasser beläuft sich zum 31.12.2025 auf rund 28.074 Euro. Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben ist dieser Betrag gebührenmindernd in die Gebührenkalkulation für 2026 einzustellen. Im Jahr 2025 konnte noch ein Betrag von rund 299.378 Euro gebührenmindernd eingesetzt werden. An Unterdeckungen werden im Sonderposten Stand 31.12.2025 voraussichtlich rund 201.640 Euro vorhanden sein. Hiervon sollen im Jahr 2026 zunächst anteilig rund 34.952 Euro ausgeglichen werden. Folglich führt diese Veränderung der berücksichtigungsfähigen Gebührenüber- und -unterdeckungen im Bereich Schmutzwasser zu einer Steigerung des Gebührenbedarfs von rund 306.256 Euro gegenüber dem Jahr 2025. Der weitere Ausgleich der Gebührenunterdeckungen soll erst mittelfristig erfolgen, um die Belastung für die Gebührenzahlenden gegebenenfalls durch eventuell entstehende Überdeckungen abfedern zu können.

Im Bereich des Niederschlagswassers belaufen sich die Gebührenüberdeckungen im Sonderposten mit Stand 31.12.2025 auf rund 100.861 Euro. Eine aufwandsmindernde Auflösung im Jahr 2026 soll fast vollständig vorgenommen werden, um eine Gebührenerhöhung zu vermeiden. Die Unterdeckungen mit Stand 31.12.2025 belaufen sich voraussichtlich auf rund 19.053 Euro. Eine Kompensation unter fristwahrenden Gesichtspunkten ist spätestens im Jahr 2027 vorzusehen.

Unter Berücksichtigung beider Bereiche kommt es zu einer Steigerung des Gebührenbedarfs von rund 351.926 Euro gegenüber dem Jahr 2025.

Verteilermaßstab/Divisor

Die Abwassermenge beim Schmutzwasser wird mit 1 774 299 Kubikmeter berücksichtigt. Es wurde eine moderate Steigerung von rund 2,1 Prozent zum Jahr 2025 einkalkuliert.

Beim Niederschlagswasser ist die abflusswirksame Fläche mit 5 858 452 Quadratmeter berücksichtigt (rund +2,2 Prozent zu 2025).

Weitere Einzelheiten sind der beigefügten Gebührenkalkulation (siehe Anlage 1 zur Vorlage) zu entnehmen.

Künftige Entwicklung

Unter Berücksichtigung der Investitionsplanung und weiteren inflationsbedingten Kostensteigerungen – insbesondere im Bereich der kalkulatorischen Abschreibungen – sowie der vorzunehmenden Kompensation der Gebührenunterdeckungen aus Vorjahren ist mittelfristig mit weiteren Erhöhungen der Gebührensätze zu rechnen. Der Sonderposten für den Gebührenausschlag im Bereich des Schmutzwassers ist aufgebraucht und kann nicht mehr kompensierend eingesetzt werden. Nach derzeit vorliegenden Erkenntnissen wird der Gebührensatz für Schmutzwasser für das Jahr 2027 mindestens 3,61 Euro je Kubikmeter und der Gebührensatz für Niederschlagswasser mindestens 0,82 Euro je Quadratmeter abflusswirksame Fläche betragen.

Maßgeblich wird, neben der Umsetzung der Investitionsplanung mit den zu erwartenden Kostensteigerungen, die Abwassermenge Einfluss auf die künftige Entwicklung beziehungsweise Gesamtbelastung für die Gebührenpflichtigen haben. Dieser Faktor unterliegt jährlichen Schwankungen, weshalb eine zuverlässige Prognose zum jetzigen Zeitpunkt nur begrenzt möglich und mit Unsicherheiten behaftet ist.

Anlage(n):

- 1 Gebührenkalkulation
- 2 Änderungssatzung

Kalkulation der Abwasserbeseitigungsgebühren für das Jahr 2026

1 Erläuterungen zur Gebührenbedarfsberechnung

Grundlage für die Gebührenbedarfsberechnung 2026 sind die voraussichtlich in diesem Jahr entstehenden Kosten und die voraussichtlichen Leistungen.

1.1 Kalkulatorische Abschreibungen

Die kalkulatorische Abschreibung des Anlagevermögens wird auf der Basis der fortgeschriebenen Wiederbeschaffungszeitwerte und des für die einzelnen Anlagenteile festgelegten Abschreibungssatzes (abhängig von der Nutzungsdauer) errechnet. Die Fortschreibung erfolgt anhand von Indexwerten, die vom Landesbetrieb „Information und Technik Nordrhein-Westfalen – IT.NRW“ ermittelt werden.

1.2 Kalkulatorische Zinsen

Die Berechnung der kalkulatorischen Zinsen für das im Anlagevermögen gebundene Kapital wird auf der Basis der Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte vorgenommen. Hierbei werden Beiträge und Zuweisungen Dritter (Abzugskapital) abgezogen. Bei der Zinsberechnung wird ein kalkulatorischer Zinssatz von 2,76 Prozent zugrunde gelegt, der nach den Vorgaben des § 6 Kommunalabgabengesetz NRW anhand des Durchschnitts der Emissionsrenditen für festverzinsliche Wertpapiere öffentlicher Emittenten ermittelt wird.

2. Kostenzuordnung

Die Aufteilung der Betriebs- und Unterhaltungskosten, der Abschreibungen und Zinsen auf die Bereiche Schmutz- und Niederschlagswasser erfolgte entweder – soweit möglich – anhand der jeweiligen tatsächlichen Verursachung der einzelnen Kostenposition oder im Übrigen anhand von verursachungsgerechten Zuordnungsschlüsseln. Insgesamt ergibt sich so eine gegenüber 2025 nur geringfügig veränderte Aufteilung der Kosten von 56,08 Prozent auf Schmutzwasser und 43,92 Prozent auf Niederschlagswasser. Die Berechnung des öffentlichen Kostenanteils an der Niederschlagsentwässerung für öffentliche Straßen, Wege und Plätze beruht auf dem ermittelten öffentlichen Flächenanteil. Die Berechnung der Kostenanteile für die Entsorgung des Inhalts aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben beruht auf dem Verhältnis der entsorgten Grubeninhalte zu dem über die Kanalisation abgeleiteten Schmutzwasser.

2 Ermittlung des durch Gebühren zu deckenden Bedarfes

	Kalkulation insgesamt	Schmutzwasser	Niederschlags- wasser	Klein- kläranlagen	Gruben
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
Leistungen					
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
+ Sonstige Transfererträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	392.017,54 €	361.877,38 €	27.948,69 €	2.152,77 €	38,69 €
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.000,00 €	3.738,81 €	1.236,74 €	24,02 €	0,43 €
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.550,00 €	3.726,90 €	2.816,37 €	6,62 €	0,12 €
+ Sonstige ordentliche Erträge	20.950,00 €	15.486,83 €	5.364,59 €	96,84 €	1,74 €
+ Aktivierte Eigenleistungen	172.300,00 €	98.037,27 €	74.085,54 €	174,07 €	3,13 €
+ Auflösungen aus dem Sonderposten	128.074,11 €	28.023,46 €	100.000,00 €	49,76 €	0,89 €
Summe Leistungen	724.891,65 €	510.890,64 €	211.451,93 €	2.504,07 €	45,00 €

Kosten					
+ Personalaufwendungen	2.033.700,00 €	1.299.435,17 €	729.381,95 €	4.796,68 €	86,21 €
+ Versorgungsaufwendungen	59.050,00 €	37.730,07 €	21.178,15 €	139,28 €	2,50 €
+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.984.300,00 €	1.234.380,80 €	745.128,80 €	4.705,83 €	84,57 €
+ Transferaufwendungen	65.000,00 €	49.853,98 €	14.820,00 €	320,26 €	5,76 €
+ Sonstige ordentliche Aufwendungen	82.500,00 €	51.865,15 €	30.453,84 €	177,81 €	3,20 €
+ kalkulatorische Zinsen	1.107.429,75 €	587.302,41 €	519.889,58 €	233,56 €	4,20 €
+ Kalkulatorische Abschreibungen	6.252.917,00 €	3.316.104,92 €	2.935.469,64 €	1.318,74 €	23,70 €
+ Ausgleich von Defiziten aus Vorjahren	35.000,00 €	34.952,18 €	0,00 €	46,98 €	0,84 €
Summe Kosten	11.619.896,75 €	6.611.624,68 €	4.996.321,96 €	11.739,14 €	210,97 €

Summe Leistungen	724.891,65 €	510.890,64 €	211.451,93 €	2.504,07 €	45,00 €
Summe Kosten	11.619.896,75 €	6.611.624,68 €	4.996.321,96 €	11.739,14 €	210,97 €
Gebührenbedarf (Unterdeckung)	-10.895.005,11 €	-6.100.734,04 €	-4.784.870,02 €	-9.235,07 €	-165,97 €

3 Berechnung der Divisoren

Divisor Schmutzwassergebühr			
Frishwasserverbrauch geschätzt	Anzahl Kubikmeter	Faktor	Rechnungs- einheiten
Leichtverschmutzer	27.707	0,48	13.337
häusliches Abwasser	1.671.585	1,00	1.671.585
Starkverschmutzer	1.020	1,50	1.530
Starkverschmutzer	33.539	1,10	36.892
Geringverschmutzer	40.248	0,50	20.124
abflusslose Gruben	200	1,00	200
Summe	1.774.299		1.743.669

Divisor Niederschlagswassergebühr			
versiegelte Flächen	Anzahl Quadratmeter	Faktor	Rechnungs- einheiten
Straßenfläche (öffentlich)	1.785.553	1,00	1.785.553
Parkplätze (öffentlich)	22.100	1,00	22.100
versiegelte städtische Grundstücksfläche	160.335	1,00	160.335
versiegelte Fläche private Grundstücksfläche	3.890.465	1,00	3.890.465
Summe	5.858.452		5.858.452

Divisor Kleinkläranlagen				
	Anzahl Kubikmeter	Faktor*	Rechnungs- einheiten	Vehhältnis
Abfuhrmenge aus Kleinkläranlagen in Kubikmetern	700	16,00	11.200	0,64 %
Frishwasserverbrauch			1.743.669	99,36 %

*Faktor zur Berücksichtigung der besonderen Verschmutzung (DWA/ATV-A 280)

4 Ermittlung der Gebühr

Schmutzwassergebühr	Anzahl Kubikmeter	Anteilige Kosten	Gebührensätze pro Kubikmeter
Leichtverschmutzer	27.707	46.665,01 €	1,68 €
häusliches Abwasser	1.671.585	5.848.527,38 €	3,49 €
Starkverschmutzer	1.020	5.353,15 €	5,24 €
Starkverschmutzer	33.539	129.079,08 €	3,84 €
Geringverschmutzer	40.248	70.409,67 €	1,74 €
abflusslose Gruben	200	699,76 €	3,49 €
Summe	1.774.299	6.100.734,05 €	

Niederschlagswassergebühr	Anzahl Quadratmeter	Anteilige Kosten	Gebührensätze pro Quadratmeter
Straßenfläche (öffentlich)	1.785.553	1.458.343,89 €	0,81 €
Parkplätze (öffentlich)	22.100	18.050,10 €	0,81 €
versiegelte städtische Grundstücksfläche	160.335	130.953,04 €	0,81 €
versiegelte Fläche private Grundstücksfläche	3.890.465	3.177.523,00 €	0,81 €
Summe	5.858.452	4.784.870,03 €	

Klärschlambeseitigung	Kubikmeter Kleinkläranlagen	Kosten Kleinkläranlagen	Kubikmeter Gruben	Kosten Gruben
Entsorgung ohne Abfuhr	300	13,19 €	100	0,83 €
Abfuhr Klärschlambeseitigung	400	33,32 €	100	33,32 €
Entsorgungsgebühr inklusive Abfuhr		46,51 €		34,15 €

Gebührenerlöse Schmutzwasser privat	6.084.707,62 €
Gebührenerlöse Niederschlagswasser privat	3.151.276,29 €
öffentlicher Kostenanteil an der Niederschlagsentwässerung	1.594.070,15 €
Erlöse für die Klärschlambeseitigung	26.059,00 €
Gesamt	10.856.113,06 €

Gebührenbedarf gesamt	10.895.005,11 €
Gebührenerlöse gesamt	10.856.113,06 €
Überschuss / Fehlbedarf*	-38.892,05 €

* Aufgrund von Rundungsdifferenzen

17. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, der §§ 1, 2, 4, 6 bis 8 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen und des § 54 Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum am _____ folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung der Stadt Beckum über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen und Abwassergebühren (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung) vom 17. Dezember 2008 wird wie folgt geändert:

1. § 4 Absatz 8 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Gebühr beträgt ab dem 1. Januar 2026 für Schmutzwasser..... 3,49 €/m³.

Abweichend davon beträgt die Gebühr für Schmutzwasser

1. vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007 2,92 €/m³,
2. vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008 2,92 €/m³,
3. vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009 2,99 €/m³,
4. vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010 3,06 €/m³,
5. vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011 3,20 €/m³,
6. vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2016 3,07 €/m³,
7. vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 2,97 €/m³,
8. vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 2,87 €/m³,
9. vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 2,85 €/m³,
10. vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 2,30 €/m³,
11. vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 2,39 €/m³,
12. vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 3,08 €/m³,
13. vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 3,12 €/m³,
14. vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 3,15 €/m³,
15. vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 3,23 €/m³.“

Artikel 2

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.



Änderung der Klärschlambeseitigungs- und entsorgungssatzung für das Jahr 2026

Federführung: Städtischer Abwasserbetrieb Beckum

Beteiligungen: Büro des Bürgermeisters
Fachbereich Finanzen und Beteiligungen
Fachbereich Innere Verwaltung
Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung
Fachbereich Umwelt und Bauen

Auskunft erteilt: Herr Gerdhenrich | 02521 29-1000 | gerdhenrich@beckum.de

Beratungsfolge:

Betriebsausschuss

11.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die als Anlage zur Vorlage beigefügte 8. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Klärschlambeseitigungs- und -entsorgungssatzung wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Die Personal- und Sachkosten für die Erstellung der Gebührenkalkulation sowie die Vorbereitung und Umsetzung der Änderung der Klärschlambeseitigungs- und -entsorgungssatzung der Stadt Beckum sind in den in der Gebührenkalkulation ausgewiesenen Verwaltungskosten enthalten.

Finanzierung

Die Auswirkungen der Gebührenkalkulation werden im Wirtschaftsplan 2026 des Städtischen Abwasserbetriebes Beckum berücksichtigt.

Erläuterungen:

Die Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt Beckum umfasst gemäß § 46 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz – LWG) das Einsammeln und Abfahren des in Kleinkläranlagen anfallenden Klärschlammes und dessen Aufbereitung für eine ordnungsgemäße Verwertung oder Beseitigung. Entsprechendes gilt für das in abflusslosen Gruben anfallende Abwasser.

Die zu beachtenden Vorgaben sind in der Klärschlambeseitigungs- und -entsorgungssatzung geregelt.

Gemäß § 9 Klärschlambeseitigungs- und -entsorgungssatzung erhebt die Stadt Beckum für die Inanspruchnahme der Einrichtung zur Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlagen Benutzungsgebühren.

Die Gebührenentwicklung je Kubikmeter und Gebührenart seit dem Jahr 2022 bis zu den kalkulierten Gebühren für das Jahr 2026 stellt sich wie folgt dar:

Gebührenart	2022	2023	2024	2025	2026
Klärschlamm Selbstanlieferung	15,25 Euro	14,93 Euro	13,17 Euro	11,25 Euro	13,19 Euro
Abwasser Selbstanlieferung	0,96 Euro	0,94 Euro	0,83 Euro	0,71 Euro	0,83 Euro
Klärschlamm Abfuhr durch Unternehmer	23,80 Euro	23,80 Euro	23,80 Euro	33,32 Euro	33,32 Euro
Abwasser Abfuhr durch Unternehmer	23,21 Euro	23,21 Euro	23,21 Euro	33,32 Euro	33,32 Euro
Gebühr Klärschlamm Abfuhr	39,05 Euro	38,73 Euro	36,97 Euro	44,57 Euro	46,51 Euro
Gebühr Abwasser Abfuhr	24,17 Euro	24,15 Euro	24,04 Euro	34,03 Euro	34,15 Euro

Berechnungsgrundlagen

Die Gebühren für die Beseitigung des Klärschlammes und des Abwassers aus abflusslosen Gruben wurden gemeinsam mit den Abwassergebühren kalkuliert. Die für die Aufbereitung des Klärschlammes auf der Kläranlage anfallenden Kosten sind anteilig in den Gesamtkosten für die Abwasserbeseitigung enthalten.

Im Gebührenjahr 2026 ergeben sich folgende zu verteilende Kosten für die Klärschlamm- beziehungsweise Abwasserbehandlung:

- Behandlung von Schlämmen aus Kleinkläranlagen.....9.235,07 Euro,
- Behandlung von Abwasser aus abflusslosen Gruben165,97 Euro.

Gegenüber der Gebührenkalkulation 2025 haben sich die zu verteilenden Kostenbedarfe für die Klärschlamm- beziehungsweise Abwasserbehandlung wie folgt verändert:

- Behandlung von Schlämmen aus Kleinkläranlagen.....–327,82 Euro,
- Behandlung von Abwasser aus abflusslosen Gruben59,66 Euro.

Die Mengenermittlung und deren Veränderungen gegenüber dem Jahr 2025 stellen sich wie folgt dar:

2025

200 Anlagen mit circa 3 Kubikmetern Abfuhrvolumen	= 600 Kubikmeter
18 Anlagen mit unterschiedlichen Abfuhrmengen	= 80 Kubikmeter
400 Kubikmeter Klärschlamm Selbstanlieferung von Gewerbebetreibenden	= 400 Kubikmeter
50 Kubikmeter Abwasser Selbstanlieferung von Gewerbebetreibenden	= 50 Kubikmeter
Gesamtmenge für das Jahr 2025	1 130 Kubikmeter

2026

160 Anlagen mit circa 3 Kubikmetern Abfuhrvolumen	= 400 Kubikmeter
16 Anlagen mit unterschiedlichen Abfuhrmengen	= 100 Kubikmeter
300 Kubikmeter Klärschlamm Selbstanlieferung von Gewerbebetreibenden	= 300 Kubikmeter
70 Kubikmeter Abwasser Selbstanlieferung von Gewerbebetreibenden	= 100 Kubikmeter
Gesamtmenge für das Jahr 2026	900 Kubikmeter

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei den Ansätzen um geschätzte Mengen handelt, die jedes Jahr neu berechnet werden. Aufgrund verschiedener Unsicherheitsfaktoren (zu entsorgende Grundstücke, abgefahrene Menge) ist eine Erhöhung beziehungsweise Verringerung der Mengen möglich.

Unter Berücksichtigung der voraussichtlich zu behandelnden Mengen ergeben sich für die Selbstanlieferung folgende auf ganze Cent gerundete Gebühren:

- Selbstanlieferung Klärschlamm.....13,19 Euro pro Kubikmeter (2025: 11,25 Euro),
- Selbstanlieferung Abwasser 0,83 Euro pro Kubikmeter (2025: 0,71 Euro).

Eine notwendige Abfuhr des Klärschlammes beziehungsweise des Abwassers erfolgt durch ein beauftragtes Unternehmen.

Bei der Kalkulation für das Haushaltsjahr 2026 gilt der Vertrag, der im Jahr 2024 mit dem Abfuhrunternehmen geschlossen wurde. Dieser Vertrag ist ab dem 01.01.2025 in Kraft.

Gegenüber der Kalkulation 2025 haben sich die Abfuhrrentgelte pro Kubikmeter Klärschlamm nicht verändert.

Es ergeben sich somit weiterhin pro Kubikmeter folgende Gebührensätze:

- Abfuhrkosten Klärschlamm33,32 Euro pro Kubikmeter (2025: 33,32 Euro),
- Abfuhrkosten Abwasser.....33,32 Euro pro Kubikmeter (2025: 33,32 Euro).

Die Abfuhrkosten werden im Falle der Abholung des Klärschlammes den Gebühren für Selbstanlieferung hinzugerechnet.

Die Einzelheiten ergeben sich aus der als Anlage 1 zur Vorlage 2025/0339 beigefügten Gebührenkalkulation für das Jahr 2026.

Anlage(n):

8. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Klärschlammabeseitigungs- und -entsorgungssatzung

Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Klärschlambeseitigungs- und -entsorgungssatzung

Aufgrund der §§ 7, 8, 9 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, der §§ 60, 61 Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG), der §§ 46 Abs. 2, 54 Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW), der §§ 2, 4 und 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW), der Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten hat der Rat der Stadt Beckum am 17.12.2024 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Die Klärschlambeseitigungs- und -entsorgungssatzung der Stadt Beckum vom 18. Dezember 2018 wird wie folgt geändert:

1. § 9 1. Halbsatz (Beseitigung und Entsorgung der Inhalte von Grundstücksentwässerungsanlagen) wird wie folgt geändert:

In Buchstabe a wird die Angabe „44,57 Euro/Kubikmeter“ durch die Angabe „46,51 Euro/Kubikmeter“ ersetzt.

In Buchstabe b wird die Angabe „34,04 Euro/Kubikmeter“ durch die Angabe „34,15 Euro/Kubikmeter“ ersetzt.

2. § 9 2. Halbsatz (bei Selbstanlieferung) wird wie folgt geändert:

In Buchstabe a wird die Angabe „11,25 Euro/Kubikmeter“ durch die Angabe „13,19 Euro/Kubikmeter“ ersetzt.

In Buchstabe b wird die Angabe „0,71 Euro/Kubikmeter“ durch die Angabe „0,83 Euro/Kubikmeter“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.



Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Wohnquartier Herzfelder Straße" – Abschluss des Durchführungsvertrags

Federführung: Fachbereich Stadtentwicklung

Beteiligungen: Fachbereich Umwelt und Bauen
Städtischer Abwasserbetrieb Beckum

Auskunft erteilt: Herr Denkert | 02521 29-6000 | denkert.u@beckum.de

Beratungsfolge:

Ausschuss für Stadtentwicklung

16.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die Verwaltung wird beauftragt, den als Anlage zur Vorlage beigefügten Durchführungsvertrag abzuschließen.

Kosten/Folgekosten

Durch die Vorbereitung, den Abschluss und die Abwicklung des Vertrags entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Der Abschluss des Durchführungsvertrags beruht auf § 12 Baugesetzbuch (BauGB). Demnach hat sich die Vorhabenträgerin vor dem Satzungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Wohnquartier Herzfelder Straße“ in einem Durchführungsvertrag zu verpflichten, das Vorhaben innerhalb einer bestimmten Frist durchzuführen und die Planungs- und Erschließungskosten ganz oder teilweise zu tragen. Auf die Vorlage 2025/0393 wird verwiesen.

Vertragspartnerin und Vorhabenträgerin ist die Schlüter-Bau GmbH & Co. KG.

Die Verhandlungen sind abgeschlossen. Der Vertrag und die Anlagen zum Vertrag sind der Vorlage als Anlagen beigefügt.

Das Vorhaben dient dazu, Wohnraum im Vorhabensbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans zu errichten.

Im Kern sollen folgende Punkte geregelt werden:

Durchführungsverpflichtung

Das Gesamtvorhaben ist spätestens 48 Monate nach Inkrafttreten des Bebauungsplans (Bekanntmachung) abzuschließen. Die Erschließungsflächen müssen vor der Nutzung der Hochbauten als Baustraße fertiggestellt sein.

Schaffung von öffentlich gefördertem Wohnraum

Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, in einem Mehrfamilienhaus mindestens 8 Wohneinheiten mit insgesamt circa 535 Quadratmeter (reine Wohnraumfläche) öffentlich geförderten Wohnraums zu schaffen. Die Schaffung des öffentlichen geförderten Wohnraums ist mit einer Vertragsstrafe von insgesamt maximal 642 000 Euro abgesichert. Die Verpflichtung zur Schaffung des öffentlich geförderten Wohnraums steht unter dem Grundvorbehalt der Genehmigung des Kreises Warendorf und des Fördermittelflusses durch das Land Nordrhein-Westfalens.

Verkehrliche Erschließung

Die innere Erschließung verbleibt hauptsächlich im Privateigentum der Vorhabenträgerin. Lediglich die auf einem Teilstück der privaten Erschließungsfläche entstehende Zu- und Abfahrt auf öffentlichem Grundstück an der Straße Am Lippbach wird ins städtische Eigentum übertragen. Zur äußeren Erschließung wird der Bordstein gegenüber der Zu- und Abfahrt an der Straße Am Lippbach abgesenkt.

Entwässerungstechnische Erschließung

Die Entwässerung erfolgt im Trennsystem. Der neu zu errichtende Schmutzwasserkanal wird an den Kanal in der L808/Herzfelder Straße angeschlossen. Für die Niederschlagswasserentwässerung wird die Vorhabenträgerin in der Privatstraße vor Einleitung in die öffentliche Regenwasserkanalisation in der Straße Am Lippbach einen Rückhaltekanal mit der Schutzfunktion für den Überflutungsschutz mit einem gedrosselten Abfluss und mit einem Notüberlauf erstellen und dauerhaft selbst betreiben. Die neu zu errichtenden Kanäle verlaufen bis zu den Anschlusspunkten an der Straße im Eigentum der Vorhabenträgerin. Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens wurde eine Starkregenbetrachtung durch die Vorhabenträgerin beauftragt, welche die Starkregenszenarien im Zusammenhang mit dem Vorhaben betrachtet hat. Unter anderem muss deswegen zur Ableitung von Niederschlagswasser bei Starkregenereignissen ein Abflusshindernis am Graben an der Straße Am Lippbach errichtet werden, welches bei einem Starkregenereignis das aus dem Graben austretende Wasser auf die Straße Am Lippbach ableitet. Die Starkregenbetrachtung ist Anlage des Vertrags und als Anlage der Vorlage beigelegt. Im Rahmen der konkreten Entwässerungsplanung wird die Vorhabenträgerin auf Grundlage dieser Starkregenbetrachtung eine Ausführungsplanung erstellen.

Im Übrigen wird auf die einzelnen Regelungen des Durchführungsvertrags verwiesen. Es ergibt sich ein Beratungserfordernis für den Ausschuss für Stadtentwicklung. Über den Abschluss des Vertrags entscheidet der Rat der Stadt Beckum.

Zur Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung wird der beidseitig unterschriebene Vertrag in zweifacher Ausführung vorliegen.

Anlage(n):

- 1 Durchführungsvertrag
- 2 Liegenschaftskarte
- 3 Berechnung Vertragsstrafe
- 4 Starkregenbetrachtung

TOP Ö 16

Durchführungsvertrag

zum Vorhaben- und Erschließungsplan „Wohnquartier Herzfelder Straße“
nach § 12 Baugesetzbuch (BauGB)

Die Stadt Beckum

vertreten durch den Bürgermeister, Weststraße 46, 59269 Beckum

– nachfolgend „Stadt“ genannt –

Und

Die Schlüter-Bau GmbH Co. KG, Martinsring 76, 59269 Beckum, vertreten durch Geschäftsführer Herrn Hermann Schlüter

– nachfolgend „Vorhabenträgerin“ genannt –

schließen folgenden Vertrag:

Inhaltsverzeichnis

Teil I Allgemeines.....	3
§ 1 Gegenstand des Vertrages	3
Teil II Vorhaben	3
§ 2 Beschreibung des Vorhabens.....	3
§ 3 Bebauungsplan und Planungsunterlagen.....	4
§ 4 Durchführungsverpflichtung.....	4
§ 5 Verpflichtung zur Schaffung von öffentlich gefördertem Wohnraum	5
§ 6 Nichterfüllung der Verpflichtungen/Vertragsstrafe.....	6
§ 7 Abnahme des Vorhabens	7
Teil III Erschließung und Entwässerung	7
§ 8 Gegenstand und Umfang der äußeren Erschließung.....	7
§ 9 Gegenstand und Umfang der inneren Erschließung.....	7
§ 10 Entwässerung des Vorhabens, Kanalanschlussbeiträge	8
§ 11 Planung und Bau der Erschließungsanlagen.....	10
§ 12 Fertigstellung der Anlagen	11
§ 13 Gewährleistung und Abnahme	11
§ 14 Haftung und Verkehrssicherung	12
§ 15 Übernahme der Erschließungsanlage	13
Teil IV Schlussbestimmungen.....	13
§ 16 Kostentragung.....	13
§ 17 Sicherheitsleistungen	13
§ 18 Rechtsnachfolge	14
§ 19 Haftungsausschluss.....	14
§ 20 Schlussbestimmungen.....	14
§ 21 Wirksamwerden	15
§ 22 Anlagen	15

Teil I Allgemeines

§ 1 Gegenstand des Vertrages

1. Gegenstand dieses Vertrages ist die Durchführungsverpflichtung und die Kostentragung für das Vorhaben „Wohnquartier Herzfelder Straße“ sowie die Erschließung und Gestaltung des Grundstückes im Vertragsgebiet.
2. Der räumliche Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist circa 0,48 Hektar groß und umfasst vollumfänglich die Grundstücke Gemarkung Beckum, Flur 32, Flurstücke 129, 202, 459 und 460. Das Vertragsgebiet (Vorhabenbereich, Anlage 1) weicht von dem räumlichen Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ab. Es umfasst nicht das Grundstück Gemarkung Beckum, Flur 32, Flurstück 459, dafür jedoch Teile des Grundstücks Flur 33, Flurstück 732

Teil II Vorhaben

§ 2 Beschreibung des Vorhabens

Das Vorhaben betrifft die Errichtung von 2 Mehrfamilienhäusern mit jeweils 8 Wohnungen, 4 Doppelhaushälften und 2 Einfamilienhäusern. Die optische Gestaltung der Mehrfamilienhäuser wird Bestandteil der Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans. Insgesamt sollen 8 Wohneinheiten als sozial geförderter Wohnraum hergestellt werden.

Hinsichtlich des Maßes der baulichen Nutzung gilt eine Grundflächenzahl von 0,4 bis maximal 0,6.

Für die Mehrfamilienhäuser gilt eine Traufhöhe von 6,80 Meter und eine Firsthöhe von 11,50 Metern. Bei den Einzelhäusern gilt eine Traufhöhe von 6,50 Meter und eine Firsthöhe von 11,00 Meter. Sowohl die Mehrfamilienhäuser als auch die Einzelhäuser haben maximal zwei Vollgeschosse.

Die verkehrliche Erschließung erfolgt über private Zuwegungen von den Straßen L 808/Herzfelder Straße und Am Lippbach. Es werden für die Mehrfamilienhäuser 16 oberirdische Stellplätze angelegt. Die Einzelhäuser haben individuelle Garagen auf den Baugrundstücken.

Im Bereich der oberirdischen Stellplätze werden 4 spezifische Flächen für Nebenanlagen („Na“) für Müllboxen festgesetzt. Die Vorhabenträgerin wird in den Mehrfamilienhäusern insgesamt 8 Wohneinheiten für den sozialen Wohnbau errichten. Weiteres ergibt sich aus den Bestimmungen dieses Vertrags.

Im Übrigen wird auf die Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Wohnquartier Herzfelder Straße“ hingewiesen.

§ 3

Bebauungsplan und Planungsunterlagen

1. Der Bebauungsplan ist in geeigneter anwendungsfähiger digitaler und georeferenzierter Form im DWG-Format zu erstellen und der Stadt zu übergeben. Zusätzlich ist eine vollständige Erfassung der rechtlich bindenden Planungsinhalte in dem XPLANUNG konformen Format XPlanGML in der aktuellen Version fehlerfrei zu liefern. Satzungstexte und Begründungen sind als PDF-Dokumente zu übergeben. Die übergebenen Unterlagen, Pläne und Dateien werden Eigentum der Stadt.
2. Die für das Verfahren erforderlichen Gutachten oder Fachbeiträge sind von der Vorhabenträgerin auf eigene Kosten in Auftrag gegeben worden. Die Gutachten oder Fachbeiträge sind der Stadt kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Sie sind so aufzubereiten, dass diese für das Bebauungsplanverfahren verwendet werden können.
3. Die Vorhabenträgerin sichert der Stadt zu, dass diese die schutzrechtsfähigen Werke Dritter (zum Beispiel Urheberrechte an Gutachten, Planungen), die die Vorhabenträgerin beauftragt hat und zum Zwecke der Bauleitplanung und des Baugenehmigungsverfahrens der Stadt überlasst, zu den vorgenannten Zwecken ohne die Verletzung gewerblicher Schutzrechte uneingeschränkt nutzen, verwerten und ändern kann. Soweit die Stadt für eine Verletzung solcher gewerblichen Schutzrechte von Dritten in Anspruch genommen wird, kann sie verlangen, dass die Vorhabenträgerin sie von dieser Inanspruchnahme freistellt. Dies gilt auch für die Kosten der Rechtsverteidigung. Die Stadt wird solche Ansprüche Dritter nicht anerkennen oder befriedigen, ohne der Vorhabenträgerin vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 4

Durchführungsverpflichtung

1. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich gemäß § 12 Absatz 1 Satz 1 BauGB zur Durchführung des Vorhabens im Vertragsgebiet nach den Regelungen dieses Vertrages.
2. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, spätestens 12 Monate nach Inkrafttreten des Bebauungsplans (Bekanntmachung) alle für das Vorhaben notwendigen genehmigungsfähigen Bauanträge unter Beifügung aller für die Genehmigung erforderlichen Unterlagen zu stellen. Ferner verpflichtet sie sich:
 - a.) 6 Monate nach Bestand der Baugenehmigungen mit dem Bau zu beginnen,
 - b.) das Vorhaben innerhalb eines Zeitraums von 48 Monaten nach Inkrafttreten des Bebauungsplans (Bekanntmachung) abzuschließen.
3. Der für die Realisierung des Vorhabens anfallende Baustellenverkehr erfolgt ausschließlich über die L808, Herzfelder Straße.
4. Die Erschließungsanlagen sind nach den zeitlichen Vorgaben gemäß § 12 fertigzustellen.

§ 5

Verpflichtung zur Schaffung von öffentlich gefördertem Wohnraum

1. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich weiterhin, bei der Realisierung des Hochbauvorhabens mindestens 8 Wohneinheiten in einem Umfang von insgesamt 535 Quadratmetern als förderfähige Mietwohnungen bezugsfertig zu erstellen und diese für die Dauer von mindestens 20 Jahren ab Bezugsfertigkeit ausschließlich als öffentlich geförderten Mietwohnraum zu nutzen. Förderfähiger Mietwohnraum ist der nach § 8 Abs. 3 Nr. 1 in Verbindung mit Abs. 4 Nr. 1 des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) in Verbindung Ziffern 1, 2 und 10 der Förderrichtlinie Öffentliches Wohnen im Land Nordrhein-Westfalen 2025 (FRL öff Wohnen NRW 2025) jeweils in der zum Zeitpunkt der Antragstellung gültigen Fassung entsprechen. Die Wohneinheiten nach Satz 1 sind in dem westlichen Mehrfamilienhaus (WA 1) einzurichten.
2. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, für die Realisierung öffentliche Fördermitteln nach den Ziffern 1, 2 und 10 FRL öff Wohnen NRW 2025 in Verbindung mit den Regelungen des WFNG NRW jeweils in der zum Zeitpunkt der Antragstellung gültigen Fassung zu beantragen und nach deren Bereitstellung in Anspruch zu nehmen. Die öffentlichen Mittel sind hierbei zu 100 Prozent zugunsten der Förderung von Wohnraum für wohnberechtigte Haushalte der Einkommensgruppe A in Anspruch zu nehmen.
3. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich zur Erfüllung der in § 5 Abs. 1 und 2 genannten Verpflichtungen
 - a. spätestens 12 Monate nach Inkrafttreten des vorhabenbezogenen Bebauungsplans (Bekanntmachung) alle für das Vorhaben notwendigen genehmigungsfähigen Bauanträge unter Beifügung aller für die Genehmigung erforderlichen Unterlagen zu stellen,
 - b. ebenfalls innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten des vorhabenbezogenen Bebauungsplans den Förderantrag für den öffentlich geförderten Mietwohnraum nach § 5 Absatz 2 dieses Vertrages bei dem Kreis Warendorf zu stellen,
 - c. nicht vor Erhalt der Förderzusage des Kreises Warendorf für die Förderung der öffentlich geförderten Mietwohnungen nach Absatz 1 mit dem Bau des Mehrfamilienhauses, in dem der öffentlich geförderte Wohnraum entstehen soll, zu beginnen; hat der Kreis Warendorf dem förderunschädlichen Vorhabenbeginn vor Erteilung der Förderzusage nach Ziffer 1.5 schriftlich zugestimmt, hat der Vorhabenträger ergänzend bei der Stadt die Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn schriftlich einzuholen.
 - d. spätestens 6 Monate nach Bekanntgabe der Förderzusage und Bestandskraft der Baugenehmigung mit dem Bau zu beginnen,
 - e. die Fördermittel der NRW Bank nach Baufortschritt abzurufen sowie den öffentlich geförderten Mietwohnraum innerhalb eines Zeitraums von 36 Monaten nach Erteilung der Baugenehmigungen/en bezugsfertig herzustellen,
 - f. das Vorhaben innerhalb eines Zeitraums von 48 Monaten nach Inkrafttreten des Bebauungsplans (Bekanntmachung) abzuschließen.
4. Obengenannte Verpflichtungen der Vorhabenträgerin zur Realisierung öffentlich geförderten Wohnungsbaus stehen unter dem Grundvorbehalt des Fördermittelflusses durch das

Land Nordrhein-Westfalen und der Bewilligung der Fördermittel durch den Kreis Warendorf.

5. Die Fristen nach Absatz 3 verlängern sich um Zeiten, in denen Normenkontrollanträge gegen den vorhabenbezogenen Bebauungsplan nach § 47 VwGO (Verwaltungsgerichtsordnung) oder Klagen gegen die Baugenehmigungen anhängig sind. Dies gilt nicht, wenn Anträge nach § 47 Abs. 6 VwGO oder Anträge auf Regelung der Vollziehung der Baugenehmigungen nach §§ 80 Abs. 5, 80a VwGO erfolglos geblieben sind. In diesem Fall verlängert sich die Realisierungspflicht lediglich um die Dauer der Eilverfahren. Ferner führen Verzögerungen, die die Vorhabenträgerin nicht zu vertreten hat, zu einer entsprechenden Verlängerung der genannten Fristen. Die Nachweispflicht obliegt der Vorhabenträgerin.
6. Die Vorhabenträgerin reicht der Stadt zur Prüfung der fristgerechten Einhaltung der Verpflichtung gemäß § 5 Absatz 1 und 2 unverzüglich nach der Erfüllung beziehungsweise der Bezugsfertigkeit als Nachweise des Fortschritts des Verfahrens folgende Unterlagen ein:
 - a) Der Förderantrag an den Kreis Warendorf für den öffentlich geförderten Wohnraum,
 - b) die Förderzusage des Kreises Warendorf für den öffentlich geförderten Wohnraum,
 - c) den/die Eingangsvermerk/e zum/zu dem Bauantrag bzw. den Bauanträgen
 - d) die Baubeginnanzeige,
 - e) die Auszahlungsbestätigungen/en der NRW Bank,
 - f) die Baufertigstellungsanzeige.

Die Stadt ist berechtigt, soweit erforderliche weitere Unterlagen zur Prüfung anzufordern.

§ 6

Nichterfüllung der Verpflichtungen/Vertragsstrafe

1. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen einzelne Verpflichtungen gemäß § 5 Absatz 1 und Abs. 2 dieses Vertrages, verpflichtet sich die Vorhabenträgerin zur Zahlung einer von der Stadt nach billigem Ermessen zu bestimmenden und vom zuständigen Gericht überprüfbaren Vertragsstrafe von bis zu 642.000 Euro. Die in der Summe maximal mögliche Vertragsstrafe wurde auf Basis des § 26 Absatz 1 des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen vom 08.12.2009 mit Stand vom 01.04.2025 entsprechend ermittelt und beträgt maximal 5 Euro je Quadratmeter Wohnfläche des Wohnraums monatlich, auf die sich der Verstoß bezieht.
2. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen einzelne Verpflichtungen gemäß § 5 Absatz 3 des Vertrages wird eine Vertragsstrafe der Vorhabenträgerin gegenüber der Stadt fällig. Deren Höhe ist von der Stadt nach billigem Ermessen zu bestimmenden und vom zuständigen Gericht überprüfbar (Anlage 2). Die in der Summe maximal mögliche Vertragsstrafe ist
 - a. 2.675 Euro je Monat Verzögerung (maximale Vertragsstrafe anteilig berechnet pro Monat) im Falle von § 5 Absatz 3 Buchstabe a),
 - b. 2.675 Euro je Monat Verzögerung (maximale Vertragsstrafe anteilig berechnet pro Monat) im Falle von § 5 Absatz 3 Buchstabe b),
 - c. 642.000 Euro (maximale Vertragsstrafe) im Falle von § 5 Absatz 3 Buchstabe c)

- d. 2.675 Euro je Monat Verzögerung (maximale Vertragsstrafe anteilig berechnet pro Monat) im Falle von § 5 Absatz 3 Buchstabe d)
 - e. 2.675 Euro je Monat Verzögerung (maximale Vertragsstrafe anteilig berechnet pro Monat) im Falle von § 5 Absatz 3 Buchstabe e).
 - f. 2.675 Euro je Monat Verzögerung (maximale Vertragsstrafe anteilig berechnet pro Monat) im Falle von § 5 Absatz 3 Buchstabe c
3. Ein begründetes Nichtverschulden der Vorhabenträgerin ist von dieser zu belegen.

§ 7

Abnahme des Vorhabens

Nach abschließender Fertigstellung zeigt die Vorhabenträgerin der Stadt die vertragsgemäße Herstellung des Vorhabens schriftlich an. Die Stadt setzt einen Abnahmetermin auf einen Tag innerhalb von vier Wochen nach Eingang der Anzeige fest. Das Vorhaben ist von der Stadt und der Vorhabenträgerin gemeinsam abzunehmen. Das Ergebnis ist zu protokollieren und von beiden Vertragsparteien zu unterzeichnen. Werden bei der Abnahme Mängel festgestellt, so sind diese von der Vorhabenträgerin unverzüglich zu beseitigen. Im Falle des Verzuges ist die Stadt berechtigt, die Mängel auf Kosten der Vorhabenträgerin beseitigen zu lassen. Die Regelungen zu den Teilabnahmen in dem Teil IV dieses Vertrages bleiben hiervon unberührt.

Teil III

Erschließung und Entwässerung

§ 8

Gegenstand und Umfang der äußeren Erschließung

- 1. Die äußere Erschließung des Vorhabens erfolgt für den motorisierten Verkehr von den Straßen „L808, Herzfelder Straße“ und „Am Lippbach“. aus. Von dort aus erfolgt die Zu- und Abfahrt vom und auf das Grundstück der Vorhabenträgerin.
- 2. Zur äußeren Erschließung des Vorhabens für den Fußverkehr ist eine Absenkung des Bordsteins am Gehweg der Straße „Am Lippbach“ gegenüber der Zu- und Abfahrt zum Vorhabengrundstück notwendig.
- 3. Verschmutzungen und Beschädigungen im öffentlichen Verkehrsbereich, die durch die Arbeiten im Vorhabengebiet entstanden sind, sind unverzüglich durch die Vorhabenträgerin auf eigene Kosten zu beseitigen.

§ 9

Gegenstand und Umfang der inneren Erschließung

- 1. Auf dem Vorhabengrundstück selbst erfolgt keine Festsetzung von Flächen im Sinne des § 9 Absatz 1 Ziffer 11 BauGB. Die für die innere Erschließung des Vertragsgebietes erforderlichen Anlagen bleiben private Erschließungsanlagen.
- 2. Die innere Erschließung erfolgt über die private Erschließungsanlage mitsamt der Zu- und Abfahrten und den Stellplatzanlagen auf der Grundlage des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
- 3. An der Straße „Am Lippbach“ muss die Zu- und Abfahrt zum Vorhabengrundstück auf dem Grundstück der Stadt hergestellt werden. Die Stadt gestattet der Vorhabenträgerin die

Errichtung und Nutzung der privaten Zu- und Abfahrt auf dem Grundstück Gemarkung Beckum, Flur 33, Flurstück 732. Die Fläche ergibt sich aus dem Vorhaben- und Erschließungsplan des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Herzfelder Straße“

4. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich zur Herstellung der Zu- und Abfahrten an den Straßen „L808, Herzfelder Straße“ und „Am Lippbach“ auf dem Grundstück der Vorhabenträgerin nach Maßgabe der von der Stadt zuvor genehmigten Ausführungsplanung. Die Grabenentwässerung an der Straße „Am Lippbach“ muss hierbei erhalten bleiben.
5. Für das Grundstück Flur 32, Flurstück 459 ist eine ausreichende mindestens 3m breite Zufahrt an die Privatstraße im Vertragsgebiet von der Vorhabenträgerin herzustellen. Weiterhin ist für den Eigentümer des Flurstücks 459 ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht im Grundbuch einzutragen. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, die Grundbucheintragung zur Eintragung der beschränkt persönlichen Dienstbarkeit innerhalb eines Monats nach Ratsbeschluss über Satzungsschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan beim zuständigen Grundbuchamt zu bestellen. Eine Kopie der notariell beglaubigten Grundbucheintragung ist der Stadt (Fachdienst Stadtplanung und Wirtschaftsförderung) innerhalb dieser Monatsfrist vorzulegen. Im Gegenzug verpflichtet sich die Stadt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan bekannt zu geben und die Rechtskraft herbeizuführen.
6. Die festgesetzten Geh-, Fahr- und Leitungsrechte zugunsten der Anlieger sind durch die Vorhabenträgerin dinglich im Grundbuch zu sichern. Umfang der zu sichernden Geh-, Fahr- und Leitungsrechte ergeben sich aus den Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Herzfelder Straße“. Für die festgesetzten Geh-, Fahr- und Leitungsrechte zugunsten der Ver- und Entsorgungsträger sowie zugunsten der Stadt für die Abfallentsorgung wird sie die Eintragungen von beschränkt persönlichen Dienstbarkeiten in das Grundbuch veranlassen.
7. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, der Stadt beziehungsweise den jeweils für die Abfallentsorgung verantwortlichen Entsorgungsunternehmen eine dauerhafte Erlaubnis für die Befahrung der privaten Erschließungsanlage sowie eine Haftungsfreistellung für mögliche Schäden an der Straßenfläche (einschließlich Unterbau), die durch die Befahrung mit den Müllfahrzeugen entstanden sind, zu erteilen und legt diese der Stadt vor. Ferner stellt die Vorhabenträgerin die Befahrbarkeit am Abfuhrtag sicher.

§ 10

Entwässerung des Vorhabens, Kanalanschlussbeiträge

1. Die Vorhabenträgerin reicht eine Entwässerungsplanung für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Wohnquartier Herzfelder Straße“ für die wasserrechtliche Genehmigung gemäß § 57 Absatz 1 und 2 Landeswassergesetz bei der Stadt in Papierform und Digital (PDF-Format, Word, Excel und DWG-Format) ein. Die Berechnung der Regenrückhaltung und der Überflutungsnachweis sind zu integrieren. Die Entwässerung des Grundstücks Flur 32, Flurstück 459 ist zu berücksichtigen.
2. Gegenstand und Umfang sind die Herstellung und der Betrieb der Schmutz- und Regenwasserkanalisation und des Regenwasserstaukanals, jeweils mit Schächten, Kanalhaltungen, Grundstücksanschlussleitungen, der Straßenentwässerung im Trennsystem in der privaten und städtischen Erschließungsanlage. Die Entwässerung in den Baugrundstücken wird von den jeweiligen Grundstückseigentümern selbst erstellt. Die Regenentwässerung erhält

einen Anschluss an den Regenwasserkanal Am Lippbach und die Schmutzwasserkanalisation einen Anschluss an die Mischwasserkanalisation der Herzfelder Straße.

3. Die im Erläuterungsbericht zum zur Starkregenbetrachtung im Umfeld des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Wohnquartier Herzfelder Straße“ vom Ingenieurbüro Gnegel GmbH (Anlage 3) aufgeführten Maßnahmen sind in einer aussagekräftigen Ausführungsplanung darzustellen und in einem Erläuterungsbericht zu beschreiben und der Stadt zur Zustimmung vorzulegen. Die Ausführungsplanungen der Straßen- und Entwässerungsplanung sind zu berücksichtigen.
4. Die Vorhabenträgerin hat zur Ableitung von Niederschlagswasser bei Starkregenereignissen ein Abflusshindernis zu errichten. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, auf dem Grundstück Flur 33, Flurstück 732 ein Abflusshindernis zu errichten, welches in einem Starkregenereignis das aus dem angrenzenden Graben austretende Wasser auf die Straße Am Lippbach lenkt. Die Kosten zur Herstellung des Abflusshindernisses, werden von der Vorhabenträgerin getragen.
5. In der Straße „Am Lippbach“ im Bereich der Zu- und Abfahrt zum Vertragsgebiet muss ein Regenwasserkanal aus dem Vorhabengebiet an den bestehenden Regenwasserkanal des Städtischen Abwasserbetriebes erstellt werden. Die Herstellung erfolgt nach der zugestimmten Entwässerungsplan für das Vertragsgebiet. Die Stadt gestattet die Herstellung des Regenwasserkanals in Straße „Am Lippbach“ in dem städtischen Grundstück Gemarkung Beckum, Flur 33, Flurstück 732.
6. Die geplante Privatstraße und die geplanten Gebäude im Vorhaben und Erschließungsplan „Wohnquartier Herzfelder Straße“ entwässern im Trennsystem. Für die Niederschlagswasserentwässerung wird die Vorhabenträgerin in der Privatstraße vor Einleitung in die öffentliche Regenwasserkanalisation in der Straße Am Lippbach einen Rückhaltekanal mit der Schutzfunktion für den Überflutungsschutz mit einem gedrosselten Abfluss und mit einem Notüberlauf erstellen und dauerhaft selbst betreiben. Das Schmutzwasser wird der Mischwasserkanalisation in der Herzfelder Straße/L 808 zugeführt.
7. Für die Entwässerung der privaten Grundstücke ist gemäß § 14 der gültigen Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt (Entwässerungssatzung) eine Entwässerungsanzeige beim städtischen Abwasserbetrieb mit dem Bauantrag vorzulegen. Für die Privatstraße ist ebenfalls eine Entwässerungsanzeige zu stellen. Die Bedingungen, Auflagen und Hinweise in der Zustimmung der Entwässerungsplanung sind vom jeweiligen Grundstückseigentümer umzusetzen.
8. Für die Herstellung der Schmutzwasserkanalleitung aus dem Vertragsgebiet an den Mischwasserkanal der Stadt in der Herzfelder Straße/ L808, sind Antragsunterlagen als Grundlage für eine Vereinbarung mit Straßen.NRW als zuständigen Straßenbaulastträger der Stadt zur Weiterleitung vorzulegen. Der Umfang der Antragsunterlagen ist mit Straßen.NRW abzustimmen.
9. Für das Grundstück der Vorhabenträgerin sind keine Kanalanschlussbeiträge mehr zu erheben.
10. Entsprechend § 10 Abs. 4 hat die Vorhabenträgerin zur Ableitung von Niederschlagswasser bei Starkregenereignissen ein Abflusshindernissen zu errichten und. Das Niederschlagswasser im Kreuzungsbereich des Entwässerungsgrabens in der Straße Am Lippbach mit der

Privatstraße muss schadensfrei abgeleitet werden. Es ist nachzuweisen, dass das Betonfalzrohr des Regenwasserkanal die Verkehrslast aufnehmen kann. Entsprechend ist ein statischer Nachweis zu übergeben. Mit dem Abflusshindernis sind die Geländemodellierungen im und außerhalb des Vorhabengebietes vorzunehmen.

§ 11

Planung und Bau der Erschließungsanlagen

1. Die Erschließungsanlagen nach §§ 8, 9 und 10 sind in Qualität und Ausstattung so auszuführen, wie dies den anerkannten Regeln der Technik und der werkgerechten Ausführung entspricht. Die vor Ausführung von der Vorhabenträgerin zur Genehmigung vorzulegende und durch ein leistungsfähiges Planungsbüro erstellte Ausführungsplanung muss eine Beschreibung der Ausführung, einen Lageplan sowie Längs- und Ausbauquerschnitte mit Bemäßung enthalten.
2. Der Stadt sind die Ausschreibungsunterlagen und die zugehörigen Ausführungspläne sowie die Leistungsverzeichnisse für die Erschließungsmaßnahmen auf öffentlichem Grund zur Zustimmung 4 Wochen vor dem Versand vorzulegen. Im Bereich der öffentlichen und städtischen Grundstücke sind die benannten Standards der Stadt zu verwenden und die Arbeiten sind von Tiefbaufachfirmen mit der Zulassung bei der Bauberufsgenossen auszuführen. Kanalbauarbeiten in der privaten Straße des Vertragsgebiets und den öffentlichen Grundstücken sind von Tiefbaufachfirmen mit der Zulassung für den Ausführungsbereich AK2 der RAL Gütegemeinschaft Kanalbau auszuführen. Die Zulassung der Tiefbaufachfirma für AK2 ist dem städtischen Abwasserbetrieb vorzulegen.
3. Der Baubeginn ist der Stadt vorher schriftlich anzuzeigen. Die Stadt oder ein von ihr beauftragter Dritter ist berechtigt, die ordnungsgemäße Ausführung der Arbeiten zu überwachen und die unverzügliche Beseitigung festgestellter Mängel zu verlangen. In den städtischen und öffentlichen Grundstücken ist kein Recyclingmaterial einzubauen. Der Stadt ist ein Bauzeitenplan zu übergeben. Während der Bauarbeiten auf öffentlichem Grund sind wöchentlich Baubesprechungen mit der Stadt, der Vorhabenträgerin und den bauausführenden Firmen durchzuführen.
4. Die Vorhabenträgerin hat durch Abstimmung und Koordination mit den Versorgungs- und sonstigen Leitungsträgern sicher zu stellen, dass die Versorgungseinrichtungen für das Vertragsgebiet (z.B. Kabel oder Glasfaser für Telekommunikation, Antennenanschluss, Strom-, Gas-, Wasserleitung) rechtzeitig verlegt werden. Die Verlegung der Kabel und Leitungen der Versorgungs- und Leitungsträger muss unterirdisch erfolgen.
5. Die Vorhabenträgerin hat eventuell notwendige bau-, wasserrechtliche und sonstige Genehmigungen beziehungsweise Zustimmungen vor Baubeginn einzuholen beziehungsweise erforderliche Anzeigen zu tätigen und der Stadt vorzulegen. Die hierin gemachten Vorgaben sind von der Vorhabenträgerin einzuhalten.
6. Oberboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen im Vertragsgebiet ausgehoben wird, ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen. Bei einer Verbringung und Verwertung außerhalb des Vertragsgebietes hat die Vorhabenträgerin vorher die erforderlichen Erlaubnisse und Genehmigungen einzuholen und der Stadt vorzulegen.

7. Die Vorhabenträgerin hat im Einzelfall auf Verlangen der Stadt von den für den Bau der Anlage verwendeten Materialien nach den hierfür geltenden technischen Richtlinien Proben zu entnehmen und diese in einem von beiden Vertragsparteien anerkannten Baustofflaboratorium untersuchen zu lassen sowie die Untersuchungsbefunde der Stadt vorzulegen. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich weiter, Stoffe oder Bauteile, die diesem Vertrag nicht entsprechen, innerhalb einer von der Stadt bestimmenden Frist zu entfernen.
8. Die von der Vorhabenträgerin im Rahmen der Bauarbeiten verursachten Schäden, einschließlich der Straßenaufbrüche für den Kanalhausanschluss sowie Straßenaufbrüche für sonstige benötigte Anschlüsse von Versorgungsträgern und sonstigen Leitungsträgern, sind spätestens bis zur endgültigen Herstellung der Erschließungsanlage fachgerecht durch diese beseitigen zu lassen.

§ 12

Fertigstellung der Anlagen

1. Die für die innere und äußere Erschließung erforderlichen Maßnahmen müssen vor der Nutzung der Hochbauten als Baustraße fertiggestellt sein. Mit dem Abriss der Bestandsgebäude im Vorhabengebiet ist das Gelände so zu modellieren, dass der Niederschlag bei Überflutung und Starkregen schadensfrei abgeleitet wird.
2. Die Ausführungsplanung mit dem Erläuterungsbericht gemäß § 10 Absatz 3 sind spätestens 20 Wochen nach Unterzeichnung des Durchführungsvertrages der Stadt zur Zustimmung vorzulegen. Nach der Zustimmung durch die Stadt sind die erforderlichen Schutzmaßnahmen binnen 6 Monate betriebsbereit herzustellen.
3. Erfüllt die Vorhabenträgerin ihre Verpflichtungen nicht oder fehlerhaft, so ist die Stadt berechtigt, ihr schriftlich eine angemessene Frist zur Ausführung der Arbeiten zu setzen. Erfüllt die Vorhabenträgerin bis zum Ablauf dieser Frist die vertraglichen Verpflichtungen nicht, so ist die Stadt berechtigt, die Arbeiten auf Kosten der Vorhabenträgerin ausführen zu lassen.

§ 13

Gewährleistung und Abnahme

1. Die Vorhabenträgerin übernimmt die Gewähr, dass die Zu- und Abfahrten vom beziehungsweise zum Vorhabengrundstück von den Straßen „Am Lippbach“ und „L 808, Herzfelder Straße“ sowie die Entwässerungsanlagen nach den §§ 8 ff. die vertraglich vereinbarten Eigenschaften haben, den anerkannten Regeln der Technik und einer werkgerechten Ausführung entsprechen und nicht mit Fehlern behaftet sind, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem nach diesem Vertrag vorgesehenen Zweck aufheben oder mindern. Die Frist für die Gewährleistung der Bordsteinabsenkung am Gehweg der Straße „Am Lippbach“ nach § 7 Absatz 2 dieses Vertrages und die Frist für Gewährleistung der Entwässerungsanlagen nach § 10 und § 11 werden auf 5 Jahre festgesetzt.
2. Die Vorhabenträgerin zeigt der Stadt die jeweilige vertragsgemäße Herstellung der Maßnahmen zur Entwässerung § 10 (die Teil der öffentlichen Entwässerung werden) und inneren Erschließung gemäß §§ 9 Absätze 3 und 4 schriftlich an. Die Stadt setzt einen Abnahmetermin auf einen Tag innerhalb von vier Wochen nach Eingang der Anzeige fest. Die Bauleistungen sind von der Stadt und der Vorhabenträgerin und von dem Kreis Warendorf, soweit als Genehmigungsbehörde tätig, gemeinsam abzunehmen. Das Ergebnis ist zu

protokollieren und von beiden Vertragsparteien zu unterzeichnen. Werden bei der Abnahme Mängel festgestellt, so sind diese von der Vorhabenträgerin unverzüglich zu beseitigen. Im Falle des Verzuges ist die Stadt berechtigt, die Mängel auf Kosten der Vorhabenträgerin beseitigen zu lassen. Dies setzt voraus, dass die Vorhabenträgerin –nach schriftlicher Aufforderung und angemessener Fristsetzung durch die Stadt – der Ausführung der Arbeiten nicht nachgekommen ist. Bei Gefahr im Verzug ist die Fristsetzung entbehrlich. Der Vorhabenträgerin ist bekannt, dass sich ein Mangel bis zur Behebung gegebenenfalls negativ auf die Sicherstellung der entwässerungstechnischen Erschließung und somit auf die Nutzung des Vorhabengrundstückes auswirken kann.

3. Mit Anzeige der vertragsgemäßen Herstellung der Maßnahmen zur Entwässerung reicht die Vorhabenträgerin folgende Unterlagen ein:
 - a.) ein Kanalvermessungsbestandslageplan im UMT- Koordinatensystem (X,Y,Z) mit dem amtlichen Liegenschaftskataster im Pfd. Format (M.1: 500) und im DWG- Format mit einer Layerstruktur zu übergeben. Die Grundstücksanschlussleitungen und die Sinkkästen mit den Anschlussleitungen sind darzustellen. Die Schachtnummern sind eindeutig zu nummerieren. Wenn die geplante Grundstücksaufteilung noch nicht erfolgt ist, ist zusätzlich ein Kanalbestandslageplan mit der geplanten Grundstücksteilung zu übergeben. Die nicht mehr benötigten und fachgerecht verschlossenen Grundstücksanschlussleitungen sind an der Grundstücksgrenze vermessungstechnisch zu erfassen und in den Kanalvermessungsbestandslageplan einzutragen.
 - b.) die erfolgreiche Dichtheitsprüfung gemäß der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser - SÜwVo Abw. aus NRW mit Wasser oder Luft der Kanalhaltungen, Schächte und Grundstücksanschlussleitungen zu übergeben.
 - c.) die Befilmung der Kanalisation im XLM- Format mit eindeutiger Schachtnummerierung gemäß dem Kanalvermessungsbestandslageplan im öffentlichen Bereich zu übergeben.
 - d.) 2 Rammsondierungen und einen statischen Lastplattendruckversuch im Kanalrohrgraben der L 808 im öffentlichen Bereich zu übergeben.
 - e.) Schlussrechnungen für Leistungen im öffentlichen Grundstücksbereich, getrennt nach Entwässerung (für Regen- und Schmutzwasserkanal, Schächte, Haltungen und Grundstücksanschlussleitungen), Straßenbauarbeiten und dem Abflusshindernis .
 - f.) vermessungstechnische Erfassung der erstellten Zufahrt mit dem Durchlass und dem Abflusshindernis im städtischen Grundstück „Am Lippbach“, im Umfang wie unter a).

§ 14

Haftung und Verkehrssicherung

1. Soweit die Vorhabenträgerin im Rahmen der Baumaßnahme öffentliche Verkehrsflächen in Anspruch nehmen muss, trägt sie vom Tage des Beginns der Bauarbeiten bis zur mängelfreien Abnahme der betroffenen öffentlichen Fläche für den gesamten Baustellenbereich die Verkehrssicherungspflicht. Die Vorhabenträgerin hat eine Inanspruchnahme drei Wochen vorher bei der Stadt schriftlich zu beantragen sowie vor Baubeginn einen gemeinsamen Termin zur bildtechnischen Dokumentation der öffentlichen Verkehrsflächen zu vereinbaren.

2. Die Vorhabenträgerin haftet für jeden Schaden, der durch die Verletzung der ihr obliegenden Verkehrssicherungspflicht entsteht und für solche Schäden, die infolge der Baumaßnahmen an bereits verlegten Leitungen oder sonst wie verursacht werden. Die Schäden sind unverzüglich der Stadt zu melden und durch die Vorhabenträgerin zu beseitigen. Die Vorhabenträgerin stellt die Stadt insoweit von allen etwaigen Schadensersatzansprüchen Dritter frei. Diese Regelung gilt unbeschadet der Eigentumsverhältnisse. Die Vorhabenträgerin erklärt, dass sie über eine in jeder Hinsicht ausreichende Haftpflichtversicherung verfügt.
3. Die Vorhabenträgerin ist berechtigt, im Innenverhältnis die Verkehrssicherungspflicht auf Dritte zu übertragen.

§ 15

Übernahme der Erschließungsanlage

Die Übernahme der

- Bordsteinabsenkung am Gehweg „Am Lippbach“,
- der Zu- und Abfahrt nach § 9 Abs. 3
- des Abflusshindernisses „Am Lippbach“,
- der Regenwasseranschlusskanalisation „Am Lippbach“ im städtischen Grundstück,
- und der Schmutzwasseranschlusskanalisation in der Herzfelder Straße im öffentlichen Grundstück erfolgt nach der mängelfreien Abnahme, gemäß § 13 Absatz 2 dieses Vertrages. Die Übernahme ist schriftlich zu beantragen. Das Datum der Übernahme wird schriftlich festgelegt. Vor dem Übernahmetermin hat die Vorhabenträgerin die Schlussrechnung, die Ausführungsplanung der Stadt und das Abnahmeprotokoll zur Verfügung zu stellen.

Teil IV

Schlussbestimmungen

§ 16

Kostentragung

Die Vorhabenträgerin trägt die Kosten für die Durchführung des Vertrages.

§ 17

Sicherheitsleistungen

1. Zur Sicherung aller sich aus dem Vertrag für die Vorhabenträgerin ergebenden Verpflichtungen leistet sie Sicherheit durch Übergabe einer unbefristeten selbstschuldnerischen Bürgschaft einer Bank, Sparkasse oder eines Kreditversicherungsunternehmens insgesamt in Höhe von 50.000,- € (in Worten: fünfzigtausend Euro).
2. Die Bürgschaft wird mit Vertragsabschluss vorgelegt.
3. Im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Vorhabenträgerin ist die Stadt auch berechtigt, noch offen stehende Forderungen Dritter gegen die Vorhabenträgerin für Leistungen aus diesem Vertrag aus der Bürgschaft zu befriedigen.
4. Nach Abnahme der gesamten Verpflichtungen aus diesem Vertrag wird die Vertragserfüllungsbürgschaft freigegeben. Bei Abnahme einzelner Teilleistungen kann die

Vertragserfüllungsbürgschaft in entsprechender Höhe freigegeben werden. Soweit zum Zeitpunkt der Abnahme oder Teilabnahme noch Gewährleistungsfristen laufen, wird der entsprechende Teil der Vertragserfüllungsbürgschaft in eine Gewährleistungsbürgschaft in Höhe von 5 % der Abrechnungssumme umgewandelt. Anstelle der Umwandlung der Bürgschaften ist die Vorhabenträgerin berechtigt, den Gewährleistungsanspruch dadurch zu sichern, dass sie ihre durch Bankbürgschaften abgesicherten Gewährleistungsansprüche gegen die von ihr mit der Ausführung der Arbeiten beauftragten Dritten an die Stadt abtritt, sofern der Dritte in gleicher Weise Gewähr zu leisten hat wie die Vorhabenträgerin. Die Gewährleistungsansprüche der Stadt bleiben hiervon unberührt. Nimmt die Vorhabenträgerin den Dritten auf Gewährleistung in Anspruch, ist die Stadt verpflichtet, ihr die Gewährleistungsansprüche zur Ausübung rückabzutreten.

§ 18

Rechtsnachfolge

Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, die in diesem Vertrag vereinbarten Pflichten und Bindungen ihrem Rechtsnachfolger mit Weitergabeverpflichtung weiterzugeben, wenn das Vertragsgebiet als Ganzes oder in Teilen übertragen wird. Die heutige Vorhabenträgerin haftet der Stadt als Gesamtschuldnerin für die Erfüllung des Vertrages neben einem etwaigen Rechtsnachfolger, soweit die Stadt sie nicht ausdrücklich aus dieser Haftung entlässt. Tritt der Fall der Rechtsnachfolge ein, so entscheidet die Stadt nach Ablauf der Gewährleistungsfristen nach pflichtgemäßem Ermessen, ob die heutige Vorhabenträgerin aus der Haftung entlassen werden kann.

§ 19

Haftungsausschluss

1. Aus diesem Vertrag entstehen der Stadt keine Verpflichtungen zur Aufstellung der Satzung für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Eine Haftung der Stadt für etwaige Aufwendungen der Vorhabenträgerin, die diese im Hinblick auf die Aufstellung der Satzung tätigt oder getätigt hat, ist ausgeschlossen.
2. Für den Fall der Aufhebung der Satzung können Ansprüche gegen die Stadt nicht geltend gemacht werden. Dieses gilt auch für den Fall, dass sich die Nichtigkeit der Satzung im Verlauf eines gerichtlichen Streitverfahrens herausstellt.
3. Die Vorhabenträgerin stellt die Stadt von sämtlichen Ansprüchen Dritter (z.B. wegen etwaiger Beeinträchtigungen des Eigentums) frei, die ihr gegenüber im Zusammenhang mit der Planung oder Verwirklichung des Bauvorhabens der Vorhabenträgerin geltend gemacht werden.

§ 20

Schlussbestimmungen

1. Vertragsänderungen und -ergänzungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Nebenabreden bestehen nicht. Der Vertrag ist zweifach ausgefertigt. Die Stadt und die Vorhabenträgerin erhalten je eine Ausfertigung.
2. Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen berührt die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht. Die Vertragsparteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck des Vertrages rechtlich und wirtschaftlich entsprechen.

§ 21

Wirksamwerden

Der Vertrag wird wirksam mit Inkrafttreten (Bekanntgabe) des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Wohnquartier Herzfelder Straße“.

§ 22

Anlagen

Folgende Anlagen sind Bestandteil dieses Vertrages:

- Anlage 1 Liegenschaftskarte (Vertragsgebiet)
- Anlage 2 (Berechnung Vertragsstrafe)
- Anlage 3 (Gutachten Starkregenbetrachtung)

Stadt Beckum

Beckum, den _____

Im Auftrag

(Michael Gerdhenrich)
Bürgermeister

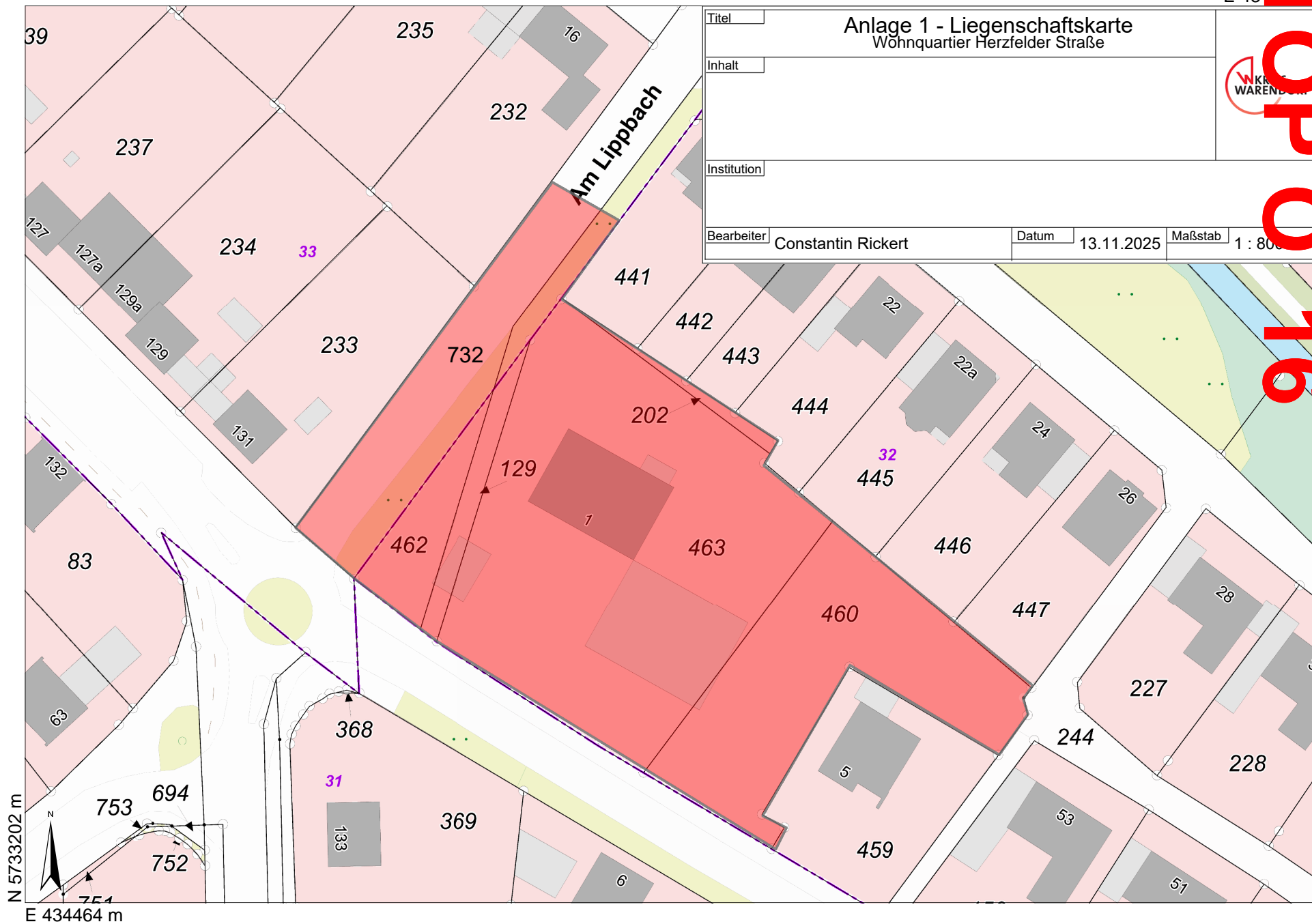
(Uwe Denkert)
Fachbereich Stadtentwicklung

Vorhabenträgerin

Beckum, den _____

Hermann Schlüter
Schlüter-Bau GmbH Co. KG

TOP
O:
16



Anlage 2

Berechnung der Vertragsstrafen des Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Herzfelder Straße“

Auf Basis des § 26 Absatz 1 des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen vom 08.12.2009 mit Stand vom 01.04.2025 wird die maximale Vertragsstrafe aus § 6 Absatz 1 des Durchführungsvertrages auf 768.000 Euro festgelegt.

Dies ergibt sich aus folgender Berechnung:

535 Quadratmeter	(Gesamter Wohnraum, auf dem öffentlich geförderter Mietwohnraum entsteht)	
X		
5 Euro	(Gemäß § 26 Absatz 1 WFNG NRW pro Monat)	
=		
2.675 Euro	(Zwischenergebnis 1)	
X		
12 (Monate)	(pro Jahr)	
=		
32.100 Euro	(Zwischenergebnis 2)	
X		
20 (Jahre)	(Gesamtlaufzeit des öffentlich geförderten Mietwohnraums)	
=		
642.000 Euro	(Maximale Vertragsstrafe)	
Rechtsgrundlage	Beschreibung	Höhe und Berechnung
§ 6 Abs. 1	Gesamte, maximale Höhe der Vertragsstrafe	642.000 Euro
§, 5 Abs. 3 a) iVm § 6 Abs. 2 a)	spätestens 6 Monate nach Inkrafttreten des vorhabenbezogenen Bebauungsplans (Bekanntmachung) alle für das Vorhaben notwendigen genehmigungsfähigen Bauanträge unter Beifügung aller für die Genehmigung erforderlichen Unterlagen zu stellen	Je Monat Verzögerung 2.675 Euro Bis 642.000 Euro
§ 5 Abs. 3 b) iVm § 6 Abs. 2 b)	innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten des vorhabenbezogenen	Je Monat Verzögerung 2.675 Euro bis 642.000 Euro

	Bebauungsplans den Förderantrag für den öffentlich geförderten Mietwohnraum nach § 5 Absatz 2 dieses Vertrages bei dem Kreis Warendorf zu stellen	
§ 5 Abs. 3 c) iVm § 6 Abs. 2 c)	nicht vor Erhalt der Förderzusage des Kreises Warendorf für die Förderung der öffentlich geförderten Mietwohnungen nach Absatz 1 mit dem Bau des Mehrfamilienhauses, in dem der öffentlich geförderte Wohnraum entstehen soll, zu beginnen; hat der Kreis Warendorf dem förderunschädlichen Vorhabenbeginn vor Erteilung der Förderzusage nach Ziffer 1.5 schriftlich zugestimmt, hat der Vorhabenträger ergänzend bei der Stadt die Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn schriftlich einzuholen.	Gesamtstrafe 642.000 Euro
§ 5 Abs. 3 d) iVm § 6 Abs. 2 d))	spätestens 3 Monate nach Bekanntgabe der Förderzusage und Bestandskraft der Baugenehmigung mit dem Bau zu beginnen	Je Monat Verzögerung 2.675 Euro maximal 642.000 Euro
§ 5 Abs. 3 e) iVm § 6 Abs. 2 e)	die Fördermittel der NRW Bank nach Baufortschritt abzurufen sowie den öffentlich geförderten Mietwohnraum innerhalb eines Zeitraums von 36 Monaten nach Erteilung der Baugenehmigungen/en bezugsfertig herzustellen	Je Monat Verzögerung 2.675 Euro maximal 642.000 Euro
§ 5 Abs. 3 f) iVm § 6 Abs. 2 f)	das Vorhaben innerhalb eines Zeitraums von 42 Monaten nach Inkrafttreten des Bebauungsplans (Bekanntmachung) abzuschließen	Je Monat Verzögerung 2.675 Euro bis zu 642.000 Euro

TOP Ö 16

PLANUNG UND ABWICKLUNG VON VERKEHRSANLAGEN UND INGENIEURBAUWERKEN



Osttor 43

48324 Sendenhorst

Tel.: 0 25 26 / 10 26

Fax: 0 25 26 / 10 25 5

E-Mail: info@gnegel.net

www.gnegel.net

Schlüter-Bau GmbH

Martinsweg 76

59269 Beckum

**ERLÄUTERUNGSBERICHT ZUR
STARKREGENBETRACHTUNG
IM UMFELD DES VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPANS
WOHNQUARTIER HERZFELDER STRAÙE**

Juli 2025

Inhaltsverzeichnis:

1.	Anlass.....	3
2.	Gebietsbeschreibung.....	3
2.1	Topografie	3
2.2	Ortsentwässerung	3
3.	Datengrundlage	4
3.1	Höhen im Bestandsgebiet	4
3.2	Höhen im Plangebiet	4
3.3	Gebäude.....	4
3.4	Abflussbeiwerte	5
4.	Berechnungsmodell.....	5
4.1	Berechnungssoftware	5
5.	Rechenläufe	5
5.1	Simulierte Ereignisse.....	5
5.2	Bestandsrechenlauf.....	6
5.3	Rechenlauf Planungsmodell.....	6
6.	Rechenergebnisse.....	6
6.1	Bestand Szenario „außergewöhnlich – 100a“	6
6.2	Planung Szenario „außergewöhnlich – 100a“	8
7.	Fazit.....	11
8.	Pläne	11

1. Anlass

Für eine knapp 5.000 m² große Fläche, die heute gemischter Nutzung unterliegt, ist eine Umgestaltung in ein Wohnquartier vorgesehen. Im Zuge dieser Planung wurde bereits ein Überflutungsnachweis nach DIN 1986-100 erstellt. Diese Betrachtung erstreckt sich ausschließlich über die beplante Fläche. Für einzelne Anlieger der angrenzenden tiefer liegenden Bebauung gab es in der Vergangenheit bereits Probleme mit Starkregenereignissen. Daher soll zusätzlich untersucht werden, wie sich das Abflussgeschehen grundstücksübergreifend ändert. Die Untersuchung erfolgt anhand einer Oberflächensimulation des relevanten Gebietes.

2. Gebietsbeschreibung

Gegenstand der Betrachtung ist der Bereich des geplanten Wohnquartiers Herzfelder Straße in Beckum. Die knapp 0,5 ha große Fläche liegt im Südosten von Beckum zwischen Herzfelder Straße und der parallel zum Lippbach verlaufenden Ostlandstraße.

Die Fläche ist bereits bebaut und soll zu Wohnflächen mit 2 Mehrfamilienhäusern an der Herzfelder Straße und 2 untergliederten Baukörpern in zweiter Reihe umgestaltet werden. Das Gebäude im Osten liegt außerhalb des überplanten Bereichs und bleibt ebenso erhalten wie die Häuserzeile an der Ostlandstraße.

2.1 Topografie

Das Gelände fällt kontinuierlich zum Lippbach hin ab. Dabei liegen die Höhen an der Herzfelder Straße zwischen 128,5 mNHN und 129,5 mNHN, an der Ostlandstraße liegen die Höhen zwischen 125 mNHN und 127 mNHN.

Das Gelände nördlich der Ostlandstraße zum Lippbach hin fällt deutlich ab und bietet damit genügend Spielraum für hohe Wasserstände im Gewässer.

2.2 Ortsentwässerung

Entsprechend den üblichen worst-case-Vorgaben zu Starkregennachweisen wurden unterirdische Entwässerungsgegenstände (Kanäle) als überlastet angesehen und nicht berücksichtigt. Aus diesem Grund wurde die geplante innere Erschließung nicht in das Modell eingearbeitet.

Einzige Entwässerungselemente im Modell sind der Regenwasserkanal in der Straße „Am Lippbach“, da er maßgeblich auf das Abfluss- und Überstaugeschehen Einfluss hat sowie aus dem gleichen Grund der geplante Durchlass unter der Planstraße hindurch.

Inwieweit der Anschluss DN 150 vom Ablauf des Grabens zum Kanal DN 600 verändert werden muss, wenn der Regenwasserkanal an den Graben angeschlossen wird, ist Gegenstand der Hydraulik. Im Starkregenfall – insbesondere in einem 100-jährlichen Ereignis - ist grundsätzlich von einer Überlastung des Anschlusses auszugehen.

3. Datengrundlage

3.1 Höhen im Bestandsgebiet

Im Bestand wird die Topografie als Oberflächenmodell erstellt, das aus Überfliegsdaten im 1-m-Raster generiert wird. Die Daten sind geprüft und fehlerbereinigt in Nordrhein-Westfalen frei zugänglich. Abgesehen von einer gewissen Nachlaufzeit bei Oberflächeneingriffen (z.B. Neubaugebiete) zeigen die Daten nach bisherigen Erfahrungen eine gute Qualität.

3.2 Höhen im Plangebiet

Für die Nachweisrechnungen im Planungszustand liegen nur teilweise Höhen vor. Die Straße wurde bereits mit Höhen ausgearbeitet. Die Grundstückshöhen sollen gegenüber dem Straßenniveau um etwa 20 cm ansteigen. Damit konform geht die Festlegung der OKFF-Höhen der einzelnen Baukörper.

Weitere Höhenangaben zu den geplanten Grundstücken liegen noch nicht vor, sind aber auch von untergeordneter Bedeutung, solange die vereinbarten Randbedingungen im Höhenmodell abgebildet werden.

3.3 Gebäude

Die in der Liegenschaftskarte eingetragenen Bestandsgebäude, wie auch die geplanten Baukörper werden in der Simulation als 3-m hohe Geländeerhöhung berücksichtigt und stellen dadurch Fließhindernisse dar. Entsprechend wird mit den geplanten Gebäuden für die Planungssimulation verfahren.

3.4 Abflussbeiwerte

In hydraulischen Betrachtungen spielt der Abflussbeiwert eine zentrale Rolle, da unversiegelte Flächen bei einer Vielzahl von Regenereignissen kaum Abfluss erzeugen. Diese Wassermengen werden versickert oder verdunstet. Anders ist die Sachlage im Starkregenfall. In dem kurzen betrachteten Zeitraum (eine Stunde Regendauer und eine weitere zur Verfolgung des Abflussgeschehens) erfolgt quasi keine Versickerung oder Verdunstung. Dies wird in der Simulation mit einem Abflussbeiwert von 100% (vollversiegelt) abgebildet. Anfängliche Benetzungs- und Muldenverluste wurden berücksichtigt, spielen jedoch eine stark untergeordnete Rolle.

Auch in den umgebenden Bestandsflächen wird dieser Ansatz verfolgt, um eventuelle Oberflächenzuflüsse zum Betrachtungsgebiet vollständig mit darzustellen.

4. Berechnungsmodell

4.1 Berechnungssoftware

Die gekoppelte 2D-Simulation erfolgte unter Einsatz des Simulationsprogramms für urbane Sturzfluten Fog Pro der itwh-GmbH Hannover in der Programmversion 1.6. Das Programmpaket ermöglicht eine gekoppelte Simulation von Oberflächenabfluss mit der hydrodynamischen Abflusssimulation des Kanalnetztes. Als Austauschpunkte zwischen den beiden Ebenen dienen Schächte und Einläufe.

5. Rechenläufe

5.1 Simulierte Ereignisse

Es wurde ein Regenereignis von einer Stunde Regendauer herangezogen. Die Regenreihe wurde aus den Kostra-Daten 2020 für Beckum generiert.

Dabei wurde ein 100-jährlicher („außergewöhnlicher“) Regen verwendet. Das übersteigt deutlich das Szenario 30-jährlich („selten“), bei dem die kommunale Haftung endet und man von höherer Gewalt spricht.

5.2 Bestandsrechenlauf

Als Referenz wurde ein Rechenlauf am Bestand durchgeführt, der unter den gleichen Rahmenbedingungen abläuft wie die Betrachtung des Planungszustandes. Einziger Unterschied ist, dass das Höhendatennetz vollständig aus Überfliegsdaten im 1-m-Raster generiert wurde.

5.3 Rechenlauf Planungsmodell

Im Planungsrechenlauf wurden die in der überplanten Fläche die Überfliegsdaten ausgeschnitten. Die Planstraße wurde mit den vorgesehenen Höhen eingearbeitet. Für die geplanten Gebäude existieren bereits Festlegungen zur OKFF. Diese wurden an den Gebäudekanten eingearbeitet. Darüber hinaus wurde lediglich am Nordrand des Nordwestlichen Grundstücks eine leichte Mulde profiliert, die die Oberflächenabflüsse des Grundstücks zum Graben leitet. Die weiteren Grundstückshöhen werden eigenständig vom Programm interpoliert.

6. Rechenergebnisse

Die in den Karten dargestellten Wasserstände zeigen jeweils die maximale über den Simulationszeitraum beobachtete Wassertiefe über Modell-GOK. Sie liegt meist im Intervall unter 10 cm, oft sogar unter 2 cm (keine Einfärbung). Darüber hinaus gehende Wasserstände sind in der Regel mit Gräben und Gewässern verbunden.

6.1 Bestand Szenario „außergewöhnlich – 100a“

Erwartungsgemäß ist im Bestand eine deutliche Fleißbewegung zum Gewässer hin zu erkennen. Der Abfluss verteilt sich großflächig, zeigt aber den massivsten Verlauf von östlich der abzureißenden Gebäude in Richtung der Grundstücke Ostlandstraße 18 und 20 (Abb. 1). Diese Gebäude wirken als Abflusshindernis und das Wasser staut sich vor den Gebäuden, woraus die Wasserstände von bis zu 20 cm entstehen.

Der Graben entlang der Straße Am Lippbach wird im oberen Teil nur wenig beaufschlagt. Im unteren Teil an der Grenze zum Anlieger Ostlandstraße 18 hingegen ist der bereits überlastet.



Abb. 1: Oberflächenabfluss im Bestand

In einem dokumentierten Starkregenereignis der jüngeren Vergangenheit ist zu erkennen, dass der Graben im Bestand tendenziell in Richtung der Grundstücke entlastet und nicht zur Straße hin (Abb. 2). Unterhalb des Grabens (Abb.3) fließt das Wasser teilweise auf die als Notwasserweg fungierende Straße. Die Grenze zum Privatgrundstück bleibt stark belastet. Die tatsächliche Stärke dieses Ereignisses ist nicht bekannt.



Abb. 2: bordvoller Graben im unteren Abschnitt



Abb. 3: Abfluss unterhalb des Grabens

6.2 Planung1 Szenario „außergewöhnlich – 100a“

Die geplante Straße bewirkt eine Unterbrechung des diffusen Oberflächenabflusses auf direktem Weg (Pfeil in Abb. 1) zum Gewässer. Der Abfluss wird über die geplante Straße nach Westen in Richtung des bestehenden Grabens geleitet (Abb. 4). Die Lenkung wird durch die Riegelwirkungen der Baukörper unterstützt.

Der Obere Abschnitt des offenen Grabens erhält weiterhin nur wenig Zufluss. Das in der Simulation angesetzte Profil DN 400 kann die anfallenden Wassermengen problemlos zum unteren Grabenabschnitt weiterleiten.

Die Wasserstände an den Gebäuden 20 – 26 an der Ostlandstraße entstehen im Wesentlichen durch die eigenen Gärten, die Gefälle zu den Gebäuden aufweisen. Der gleiche Effekt ist auch bei den östlich anschließenden Gebäuden zu beobachten, er fällt hier sogar konzentrierter aus.



Abb. 4: Oberflächenabfluss in der Planung

Der Oberflächenzufluss in Richtung Haus Nr. 18 (teils auch zu Nr. 20) entsteht durch den Überstau am Nordende des offenen Grabens, der jetzt deutlich mehr Zufluss erhält.

Durch die Anordnung eines Abflusshindernisses am nördlichen Ende des Grabens kann das aus dem Graben austretende Wasser auf die Fahrbahn der Straße am Lippbach geleitet werden. Von dort erfolgt der Abfluss entlang der Straße bis zur Gewässeraue.

Das angesprochene Abflusshindernis kann wie in Abb. 5 skizziert als Mauer oder auch als Böschung erstellt werden und sollte eine Höhe von wenigstens 126,40 mNHN nicht unterschreiten. Auf dem angrenzenden Planungsgrundstück ist die Oberfläche so zu gestalten, dass der Oberflächenabfluss in den Graben erfolgt und nicht auf die nördlich angrenzenden Grundstücke erfolgt. Dies ist nach Aussage der Objektplanung unabhängig von der Starkregenbetrachtung bereits so vorgesehen.



Abb. 5: Wirkung einer Mauer als Abflusshindernis

Die Auswirkung dieser Maßnahme in der Simulation ist in Abbildung 6 dargestellt. Der Graben entlastet zur Straße ohne Nutzung des Grundstücks Nr. 18.



Abb. 6: Oberflächenabfluss in der modifizierten Planung

7. Fazit

Zur Abschätzung der Auswirkungen bei Starkregen durch die Umsetzung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Wohnquartier Herzfelder Straße wurde für den betroffenen Bereich eine Starkregensimulation mit einem 100-jährlichen Ereignis des Bestandes mit dem der Planung verglichen.

Es zeigt sich für die potentiell betroffenen Bestandsanlieger eine entlastende Wirkung. Mit der ergänzenden Maßnahme der Abflusslenkung für den Fall der Überlastung des offenen Grabens kann der Schutz des Grundstücks Ostlandstraße 18 weiter verbessert werden.

8. Pläne

Blatt 1	Wasserstände Bestand 100-jährlich	M 1:500
Blatt 2	Wasserstände Planung 100-jährlich	M 1:500
Blatt 3	Wasserstände Planung mit Maßnahme am Graben 100-jährlich	M 1:500

Aufgestellt, Sendenhorst, 10. Juli 2025

Bearbeiter:

Gnegel GmbH



.....



Bebauungsplan Nr. 3 "Herzfelder Straße", 2. Änderung – Abwägung der Belange und Satzungsbeschluss

Federführung: Fachbereich Stadtentwicklung

Beteiligungen: Fachbereich Umwelt und Bauen
Städtischer Abwasserbetrieb Beckum

Auskunft erteilt: Herr Denkert | 02521 29-6000 | denkert.u@beckum.de

Beratungsfolge:

Ausschuss für Stadtentwicklung

16.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

1. Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch vom 28.07.2025 bis 29.08.2025

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen und Bedenken von Seiten der Öffentlichkeit eingegangen sind.

2. Anregungen gemäß § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch

Die aus Anlage 1 zur Vorlage ersichtlichen Anregungen gemäß § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch werden zur Kenntnis genommen. Eine Änderung der Inhalte des Bebauungsplanes ist nicht erforderlich.

3. Satzungsbeschluss

Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 12 Baugesetzbuch, wird gemäß §§ 2 und 10 in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch als Satzung beschlossen. Die Begründung wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Sach- und Personalkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Das Gelände an der Ecke Herzfelder Straße/Am Lippbach ist im Bebauungsplan Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als Mischgebiet ausgewiesen. Die ehemalige überwiegend gewerbliche Nutzung wurde jedoch bereits vor geraumer Zeit aufgegeben.

Nunmehr möchte ein Investor die Flächen mit Wohngebäuden neu beleben, zum Teil im geförderten Bereich. Insgesamt sollen mehr als 20 Wohneinheiten entstehen. Die Planungen unterstützen das städtebauliche Ziel, im Siedlungsbereich mehr und vor allem verdichteten Wohnraum zu schaffen beziehungsweise auch unterschiedliche Wohnformen für unterschiedliche Nutzungsgruppen zu errichten.

Die Planungen wurden vom Investor in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 12.06.2024 vorgestellt und begrüßt (vergleiche Vorlage 2024/0158 und Niederschrift zur Sitzung). Der Entwurf des Bebauungsplans und seiner Begründung wurden in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 25.03.2025 vorgestellt und die wesentlichen Inhalte erläutert. In gleicher Sitzung wurde der Beschluss zur Aufstellung sowie zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange gefasst (vergleiche Vorlage 2025/0078 und Niederschrift zur Sitzung).

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit vom 28.07.2025 bis 29.08.2025 sind keine Anregungen und Bedenken eingegangen.

Im Rahmen der parallelen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sind die aus Anlage 1 zur Vorlage ersichtlichen Anregungen gegeben worden.

Die redaktionellen Hinweise wurden als Blaeueintrag übernommen. Dem Wunsch des Kreises, das Gutachten zur Altlastenbewertung zum Bestandteil des Bebauungsplans zu machen, wurde entsprochen. Die von der unteren Wasserbehörde vorgetragenen Fragen (Stellungnahme 9.3 gemäß Anlage 1 zur Vorlage) wurden mit der Behörde erörtert und das Kapitel in der Begründung entsprechend angepasst (Blaueintrag in der Begründung, Seite 29).

Die Festsetzungen im Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans bleiben zur Beschlussfassung unverändert. Die Maßnahmen (unter anderem Errichtung eines leitenden Abflusshindernisses) sind im begleitenden städtebaulichen Vertrag zu regeln und dort aufgenommen (vergleiche Vorlage 2025/0390).

Der Flächennutzungsplan wird im Zuge der Berichtigung angepasst.

Anlage(n):

- 1 Abwägungstabelle
- 2 (verkleinerte) Planzeichnung zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als vorhabenbezogener Bebauungsplan
- 3 Begründung



2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als vorhabenbezogener Bebauungsplan – Abwägung zur Beteiligung gemäß §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB

Stellungnahmen der Öffentlichkeit (28.07.2025 – 29.08.2025)

Keine Stellungnahmen eingegangen

Stellungnahmen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange (28.07.2025 – 29.08.2025)

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
1	Stadt Ahlen: Stadtentwicklung und Bauen (Rathaus) Schreiben vom 28.07.2025	1.1	Hiermit möchten wir Ihnen mitteilen, dass wir zum o.g. Bauleitplanverfahren weder Anregungen noch Bedenken vorzubringen haben.	Keine Abwägung erforderlich.
2	Bezirksregierung Arnsberg: Abt. 6 -	2.1	Die vorbezeichnete Planmaßnahme befindet sich sowohl außerhalb verliehener Bergwerksfelder, als	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Da keine bergbaulichen Einwirkungen dokumentiert

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
	<p>Bergbau und Energie in NRW</p> <p>Schreiben vom 01.08.2025</p>		<p>auch außerhalb erloschener Bergwerksfelder. Ausweislich der derzeit hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich des Planvorhabens kein Abbau von Mineralien dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen.</p> <p>Bearbeitungshinweis:</p> <p>Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundla-</p>	<p>sind, sind für die Bauleitplanung einschließlich ihrer Umsetzung keine besonderen Vorkehrungen hinsichtlich des Baugrundes zu treffen. Der Sachverhalt wird in der Planbegründung dargelegt.</p>

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			<p>gen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechtigte öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems „Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW“ (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs „Behördenversion GDU“. Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als Web Map Service</p>	

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			(WMS) sowie als Web Feature Service (WFS) zu nutzen.	
3	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 15 Schreiben vom 01.08.2025	3.1	<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Gegen den vorgelegten Bebauungsplan "Wohnquartier Herzfelder Straße" in Beckum bestehen grundsätzlich keine Einwände.</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch wird in einem nachgelagerten Verfahren sichergestellt. Dies geschieht im eigenen Interesse des Bauherrn. In der Begründung zur Aufstellung des Bebauungsplanes wird ergänzt, dass für die Verlegung von Telekommunikationslinien eine Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch erfolgt.</p>

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus den beigefügten Lageplänen ersichtlich sind. Diese versorgen die vorhandene Bebauung. Die Belange der Telekom - z. B. das Eigentum der Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie ihre Vermögensinteressen sind betroffen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Telekommunikationslinien in ihrem Bestand und in ihrem weiteren Betrieb gefährdet sind. Die Aufwendungen der Telekom müssen bei der Verwirklichung des Bebauungsplanes so gering wie möglich gehalten werden. Deshalb bitten wir, unsere Belange wie folgt zu berücksichtigen:</p> <p>Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen Telekommunikationslinien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.</p>	

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Wir bitten deshalb, konkrete Maßnahmen so auf die vorhandenen Telekommunikationslinien abzustimmen, dass eine Veränderung oder Verlegung der Telekommunikationslinien vermieden werden kann.</p> <p>Im Baugebiet werden Verkehrsflächen teilweise nicht als öffentliche Verkehrswege gewidmet, sondern als Verkehrsflächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Anlieger und Erschließungsträger ausgewiesen. Diese Flächen müssen auch zur Erschließung der anliegenden Grundstücke mit Telekommunikationsinfrastruktur zur Verfügung stehen.</p> <p>Die Festsetzung der mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastenden Flächen nach § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB alleine begründet das Recht zur Verle-</p>	

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			<p>gung und Unterhaltung von Telekommunikationslinien jedoch noch nicht. Deshalb muss in einem zweiten Schritt die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch erfolgen.</p> <p>Ich beantrage daher dem/den Grundstückseigentümer/n aufzuerlegen, die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch zu Gunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bonn, mit folgendem Wortlaut zu veranlassen:</p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH, Bonn, ist berechtigt, Telekommunikationslinien/-anlagen aller Art nebst Zubehör zu errichten, zu betreiben, zu ändern, zu erweitern, auszuwechseln und zu unterhalten. Sie darf zur Vornahme dieser Handlungen das Grundstück nach vorheriger Terminabsprache, bei unaufschiebbaren Maßnahmen (z. B. Entstö-</p>	

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			<p>rungen) jederzeit betreten und bei Bedarf befahren.</p> <p>Über und in einem Schutzbereich von 50 cm beiderseits der Telekommunikationslinien/-anlagen dürfen ohne Zustimmung der Telekom Deutschland GmbH keine Einwirkungen auf den Grund und Boden, gleich welcher Art und zu welchem Zweck, vorgenommen werden, durch die die Telekommunikationslinien/-anlagen gefährdet oder beschädigt werden können. Das Recht kann einem Dritten überlassen werden.</p> <p>Vor diesem Hintergrund weise ich vorsorglich darauf hin, dass die Telekom die Telekommunikationslinien nur dann verlegen kann, wenn die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit zu Gunsten der Telekom Deutschland</p>	

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			<p>GmbH, Sitz Bonn, im Grundbuch erfolgt ist.</p> <p>Die Telekom macht darauf aufmerksam, dass aus wirtschaftlichen Gründen eine Versorgung des Neubaugebietes mit Telekommunikationsinfrastruktur in unterirdischer Bauweise nur bei Ausnutzung aller Vorteile einer koordinierten Erschließung sowie einer ausreichenden Planungssicherheit möglich ist. Das kann bedeuten, dass der Ausbau der Telekommunikationslinien im Plangebiet aus wirtschaftlichen Gründen in oberirdischer Bauweise erfolgt.</p> <p>Die Telekom orientiert sich beim Ausbau ihrer Festnetzinfrastruktur unter anderem an den technischen Entwicklungen und Erfordernissen. Insgesamt werden Investitionen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geplant. Der Ausbau der Telekom</p>	

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			<p>erfolgt nur dann, wenn dies aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll erscheint. Dies bedeutet aber auch, dass die Telekom da, wo bereits eine Infrastruktur eines alternativen Anbieters besteht oder geplant ist, nicht automatisch eine zusätzliche, eigene Infrastruktur errichtet.</p> <p>Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßen- und Kanalbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH unter der Absenderadresse dieser E-Mail so früh wie möglich, mindestens 3 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.</p> <p>Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass</p>	

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit freigehalten, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.</p> <p>Weitere Kabelauskünfte erhalten Sie unter der E-</p>	

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Mail-Adresse Planauskunft.West1@telekom.de oder im Internet unter https://trassenauskunftekabel.telekom.de.</p> <p>Für die zukünftige Erweiterung des Telekommunikationsnetzes sind in allen Verkehrswegen geeignete und ausreichende Trassen für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen.</p> <p>Zur Versorgung neu zu errichtender Gebäude mit Telekommunikationsinfrastruktur durch die Telekom ist die Verlegung neuer Telekommunikationslinien im und außerhalb des Plangebietes erforderlich.</p>	
4	Bezirksregierung Münster: Dezernat 54	4.1	Das Dezernat 54 Wasserwirtschaft der Bezirksregierung Münster hat die Unterlagen zu dem oben	Die Stellungnahme und der Hinweis auf die Interpretationshilfe Bundesraumordnungsplan Hochwas-

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
	<p>(Wasserwirtschaft, einschl. anlagenbezogener Umweltschutz)</p> <p>Schreiben vom 07.08.2025</p>		<p>genannten Vorhaben aus wasserwirtschaftlicher Sicht geprüft.</p> <p>Die Belange des Dezernates 54 werden durch das Vorhaben berührt, es werden jedoch keine Bedenken vorgebracht.</p> <p>Hinweis aus dem Bereich Hochwasserrisikomanagement:</p> <p>Hinweis Interpretationshilfe Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz:</p> <p>Am 01.09.2021 ist der länderübergreifende Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH) als Anlage der Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen übergreifenden Hochwasserschutz in Kraft getreten. Der Plan soll das Wasserrecht unterstützen und ergänzen. Er dient dazu</p>	<p>serschutz werden zur Kenntnis genommen. Die erforderliche inhaltliche Auseinandersetzung mit den Belangen des Hochwasserschutzes ist auf Grundlage einer fachgutachterlichen Untersuchung erfolgt (Gnegel GmbH, Sendenhorst, Juli 2025). Die umzusetzende Maßnahme (Errichtung eines Abflusshindernisses im Bereich der Straße Am Lippbach) befindet sich außerhalb des Geltungsbereiches des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und ist entsprechend nicht Regelungsinhalt des Bebauungsplanes. Die Maßnahme wird zum Gegenstand des Durchführungsvertrages gemacht und die Umsetzung der Maßnahme sowie die Vollzugsfähigkeit des Bebauungsplanes damit sichergestellt.</p>

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			<p>den Hochwasserschutz u. a. durch vorausschauende Planung zu verbessern. Die Ziele des BRPH sind bindend und daher im Rahmen der Bauleitplanung zu beachten und die Grundsätze zu berücksichtigen.</p> <p>Die Interpretationshilfe zum BRPH ist hier einsehbar:https://www.bezreg-muens-ter.de/system/files/media/document/file/32_interpretationshilfe_brph.pdf</p>	
5	Westnetz GmbH: Regionalzentrum Münster (vormals innogy Netze Deutschland GmbH)	5.1	Zu diesem Entwurf teilen wir Ihnen mit, dass innerhalb des im Plan gekennzeichneten Bereiches weder Gas- oder Stromversorgungsleitungen des Transportnetzes noch des Verteilnetzes der Westnetz GmbH verlaufen und die Legung von Versorgungsleitungen in absehbarer Zeit nicht vorgese-	Keine Abwägung erforderlich.

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
	Schreiben vom 07.08.2025		<p>hen ist.</p> <p>Gegen den Entwurf werden keine Bedenken und Anregungen geäußert.</p> <p>Diese Stellungnahme erfolgt für das 0,4-10kV-Verteilnetz und das Gas-Verteilnetz als Eigentümerin und für Steuer-/Fernmeldekabel im Namen und Auftrag der Westnetz Kommunikationsleitungen GmbH & Co. KG.</p>	
6	<p>LWL - Archäologie für Westfalen, Außenstelle Münster</p> <p>Schreiben vom 11.08.2025</p>	6.1	<p>Aus bodendenkmalpflegerischer Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die o. g. Planung. Wir bitten jedoch, folgende Hinweise zu berücksichtigen:</p> <p>1. Der LWL-Archäologie für Westfalen Außenstelle Münster (Tel. 0251/591-8911) oder der Stadt als Untere Denkmalbehörde sind Bodendenk-</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Bebauungsplan hat in seiner Entwurfsfassung bereits einen Hinweis „Archäologie/ Bodendenkmalpflege“ beinhaltet. Die Inhalte der §§ 16 und 17 DSchG NRW werden darin bereits berücksichtigt, lediglich der Wortlaut weicht leicht ab. Eine Änderung oder Anpassung des Hinweises ist daher nicht</p>

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			<p>mäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzel- funde aber auch Veränderungen und Verfär- bungen in der natürlichen Bodenbeschaffen- heit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit/Fossilien) unverzüglich zu melden. Ihre Lage im Gelände darf nicht verändert werden (§§ 16 und 17 DSchG NRW).</p> <p>2. Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten des betroffenen Grundstücks zu gestatten, um ggf. archäologi- sche Untersuchungen durchführen zu können (§ 26 (2) DSchG NRW). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen freizuhalten.</p>	erforderlich.

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
7	Bezirksregierung Münster: Dezernat 33 (Ländliche Entwicklung, Bodenordnung) Schreiben vom 13.08.2025	7.1	Gegen die Planung bestehen seitens der Bezirksregierung Münster, Dezernat 33, Flurbereinigungsbehörde, keine Bedenken hinsichtlich Flurbereinigung und Agrarstruktur.	Keine Abwägung erforderlich.
8	Wasserversorgung Beckum GmbH Schreiben vom 18.08.2025	8.1	Für die Erschließung planen wir eine Verbindung durch das Wohnquartier von der Straße: Am Lippbach zur Herzfelder Straße, Ecke Fußweg zur Ostlandstraße. Löschwasser kann aus den umliegenden Hydranten entnommen werden. An einem Tag mit mittleren Verbrauch können 72 cbm/h Trinkwasser zu Löschzwecken dem Netz	Der für das Vorhaben benötigte Löschwasserbedarf wurde mit dem Fachdienst Brandschutz und Rettungsdienst (Brandschutzdienststelle der Stadt Beckum) abgestimmt und auf 48 Kubikmeter pro Stunde für die Dauer von 2 Stunden festgelegt. Damit liegt eine ausreichende Löschwasserversorgung vor.

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			entnommen werden, bei der Beibehaltung eines Restdrucks von 1,5 bar im Rohrnetz, an den höchstgelegenen Entnahmepunkten. Dies sind die Bereiche um den Hoxberg und der Heddigermarktstraße.	
9	Kreis Warendorf, Der Landrat Schreiben vom 21.08.2025	9.1	<u>Amt für Planung und Naturschutz</u> Gegen das geplante Vorhaben bestehen aus landschaftsrechtlicher Sicht keine Bedenken unter Beachtung der folgenden Anregungen: – Der Einschätzung der Artenschutzprüfung, dass artenschutzrechtliche Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG unter Berücksichtigung der Bauzeitenregelung nicht betroffen sind, stimme ich weitgehend zu, zu ergänzen ist in den Hinweisen noch der Zeitpunkt für das Ende der	– Der Anregung wird gefolgt und der Hinweis wie nachstehend geändert: „Die Abbrucharbeiten zum Schutz von Fledermäusen sind nur außerhalb der Überwinterungszeiten ab dem 01.04. bis zum 30.10. zulässig.“ (Ergänzungen in blau)

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Bauzeitenregelung beim Abriss.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Hinsichtlich der unter C.11 genannten Mindestgröße für die Baumscheibe ist vermutlich qm statt Kubikmeter gemeint. Eine 12 qm große Baumscheibe wird aus hiesiger Sicht befürwortet. – Der Einschätzung, dass gemäß § 13a Absatz 2 Nummer 4 BauGB Eingriffe als bereits vor der planerischen Entscheidung zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes erfolgt oder zulässig gelten, wird zugestimmt. Entsprechend wird durch das Vorhaben kein Eingriff im Sinne der Eingriffsregelung vorbereitet. 	<ul style="list-style-type: none"> – Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und der Bebauungsplan klarstellend korrigiert. In der Festsetzung wird „12 Kubikmeter“ durch „12 Quadratmeter“ ersetzt. – Keine Abwägung erforderlich.
		9.2	<p><u>Untere Immissionsschutzbehörde</u></p> <p>Aus der Sicht des Immissionsschutzes werden zu der o. g. Bauleitplanung keine Bedenken oder An-</p>	Keine Abwägung erforderlich.

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			regungen erhoben.	
		9.3	<u>Amt für Umweltschutz und Straßenbau</u> <u>Untere Wasserbehörde, Sachgebiet Wasserwirtschaft und Gewässer:</u> <p>Nach Prüfung der Unterlagen kann keine abschließende Stellungnahme erteilt werden.</p> <p>In dem Kapitel Schmutz- und Niederschlagswasserentsorgung in der Begründung zum Bebauungsplan werden mehrere wasserwirtschaftliche Sachverhalte durcheinandergeworfen und sind somit fachlich und rechtlich falsch.</p> <p>Die Ermittlung des erforderlichen Rückhaltevolumens zur Gewährleistung der gewässerverträglichen Einleitung i. S. d. § 57 Wasserhaushaltsgesetz</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das Kapitel zur Schmutz- und Niederschlagswasserentsorgung wird zum Satzungsbeschluss überarbeitet.</p>

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			ist nicht nachvollziehbar und wird mit dem Überflutungsnachweis nach DIN 1986 in Verbindung gebracht. Das Kapitel ist zu überarbeiten.	
		9.4	<p><u>Untere Bodenschutzbehörde:</u></p> <p>Das Thema Altlasten wird im Kapitel 12.3 der Begründung sowie in der Plandarstellung als Hinweis unter E. Sonstige Darstellungen, Anmerkungen und Hinweise zum Planinhalt behandelt. In der Kartendarstellung ist die Fläche nicht entsprechend gekennzeichnet.</p> <p>Aus bodenschutzrechtlicher Sicht sind die v. g. Angaben nicht ausreichend. Deshalb werden folgende Ergänzungen angeregt:</p> <p>Für die Begründung:</p> <p>– Innerhalb des Geltungsbereiches liegen Flächen</p>	<p>Die Ausführungen der Unteren Bodenschutzbehörde werden zur Kenntnis genommen. Die Ausführungen in der Planbegründung werden gemäß den Ausführungen in der Stellungnahme angepasst. Eine zeichnerische Kennzeichnung im Bebauungsplan wird nicht vorgenommen, sondern stattdessen die Pflicht des Vorhabenträgers zum vollständigen Bodenaustausch in den Durchführungsvertrag aufgenommen. Damit ist eine Beseitigung der stofflichen Bodenbelastung als Voraussetzung für die Umsetzung des Vorhabens gewährleistet.</p> <p>Die mit dem Altstandort Nr. 19429 verbundenen</p>

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			<p>deren Böden erheblich mit umweltgefährdeten Stoffen belastet sind und im Altlastenkataster des Kreises Warendorf unter der Altstandort Nr. 19429 geführt werden. Nutzungsänderungen oder Baumaßnahmen mit Eingriffen in den Untergrund sind der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Warendorf anzuzeigen und mit ihr abzustimmen.</p> <p>In den als allgemeines Wohngebiet festgesetzten Flächen ist eine Bebauung erst ab dem Zeitpunkt des vollständigen Bodenaustausches und der fachgerechten Entsorgung der durch die Bodenverunreinigungen des Altstandortes Nr. 19429 betroffenen Böden zulässig.</p> <p>– Das Gutachten des Büros GUCH GmbH vom 09.04.2025 bitte ich zum Bestandteil der Be-</p>	<p>Bodenverunreinigungen sind der Stadt Beckum und dem Vorhabenträger bekannt. Die fachgutachterliche Untersuchung des Büros GUCH GmbH vom 09.04.2025 liegt vor, wird in der Planbegründung nochmals deutlicher in den Fokus genommen und das Gutachten schließlich auch zum Bestandteil der Planunterlagen gemacht, sodass die bodenschutzrechtliche Situation im Verfahren vollständig dokumentiert ist.</p> <p>Der Anregung einer zeichnerischen Kennzeichnung der belasteten Flächen im Bebauungsplan wird hingegen nicht gefolgt. Da es sich um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt, wird die Verpflichtung zum fachgerechten Bodenaustausch im Rahmen des Durchführungsvertrages nach § 12 BauGB verbindlich geregelt. Der Vorhabenträger verpflichtet sich vertraglich, die im Gutachten be-</p>

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			<p>gründung zu machen.</p> <p>Für die Plandarstellung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Fläche des Altstandortes bitte ich gem. § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB im Plan zu kennzeichnen. 	<p>nannten kontaminierten Böden im Zusammenhang mit dem Rückbau der bestehenden Anlagen vollständig auszutauschen und ordnungsgemäß zu entsorgen. Ohne die Erfüllung dieser Verpflichtung darf das Vorhaben nicht realisiert werden.</p> <p>Durch diese vertragliche Bindung wird ein gleichermaßen verbindlicher und vollziehbarer Regelungsrahmen geschaffen wie durch eine zeichnerische Festsetzung im Plan. Sollte der Vorhabenträger das Vorhaben nicht umsetzen, entfällt die Grundlage des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und dieser kann dann aufgehoben oder angepasst werden. Ein Risiko im Sinne eines Abwägungsausfalls oder eines unkontrollierten Gesundheitsrisikos besteht daher nicht.</p> <p>Die gewählte Vorgehensweise ist im Kontext eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes sachgerecht</p>

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
				<p>und zweckmäßig, da die bodenschutzrechtlichen Belange vollständig berücksichtigt, fachlich abgesichert und rechtlich verbindlich gesichert werden – ohne das Planverfahren durch eine formelle Planänderung zu gefährden.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird der textliche Hinweis auf dem Bebauungsplan wie folgt angepasst:</p> <p><u>Altlasten</u></p> <p>Innerhalb des Geltungsbereiches liegen Flächen deren Böden erheblich mit umweltgefährdeten Stoffen belastet sind und im Altlastenkataster des Kreises Warendorf unter der Altstandort Nr. 19429 geführt werden. Nutzungsänderungen oder Baumaßnahmen mit Eingriffen in den Untergrund sind der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Warendorf anzuzeigen und mit ihr</p>

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
				<p>abzustimmen.</p> <p>Das Vorhaben darf erst nach dem vollständigen Austausch und der ordnungsgemäßen Entsorgung der betroffenen Böden realisiert werden. Diese Verpflichtung ist im Durchführungsvertrag verbindlich festgelegt.</p>
10	Bau - und Liegenschaftsbetrieb NRW, NL Münster Schreiben vom 26.08.2025	10.1	Von unserer Seite werden keine Einwendungen erhoben.	Keine Abwägung erforderlich.
11	Landesbetrieb Straßenbau NRW: Regionalniederlassung	11.1	Mit der Aufstellung des o.a. Bebauungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, eine ehemals gewerblich genutz-	Keine Abwägung erforderlich.

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
	<p>Münsterland Hauptstelle Coesfeld</p> <p>Schreiben vom 28.08.2025</p>		<p>te Fläche innerhalb eines Mischgebietes in eine Fläche für Wohnnutzung umzuwandeln.</p> <p>Gleichzeitig wird dadurch das in einem Mischgebiet zwingend gebotene Mischungsverhältnis zwischen Wohnnutzung und gewerblicher Nutzung in Balance gehalten.</p> <p>Der Geltungsbereich grenzt im Süden, innerhalb der Ortsdurchfahrt, unmittelbar an die L 808 (Herzfelder Straße).</p> <p>Die geplante Erschließungsfläche, mit unmittelbarer Anbindung an die Herzfelder Straße, wird als eine mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Fläche festgesetzt und verbleibt nach Fertigstellung im Eigentum und in der Unterhaltungslast beim Vorhabenträger.</p>	

Nr.	Verfasserinnen und Verfasser; Datum	Nr.	Stellungnahme	Abwägung
			Seitens Straßen NRW werden gegen die Aufstellung des o.a. Bebauungsplanes keine grundsätzlichen Bedenken vorgetragen.	
		11.2	<p>Nachtrag:</p> <p>Ergänzend wird von hier vorsorglich darauf hingewiesen, dass eventuelle Ansprüche auf aktiven oder passiven Lärmschutz gegenüber dem Straßenbaulastträger der Landestraße 808 nicht geltend gemacht werden können, da die Änderung des Bebauungsplanes in Kenntnis der Straße durchgeführt wird.</p>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Bebauungsplan wird in Kenntnis der bestehenden Landestraße 808 aufgestellt. Etwaige Lärmeinwirkungen durch den bestehenden Straßenverkehr sind daher planungsimmanent und bereits bei der Aufstellung berücksichtigt worden. Es bestehen keine Ansprüche gegen den Straßenbaulastträger.

Beckum, im Oktober 2025

Fachdienst Stadtplanung und Wirtschaftsförderung

Zur Kenntnis

Keine Stellungnahme abgegeben:

- *Bezirksregierung Köln: Dezernat 72. - Abt. 7 (Geobasis NRW)*
- *Bezirksregierung Münster: Dezernat 32 (Regionalentwicklung)*
- *Bezirksregierung Münster: Dezernat 53 (Immissionsschutz)*
- *Energieversorgung Beckum GmbH & Co KG (EVB)*
- *Finanzamt Beckum*
- *Gemeinde Lippetal*
- *Geologischer Dienst Nordrhein-Westfalen Landesbetrieb*
- *LWL - Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen (Städtebau und Landschaftskultur)*
- *Stadt Ennigerloh: Bauleitplanung*
- *Stadt Oelde: FD Stadtentwicklung, Planung, Bauordnung - Sachgebiet Stadtentwicklung und Planung*
- *Wasser - und Bodenverband Ahlen-Beckum (TIWA Plan GmbH)*

STADT BECKUM

DER BÜRGERMEISTER



2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als vorhabenbezogener Bebauungsplan

Bestandteile des Bebauungsplanes sind:

- Zeichnerische Festsetzungen
- Vorhaben- und Erschließungsplan
- Fassadenansichten M 1:200
- Rechtsgrundlagen
- Textliche Festsetzungen mit Zeichenerklärungen und Anmerkungen
- Örtliche Bauvorschriften
- Sonstige Darstellungen, Anmerkungen und Hinweise zum Planinhalt

Beigefügt ist diesem Bebauungsplan:

- Begründung
- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag (Büro Stelzig, Soest, 10/2024)
- Starkregenbetrachtung (Büro Gnegel GmbH, Sendenhorst, 07/2025)
- Altlastenbewertung und orientierende Baugrunderkundung (Büro Guch, Hamm, 04/2025)

Die Darstellung der Grundstücksgrenzen stimmt mit dem Katasternachweis überein.

Stand: 12.07.2024

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung der Stadt Beckum hat am die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 2 Absatz 1 BauGB beschlossen. Der Beschluss ist am öffentlich bekannt gemacht worden.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung der Stadt Beckum hat am den Entwurf und die öffentliche Auslegung der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als vorhabenbezogener Bebauungsplan ist am ortsüblich mit dem Hinweis gemäß § 3 Absatz 2 Satz 2 BauGB bekannt gemacht worden.

Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als vorhabenbezogener Bebauungsplan und die Begründung haben für die Dauer eines Monats vom bis einschließlich zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.

Der Rat der Stadt Beckum hat am über die vorgebrachten Anregungen gemäß § 3 Absatz 2 BauGB entschieden und den 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als vorhabenbezogener Bebauungsplan als Satzung sowie die Begründung in sei- ner Sitzung am beschlossen.

Der Beschluss des Rates der Stadt Beckum über die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als vorhabenbezogener Bebauungsplan ist am gemäß § 10 Absatz 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden. Die Bekanntmachung enthält den Hinweis wo und wann die verbindliche Bauleitplanung eingesehen werden kann.

Mit der Bekanntmachung ist die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 10 Absatz 3 BauGB in Kraft getreten.



A.3 Fassadenansichten M 1:200



B. Rechtsgrundlagen

Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung;
Die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO), in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), in der zuletzt geänderten Fassung;
Das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), in der zuletzt geänderten Fassung;
Die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung – PlanZV) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), in der zuletzt geänderten Fassung;
§ 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 – BauO NRW 2018) in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.08.2018 und 01.01.2019 (GV. NRW. S. 421), in der zuletzt geänderten Fassung;
Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung;
Das Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz – LWG) in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften vom 08.07.2016 (GV. NRW. S. 559), in der zuletzt geänderten Fassung;
Das Landesbodenschutzgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbodenschutzgesetz – LbodSchG) vom 09.05.2000 (GV. NRW. S. 439), in der zuletzt geänderten Fassung;
Das Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG NRW) geändert in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), in der zuletzt geänderten Fassung;
Das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), in der zuletzt geänderten Fassung;
Das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) in der Fassung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), in der zuletzt geänderten Fassung.

Anmerkung
Die der Planung zugrunde liegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse und DIN-Vorschriften) können bei der Stadt Beckum, Fachdienst Stadtentwicklung, Weststraße 46, 59269 Beckum, eingesehen werden

Größe des Plangebietes: 0,52 Hektar

Gemarkung: Beckum

Flur: 32

Flurstücke: 129, 201, 202, 460 teilweise

Flur: 33

Flurstücke: 480 teilweise

C. Textliche Festsetzungen mit Zeichenerklärungen und Anmerkungen

C.1 Grenzen gemäß § 9 Absatz 7 BauGB

- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gemäß § 9 Absatz 7 BauGB
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, zum Beispiel von Baugebieten, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes

C.2 Art der baulichen Nutzung gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit §§ 1–15 BauNVO

WA Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 Absatz 2 BauNVO

Zulässig sind:

- Wohngebäude gemäß § 4 Absatz 2 Nummer 1 BauNVO,
 - die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe gemäß § 4 Absatz 2 Nummer 2 BauNVO,
 - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke gemäß § 4 Absatz 2 Nummer 3 BauNVO,
 - Zulässig sind gemäß § 1 Absatz 6 Nummer 2 BauNVO:
 - sonstige nicht störende Gewerbebetriebe gemäß § 4 Absatz 3 Nummer 2 BauNVO
- Unzulässig sind gemäß § 1 Absatz 6 Nummer 1 BauNVO:
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes gemäß § 4 Absatz 3 Nummer 1 BauNVO,
 - Anlagen für Verwaltungen gemäß § 4 Absatz 3 Nummer 3 BauNVO,
 - Gartenbaubetriebe gemäß § 4 Absatz 3 Nummer 4 BauNVO,
 - Tankstellen gemäß § 4 Absatz 3 Nummer 5 BauNVO
- Gemäß § 12 Absatz 3a in Verbindung mit § 9 Absatz 2 BauGB sind nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.

C.3 Maß der baulichen Nutzung gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit §§ 16–21 BauNVO

Grund- und Geschossflächenzahl, Zahl der Vollgeschosse

maximale Grundflächenzahl (GRZ)

Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

Höhe der baulichen Anlagen gemäß §§ 16 und 18 BauNVO

maximale Traufhöhe in Metern

Die Traufhöhe wird bis zum Traufpunkt gemessen. Der Traufpunkt wird gebildet durch die Schnittlinien der Außenflächen der Außenwand mit der Dachhaut.

Eine Überschreitung der festgesetzten maximalen Traufhöhen ist für Nebengebäude und Dachaufbauten nur in dem in der Vorhabenplanung (siehe A.2 und A.3) dargestellten Umfang zulässig.

maximale Firsthöhe in Metern

Die Firsthöhe wird am Schnittpunkt der Außenflächen der Dachhaut gemessen.

Unterer Bezugspunkt für die Höhe baulicher Anlagen

Unterer Bezugspunkt in Metern über Normalhöhennull innerhalb der festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen

C.4 Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 2 BauGB in Verbindung mit §§ 22 und 23 BauNVO

offene Bauweise

Baugrenze

überbaubare Grundstücksfläche

nicht überbaubare Grundstücksfläche

Zulässigkeit von Wärmepumpen
Wärmepumpen als Teil der Hauptanlage sind auch außerhalb der festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen allgemein zulässig.

C.5 Flächen für Stellplätze und Nebenanlagen gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 4 und 22 BauGB

Flächen für Nebenanlagen

Im allgemeinen Wohngebiet WA 1 sind Nebenanlagen nur innerhalb der festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen sowie innerhalb der festgesetzten Flächen für Nebenanlagen zulässig.

Im allgemeinen Wohngebiet WA 2 ist die Errichtung von Nebenanlagen nur außerhalb eines 3,00 Meter breiten Streifens entlang der festgesetzten Erschließungsfläche (mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen) und in einem Abstand von 1,00 Metern entlang der Straße Am Lippbach zulässig.

Flächen für Stellplätze

Im allgemeinen Wohngebiet WA 1 ist die Errichtung von Stellplätzen nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie innerhalb der festgesetzten Flächen für Stellplätze („St“) zulässig.

Im allgemeinen Wohngebiet WA 2 ist die Errichtung von Garagen, Carports und Stellplätzen nur außerhalb eines 3,00 Meter breiten Streifens entlang der festgesetzten Erschließungsfläche (mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen) und in einem Abstand von 1,00 Metern entlang der Straße Am Lippbach zulässig.

C.6 Verkehrsflächen gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 11 BauGB

Öffentliche Straßenverkehrsfläche

Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

C.7 Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 20 BauGB

Vorgaben zur Dacheindeckung

Dacheindeckungen aus unbeschichtetem Metall sind unzulässig.

Beschaffenheit von Stellplätzen

Oberirdische Stellplätze und deren Zufahrten sind in wasserdurchlässiger Ausführung (drainfähiges Pflaster, Pflaster mit mindestens 30 Prozent Fugenanteil, Rasengittersteine, Schotterrasen oder ähnliches) zu erstellen.

C.8 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 21 BauGB

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen zur verkehrlichen und technischen Grundstücksschließung zugunsten der Anlieger, der Ver- und Entsorgungsträger der Stadt Beckum sowie des Rettungsverkehrs.

C.9 Gebiet, in dem bestimmte luftverunreinigende Stoffe nicht oder nur beschränkt verwendet werden dürfen gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 23a BauGB

Die Verwendung von Kohle, Erdöl und Erdgas zur Wärme- und Warmwasserversorgung ist unzulässig.

C.10 Maßnahmen für die Erzeugung von Strom oder Wärme aus erneuerbaren Energien gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 23b BauGB

Bei Neuerrichtung oder wesentlichem Umbau von Gebäuden sind auf mindestens 30 % der Bruttodachflächen Anlagen für die Solarenergienutzung zu installieren.

Bruttodachfläche ist die gesamte Dachfläche, die ein Gebäude überdeckt einschließlich eines Dachüberstands ohne Dachrinne. Besteht die Dachfläche aus mehreren Teilen, ist die Bruttodachfläche die Gesamfläche aller Teildachflächen.

C.11 Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 25a BauGB

Dachbegrünung

Flachdächer mit einer Dachneigung von maximal 10° sind mindestens extensiv zu begrünen. Dabei ist eine Substratschicht von mindestens 10 Zentimetern mit einer Sedum-Kräuter-Mischung herzustellen. Die Dachbegrünung ist dauerhaft zu erhalten und fachgerecht zu pflegen. Dies gilt auch für überdachte Stellplätze (Carports), Garagen und Nebenanlagen.

Von der Begrünung ausgenommen sind Dachflächenbereiche für erforderliche Oberirdische und haustechnische Einrichtungen, untergeordnete Gebäudebauteile (wie beispielsweise Gauben oder Treppenhäuser) sowie ebenso Dachflächenbereiche, die für Anlagen zur Solarenergienutzung genutzt werden.

anzupflanzender Baum

Als Baumart ist ein standortgerechter mittelgroßer, gegenüber Trockenheit widerstandsfähiger Laubbaum in der Qualität Hochstamm mit Stammdurchmesser von mindestens 16–18 Zentimetern fachgerecht zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.

Die Pflanzbeete der Baumstandorte sind mit einer Pflanzgrube von mind. 12 Kubikmetern Quadratmetern bei einer Tiefe von mindestens 1,5 Metern anzulegen.

D. Örtliche Bauvorschriften gemäß § 89 BauO NRW in Verbindung mit § 9 Absatz 4 BauGB

Dachform

SD Satteldach

ZD Zeltdach

Für die Hauptbaukörper sind nur Satteldächer bzw. Zeltdächer zulässig. Für die einzelnen Bereiche gilt der Eintrag in der Planzeichnung, Verbindungselemente, Erschließungskerne, Treppenhäuser, untergeordnete An- und Erweiterungsbauten, Nebenanlagen und sonstige untergeordnete Bauteile sind auch abweichende Dachformen zulässig.

Firstrichtung

Dachneigung

30°–45° Dachneigung als Mindest- und Höchstmaß

Einfriedungen

Entlang der Herzfelder Straße, der Straße Am Lippbach sowie der festgesetzten GFL-Flächen dürfen Zäune eine maximale Höhe von 1,00 Metern nicht überschreiten. Einfriedungen mit einer Höhe von über 1,00 Metern sind ausschließlich als lebende Hecken und/oder Strauchpflanzungen zulässig.

Baugestaltung

Die dargestellten Ansichtspläne des Vorhabens (siehe A.3) sind Bestandteil der Festsetzungen des Bebauungsplanes. Die Gebäude sind auf Grundlage der Ansichtspläne zu gestalten.

E. Sonstige Darstellungen, Anmerkungen und Hinweise zum Planinhalt

vorhandene Bebauung

Flurstücksnummer

vorhandene Flurstücksgrenze

Gebäudeabriss

Archäologie/Bodendenkmalfolge

1. Erste Erdbewegungen sind 2 Wochen vor Beginn dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Archäologie für Westfalen – Außenstelle Münster, An den Speichen 7, 48157 Münster schriftlich mitzuteilen.

2. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Archäologie für Westfalen – Außenstelle Münster (Tel. 0251/591-8911) oder der unteren Denkmalbehörde sind Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Fossilien) unverzüglich zu melden. Ihre Lage im Gelände darf nicht verändert werden (§ 16 Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen (DSchG NRW)).

3. Dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Archäologie für Westfalen oder seinen Beauftragten ist das Betreten des betroffenen Grundstücks zu gestatten, um gegebenenfalls archäologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 26 DSchG NRW). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchung freizuhalten.

Altlasten

Innerhalb des Geltungsbereiches liegen Flächen deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind und im Altlastenkataster des Kreises Warendorf unter der Altstandort Nr. 19429 geführt werden. Nutzungsänderungen oder Baumaßnahmen mit Eingriffen in den Untergrund sind der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Warendorf anzuzeigen und mit ihr abzustimmen. Das Vorhaben darf erst nach dem vollständigen Austausch und der ordnungsgemäßen Entsorgung der betroffenen Böden realisiert werden. Diese Verpflichtung ist im Durchführungsvertrag verbindlich festzulegen.

Kampfmittel

Ist bei der Durchführung der Bauvorhaben der Erdaushub außergewöhnlich verfährt oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und es ist unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen.

Artenschutz

Die abbruchvorbereitenden Maßnahmen wie die Baufeldräumung durch das Entfernen der Vegetation sind zum Schutz von europäischen Vogelarten während der Hauptbrutzeit vom 15.03. bis 31.07. unzulässig.

Die gesetzlich zulässigen Zeiten für Gehölzfällungen zwischen dem 01.10. und 28./29.02. müssen eingehalten werden.

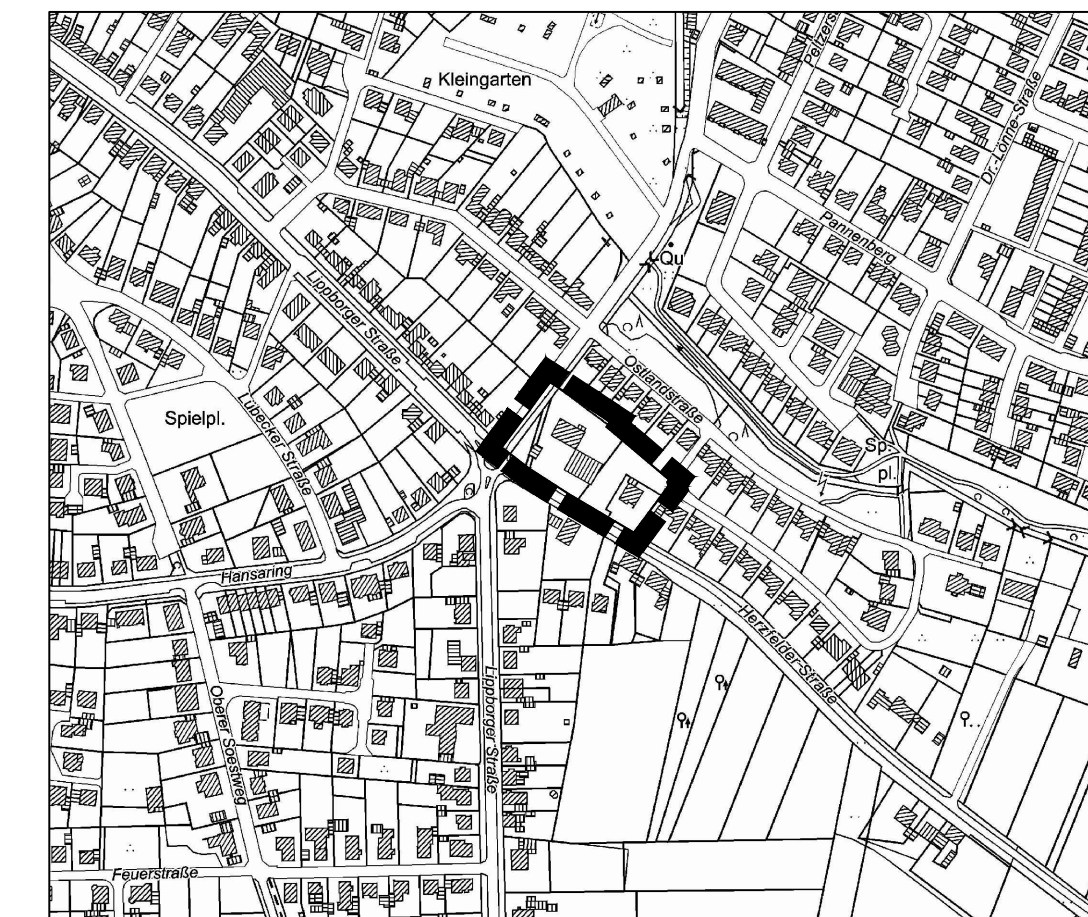
Die Abbrucharbeiten zum Schutz von Fledermäusen sind nur außerhalb der Überwinterungszeiten ab dem 01.04. bis zum 30.10. zulässig.

Starkregen/Überflutungsvorsorge

Zum Schutz vor Überflutung bei Starkregenereignissen oder unvorhersehbaren Betriebsstörungen ist das Plangebiet überflutungssicher auszugestalten. Starkregenereignisse und Zuflüsse aus angrenzenden Gebieten müssen schadfrei verbleiben können oder abgeleitet werden (Ableitung über Wege, Nutzung von natürlichen oder technischen Retentionsräumen). Es wird empfohlen: Die Oberkante des Rohfußbodens der Erdgeschosses mindestens auf Höhe des jeweils heranzuziehenden unteren Bezugspunktes anzulegen. Unterhalb dieser Höhenlage verbleibende Gebäudeteile (Sockelgeschosse, Kellergeschosse et cetera) sollten überflutungssicher ausgestaltet werden, das heißt Kellerfenster und Kellerschächte sowie Zugänge sollten durch geeignete Maßnahmen (zum Beispiel durch ausreichend hohe Aufkantung/Schwellen) gegen oberflächliches Eindringen von Niederschlagswasser geschützt werden.

Durch Ratsbeschluss vom sind die blau markierten Änderungen vorgenommen worden.

STADT BECKUM DER BÜRGERMEISTER



2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als vorhabenbezogener Bebauungsplan

Satzung gem. § 10 Absatz 1 BauGB
in Verbindung mit § 13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung)

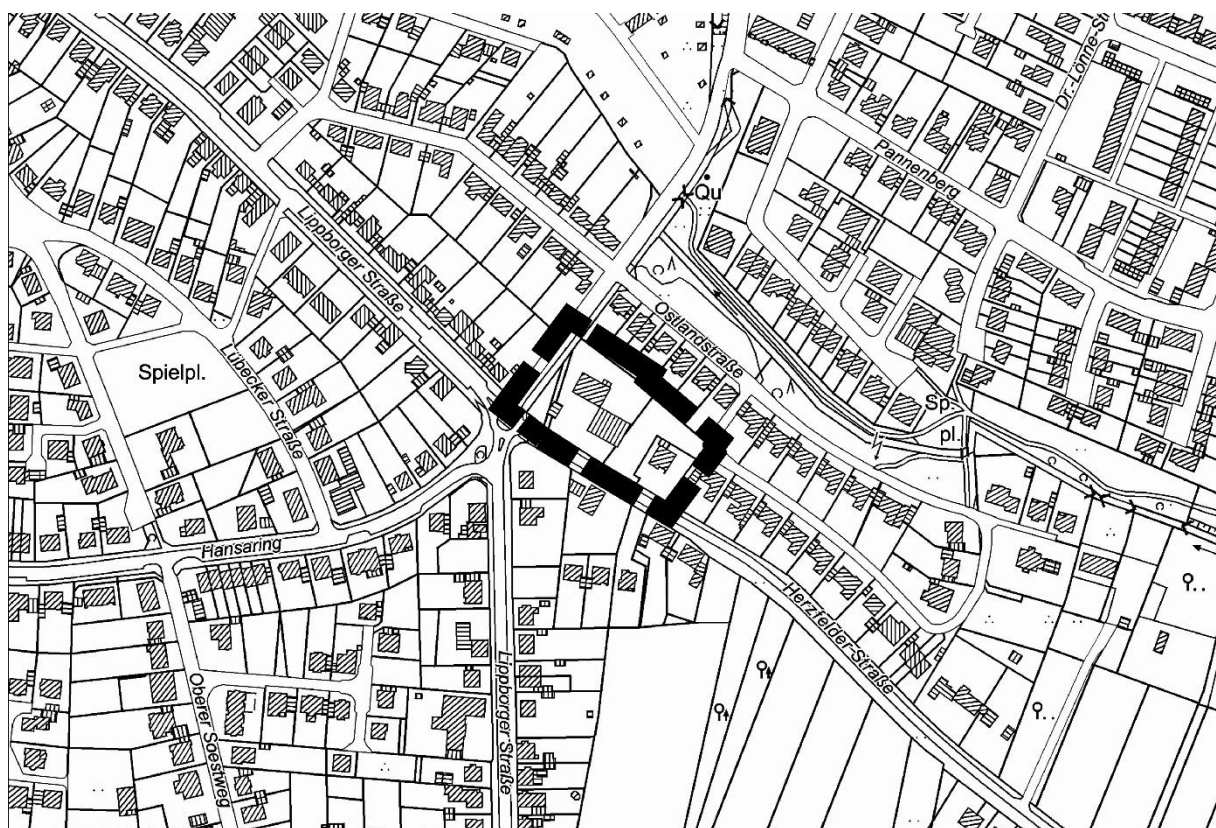
im Sinne des § 30 BauGB
Rechtsplan und
Wirtschaftsförderung
www.beckum.de

Entwurf und
Plananfertigung: Drees & Huesmann

Drees & Huesmann
Stadtplaner Partnerschaft
Vollständiger Plan
20 Jahre Erfahrung
in allen Bereichen
Tel. +49 30 25 70 86 0
info@drees-huesmann.de
www.drees-huesmann.de

2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als vorhabenbezoge- ner Bebauungsplan

Plangebiet: Zwischen Herzfelder Straße und Ostlandstraße, südöstlich
der Straße Am Lippbach



Begründung

Verfahrensstand: Satzung

Satzung gemäß § 10 Absatz 1 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung)

Verfasser

Drees & Huesmann Stadtplaner PartGmbB
Vennhofallee 97, 33689 Bielefeld
Telefon 05205-72980; Fax -729822
E-Mail: info@dhp-sennestadt.de

15.10.2025

Inhaltsverzeichnis

1	Räumlicher Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes	1
2	Anlass und Ziele der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes	2
3	Verfahren und Bestandteile des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes	4
4	Situationsbeschreibung	6
5	Planerische Randbedingungen	7
5.1	Ziele der Raumordnung	7
5.2	Flächennutzungsplan	8
5.3	Landschaftsplan	9
6	Belange des Städtebaus/Bauplanungsrechtliche Inhalte	9
6.1	Vorhaben- und Erschließungsplanung	9
6.2	Art der baulichen Nutzung	12
6.3	Maß der baulichen Nutzung	14
6.4	Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche	16
6.5	Erschließung	17
6.6	Flächen für Stellplätze und Nebenanlagen	18
6.7	Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft	19
6.8	Ausschluss luftverunreinigender Stoffe	20
6.9	Örtliche Bauvorschriften	20
6.10	Maßnahmen für die Erzeugung von Strom oder Wärme aus erneuerbaren Energien	22
7	Belange des Verkehrs	23
8	Belange des Immissionsschutzes	25
9	Belange des Denkmalschutzes	25
10	Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz und Starkregen	25
11	Belange der Ver- und Entsorgung	29
12	Belange der Umwelt	32
12.1	Natur- und Landschaftsschutz	37
12.2	Artenschutz	38
12.3	Bodenschutz / Altlasten / Kampfmittel	39
12.4	Klimaschutz	41
12.5	Bergbau	41
13	Erschließungskosten	41

Begründung zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als vorhabenbezogener Bebauungsplan

Plangebiet: Zwischen Herzfelder Straße und Ostlandstraße, südöstlich der Straße Am Lippbach

Verfahrensstand: **Satzung** - Satzung gemäß § 10 Absatz 1 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung)

1 Räumlicher Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes

Der 0,52 Hektar große räumliche Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes befindet sich im Südosten des Stadtteiles Beckum zwischen der Herzfelder Straße, der Straße Am Lippbach und der Ostlandstraße. Er umfasst vollumfänglich die Flurstücke 129, 201, 202, 459 und 460 in der Flur 32 (Gemarkung Beckum) und in der Flur 33 (Gemarkung Beckum) teilweise das Flurstück 480 (Am Lippbach).

Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wird im Plan selbst gemäß § 9 Absatz 7 Baugesetzbuch (BauGB) festgesetzt. Dieser weicht von dem Geltungsbereich des Vorhaben- und Erschließungsplanes ab, da der vorhabenbezogene Bebauungsplan sich über den Geltungsbereich des Vorhaben- und Erschließungsplanes auch auf das Flurstück 459 und Teile von Flurstück 460 erstreckt. Wenngleich sich das Vorhaben nicht auf dieses Flurstück erstreckt, ist ein Einbezug in den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes sinnvoll. Voraussetzungen für den Einbezug von über den Vorhaben- und Erschließungsplan hinausgehenden Flächen ist, dass der Einbezug für die geordnete städtebauliche Entwicklung erforderlich ist. Dies ist im vorliegenden Fall dadurch begründet, dass die Umsetzung der Vorhabenplanung neben einer Neuordnung der betroffenen Baugrundstücke auch zu einer Neuordnung der

Gebiets- und Grundstückerschließung führt und diese auch das bestehende Wohngebäude Herzfelder Straße Nummer 5 betrifft.

Die Stadt Beckum nutzt das Planverfahren nicht für eine umfassende und erheblich über den Vorhaben- und Erschließungsplan hinausgehende Bauleitplanung, sondern dafür, städtebauliche Einzelfragen im räumlichen Umfeld des Plangebietes gleichzeitig einer Lösung zuzuführen. Das eindeutige Schwergewicht der Festsetzungen liegt weiterhin bei den Maßnahmen im Vorhaben- und Erschließungsplan.

2 Anlass und Ziele der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes

Der Vorhabenträger hat die Aufstellung eines Bebauungsplanes beantragt, um die bauplanungsrechtliche Grundlage für eine wohnbauliche Entwicklung der im Geltungsbereich gelegenen Flächen zu schaffen. Die in dem bauplanungsrechtlich als Mischgebiet festgesetzten ausgeübte gewerbliche Nutzung wurde bereits vor geraumer Zeit aufgegeben. Geplant ist die Errichtung von Wohngebäuden verschiedener Typologie, teilweise im Bereich der sozialen Wohnraumförderung. Im Straßennahbereich zur Herzfelder Straße sollen Mehrfamilienhäuser im Geschosswohnungsbau und nördlich davon in zweiter Baureihe kleinteiligere Gebäudestrukturen im individuellen Wohnungsbau entstehen, die insgesamt 22 Wohnungen bereitstellen. Die Wohnungen sollen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraumes errichtet werden, in dem westlichen Mehrfamilienhaus anteilig mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung.

Das Plangebiet liegt innerhalb des Geltungsbereiches des seit 1964 rechtskräftigen Bebauungsplanes Nummer 3 „Herzfelder Straße“ innerhalb eines Mischgebietes. Wenngleich innerhalb eines Mischgebietes Wohngebäude eine allgemein zulässige Nutzung darstellen, steht diese Gebietsart der Umsetzung des Vorhabens aufgrund des in Mischgebieten zwingend gebotenen Mischungsverhältnisses zwischen Wohnnutzung und gewerblicher Nutzung entgegen. Damit die

Vorhabenplanung an der Stelle umsetzungsfähig ist, ist folglich eine Anpassung des bestehenden Baurechtes erforderlich. Hierzu wird der gegenständliche vorhabenbezogene Bebauungsplan „Wohnquartier Herzfelder Straße“ aufgestellt.

Mit der Bauleitplanung kann eine Nachnutzung des ehemals gewerblich genutzten Grundstückes ermöglicht und damit der Entstehung sowie Verfestigung eines städtebaulichen Missstandes entgegengewirkt werden. Die Planungen unterstützen das städtebauliche Ziel, im Siedlungsbereich mehr und vor allem verdichteten Wohnraum zu schaffen beziehungsweise auch unterschiedliche Wohnformen für unterschiedliche Nutzungsgruppen zu errichten. Das Plangebiet verfügt über ein Potenzial für die Innenentwicklung und Nachverdichtung des innerstädtischen Bereiches. Aufgrund der Lage im Innenbereich und vor dem Hintergrund des Gebotes zum sparsamen Umgang mit Grund und Boden (§ 1a Absatz 2 BauGB) sind Maßnahmen zur Nachverdichtung innerörtlicher Flächenreserven nach den Ausführungen des § 1 Absatz 5 BauGB grundlegend zu unterstützen. Durch das Vorhaben kann die Inanspruchnahme unbebauter Grundstücke im Außenbereich gemindert und bestehende technische Infrastrukturen sinnvoll mit genutzt werden.

Die Bauleitplanung steht im Einklang mit im Baugesetzbuch formulierten Aufgaben und Grundsätzen der Bauleitplanung: Die Planung ist gemäß § 1 Absatz 3 BauGB erforderlich, um eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu ermöglichen und entspricht den in § 1 Absatz 6 BauGB benannten und insbesondere in der Bauleitplanung zu berücksichtigenden Belangen, da sie der Schaffung von Wohnraum (Nummern 1 und 2) dient und dabei speziell aufgrund der geplanten Errichtung geförderten Wohnraumes den Wohnbedürfnissen der Bevölkerung dient.

Die Schaffung des notwendigen Bauplanungsrechtes für die Projekt- und Vorhabenplanung soll durch die Aufstellung eines Bebauungsplanes gemäß § 30

BauGB, hier im Sinne eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gemäß § 12 BauGB, erfolgen.

Das östlich im Geltungsbereich gelegene Wohngebäude (Herzfelder Straße 5, Flurstück 459) wird in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes aufgenommen, um aufgrund des unmittelbaren räumlichen Zusammenhanges eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu ermöglichen. Das dem Bebauungsplan zugrunde liegende Vorhaben erstreckt sich nicht auf dieses Wohngebäude.

3 Verfahren und Bestandteile des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes

Mit der Bauleitplanung soll ein konkretes privates Projektinteresse bauplanungsrechtlich ermöglicht werden. Die entsprechende Bauleitplanung wurde von privater Seite initiiert. Aus diesem Grund soll ein vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 12 BauGB aufgestellt werden. Der Unterschied zu einem Angebotsbebauungsplan besteht im Wesentlichen im konkreten Projektbezug und bietet der Stadt Beckum die Möglichkeit, die Bauleitplanung sehr konkret an dem geplanten Vorhaben zu orientieren und darüber hinaus eine zeitliche und inhaltliche Bindung des Vorhabenträgers im sogenannten Durchführungsvertrag gemäß § 12 Absatz 1 BauGB zu regeln. Die Vorteile eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes liegen in den genau auf das Vorhaben abgestimmten Festsetzungsmöglichkeiten und der damit verbundenen weitreichenden Möglichkeit der Qualitätssicherung bereits im Prozess der Bauleitplanung. Kommt der Vorhabenträger seinen im Durchführungsvertrag geregelten Verpflichtungen nicht nach, kann der Bebauungsplan ohne weitere Ansprüche gegen die Stadt wieder aufgehoben werden.

Die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als vorhabenbezogener Bebauungsplan soll als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Umweltprüfung nach

§ 2 Absatz 4 BauGB durchgeführt werden. Die Voraussetzungen für die Anwendung des § 13a BauGB sind gegeben:

- Die Planung dient der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum.
- Die Planung dient der Innenentwicklung/Wiedernutzbarmachung von Flächen.
- Die zulässige Grundfläche nach Baunutzungsverordnung (BauNVO) liegt unter 20.000 Quadratmeter (Geltungsbereich insgesamt = 0,52 Hektar = rund 5.000 Quadratmeter).
- Es wird keine Zulässigkeit von Vorhaben begründet, die der Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen.
- Es liegt keine Beeinträchtigung der in § 1 Absatz 6 Nummer 7 Buchstabe b BauGB genannten Schutzgüter vor (Natura 2000-Gebiete: FFH-Gebiete/ Europäische Vogelschutzgebiete).
- Bei der Planung sind keine Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 Bundesimmissionsschutzgesetz zu beachten.

Es sind darüber hinaus keine weiteren Bebauungspläne im Umfeld des Plangebietes für eine Aufstellung vorgesehen beziehungsweise es ist keine Änderung der bislang in den angrenzenden Bebauungsplänen festgesetzten Grundflächenzahl in einem engen sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der hier in Rede stehenden Planung vorgesehen. Somit sind keine weiteren Grundflächen für die Bestimmung der Voraussetzung zur Anwendung des § 13a BauGB im vorliegenden Fall relevant.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan besteht aus

- dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan (Nutzungsplan mit textlichen Festsetzungen, sonstigen Darstellungen und Hinweisen zum Planinhalt),
- dem Vorhaben- und Erschließungsplan und
- dem Durchführungsvertrag.

Die Begründung ist gemäß § 9 Absatz 8 BauGB beigefügt. Darüber hinaus sind dem Bebauungsplan beigefügt:

- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag der Stufe II (Büro Stelzig, Soest, Oktober 2024)
- Starkregenbetrachtung (Büro Gnegel GmbH, Sendenhorst, Juli 2025)
- [Altlastenbewertung und orientierende Baugrunderkundung \(Büro Guch, Hamm, April 2025\)](#)

Im Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan muss das gesamte ‚Regelungspaket‘ (Vorhaben- und Erschließungsplan als Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit seinen verbindlichen Festsetzungen einerseits und ergänzenden Regelungen im Durchführungsvertrag andererseits) vorliegen und zum Gegenstand der Abwägung des Rates der Stadt Beckum gemacht werden.

4 Situationsbeschreibung

Das Plangebiet liegt im Südosten des Stadtteiles Beckum in einem wohnbaulich dominierten städtebaulichen Umfeld, dessen baulich-strukturelle Situation durch Wohngebäude in kleinteiliger Struktur, überwiegend in Form freistehender Einfamilienhäuser, geprägt ist.

Das Plangebiet war früher ein gewerblich genutzter Standort, der Ende der 1980er Jahre aufgrund struktureller Veränderungen in der Branche geschlossen wurde. In den folgenden Jahren wurden Nach- und Zwischennutzungen ausgeübt, eine nachhaltige Nachnutzung stellte sich jedoch bis heute nicht ein. Das zweigeschossige und mit Walmdach ausgeprägte Hauptgebäude weist markante Werkstore auf, die von der ehemaligen gewerblich-industriellen Nutzung zeugen. Es weist eine Traufhöhe von rund 7,50 Metern und eine Firsthöhe von rund 13 Metern auf. Die zugehörige Halle ist eingeschossig, mit Satteldach ausgebil-

det und weist eine Traufhöhe von rund 4,50 Metern sowie eine Firsthöhe von rund 6,50 Metern auf. Durch die Positionierung der beiden Baukörper und der im äußersten Westen des ehemaligen Betriebsgeländes angeordneten Garagen ergibt sich eine Hof-/Platzsituation, die eine vollständige Versiegelung aufweist.

Bei dem östlich im Geltungsbereich gelegenen Gebäude mit der Hausnummer 5 (Flurstück 459) handelt es sich um ein zweigeschossiges Wohngebäude, dass aufgrund des unmittelbaren räumlichen Zusammenhanges zugunsten einer geordneten städtebaulichen Entwicklung mit in den Geltungsbereich aufgenommen wird. Mit Traufhöhen von rund 6,50 Metern sowie einer Firsthöhe von rund 10 Metern bildet das Satteldachgebäude ein Ensemble mit den übrigen Baukörpern im Geltungsbereich. Diese Wahrnehmung wird durch die einheitliche Fassadengestaltung mit dunkelroten bis braunen Ziegeln verstärkt.

Der Geltungsbereich weist in der Bestandssituation zwei Grundstückszufahrten von der Herzfelder Straße auf, die in nordwestliche Richtung eine Zufahrtsstraße zum Zentrum der Stadt Beckum darstellt.

Bauplanungsrechtlich ist der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Bestandteil des seit 1964 rechtskräftigen Bebauungsplanes Nummer 3 „Herzfelder Straße“. Dieser setzt den Geltungsbereich als Mischgebiet fest, in dem zweigeschossige Gebäude mit einer Grundflächenzahl von 0,4 und einer Geschossflächenzahl von 0,7 zulässig sind.

5 Planerische Randbedingungen

5.1 Ziele der Raumordnung

Die Bauleitpläne sind gemäß § 1 Absatz 4 BauGB den Zielen der Raumordnung anzupassen. Der Regionalplan Münsterland stellt den Geltungsbereich als allgemeinen Siedlungsbereich dar (sowohl in der rechtskräftigen Fassung vom 27.06.2014 als auch im Entwurf des neuen Regionalplanes nach Aufstellungsbeschluss des Regionalrates vom 12.12.2022). Die Planung entspricht somit den im

Regionalplan Münsterland dargestellten Zielen der Raumordnung und erfüllt die Anforderungen des Anpassungsgebotes nach § 1 Absatz 4 BauGB.

5.2 Flächennutzungsplan

Bebauungspläne sind gemäß § 8 Absatz 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Der wirksame Flächennutzungsplan der Stadt Beckum (Stand Januar 2019) stellt das Plangebiet und die umgebenden Flächen gemäß der bisherigen Nutzung und der aktuellen Festsetzung als Mischgebiet im rechtskräftigen Bebauungsplan Nummer 3 „Herzfelder Straße“ als gemischte Baufläche dar.

Das in § 8 Absatz 2 BauGB formulierte Entwicklungsgebot erfordert daher eine Anpassung der Darstellungen des Flächennutzungsplanes für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes. Aufgrund der Planungsziele (wohnbauliche Entwicklung) ist die Darstellung von Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan geplant.

Ein Bebauungsplan der Innenentwicklung, der von den Darstellungen des Flächennutzungsplanes abweicht, kann nach § 13a Absatz 2 Nummer 2 BauGB aufgestellt werden, bevor der Flächennutzungsplan geändert oder ergänzt worden ist. Die geordnete städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebietes darf dadurch jedoch nicht beeinträchtigt werden. Diese Voraussetzung wird bei der vorliegenden Planung erfüllt. Mit der Planung kann eine drohende Siedlungsbrache in integrierter Lage reaktiviert werden, zudem gliedert sich die geplante wohnbauliche Entwicklung in das nahezu ausschließlich wohnbaulich geprägte Umfeld ein. Somit berührt die Anpassung des Flächennutzungsplanes dessen Grundzüge in dem betroffenen Bereich nicht.

Der Flächennutzungsplan wird entsprechend gemäß § 13a Absatz 2 Nummer 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst (Darstellung von Wohnbauflächen auf bislang als gemischte Bauflächen dargestellten Flächen).

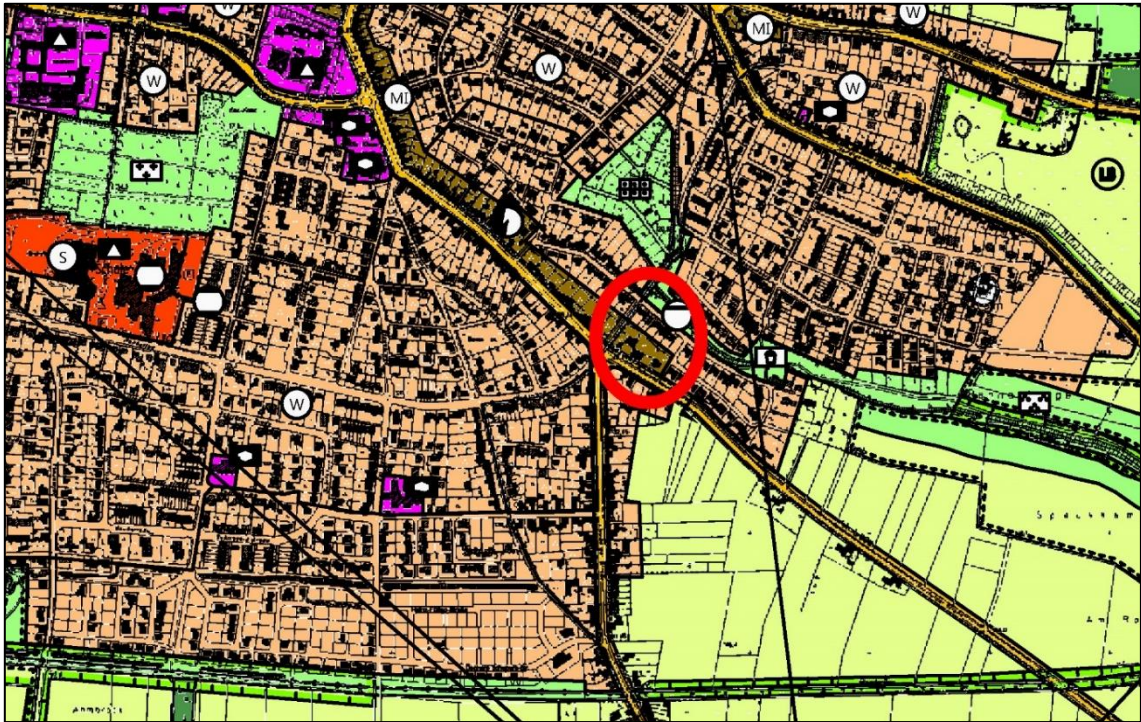


Abbildung 1: Flächennutzungsplan (01/2019) - Ausschnitt ohne Maßstab

5.3 Landschaftsplan

Der Geltungsbereich liegt außerhalb des für das Beckumer Stadtgebiet gültigen Landschaftsplanes „Beckum“ des Kreises Warendorf. Planungskonsequenzen ergeben sich somit nicht.

6 Belange des Städtebaus/Bauplanungsrechtliche Inhalte

6.1 Vorhaben- und Erschließungsplanung

Die Bestandsgebäude Herzfelder Straße 1 mit den dazugehörigen Nebenanlagen werden abgerissen und dadurch eine innerhalb des wohnbaulichen Siedlungszusammenhanges gelegene Potenzialfläche frei. Die Vorhabenplanung sieht die wohnbauliche Nachnutzung und Nachverdichtung des Plangebietes vor. Durch die Errichtung von Wohngebäuden in verschiedenen Typologien soll Wohnraum in verschiedenen Nachfragesegmenten entstehen. An der Herzfelder Straße orientiert sind zwei Mehrfamilienhäuser mit jeweils acht Wohnungen geplant. Der Zuschnitt und die Ausrichtung des Plangebietes zur Herzfelder Straße bieten sich für die Anordnung dieser Gebäudetypologie besonders an, da die Außenwohnbereiche der Wohnungen eine attraktive Südwest-Ausrichtung aufweisen. In

zweiter Baureihe ist eine kleinteiligere Bebauungsstruktur vorgesehen, die in Form freistehender Einzelhäuser das Angebot an Gebäude- und Wohnraumtypologie breit aufstellt. Diese Bebauungsstruktur im Plangebiet bietet sich zudem besonders an, um in Richtung der benachbarten Baugrundstücke im Norden einen städtebaulich harmonischen Übergang und damit eine verträgliche Einbindung des Vorhabens in die stadträumliche Struktur zu schaffen. Die beiden Mehrfamilienhäuser an der Herzfelder Straße schaffen eine städtebauliche Raumkante, die im weiteren Verlauf der Herzfelder Straße sowie Lippborger Straße in Form einer straßenbegleitenden Bebauung vorhanden ist und im Bestand im Plangebiet durch die zurückspringende Bestandsbebauung unterbrochen wird.

Hinsichtlich der Vertikalität der geplanten Bebauung zielt die Vorhabenplanung auf eine maßvolle und dadurch standortverträgliche Ausprägung ab. Sowohl die Mehrfamilienhäuser als auch die kleinteiligen Einzelhäuser weisen bauordnungsrechtlich eine Zweigeschossigkeit und Gebäudehöhen von rund 11 Metern auf. Durch Dachausbauten wird bei den Mehrfamilienhäusern an der Herzfelder Straße nutzbare Wohnfläche im zweiten Obergeschoss erreicht. Der Abbildung 2 sind Ansichten der geplanten Mehrfamilienhäuser zu entnehmen, die Bestandteil der Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes werden.

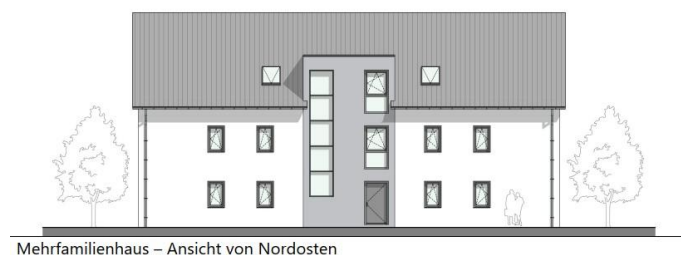




Abbildung 2: Ansichten Mehrfamilienhaus (Architekt Schüttler, Beckum)

Die Erschließung soll künftig über eine Privatstraße erfolgen, die sich als Erschließungsspanne durch das Plangebiet erstreckt. Die äußeren Anknüpfungspunkte befinden sich im Südosten an der Herzfelder Straße sowie im Westen an der Straße Am Lippbach.

Die Anordnung von Stellplätzen für die Mehrfamilienhäuser ist überwiegend in direkter Anordnung an der Planstraße vorgesehen: Zwölf Stellplätze sind in Senkrechtaufstellung an der Nordseite der beiden Wohngebäude zwischen den Gebäuden und der Erschließungsfläche geplant, zwei weitere in Parallelaufstellung an der Ostseite des östlichen Mehrfamilienhauses. Um für die geplanten 16 Wohnungen den Schlüssel von einem Stellplatz je Wohnung zu erfüllen, werden zwei weitere Stellplätze innerhalb der Verkehrsfläche angeordnet. An den jeweils von Norden geplanten Zuwegungen zu den Mehrfamilienhäusern sind zudem Nebenanlagen zur Unterbringung von Abfallbehältern und Fahrrädern geplant. Die Vorhabenplanung befördert dadurch die Nutzung von Fahrrädern durch die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner, da die unmittelbar ebenerdigen und am Gebäudezugang vorgesehenen Fahrradabstellmöglichkeiten ein niederschwelliges Angebot darstellen.

Für die freistehenden Einzelhäuser sieht die Vorhabenplanung dieser Gebäude- und Wohnungstypologie entsprechende individuelle Garagen auf den Baugrundstücken vor.



Abbildung 3: Vorhaben- und Erschließungsplan des Vorhabenträgers (Architekt Schüttler, Beckum)

Vor dem Hintergrund der vorstehend dargestellten Vorhabenplanung sollen die nachstehenden zeichnerischen und textlichen Festsetzungen getroffen werden:

6.2 Art der baulichen Nutzung

Die Vorhabenplanung sieht ausschließlich wohngenutzte Gebäude vor. Dies entspricht damit der in dem Umfeld des Geltungsbereiches rechtskräftig vorhandenen Festsetzung eines reinen Wohngebietes gemäß § 3 BauNVO. Auf die Festsetzung eines reinen Wohngebietes für den Geltungsbereich soll im vorliegenden Fall dennoch verzichtet werden. Dies liegt darin begründet, dass der Gesetzgeber im Rahmen einer derzeit in der Aufstellung befindlichen Novelle des

Baugesetzbuches und der Baunutzungsverordnung (Bearbeitungsstand: 29. Juli 2024) auf eine ersatzlose Streichung dieses Baugebietstyps abzielt, da reine Wohngebiete einer zeitgemäßen Stadtentwicklungspolitik nach den Ausführungen zur geplanten Gesetzesnovelle nicht mehr gerecht werden.

Wenngleich die Novelle des Baugesetzbuches und der Baunutzungsverordnung sich derzeit erst im Stadium des Referentenentwurfes befindet und damit noch nicht rechtskräftig ist, wird sie im Rahmen der Aufstellung des gegenständlichen Bebauungsplanverfahrens bereits beachtet, da die Umsetzung des Vorhabens durch die Festsetzung eines allgemeinen Wohngebietes nach § 4 BauNVO ebenfalls uneingeschränkt gegeben ist.

Als Baugebietstyp wird daher in dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan ein allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO festgesetzt. Aufgrund der Einbindung des Geltungsbereiches in ein als reines Wohngebiet festgesetztes und auch entsprechend faktisch entwickeltes Umfeld sowie der dieser Standortprägung entsprechenden Vorhabenplanung wird die Zulässigkeit von Nutzungsarten in dem allgemeinen Wohngebiet relativ eng ausgelegt. Die nach BauNVO in allgemeinen Wohngebieten ausnahmsweise zulässigen Nutzungen gemäß § 4 Absatz 3 Nummer 1 und 2 - 5 BauNVO

- Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- Anlagen für Verwaltungen,
- Gartenbaubetriebe und
- Tankstellen

sollen dabei gemäß § 1 Absatz 6 BauNVO ausgeschlossen werden. Aufgrund von heutzutage häufigen nicht störenden kleinen Gewerbebetrieben von zuhause aus, sollen

- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe

gemäß § 1 Absatz 6 Nummer 2 BauNVO in dem Bebauungsplan zulässig sein.

Um eine Verdrängung des Wohnraumes durch Beherbergungsbetriebe zu vermeiden, sollen diese auch nicht im Sinne des § 4 Absatz 3 BauNVO ausnahmsweise zulässig sein. Dieser Ausschluss ist vor allem auch deswegen vertretbar, da es sich bei Beherbergungsbetrieben nicht um eine Nutzungsart handelt, die der Versorgung des Gebietes dient, von der also die Bewohnerschaft des Wohngebietes einschließlich des städtebaulichen Umfeldes selbst profitiert.

Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen passen aufgrund ihrer typischen baulichen Struktur, des im Vergleich zu der geplanten kleinteiligen und aufgelockerten Wohnbebauung höheren Flächenbedarfes sowie des ausgelösten zusätzlichen Verkehrsaufkommens (und daraus möglicherweise resultierenden Immissionsschutzkonflikten) nicht in das Gebiet und sein Umfeld, sind folglich nicht Planungsziel und sollen als ebenfalls unzulässig festgesetzt werden.

Gemäß § 12 Absatz 3a in Verbindung mit § 9 Absatz 2 BauGB sind nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.

6.3 Maß der baulichen Nutzung

Mit den Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung wird die bauliche Dichte und die Ausdehnung baulicher Anlagen geregelt.

Grundflächenzahl GRZ

Der flächenmäßige Anteil der Baugrundstücke, der mit baulichen Anlagen überdeckt werden darf, wird gemäß § 16 BauNVO mit einer Grundflächenzahl von 0,4 festgesetzt. Dies entspricht der Vorhabenplanung ebenso wie den Vorgaben der Baunutzungsverordnung für allgemeine Wohngebiete und den bislang rechtskräftigen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nummer 3 „Herzfelder Straße“ für das Plangebiet und das städtebauliche Umfeld. Für die Errichtung von Garagen,

Stellplätzen mit ihren Zufahrten sowie Nebenanlagen ist § 19 Absatz 4 BauNVO eine Überschreitung der Grundflächenzahl bis auf maximal 0,6 zulässig sein.

Gemäß § 19 Absatz 4 Satz 3 BauNVO soll eine Überschreitung bis zu einer maximalen Grundflächenzahl von 0,6 zulässig sein.

Gebäudehöhen und Zahl der Vollgeschosse

Die vertikale Ausdehnung baulicher Anlagen wird über die Festsetzung von Trauf- und Firsthöhen sowie der maximalen Zahl der Vollgeschosse gesteuert. Die projektierten Wohngebäude weisen eine bauordnungsrechtliche Zweigeschossigkeit, Traufhöhen von rund 6,50 Metern und Firsthöhen von rund 10,50 Metern bei den Einzelhäusern sowie rund 11,00 Metern bei den Mehrfamilienhäusern auf.

Die Festsetzungen orientieren sich dabei eng an der Vorhabenplanung und differenzieren aufgrund der geplanten Höhen wie folgt zwischen den Mehrfamilienhäusern (WA1) und den kleinteiligen Einzelhäusern (WA2):

	Traufhöhe	Firsthöhe	Vollgeschosse
WA1 (Mehrfamilienhäuser)	6,80 Meter	11,50 Meter	Maximal II
WA2 (Einzelhäuser)	6,50 Meter	11,00 Meter	Maximal II

Für die projektierten zweigeschossigen Gebäude wird die zulässige Zahl der Vollgeschosse entsprechend auf II begrenzt.

Die für die Höhe baulicher Anlagen maßgeblichen unteren Bezugspunkte gemäß § 18 Absatz 1 BauNVO werden für die einzelnen Baufenster festgelegt. Sie orientieren sich in den einzelnen überbaubaren Grundstücksflächen an den dortigen Geländehöhen und bilden damit die vorhandene Topografie des von Südosten

(Hochpunkt) nach Nordwesten (Tiefpunkt) fallenden Geländes auf, damit das Vorhaben in seiner baulichen Ausprägung und Höhenentwicklung den örtlichen Gegebenheiten entspricht.

6.4 Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche

Die in der Vorhabenplanung projektierten Gebäude sind in offener Bauweise geplant, also mit seitlichem Grenzabstand und einer maximalen Gebäudelänge von weniger als 50 Metern. Entsprechend wird die Festsetzung einer offenen Bauweise gemäß § 22 Absatz 2 BauNVO getroffen, die damit sowohl der Vorhabenplanung als auch der städtebaulichen Prägung des Plangebietes und seinem Umfeld entspricht. Die in dem Vorhaben- und Erschließungsplan nördlichen Gebäude weisen das Erscheinungsbild von Doppelhäusern auf, sind planungsrechtlich jedoch aufgrund der nicht beabsichtigten Ausparzellierung einzelner Baugrundstücke Einzelhäuser mit je zwei Wohneinheiten.

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden gemäß § 23 BauNVO über die Festsetzung von Baugrenzen definiert, die sich an der Vorhabenplanung orientieren, um die geplante bauliche Struktur über die Festsetzungen zu sichern. Die festgesetzten Baugrenzen werden relativ eng um die Baukörper gefasst und damit die projektiert städtebauliche Figur gesichert. Für das Grundstück mit dem bestehenden Wohngebäude an der Herzfelder Straße Nummer 5, dessen Einbezug zugunsten einer geordneten städtebaulichen Entwicklung sinnvoll ist, wird das Baufenster großzügig festgesetzt um eine flexible Ausnutzung welche eine unterschiedliche Anordnung eines zukünftigen Baukörpers ermöglicht, zuzulassen. Zu der östlichen Grenze des Geltungsbereiches wird ein Abstand von 5 Metern festgesetzt, um hier ein Heranrücken an die bestehende Bebauung östlich zu vermeiden. Bei der Festsetzung der südlichen Baugrenze wird die Flucht der Baugrenzen der geplanten westlich liegenden Mehrfamilienhäuser aufgegriffen und fortgeführt, um somit eine einheitliche Entwicklung sicherstellen zu können.

Für die Errichtung von Wärmepumpen wird festgesetzt, dass diese als Teil der Hauptanlage auch außerhalb der festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen allgemein zulässig sind. Dadurch wird für diesen Bereich mehr Gestaltungsfreiheit geboten, ohne die überbaubaren Flächen einzuschränken.

6.5 Erschließung

Die geplante Erschließungsfläche soll durch den Vorhabenträger errichtet werden und anschließend auch in seinem Eigentum und Unterhalt verbleiben. Da es nicht erforderlich ist, eine private Verkehrsfläche festzusetzen, ist die Erschließungsfläche als eine mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Fläche festgesetzt, zugunsten der Anlieger, der Ver- und Entsorgungsträger der Stadt Beckum sowie des Rettungsverkehrs. Hierdurch wird die Erschließung der geplanten Wohngebäude und darüber hinaus für die übrigen anfallenden Verkehre sichergestellt. Die Querschnittsbreite von 6,25 Metern ermöglicht die sichere Abwicklung von Begegnungsverkehr Lkw/Pkw sowie im Straßenraum angeordnete Stellplätze. Abseits der beiden Zufahrten werden die Bereiche an der Herzfelder Straße und der Straße Am Lippbach als Bereiche ohne Ein- und Ausfahrt festgesetzt. Hierdurch wird der Vorhabenplanung entsprochen und die Erschließung der geplanten Gebäude von der zentral angelegten Planstraße sichergestellt.

Im Westen grenzt an den Geltungsbereich die Straße Am Lippbach. Da sich derzeit an der westlichen Anschlussstelle des geplanten Quartiers ein schmaler Grünstreifen mit kleinen Gehölzen befindet, wird ein Teilbereich der Straße Am Lippbach mit in den Geltungsbereich genommen und als öffentliche Straßenverkehrsfläche festgesetzt. Hierdurch kann der geplante Anschluss mit der Erschließung flexibel sichergestellt werden.

6.6 Flächen für Stellplätze und Nebenanlagen

Wie bereits in Kapitel 6.1 beschrieben, sieht die Vorhabenplanung oberirdische Stellplätze vor. Die Lage der oberirdischen Stellplätze für die Mehrfamilienhäuser (WA1) wird über die Festsetzung von Flächen für Stellplätze („St“) und einer ausschließlichen Zulässigkeit innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen geregelt. Für die Einzelhäuser (WA2) sind gemäß der Vorhabenplanung individuelle Garagen auf den Baugrundstücken vorgesehen, da diese der Gebäude- und Wohnungstypologie entsprechen. Für diese Bereiche wird festgesetzt, dass die Errichtung von Garagen, Carports und Stellplätzen nur außerhalb eines 3,00 Meter breiten Streifens entlang der festgesetzten Erschließungsfläche (mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen) und einem Abstand von 1,00 Meter entlang der Straße Am Lippbach zulässig ist. Dadurch wird der Vorhabenplanung entsprochen und gleichzeitig verhindert, dass diese direkt an der Straße liegen, zugunsten der Entstehung von Begrünungen in den Vorgartenbereichen.

In der Vorhabenplanung sind im Bereich der Mehrfamilienhäuser (WA1) Standorte für Abfallbehälter und Fahrradstellplätze geplant. Hierzu werden analog zum Vorgehen zur Zulässigkeit der Stellplätze spezifische Flächen festgesetzt, in denen solche Anlagen zulässig sind („Na“). Für die Einzelhäuser (WA2) wird ebenfalls analog zu den Festsetzungen für die Stellplätze festgesetzt, dass die Errichtung von Nebenanlagen nur außerhalb eines 3,00 Meter breiten Streifens entlang der festgesetzten Erschließungsfläche (mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen) und in einem Abstand von 1,00 Meter entlang der Straße Am Lippbach zulässig ist, um die Vorgartenbereiche zugunsten des Erscheinungsbildes und einer durchgehenden Begrünung frei von solchen Anlagen zu halten.

6.7 Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

Dachbegrünung

Dächer mit einer Dachneigung von maximal 10 Grad sind mindestens extensiv zu begrünen, dauerhaft zu erhalten und fachgerecht zu pflegen. Dabei ist eine Substratschicht von mindestens 10 Zentimeter mit einer Sedum-Kräuter-Mischung herzustellen. Dies gilt auch für überdachte Stellplätze (Carports), Garagen und Nebenanlagen. Hierdurch kann zum einen eine Rückhaltung des Niederschlagswassers und insbesondere eine Verzögerung der Spitzenabflüsse erzielt werden. Zum anderen trägt die Verdunstung des gespeicherten Wassers zur Kühlung und Luftbefeuchtung bei und führt somit zu einer Verbesserung des Umgebungsklimas. Neben der festgesetzten extensiven Dachbegrünung sind jedoch ebenso auch intensive Dachbegrünungen zulässig. Von der Begrünung ausgenommen sind Dachflächenbereiche für erforderliche Oberlichter und haustechnische Einrichtungen, untergeordnete Gebäudebauteile (wie beispielsweise Gauben oder Treppenhäuser) sowie ebenso Dachflächenbereiche, die für Anlagen zur Solarenergienutzung genutzt werden, um hier eine finanzielle Doppelbelastung zu vermeiden.

Anpflanzungen

Bäume im Quartier tragen zu einer Verbesserung des Mikroklimas durch Schadstofffilterung, Erhöhung der Luftfeuchte bzw. Bildung von Verdunstungskälte sowie Staub- und CO₂-Bindung bei. Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 25a werden südlich an der festgesetzten Erschließungsfläche (mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen) anzupflanzende Bäume festgesetzt. Als Richtlinie wird üblicherweise von der Stadt Beckum angewendet, dass pro 300 Quadratmeter der festgelegten Erschließungsfläche ein Baum gepflanzt werden muss. Die Erschließungsfläche umfasst etwa 600 Quadratmeter, sodass zwei Bäume erforderlich wären. Im Bebauungsplan „Herzfelder Straße“ ist jedoch die Pflanzung von insgesamt drei Bäumen vorgesehen. Damit wird die Vorgabe nicht nur er-

füllt, sondern sogar übertroffen. Als Baumart ist ein standortgerechter mittelgroßer, gegenüber Trockenheit widerstandsfähiger Laubbaum in der Qualität Hochstamm mit Stammdurchmesser von mindestens 16-18 Zentimeter fachgerecht zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Die Pflanzbeete der Baumstandorte sind mit einer Pflanzgrube von mindestens 12 ~~Kubikmeter~~ Quadratmeter bei einer Tiefe von mindestens 1,5 Meter anzulegen. Die Festsetzung der anzupflanzenden Bäume erfüllt den Anforderungen der Stadt Beckum an ein begrüntes Quartier.

Dacheindeckung

Um zu verhindern, dass aufgrund der Niederschlagswasserableitung des Dachflächenwassers Schwermetalle in das Grundwasser/Gewässer eingetragen werden, wird im Bebauungsplan festgesetzt, dass keine Dacheindeckungen aus unbeschichtetem Metall verwendet werden dürfen.

Beschaffenheit von Stellplätzen

Oberirdische Stellplätze und deren Zufahrten sind aus ökologischen Gründen, zur Verminderung der Zahl der versiegelten Fläche auf dem Grundstück, in wasserdurchlässiger Art zu befestigen. Dies kann in Form von einer wassergebundenen Decke, drainfähiges Pflaster, Pflaster mit mindestens 30 Prozent Fugenanteil, Rasengittersteine, Schotterrasen oder ähnliches erfolgen.

6.8 Ausschluss luftverunreinigender Stoffe

Zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit ist innerhalb des Geltungsbereiches die Verwendung von Kohle, Erdöl und Erdgas zur Wärme- und Warmwasserversorgung unzulässig. Darüber hinaus fördert ein Verbot den Einsatz von nachhaltigeren Energiequellen, wie beispielsweise die Solarenergie und ergänzt sich mit der Festsetzung zur Solardachpflicht.

6.9 Örtliche Bauvorschriften

Baugestaltung

Eine detaillierte Vorgabe örtlicher Bauvorschriften zur gestalterischen Qualitäts-

sicherung erfolgt über die auf dem Bebauungsplan dargestellten Ansichten, die Bestandteil der Festsetzungen des Bebauungsplanes sind.

Dachgestaltung

Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes (WA) sind ausschließlich Satteldächer (SD) und Zeltdächer (ZD) zulässig. Dabei erfolgt eine konkrete Festsetzung für einzelne Bereiche. Gemäß der Vorhabenplanung wird für die Mehrfamilienhäuser (WA1) und die nordwestlichen Einzelhäuser das Satteldach (SD) festgesetzt. Für die nordöstlichen Einzelhäuser ist die Errichtung mit einem Zeltdach (ZD) vorgesehen. Für die Mehrfamilienhäuser (WA1) und die Einzelhäuser in zweiter Reihe (WA2) wird eine Dachneigung von 30-45 Grad festgesetzt. Die Festsetzungen orientieren sich dabei an der Vorhabenplanung und fügen sich in den städtebaulichen Kontext ein, lassen dennoch einen Gestaltungsspielraum für die einzelnen Bereiche zu.

Für Verbindungselemente, Erschließungskerne, Treppenhäuser, untergeordnete An- und Erweiterungsbauten, Nebenanlagen und sonstige untergeordnete Bauteile sind auch abweichende Dachformen zulässig. Dadurch kann eine größere Flexibilität in der Gestaltung erreicht und sichergestellt werden, dass die funktionale Notwendigkeit dieser Anlagen berücksichtigt werden kann, ohne die einheitliche städtebauliche Ordnung des Hauptbaukörpers zu beeinträchtigen.

Stellung baulicher Anlagen

Für die geplanten Wohngebäude, welche mit einem Satteldach festgesetzt sind, wird die Firstrichtung von Nordwesten nach Südosten und somit traufständig zur geplanten Erschließungsfläche vorgegeben. Die angrenzenden Wohngebäude im Westen, Norden und Osten sind ebenfalls mit der Traufseite zu den parallel zur geplanten Erschließungsfläche verlaufenden Straßen „Herzfelder Straße“, „Lippborger Straße“ und „Ostlandstraße“ ausgerichtet, sodass mit dieser Festsetzung ein gestalterischer Zusammenhang der Bebauung sichergestellt wird.

Einfriedungen

Als örtliche Bauvorschrift soll die Zulässigkeit von Grundstückseinfriedungen entlang der Herzfelder Straße, der Straße „Am Lippbach“ sowie der festgesetzten GFL-Flächen im Bebauungsplan geregelt werden. Im Bebauungsplan wird für diese Bereiche festgesetzt, dass Zäune eine maximale Höhe von 1,00 Meter nicht überschreiten dürfen. Um eine abschottende Wirkung einer Grundstückseinfriedung durch Zäune zu vermeiden, wird die Höhenbegrenzung für diese verbindlich vorgegeben. Einfriedungen mit einer Höhe von über 1,00 m sind ausschließlich als lebende Hecken und/oder Strauchpflanzungen zulässig, da hierdurch die Begründung des Quartieres gefördert wird. Diese Festsetzung wird aufgrund des gewünschten Erscheinungsbildes des Straßenraumes getroffen.

6.10 Maßnahmen für die Erzeugung von Strom oder Wärme aus erneuerbaren Energien

Gemäß § 1 Absatz 6 Nummer 7f BauGB ist der Belang der Energieeffizienz bei der Aufstellung der Bauleitpläne zu berücksichtigen. Im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplanes wird daher gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 23b BauGB festgesetzt, dass in den festgesetzten Baugebieten bei Neuerrichtung oder wesentlichem Umbau von Gebäuden auf mindestens 30 Prozent der Bruttodachfläche Anlagen für die Solarenergienutzung zu installieren sind. Bruttodachfläche ist die gesamte Dachfläche, die ein Gebäude überdeckt einschließlich eines Dachüberstands ohne Dachrinne. Besteht die Dachfläche aus mehreren Teilen, ist die Bruttodachfläche die Gesamtfläche aller Teildachflächen. Diese Regelung entspricht den Vorgaben der Bauordnung NRW (BauO NRW) sowie Solaranlagen-Verordnung Nordrhein-Westfalen (SAN-VO NRW).

Die Festsetzung ist grundrechtsschonend ausgestaltet. Sie berücksichtigt, dass aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht alle Teile des Daches genutzt werden können. Die Planung entspricht somit dem in § 1 Absatz 5 und § 1a Absatz 5 BauGB formulierten übergeordneten Ziel der Bauleitplanung, eine

nachhaltige städtebauliche Entwicklung zu gewährleisten, den Erfordernissen des Klimawandels zu entsprechen und diesem durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken. Darüber hinaus erfüllt die Aufstellung des Bebauungsplanes die in § 1 Absatz 6 Nummer 7f BauGB genannten Belange der Umwelt, die bei der Aufstellung von Bauleitplänen insbesondere zu berücksichtigen sind (hier: „Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie“).

Im Zusammenhang mit der zwingenden Vorgabe zur Errichtung von Anlagen zur Nutzung solarer Strahlungsenergie stellt sich die Frage der wirtschaftlichen Zumutbarkeit dieser Festsetzung für die Bauherrschaft. Grundsätzlich ist bei einer PV-Anlage zur Eigennutzung von einer Lebensdauer von rd. 25 Jahren auszugehen. Da durch den Eigenverbrauch des erzeugten Stromes die Energieausgaben der Haushalte sinken, kann nach allgemein vorherrschender Meinung davon ausgegangen werden, dass sich die Errichtung einer PV-Anlage nach 10-15 Jahren bereits amortisiert hat. Somit ist die Pflicht zur Anbringung von PV-Anlagen auf Dachflächen der Bauherrschaft wirtschaftlich zumutbar, insbesondere vor dem Hintergrund, dass durch die Festsetzung von Photovoltaikanlagen ein Beitrag zur Nutzung erneuerbarer Energien, zum sparsamen und effizienten Umgang mit Energie, zur Vermeidung von örtlich wirksamen Emissionen sowie zum örtlichen Klimaschutz geleistet wird.

7 Belange des Verkehrs

Die verkehrliche Anbindung der geplanten Wohngebäude ist von der festgesetzten Erschließungsfläche (mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen) vorgesehen. Die Erschließungssituation im Bestand weist eine eher ungeordnete Situation auf. Von der Herzfelder Straße gehen drei Grundstückszufahrten auf kurzem Streckenabschnitt ab. Durch die Umsetzung der Vorhabenplanung entsteht zukünftig eine geordnete Erschließung an einer gebündelten Zufahrt. Dies wird durch die Festsetzung von Bereichen ohne Ein- und Ausfahrt sichergestellt. Durch die Umsetzung der vorliegenden Planung kommt es zukünf-

tig zu einer Verbesserung des Verkehrsablaufes sowie einer geordneten Erschließungssituation.

Die Straße Am Lippbach verfügt derzeit lediglich einseitig – auf der gegenüberliegenden Seite des Vorhabens – über einen von der Fahrbahn separierten Gehweg. Auf der Seite des neuen Wohngebiets ist kein Gehweg vorhanden. Ein Ausbau eines zusätzlichen Gehwegs auf der Seite des neuen Quartiers ist nicht vorgesehen. Um dennoch eine sichere und barrierefreie Quermöglichkeit zu schaffen, ist vorgesehen, den vorhandenen Gehweg auf der gegenüberliegenden Straßenseite mit einer Bordsteinabsenkung zu versehen. Da für die Anlage eines neuen Gehwegs auf der Seite des geplanten Wohngebiets große Teile des angrenzenden Grünstreifens und dem Graben, der eine zentrale Rolle der Entwässerung von Oberflächenwasser aus den umliegenden Siedlungsbereichen spielt, überbaut werden müsste, stellt die Absenkung des vorhandenen Bordsteins auf der gegenüberliegenden Straßenseite eine verhältnismäßige Lösung dar. Zudem ist das Verkehrsaufkommen in der Straße Am Lippbach gering. Die Umsetzung dieser Maßnahme wird im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags sichergestellt.

Auf dem Plangebiet befand sich ursprünglich eine gewerbliche Flächennutzung mit entsprechenden An- und Abfahrtverkehren. Da der Geltungsbereich innerhalb des seit 1964 rechtskräftigen Bebauungsplanes Nummer 3 „Herzfelder Straße“ liegt, welcher für den Bereich ein Mischgebiet ausweist, ist eine gemischt genutzte Flächennutzung laut diesem weiterhin zulässig. Eine Entwicklung mit gemischter Nutzung würde jedoch zu einem höheren Verkehrsaufkommen führen als die vorliegende geplante Nutzung, die eine rein wohnbauliche Entwicklung vorsieht. Aus diesem Grund wird durch die vorliegende Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und den damit verbundenen Festsetzungen somit eine verkehrliche Entlastung gegenüber der ursprünglichen zulässigen Nutzung erreicht.

8 Belange des Immissionsschutzes

In der Nähe des Plangebietes befinden sich keine emittierenden gewerblichen Betriebe, zu denen bauleitplanerische Abstände der geplanten Wohnbebauung zu berücksichtigen wären. Südlich grenzt das Plangebiet an die Herzfelder Straße als emittierender Verkehrsweg. Da sich entlang dieser Straße bereits bestehende Wohnbebauung in vergleichbaren Abständen befindet wie im geplanten Wohnquartier, sind keine relevanten Nutzungskonflikte im Hinblick auf den Immissionsschutz zu erwarten.

9 Belange des Denkmalschutzes

Innerhalb des Plangebietes befinden sich keine Baudenkmale oder denkmalwerte Objekte. Auch Bodendenkmale sind nicht bekannt. Spezielle Maßnahmen des Denkmalschutzes oder der Denkmalpflege sind daher nicht erforderlich. Da bei Erdarbeiten aber dennoch bislang unbekannte Bodendenkmäler zum Vorschein kommen können, wird ein Hinweis zum Vorgehen im Falle kultur- oder erdgeschichtlicher Bodenfunde oder Befunde (Tonscherben, Metallfunde, dunkle Bodenverfärbungen, Knochen, Fossilien oder ähnliches) in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufgenommen.

10 Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz und Starkregen

Entlang der Nordwestseite des Plangebietes verläuft ein Graben, welcher zur Entsorgung von Oberflächenwasser aus den umliegenden Siedlungsflächen dient. Dieser mündet in den nördlich des Plangebietes verlaufenden Lippbach.

Die Planung berührt weder festgesetzte Überschwemmungsgebiete noch in Gefahren- oder Risikokarten dargestellte Bereiche. Neben diesem sich im Wesentlichen auf das in Verbindung mit Flüssen stehenden Aspekt sind in den vergangenen Jahren zunehmend Starkregenereignisse in den planerischen Fokus gerückt, da diese ebenfalls massives Schadenspotenzial entfalten können. In § 1 Absatz 6 Nummer 12 BauGB wird die „Vermeidung und Verringerung von

Hochwasserschäden“ als ein im Rahmen der Bauleitplanung insbesondere zu berücksichtigender Belang aufgeführt.

Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie hat für das Land Nordrhein-Westfalen zur Bewertung der Beeinflussung von Starkregenereignissen die „Starkregenhinweiskarte für NRW“ zur Verfügung gestellt (siehe Abbildung 4). Gegenstand der Starkregenhinweiskarte ist auf Grundlage eines digitalen Geländemodell eine Darstellung, wie sich Starkregenereignisse außerhalb von Fließgewässern auswirken können. Diese Darstellung wird dabei für zwei Starkregenszenarien vorgenommen: ‚Außergewöhnlicher Starkregen‘ (100-jährliche Wiederkehr gemäß regionaler meteorologischer Statistiken) und ‚Extremer Starkregen‘ (90 Millimeter pro Stunde und Quadratmeter), wobei der gegenständlichen Abwägung der extreme Starkregen zugrunde gelegt wird.

Der Starkregenhinweiskarte NRW ist zu entnehmen, dass für den Planbereich im Falle eines extremen Starkregenereignisses für das Plangebiet Wasserpegel prognostiziert werden, die stellenweise Wasserstände von bis zu rund 45 Zentimetern aufweisen.

Zum Schutz vor Überflutung durch außergewöhnliche Regenereignisse oder unvorhersehbare Betriebsstörungen sollten die im Plangebiet neu zu bebauenden Grundstücke durch geeignete konstruktive Maßnahmen überflutungssicher ausgestaltet werden. Um das potenzielle Schadpotenzial von Starkregenereignissen im Bebauungsplan zu berücksichtigen und die Bauherrschaft dafür zu sensibilisieren, wird ein Hinweis auf die Erforderlichkeit einer überflutungssicheren Ausgestaltung aufgenommen. Darin wird empfohlen, die Oberkante der Rohfußböden in der Erdgeschossenebene mindestens auf das Maß des festgesetzten unteren Bezugspunktes anzuordnen. Zudem wird empfohlen unterhalb diesem festgesetzten Maß der unteren Bezugspunkte die verbleibenden Gebäudeteile (zum Beispiel Sockelgeschoss, Keller)

überflutungssicher auszugestalten, um diese gegen eindringendes Wasser und damit verbundenes Schadpotenzial zu schützen.

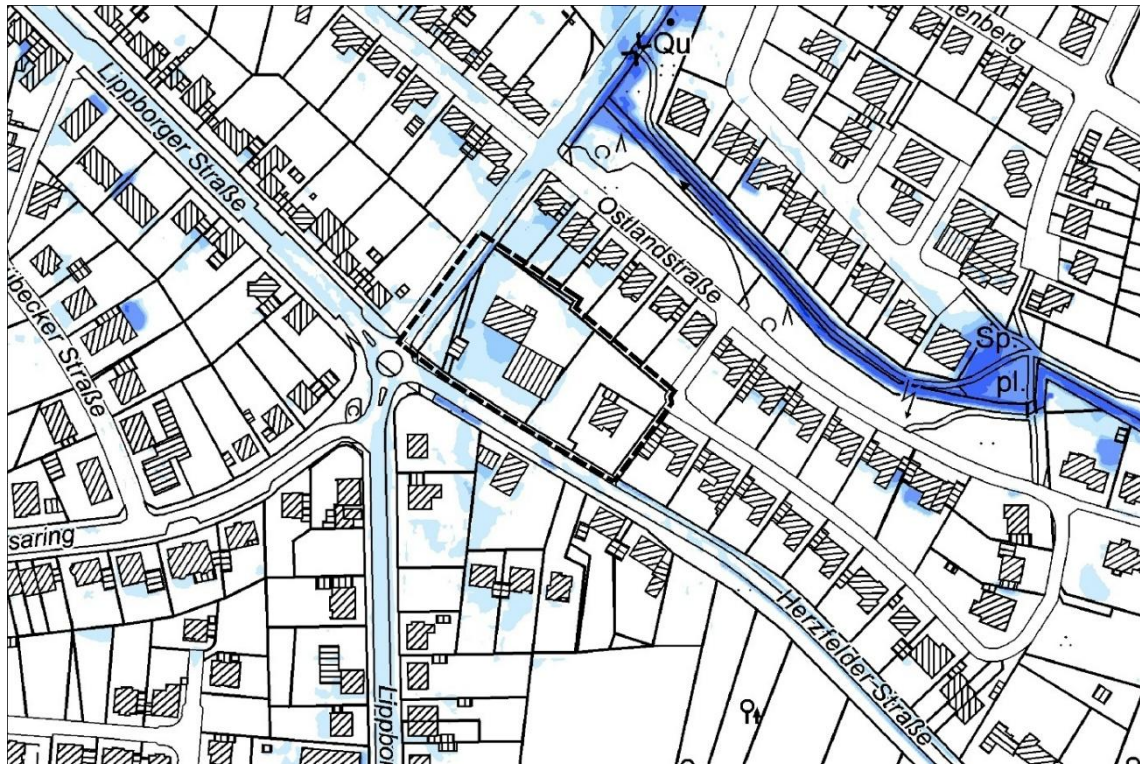


Abbildung 4: Extreme Starkregenereignisse – Darstellung betroffener Bereiche in blau, ohne Maßstab (Quelle: <https://geoportal.de>)

Ein dokumentiertes Starkregenereignis aus 2023 zeigt, dass der bestehende Graben entlang der Nordwestseite des Plangebietes überlastet war (siehe Abbildung 5). Im Bestand entlastet dieser außerdem tendenziell in Richtung der Grundstücke und nicht zur Straße hin, wodurch es zu einer Überschwemmung der angrenzenden Grundstücke nördlich des Plangebietes gekommen ist. Aus diesem Grund wurde im Rahmen der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Herzfelder Straße“ als vorhabenbezogener Bebauungsplan eine Starkregenbetrachtung von dem Büro Gnegel GmbH durchgeführt (Sendenhorst, Juli 2025).

Die Starkregenbetrachtung kommt zu dem Ergebnis, dass durch die Anordnung eines Abflusshindernisses (z. B. eine Mauer) am nördlichen Ende des Grabens das aus dem Graben austretende Wasser auf die Fahrbahn der Straße am Lippbach geleitet werden kann. Von dort erfolgt der Abfluss im Sinne eines Notwasserweges über die Verkehrsfläche der Straße Am Lippbach bis zur Gewässeraue. Das

angesprochene Abflusshindernis sollte nach gutachterlicher Aussage eine Höhe von wenigstens 126,40 Meter über Normalhöhennull (NHN) nicht unterschreiten.

Die umzusetzende Maßnahme (Errichtung eines Abflusshindernisses im Bereich der Straße Am Lippbach) befindet sich außerhalb des Geltungsbereiches des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und ist entsprechend nicht Regelungsinhalt des Bebauungsplanes. Die Maßnahme wird zum Gegenstand des Durchführungsvertrages gemacht und die Umsetzung der Maßnahme sowie die Vollzugsfähigkeit des Bebauungsplanes damit sichergestellt.

Für die potenziell betroffenen Bestandsanlieger zeigt sich somit eine entlastende Wirkung im Vergleich zur Ist-Situation. Mit der ergänzenden Maßnahme der Abflusslenkung für den Fall einer Überlastung des offenen Grabens kann der Schutz der nördlich angrenzenden Grundstücke weiter verbessert werden.

Für detaillierte Informationen wird auf die Starkregenbetrachtung von dem Büro Gnegel GmbH (Sendenhorst, Juli 2025) verwiesen.



Abbildung 5: Starkregenereignis aus 2023 in der Straße Am Lippbach (Quelle: Stadt Beckum)

11 Belange der Ver- und Entsorgung

Trink- und Löschwasserversorgung

Das Plangebiet ist über die Trinkwasserleitung entlang der Herzfelder Straße bereits an die öffentliche Trinkwasserversorgung angeschlossen. Über die Verlegung der erforderlichen Hausanschlussleitungen kann das Plangebiet auch weiterhin an das öffentliche Versorgungsnetz angebunden werden.

Die Löschwasserversorgung soll über das öffentliche Trinkwassernetz erfolgen. Der Mindestlöschbedarf richtet sich nach der Bebauungsdichte und der Brandausbreitungsgefahr. Durch die Vorhabenplanung ergibt sich für die Vorhabenplanung ~~nach Arbeitsblatt W 405 des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. im Mittel ein Anspruch auf Vorhaltung von 96 Kubikmeter pro Stunde für die Dauer von zwei Stunden.~~ gemäß Abstimmung mit dem Fachdienst Brandschutz und Rettungsdienst (Brandschutzdienststelle der Stadt Beckum) ein Löschwasserbedarf von 48 Kubikmeter pro Stunde für die Dauer von 2 Stunden. Nach Auskunft der Wasserversorgung Beckum GmbH können an einem Tag mit mittlerem Verbrauch 72 Kubikmeter pro Stunde Trinkwasser zu Löschzwecken dem Netz entnommen werden. Damit ist eine ausreichende Löschwasserversorgung sichergestellt.

Schmutz- und Niederschlagswasserentsorgung

~~Das Plangebiet kann entsprechend der zum Zeitpunkt der Planaufstellung gültigen Entwässerungssatzung der Stadt Beckum an die umliegend vorhandenen Abwasseranlagen mit Weiterleitung zur Zentralkläranlage angeschlossen werden.~~

~~Nach § 55 Wasserhaushaltsgesetz soll Niederschlagswasser ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften und wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen. § 44 Wassergesetz für das Land Nordrhein-~~

~~Westfalen (LWG) ergänzt beziehungsweise konkretisiert den bundesrechtlichen Grundsatz und bezieht diesen dabei auf Grundstücke, die nach dem 01.01.1996 erstmals bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden. Geplant ist eine Entwässerung im Trennsystem. Dabei wird das anfallende Schmutzwasser über einen neu zu verlegenden Schmutzwasserkanal südwestlich in den Schmutzwasserkanal in der Herzfelder Straße eingeleitet. Das anfallende Regenwasser wird über einen neuen Regenwasserkanal in einen Schacht nordwestlich am Plangebiet und damit im weiteren Verlauf in den Lippbach eingeleitet.~~

~~Zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Ableitung des anfallenden Niederschlagswassers wurde im Rahmen der Planung ein Überflutungsnachweis erstellt. Dieser kommt zu dem Ergebnis, dass für das Plangebiet ein Rückhaltevolumen von insgesamt 31,9 m³ erforderlich ist, um eine verträgliche Einleitung über den straßenbegleitenden Graben in den Lippbach zu gewährleisten. Zur Umsetzung der erforderlichen Rückhaltung ist die Einrichtung eines Stauraumkanals vorgesehen. Dieser soll entsprechend dimensioniert werden, um das ermittelte Rückhaltevolumen vollständig aufnehmen zu können. Der Stauraumkanal wird mit einem passenden Rohrdurchmesser ausgeführt, sodass sowohl das Rückhaltevolumen als auch ein kontrollierter Abfluss sichergestellt sind.~~

Das Plangebiet soll im Trennsystem entwässert werden. Das anfallende Schmutzwasser wird über einen neu zu verlegenden Schmutzwasserkanal in südwestlicher Richtung in den bestehenden Schmutzwasserkanal in der Herzfelder Straße eingeleitet. Die Ableitung erfolgt entsprechend der zum Zeitpunkt der Planaufstellung gültigen Entwässerungssatzung der Stadt Beckum mit Weiterleitung zur zentralen Kläranlage.

Gemäß § 55 Absatz 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) ist Niederschlagswasser möglichst ortsnah zu bewirtschaften, insbesondere durch Versickerung, Verrieselung oder ortsnahe Einleitung ohne Vermischung mit Schmutzwasser, soweit

dem keine wasserwirtschaftlichen oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Belange entgegenstehen. § 44 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) konkretisiert diesen Grundsatz.

Aufgrund der örtlichen Bodenverhältnisse ist eine vollständige Versickerung im Plangebiet voraussichtlich nicht möglich. Daher ist vorgesehen, das anfallende Niederschlagswasser über einen neuen Regenwasserkanal in einen nördlich des Plangebiets gelegenen Schacht und im weiteren Verlauf in den Lippbach einzuleiten. Die Einleitung erfolgt gedrosselt, um eine gewässerverträgliche Ableitung sicherzustellen. Die zulässige Einleitmenge wird im Rahmen der wasserrechtlichen Genehmigung in Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde festgelegt.

Zur Begrenzung der Abflussspitzen und zur Einhaltung der Anforderungen nach § 57 WHG wird ein Regenrückhalteraum erforderlich. Auf Grundlage einer überschlägigen Bemessung nach den Regelwerken DWA-A 117 und DWA-A 118 ergibt sich ein erforderliches Rückhaltevolumen von rund 32 Kubikmeter. Dieses Volumen soll in Form eines entsprechend dimensionierten Stauraumkanals bereitgestellt werden. Der Stauraumkanal wird so ausgelegt, dass sowohl das erforderliche Rückhaltevolumen als auch ein kontrollierter Abfluss gewährleistet sind. Die endgültige Bemessung erfolgt im Zuge der Entwässerungsplanung.

Unabhängig davon wurde für das Plangebiet ein Überflutungsnachweis gemäß DIN 1986-100 geführt. Dieser Nachweis dient dem Schutz der Grundstücke und Gebäude vor Überflutung infolge von Starkregenereignissen und bestätigt, dass im Bereich des Plangebiets bei der vorgesehenen Entwässerung keine unzulässigen Überflutungen auftreten.

Elektrizitäts- und Wärmeversorgung

Die Stromversorgung ist bereits in der Bestandssituation sichergestellt. Über die Verlegung neuer Hausanschlüsse kann die Stromversorgung auch für die Vorhabenplanung sichergestellt werden. Damit zukünftig neue Telekommunikationsli-

nien verlegt werden können, erfolgt eine Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch. Zur Wärme- und Warmwasserversorgung ist im Bebauungsplan die Festsetzung aufgenommen worden, dass innerhalb des Geltungsbereiches die Verwendung von Kohle, Erdöl und Erdgas unzulässig ist. Das Verbot fördert den Einsatz von nachhaltigeren Energiequellen, wie beispielsweise die Solarenergie, fördert die Entstehung von Wärmepumpen wie es in der Vorhabenplanung geplant ist und ergänzt sich mit der Festsetzung zur Söldardachpflicht.

Abfallbeseitigung

Das Plangebiet kann auch weiterhin an die regelmäßige städtische Müllabfuhr angeschlossen werden. Die im Vorhaben- und Erschließungsplan vorgesehene Erschließungsstraße ist für eine Befahrbarkeit von Müllfahrzeugen geeignet.

12 Belange der Umwelt

Die vorliegende Bauleitplanung erfüllt die Bedingungen an einen Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB (siehe Kapitel 3). Mit der Anwendung des § 13a BauGB kann entsprechend dem vereinfachten Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen (§ 13 BauGB) auf eine Darstellung der nach § 2 Absatz 4 BauGB ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes und der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen (Umweltprüfung) verzichtet werden. Dennoch sind die wesentlichen Auswirkungen der Planung sowie die durch die Planung betroffenen wesentlichen Umweltbelange im Sinne einer sachgerechten Zusammenstellung des Abwägungsmaterials darzustellen.

Es ergeht bzgl. der zu betrachtenden Schutzgüter folgende Beurteilung:

Schutzgut	Derzeitiger Umweltzustand	Umweltzustand nach Aufstellung des Bebauungsplanes
Mensch	Da das Plangebiet weitestgehend unbebaut ist und durch eine ehemals gewerblichen Nutzung des Grundstückes geprägt ist, weist dieses somit auch keine Freizeit- und Erholungsfunktion für den Menschen auf. Innerhalb des Geltungsbereiches befindet sich im südöstlichen Teil ein zu wohnzwecken genutztes Gebäude. Der Einbezug in den Geltungsbereich ist für die geordnete städtebauliche Entwicklung erforderlich.	Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes ist die Entwicklung eines Wohngebietes vorgesehen. Es sind somit keine nachteiligen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch zu erwarten.
Pflanzen und Tiere	Innerhalb des Plangebietes sind in den Randbereichen und teilweise auch zentral auf der Fläche Gehölze in Form von Bäumen und Sträuchern vorhanden. Aufgrund ihrer Lage innerhalb des Geltungsbereiches und dem Hintergrund das notwendige Bauplanungsrecht für die Projekt- und Vorhabenplanung	Es wurde ein Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erstellt. Zur Vermeidung der Verbotstatbestände des § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) werden im Bebauungsplan entsprechende Festsetzungen getroffen. (siehe Kapitel 12.2). Unter Berücksichtigung der

	zu schaffen, werden diese als nicht erhaltenswert festgesetzt.	getroffenen Festsetzungen werden das Eintreten der Verbotstatbestände gemäß § 44 BNatSchG vermieden.
Naturraum und Landschaft	Das Plangebiet hat für das Schutzgut Naturraum und Landschaftsraum keine Relevanz.	Eine Beeinträchtigung von Naturraum und Landschaft wird mit der Planung nicht vorbereitet.
Fläche / Boden	<p>Das Plangebiet besitzt eine Größe von rund 0,52 Hektar und ist im Bestand aufgrund der ehemals gewerblichen Nutzung des Grundstückes teilweise versiegelt.</p> <p>Gemäß Bodenkarte NRW (ISBK50) steht im Plangebiet Braunerde an. Für den Bodentyp wird die Schutzwürdigkeit als tiefgründiger Sand- oder Schuttboden mit hoher Funktionserfüllung als Biotpentwicklungspotenzial für Extremstandorte bewertet.</p>	<p>Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes soll der Bau eines Wohnquartiers ermöglicht werden. Die Planung stellt eine Maßnahme der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB dar, sodass der Bodenschutzklausel gemäß § 1a Absatz 2 BauGB entsprochen wird. Die überbaubaren Flächen werden für das Wohngebiet mit einer Grundflächenzahl von 0,4 auf das übliche Maß beschränkt. Die vorgesehenen Grundflächenzahlen entsprechen den in § 17 BauNVO festgesetzten Orientierungswerten für allgemeine Wohngebiete und können somit als</p>

		<p>allgemein verträglich angesehen werden.</p> <p>Der Entwicklung eines Wohnquartiers wird aufgrund des hohen Bedarfes an Wohnraum und der Schaffung einer nachhaltigen Nachnutzung für das Gelände in Bezug auf die heutige Nutzung, Vorrang vor dem Erhalt des Bodens mit hoher Funktionserfüllung als Biotopentwicklungspotenzial für Extremstandorte gegeben.</p>
Gewässer / Grundwasser	<p>Eine besondere Relevanz des Plangebietes für die Aspekte Gewässer und Grundwasser sind nicht bekannt. Entlang der Nordwestseite des Plangebietes liegt ein Graben zur Entsorgung von Oberflächenwasser aus den umliegenden Siedlungsflächen an.</p>	<p>Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Beurteilung des Schutzgutes Gewässer / Grundwasser. Die Grabenstruktur kann nahezu unverändert verbleiben. Lediglich im Bereich der westlichen Zufahrt zum Plangebiet von der Straße Am Lippbach ist eine Überführung des Grabens erforderlich. Da die Grabenstrukturen im Umfeld regelmäßig von Zufahrten gequert werden, ist</p>

		nicht von einem Konflikt auszugehen. Im Zuge der Überquerung wird diese mit einer neuen leistungsfähigen Verrohrung ausgestaltet.
Luft / Klima	<p>Gemäß dem Fachinformationssystem Klimaanpassung von LANUV ist das Plangebiet dem Klimatop „Vorstadtklima“ zugeordnet. Die angrenzenden Bereiche sind ebenfalls diesem Klimatop sowie nördlich dem Klimatop „Klima innerstädtischer Grünflächen“ zugewiesen.</p> <p>Nach den Klimaanalysekarten besteht für das Plangebiet in der Kategorie „Vorstadtklima“ tagsüber eine starke thermische Belastung mit einem thermischen Empfinden von $>35\text{ }^{\circ}\text{C}$ bis $41\text{ }^{\circ}\text{C}$. Der Siedlungsbereich ist mit einem mittleren Kaltluftvolumenstrom von >300 bis $1500\text{ m}^3/\text{s}$ bewertet. In der Gesamtbetrachtung wird dem Plangebiet in der Kategorie Siedlung eine weniger günstige</p>	<p>Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes wird eine planungsrechtliche Grundlage für eine wohnbauliche Entwicklung der im Geltungsbereich gelegenen Fläche geschaffen.</p> <p>Eine zunehmende Flächenversiegelung, welche zweifelsohne (stadt-)klimatische Auswirkungen hat, wird mit der vorliegenden Planung nicht vorbereitet. Grundsätzlich führt ein Verlust von Freiflächen zu einer Reduzierung von Kaltluftentstehungsflächen und damit zu einer gewissen Veränderung des Kleinklimas.</p> <p>Aufgrund der Kleinräumigkeit sind allerdings nur geringfügige Auswirkungen auf das Schutzgut Luft / Klima zu</p>

	thermische Situation zuge- wiesen.	erwarten. Die mikroklimatische Situation innerhalb des Plangebietes wird sich gegenüber der heutigen Situation geringfügig verändern. Es ist zu erwarten, dass die Zuordnung zu dem Klimatop „Vorstadtklima“ aufgrund der geringfügigen Auswirkungen bestehen bleibt. Darüber hinaus wird sich in den angrenzenden Bereichen die heutige Situation durch die Aufstellung des Bebauungsplanes nicht verändern.
Kultur- und Sachgüter	Nach derzeitigem Kenntnisstand gibt es keine Bau- oder Bodendenkmäler.	Keine Auswirkungen.
Insgesamt sind infolge des Bebauungsplanes keine erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter und somit keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten.		

12.1 Natur- und Landschaftsschutz

Gemäß § 13a Absatz 2 Nummer 4 BauGB gelten Eingriffe in den Natur- und Landschaftshaushalt als bereits vor der planerischen Entscheidung zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes erfolgt oder zulässig gewesen. Aus diesen Gründen entfällt die Notwendigkeit zur naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gemäß § 1a BauGB in Verbindung mit

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sowie das Aufzeigen von Maßnahmen zur Bewältigung von Eingriffsfolgen.

12.2 Artenschutz

Nach europäischem Recht müssen bei Eingriffsplanungen alle streng und auf europäischer Ebene besonders geschützten Arten berücksichtigt werden. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung müssen auch die artenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Verbote nach § 44 Absatz 1 BNatSchG, welche bei der Umsetzung des Bebauungsplanes entstehen, als spezielle Artenschutzprüfung (ASP) abgeprüft werden. Dies wurde fachgutachterlich im Rahmen des „Artenschutzrechtlichen Fachbeitrags der Stufe II“ (Büro Stelzig, Soest, Oktober 2024) durchgeführt. Diese kommt zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

Das geplante Vorhaben ist aus artenschutzrechtlicher Sicht zulässig, wenn die nachstehenden artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen eingehalten werden:

- Die abbruchvorbereitenden Maßnahmen wie die Baufeldräumung durch das Entfernen der Vegetation sind zum Schutz von europäischen Vogelarten während der Hauptbrutzeit vom 15.3. bis 31.7. unzulässig.
- Die gesetzlich zulässigen Zeiten für Gehölzfällungen zwischen dem 01.10. und 28./29.02. müssen eingehalten werden.
- Die Abbrucharbeiten zum Schutz von Fledermäusen sind nur außerhalb der Überwinterungszeiten ab dem 01.04. bis zum 30.10. zulässig.

Insgesamt ergibt sich, dass unter Einhaltung der Vermeidungsmaßnahmen, keine artenschutzrechtlichen Bedenken bestehen und Verbotstatbestände nicht erfüllt werden. Erhebliche Beeinträchtigungen durch das Vorhaben können somit ausgeschlossen werden.

Die vorstehend aufgeführten Vermeidungsmaßnahmen werden als Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen. Damit werden auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung die notwendigen Voraussetzungen für die Beachtung der Regelungen des § 44 BNatSchG im nachgelagerten Genehmigungsverfahren getroffen.

12.3 Bodenschutz / Altlasten / Kampfmittel

Da die in dem Plangebiet ausgeübte gewerbliche Nutzung bereits vor geraumer Zeit aufgegeben wurde, soll mit der Planung die Wiedernutzbarmachung des nicht mehr genutzten Grundstückes ermöglicht werden. Dabei handelt es sich um eine Maßnahme der Innenentwicklung, die nach § 1 Absatz 5 und § 1a Absatz 2 BauGB grundlegend zu unterstützen sind. Die Flächenversiegelung wird sich im Vergleich zur Bestandssituation zweifelsohne erhöhen, dabei jedoch die ohnehin für den Bereich bereits festgesetzte Grundflächenzahl von 0,4 sicher einhalten. Die Planung trägt dazu bei, dass die Inanspruchnahme unbebauter Grundstücke im Außenbereich gemindert und bestehende technische Infrastrukturen sinnvoll mit genutzt werden können. Der Bodenschutzklausel des § 1a Absatz 2 BauGB wird somit entsprochen.

Innerhalb des Geltungsbereiches befinden sich Flächen, für die im Altlastenkataster des Kreises Warendorf unter der Altstandort Nr. 19429 ein Altlastenverdacht geführt wird. Für das Plangebiet wurde deshalb eine Altlastenbewertung sowie eine orientierende Baugrunderkundung durchgeführt (Guch GmbH, Hamm, April 2025). Im Bereich zweier ehemaliger unterirdischer Tankbehälter wurden leicht bis mäßig erhöhte Gehalte an Kohlenwasserstoffen festgestellt. Die übrigen Bereiche des Grundstücks zeigen keine Auffälligkeiten hinsichtlich Bodenverunreinigungen. Nutzungsänderungen oder Baumaßnahmen mit Eingriffen in den Untergrund sind der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Warendorf anzuzeigen und mit ihr abzustimmen. Der Rückbau der Altanlagen sowie die fachgerechte Entsorgung belasteter Böden sind gutachterlich zu begleiten.

In den als allgemeines Wohngebiet festgesetzten Flächen ist eine Bebauung erst ab dem Zeitpunkt des vollständigen Bodenaustausches und der fachgerechten Entsorgung der durch die Bodenverunreinigungen des Altstandortes Nr. 19429 betroffenen Böden zulässig. Die mit dem Altstandort Nr. 19429 verbundenen Bodenverunreinigungen sind der Stadt Beckum und dem Vorhabenträger bekannt. Da es sich um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt, wird die Verpflichtung zum fachgerechten Bodenaustausch im Rahmen des Durchführungsvertrages nach § 12 BauGB verbindlich geregelt. Damit eine Beseitigung der stofflichen Bodenbelastung als Voraussetzung für die Umsetzung des Vorhabens gewährleistet wird, verpflichtet sich der Vorhabenträger vertraglich, die im Gutachten benannten Böden im Zusammenhang mit dem Rückbau der bestehenden Anlagen vollständig auszutauschen und ordnungsgemäß zu entsorgen. Ohne die Erfüllung dieser Verpflichtung darf das Vorhaben nicht realisiert werden. In diesem Zusammenhang wurde der textliche Hinweis auf dem Bebauungsplan entsprechend angepasst.

~~Innerhalb des Geltungsbereiches liegen Flächen deren Böden erheblich mit umweltgefährdeten Stoffen belastet sind. Im Altlastenkataster des Kreises Warendorf ist eine Altlast mit der Kennziffer 19429 registriert. Aus diesem Grund wird in dem Bebauungsplan ein Hinweis aufgenommen, dass Nutzungsänderungen oder Baumaßnahmen mit Eingriffen in den Untergrund der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Warendorf anzuzeigen und mit ihr abzustimmen sind.~~

Des Weiteren wird in den Bebauungsplan der Hinweis aufgenommen, dass wenn bei der Durchführung der Bauvorhaben der Erdaushub außergewöhnlich verfärbt ist oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet werden, die Arbeiten sofort einzustellen sind und unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen ist.

12.4 Klimaschutz

Mit der Novellierung des Baugesetzbuches vom 22.07.2011 wurden die Ziele des Klimaschutzes durch eine klimagerechte Stadtentwicklung als Gesetzesgrundlage aufgenommen. Dieses kann mit Anlagen, Einrichtungen und sonstigen Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, insbesondere zur dezentralen und zentralen Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung erreicht werden.

Bauliche Standards des Erneuerbare-Energien-Gesetzes beziehungsweise des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes sind ebenso umsetzbar wie die aktive und passive Nutzung der Solarenergie.

12.5 Bergbau

Das Plangebiet befindet sich sowohl außerhalb verliehener Bergwerksfelder als auch außerhalb erloschener Bergwerksfelder. Im Bereich des Planvorhabens ist kein Abbau von Mineralien dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen.

13 Erschließungskosten

Die Initiative der Planung beruht auf einer privaten Projektentwicklung. Der Vorhabenträger/Projektentwickler hat sich bereit und in der Lage erklärt, die Kosten, die mit den Planungen zur Erreichung der bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit des Vorhabens verbunden sind, vollständig zu tragen.

Zwischen der Stadt Beckum und der Vorhabenträgerin wird gemäß § 12 BauGB ein Durchführungsvertrag geschlossen, der für die Errichtung des Vorhabens erforderliche vertragliche Regelungen beinhaltet.

Beckum, im Oktober 2025

Verfasser:

Drees & Huesmann Stadtplaner PartGmbB

Vennhofallee 97, 33689 Bielefeld

Telefon 05205-72980; Fax -729822

E-Mail: info@dhp-sennestadt.de

www.dhp-sennestadt.de

unter fachlicher Begleitung der

Stadt Beckum,

Fachdienst Stadtplanung und Wirtschaftsförderung.



Satzung der Stadt Beckum über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Innenstadt Beckum 2025"

Federführung: Fachbereich Stadtentwicklung

Beteiligungen: Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

Auskunft erteilt: Herr Denkert | 02521 29-6000 | denkert.u@beckum.de

Beratungsfolge:

Ausschuss für Stadtentwicklung

16.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die als Anlage 1 zur Vorlage beigefügte Satzung der Stadt Beckum über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Innenstadt Beckum 2025“ wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Sach- und Personalkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Aus städtebaulichen Gründen soll die Innenstadt von Beckum in dem als Anlage 1 zur Vorlage beigefügten Bereich als förmliches Sanierungsgebiet im vereinfachten Verfahren gemäß § 142 Absatz 4 Baugesetzbuch (BauGB) festgesetzt werden. Das Ziel der förmlichen Festlegung eines Sanierungsgebietes ist die Behebung gebietsbezogener städtebaulicher Missstände im Sinne von § 136 Absätze 2 und 3 BauGB. Die Festlegung von Gebietskulissen des besonderen Städtebaurechts (Sanierungsgebiete, Stadtumbaugebiete, und so weiter) ist allen voran zwingende Voraussetzung zum Einsatz von Städtebaufördermitteln.

Vorbereitende Untersuchungen

Gemäß § 141 BauGB sind für die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes vorbereitende Untersuchungen notwendig. Auf diese kann gemäß § 141 Absatz 2 BauGB verzichtet werden, wenn bereits hinreichende Beurteilungsgrundlagen über die Notwendigkeit der Sanierung, die sozialen, strukturellen und städtebaulichen Verhältnisse und Zusammenhänge sowie die anzustrebenden Ziele und die Durchführung der Sanierung im Allgemeinen vorliegen.

Insbesondere mit dem Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept für die Beckumer Innenstadt (ISEK Beckum Innenstadt) und dem als Anlage zum ISEK beigefügten Fachbeitrag Immobilien (siehe Beschlussvorlagen 2025/0237 und 2025/0237/1 sowie Niederschrift zur Sitzung des Rates der Stadt Beckum vom 16.09.2025) sind umfassende Analysen und Erhebungen durchgeführt worden, die eine ausreichende Beurteilungsgrundlage darstellen.

Städtebauliche Missstände

Städtebauliche Missstände gemäß § 136 Absätze 2 und 3 BauGB liegen vor, wenn ein Gebiet nach seiner Bebauung oder nach seiner sonstigen Beschaffenheit den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse oder an die Sicherheit der in ihm wohnenden und arbeitenden Menschen nicht entspricht (Substanzschwäche) sowie wenn ein Gebiet in der Erfüllung der Aufgaben erheblich beeinträchtigt ist (Funktionschwäche). Für den als Anlage zur Vorlage beigefügten Bereich in der Innenstadt sind auf Basis des ISEK Beckum Innenstadt sowie ergänzend des Fachbeitrags Immobilien folgende Missstände festgestellt worden.

Substanzschwächen:

- Belichtung der Wohnungen teilweise unzureichend, insbesondere im Bereich zwischen Nordstraße und Linnenstraße, Südwall sowie Speckmannsgasse.
- Mangelnde energetische Beschaffenheit und Gesamtenergieeffizienz der vorhandenen, teilweise historischen und denkmalgeschützten Bebauung unter Berücksichtigung der allgemeinen Anforderungen an den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung.
- Teilweise Mängel in der baulichen und gestalterischen Qualität von Gebäuden, insbesondere in Eingangssituationen (beispielsweise entlang der Nordstraße).
- Äußere Gestaltung der Erdgeschosszone in den Fußgängerzonen harmonisiert großenteils nicht mit den Obergeschossen.
- Mängel im Erscheinungsbild und der baulichen Beschaffenheit im Bereich Hans-Böckler-Straße/Neubeckumer Straße, Antoniusstraße und der nördlichen Allee-Straße beeinträchtigen das Erscheinungsbild teilweise stark und wirken sich negativ auf die öffentliche Wahrnehmung der umliegenden Bereiche aus.

Funktionsschwächen:

- Funktionsverluste im Einzelhandel und dadurch verursachte Leerstände insbesondere im Bereich Nordstraße/Weststraße/Linnenstraße.
- Vereinzelt vollständige oder teilweise Leerstände von Wohngebäuden.
- Barrierefreiheit und Gestaltqualität der bisher nicht neu gestalteten Straßen sowie der Platzflächen entsprechen teilweise nicht den heutigen Anforderungen an eine attraktive Innenstadt.
- Fehlende Gestaltung und Betonung der Innenstadteingänge in den Bereichen Neubeckumer Straße/Weststraße/Elisabethstraße/Oststraße.
- Lärmbelastung durch Straßenverkehr insbesondere in den Straßenzügen Allee-Straße/Oststraße/Sternstraße/Neubeckumer Straße und der an das Untersuchungsgebiet angrenzenden Stromberger Straße.
- Unzureichende Vernetzung der Grünflächen, insbesondere im Bereich entlang der Werse.
- Unzureichende Einbindung der Werse in den Stadtraum.

Öffentliches Interesse

Die Behebung der städtebaulichen Missstände in der Innenstadt Beckums liegt im Sinne des § 136 Absatz 2 Satz 2 BauGB im öffentlichen Interesse. Die vorhandenen Substanz- und Funktionsmängel und die damit verbundenen negativen städtebaulichen Ausstrahlung auf die Gesamtstadt sind offensichtlich und werden durch die Ergebnisse des ISEK Beckum Innenstadt und des Fachbeitrags Immobilien zusätzlich bestätigt.

Neben den aufgezeigten städtebaulichen Missständen im Untersuchungsgebiet ist für die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes die Erfüllung weiterer Merkmale erforderlich. Gemäß § 136 Absatz 1 BauGB sind die einheitliche Vorbereitung, die zügige Durchführung sowie das Vorhandensein eines öffentlichen Interesses Grundvoraussetzungen für eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme.

Der Schaffung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse als zentrale planerische Zielsetzung liegt ein hohes öffentliches Interesse zugrunde. Es resultiert im Grundsatz daraus, dass die städtebauliche Sanierung des betroffenen Bereichs nicht nur allein den Interessen der einzelnen Eigentümerinnen und Eigentümer dient. Von der Aufwertung profitiert letztendlich die gesamte Stadt, da es sich um einen zentralen Bereich der Kernstadt handelt.

Ein öffentliches Interesse besteht auch darin, eine Zukunftsperspektive durch Anpassung des erhaltenswerten Gebäudebestandes an zeitgemäße bauliche Standards zu geben. Ein weiteres maßgebliches öffentliches Interesse besteht darin, die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Beckum positiv zu unterstützen.

Sanierungsziele

Im Zuge der Vorbereitung der Sanierung sind zudem die Ziele und Zwecke der Sanierung zu bestimmen. Zur Klarstellung und um möglicherweise aufkommende Irritationen hinsichtlich der Verwendung des Begriffes „Sanierung“ entgegenzuwirken, wird darauf hingewiesen, dass der Begriff „Sanierung“ im Zusammenhang mit der Sanierungssatzung ein Sammelbegriff für die Umsetzung des Maßnahmenbündels aus dem ISEK Beckum Innenstadt ist. Aufbauend auf den städtebaulichen Missständen werden folgende Sanierungsziele für die Innenstadt abgeleitet:

- Umbau, Umnutzung und Anpassung der Gebäudesubstanz an zeitgemäße Nutzeransprüche und Berücksichtigung des historischen Kontexts, entsprechend der durchgeführten Gebäudebewertung.
- Wieder-, Zwischen- und Nachnutzung leerstehender Ladenlokale, Geschäftsräume und Wohnungen.
- Förderung des innerstädtischen Wohnens und Arbeitens durch Anpassung der Gebäudesubstanz und Verbesserung des Wohnumfelds.
- Sicherung und Weiterentwicklung der stadtbildprägenden und denkmalgeschützten Bausubstanz unter Berücksichtigung der Bedeutung für das Stadtbild.
- Gestalterische Aufwertung, Sanierung und Erweiterung öffentlicher Gebäude.
- Sicherung und Weiterentwicklung bestehender Frei- und Grünflächen entlang der Werse aufgrund ihrer Wirkung als Kalt- und Frischluftentstehungsgebiete für die Innenstadt.
- Verstärkte Vernetzung der bestehenden Frei- und Grünflächen.
- Erhalt und Ausbau baukulturell angepasster Dach- und Fassadenbegrünung zur Verbesserung des Mikroklimas.

- Sicherung und Weiterentwicklung der Grünstrukturen und des Baumbestandes in den Straßenräumen.
- Bedarfsgerechter Ausbau und Verbesserung des ÖPNV-Angebots.
- Optimierung der Wegeführung für den Radverkehr speziell in den Straßenzügen Alleenstraße/Sternstraße/Neubeckumer Straße.

Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets

Das Sanierungsgebiet ist gemäß § 142 Absatz 1 BauGB eindeutig und zweckmäßig abzugrenzen. Die Abgrenzung ist so zu wählen, dass sich die Sanierung zweckmäßig durchführen lässt. Entscheidend hierbei ist, dass sich alle festgestellten städtebaulichen Missstände beheben und die beabsichtigten Sanierungsmaßnahmen in der Innenstadt durchführen lassen.

Die Gebietskulisse beinhaltet daher zunächst alle Bereiche der Innenstadt, in denen gebäudeseitig flächenhaft Missstände festgestellt wurden. Die Handlungsempfehlungen des Fachbeitrags Immobilien lassen sich daher zweckmäßig umsetzen. Ebenso wurden die städtebaulich bedeutenden Stadteingänge im Norden, Osten und Westen, an denen insbesondere auch funktionale Missstände erkennbar sind, einbezogen. Innerhalb der Gebietskulisse lassen sich darüber hinaus alle weiteren Maßnahmen aus dem ISEK Beckum Innenstadt wie die Umgestaltung des Wersegrünzugs oder die Umgestaltung von Verkehrsräumen umsetzen.

Befristung der Sanierungssatzung

In der Satzung ist gemäß § 142 Absatz 3 BauGB eine Frist festzulegen, in der die Sanierung durchgeführt werden soll. Eine Frist von 15 Jahren entspricht im Allgemeinen dem Gebot einer zügigen Durchführung. Es wird daher die Laufzeit der Sanierungssatzung von 15 Jahren ab dem Zeitpunkt der Bekanntmachung vorgeschlagen.

Begründung der Verfahrenswahl

Aufgrund der Erkenntnisse aus den erarbeiteten Untersuchungen wird für die Sanierung des als Anlage beigefügten innerstädtischen Bereichs das „vereinfachte Verfahren“ im Sinne des § 142 Absatz 4 BauGB mit Ausschluss der §§ 152 bis 156a vorgeschlagen, weil die besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften wie das Preisprüfungs-, Entschädigungs-, Umlegungs- und Ausgleichsbetragsrecht für die Durchführung nicht erforderlich sind.

Da vor allem die Modernisierung/Instandsetzung von Wohngebäuden und die Verbesserung des direkten Wohnumfeldes ohne durchgreifende Maßnahmen der Bodenordnung Ziele der Sanierungsmaßnahme sind, wurde bei der Entscheidung der Verfahrenswahl unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes auf das Preisprüfungs-, Entschädigungs-, Umlegungs- und Ausgleichsbetragsrecht verzichtet.

Ebenso kann auf die sanierungsrechtlichen Genehmigungsvorbehalte im Sinne des § 144 BauGB und auf die Eintragung eines Sanierungsvermerkes im Sinne des § 143 Absatz 2 BauGB verzichtet werden.

Auswirkung einer förmlichen Festlegung eines Sanierungsgebietes

Zur Umsetzung der Ziele und der gleichzeitigen Beseitigung der vorhandenen Missstände wird eine breite Auswahl unterschiedlicher Ordnungsmaßnahmen auf der einen und Baumaßnahmen auf der anderen Seite angestrebt und ihre Durchführung zugleich durch die förmliche Festlegung als Sanierungsgebiet ermöglicht.

Ordnungsmaßnahmen können nach förmlicher Festlegung des Sanierungsgebietes beispielsweise die Optimierung der Erschließung oder der zielgerichtete städtische Grundstückserwerb sein (allgemeines Vorkaufsrecht gemäß § 24 BauGB). Bauliche Maßnahmen auf städtischer Seite stellen insbesondere die anstehenden Investitionen in den öffentlichen Raum dar. Im Fokus der städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen stehen neben dieser Verbesserung und Aufwertung des Wohnumfelds insbesondere auch die Erhaltung und Modernisierung des Gebäudebestands in der Beckumer Innenstadt. Durch die mit der förmlichen Festlegung als Sanierungsgebiet einhergehenden beschleunigten Abschreibungsmöglichkeiten (§ 7h Einkommensteuergesetz, § 11a Einkommensteuergesetz, § 10f Einkommensteuergesetz) sollen für die einzelnen Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümer über die durch die Maßnahmenumsetzung geplanten Fördermöglichkeiten hinaus Anreize geschaffen werden, in ihren eigenen Gebäudebestand zu investieren.

Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen

Die Entwicklung der Innenstadt Beckums stellt einen dynamischen Prozess dar, dessen Erfolg von dem Engagement aller Akteurinnen und Akteure abhängig ist. Neben der Politik und der Stadtverwaltung sind es insbesondere die Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer, die einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass die Innenstadt attraktiv bleibt und aufgewertet wird. Jedoch weisen vor allem die Einzeleigentümerinnen und -eigentümer einen geringen Organisations- und Professionalisierungsgrad auf. Die Informations- und Interessenlagen der einzelnen Eigentümerinnen und Eigentümer weichen in der Regel stark voneinander ab. Ihr Verhalten und ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an Maßnahmen sind insbesondere von der wirtschaftlichen Situation und den persönlichen Lebensumständen abhängig. Mit den im Rahmen der Städtebauförderung vorgesehenen Zuschüssen für die Sanierung des privaten Gebäudebestands, der erhöhten steuerlichen Begünstigung über die Ausweisung eines Sanierungsgebiets für die Innenstadt sowie den Angeboten der Förderbanken erhalten die Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer geeignete Anreize für Investitionen in den Gebäudebestand.

Zwar wurde die Öffentlichkeit bereits umfangreich im Zuge zweier Foren an der Erstellung des ISEK Beckum Innenstadt beteiligt, allerdings erfüllt dies aus Sicht der Verwaltung noch nicht die Anforderungen des § 137 BauGB. Im Zuge der beiden Foren wurde noch nicht die konkrete Satzung mit Gebietskulisse vorgestellt und diskutiert. Die Verwaltung hat daher auf Grundlage des Beschlusses zur Vorlage 2025/0238 (siehe Niederschrift zur Sitzung) den Entwurf der Sanierungssatzung mit dem Sanierungsgebiet für den Zeitraum vom 18.09. bis einschließlich 19.10.2025 öffentlich ausgelegt. Betroffene hatten Gelegenheit sich zur Sanierungssatzung zu äußern. Stellungnahmen Betroffener sind nicht eingegangen.

Beteiligung der öffentlichen Aufgabenträger

Parallel zur Offenlage wurde im Zeitraum 18.09. bis einschließlich 19.10.2025 eine Beteiligung betroffener Behörden und Träger öffentlicher Belange im Sinne des § 139 Absatz 2 BauGB durchgeführt. Die eingegangenen Stellungnahmen sind in Anlage 2 zur Vorlage zusammengefasst dargestellt und bewertet worden. Ein Abwägungsbeschluss ist auf Grundlage der Stellungnahmen jedoch nicht erforderlich.

Abwägung öffentlicher und privater Belange

Die Aufstellung der Sanierungssatzung unterliegt gemäß § 136 Absatz 4 Satz 3 BauGB dem Abwägungsgebot. Danach sind die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander abzuwägen. Die Verpflichtung zur Abwägung trifft die Gemeinde für die Sanierung als Gesamtmaßnahme, nicht aber für jede einzelne grundstücksbezogene Maßnahme. Abwägungsrelevant sind vor allem die Bestimmung der Ziele und Zwecke der Planung und die Abgrenzung des Sanierungsgebiets. Dabei besteht grundsätzlich ein Gestaltungs- und Beurteilungsspielraum, der maßgeblich damit zusammenhängt, dass – anders als bei der Bauleitplanung – der Erlass der Sanierungssatzung am Beginn der Sanierung steht und zu diesem Zeitpunkt noch keine hohen Anforderungen an Konkretisierung der Sanierungsziele gestellt werden dürfen. Es muss insbesondere nicht bereits unmittelbar nach Inkrafttreten der Sanierungssatzung erkennbar sein, wie das Sanierungsgebiet im Einzelnen genutzt werden soll.

Die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials erfolgt vor allem auch auf Grundlage der Beteiligungen gemäß § 137 und 139 Absatz 2 BauGB. Wie bereits dargelegt sind keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen eingegangen. Ein Abwägungsvorschlag ist daher nicht erforderlich (siehe Anlage 2 zur Vorlage). Änderungen der Satzung waren im Vergleich zum Satzungsentwurf (siehe Vorlage 2025/0238) daher ebenfalls nicht erforderlich.

Aufhebung der alten Sanierungssatzung Innenstadt Beckum

Mit der neuen Sanierungssatzung „Innenstadt Beckum 2025“ tritt zugleich die Sanierungssatzung „Innenstadt Beckum“ vom 09.07.2012 außer Kraft. Die Dauer der alten Satzung wurde auf 12 Jahre festgelegt, sodass eine Aufhebung der Satzung – auch vor dem Hintergrund neuer Sanierungsziele – zweckmäßig erscheint.

Anlage(n):

- 1 Satzung der Stadt Beckum über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Innenstadt Beckum 2025“
- 2 Tabelle über die eingegangenen Stellungnahmen im Zuge der Beteiligung im Sinne des § 139 Absatz 2 BauGB

Satzung der Stadt Beckum über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Innenstadt Beckum 2025“

(Sanierungssatzung „Innenstadt Beckum 2025“)

Auf Grundlage des § 142 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit §§ 7 Absatz 1 und 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum am _____ folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Festlegung des Sanierungsgebietes

- (1) Die Stadt Beckum beabsichtigt, für den Bereich des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes 2025 für die Innenstadt Beckum eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme durchzuführen. In dem Bereich liegen städtebauliche Missstände im Sinne des § 136 BauGB vor. Der nachfolgend beschriebene Geltungsbereich hat eine Größe von rund 56,6 Hektar und wird hiermit förmlich als Sanierungsgebiet auf der Grundlage des § 142 Absatz 4 BauGB festgelegt und erhält die Bezeichnung „Innenstadt Beckum 2025“.
- (2) Die Grenze des Sanierungsgebiets wird konkret wie folgt beschrieben:
 - Im Norden beginnt die Grenze westlich des Gebäudes Hans-Böckler-Straße 7 unter Einbeziehung des Zentralen Omnibusbahnhofs (Ausgangspunkt),
 - von dort entlang der nördlichen Grundstücksgrenzen Hans-Böckler-Straße 8 und der Neubeckumer Straße 7,
 - dann nach Süden entlang der östlichen Grenze der Neubeckumer Straße,
 - anschließend entlang der nördlichen Grenzen der Neubeckumer Straße 2 und Oelder Straße 5 über die Oelder Straße und die südliche Grenze der Elmstraße
 - von dort nach Süden entlang der südöstlichen Grenze der Grundstücke Oelder Straße 4, 8, 10 sowie Kalkstraße 1, dann nach Süden über die Kalkstraße und östlich des Gebäudes Kalkstraße 2,
 - dann nach Südosten entlang der Bahnschienen bis zur Wilhelmstraße und entlang der westlichen Grenze der Wilhelmstraße nach Süden und von dort entlang der östlichen Grenze der Sternstraße,
 - anschließend in Höhe der östlichen Grenze der Kreuzung zur Stromberger Straße entlang der östlichen Grenze der Stromberger Straße bis zum Lippweg,
 - dann entlang der nördlichen Grenze des Lippwegs nach Osten bis zur Margaretenstraße,
 - dann nach Süden entlang der westlichen Grenze der Margaretenstraße und
 - anschließend nach Westen entlang der südlichen Grenze der Lippborger Straße 1 über die Lippborger Straße und weiter nach Westen entlang der südlichen Grenze der Grundstücke Oststraße 48 und Lippborger Straße 4 und 4a,

- dann nach Westen entlang der Grenze zwischen Wohnbebauung Schüttenweg/Im Soestkamp und Grünraum bis zur Elisabethstraße (einschließlich der Grundstücke Elisabethstraße 7 und 7a),
- von dort nach Norden entlang der Elisabethstraße und anschließend nach Westen entlang der Straße Am Hirschgraben,
- anschließend entlang des Dalmerwegs nach Süden und entlang der südlichen Grenze der Straße Am Rüenkolk nach Westen bis zum Grünraum,
- dann nach Süden bis zum Paterweg und auf der westlichen Seite des Grünraums wieder nach Norden bis zur Hammer Straße,
- dann entlang der westlichen/nordwestlichen Grenzen der Grundstücke Hammer Straße 8a, 10, 12 sowie Ahlener Straße 1 bis zur Ahlener Straße,
- anschließend entlang der Ahlener Straße und dann nach Nordosten entlang der nördlichen Grenzen der Grundstücke Münsterweg 1 und Alleestraße 72 und 74 sowie Ahlener Straße 2,
- dann weiter nach Nordosten entlang der rückwärtigen Grundstücksgrenzen der westlichen/nordwestlichen Bebauung entlang der Alleestraße,
- im weiteren Verlauf entlang der rückwärtigen Grundstücksgrenzen der nordwestlichen Bebauung der Thüerstraße über die Vorhelmer Straße bis zur südlichen Grenze des Grundstücks Poststraße 6 und dann nach Nordwesten entlang des Grundstücks Poststraße 8,
- dann nach Nordosten entlang des Grundstücks Poststraße 8 weiter bis zu den Bahngleisen und dann entlang der Bahngleise nach Nordwesten bis zum Ausgangspunkt.

Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs dieser Satzung sind zudem in dem als Anlage beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieser Satzung ist, dargestellt.

§ 2

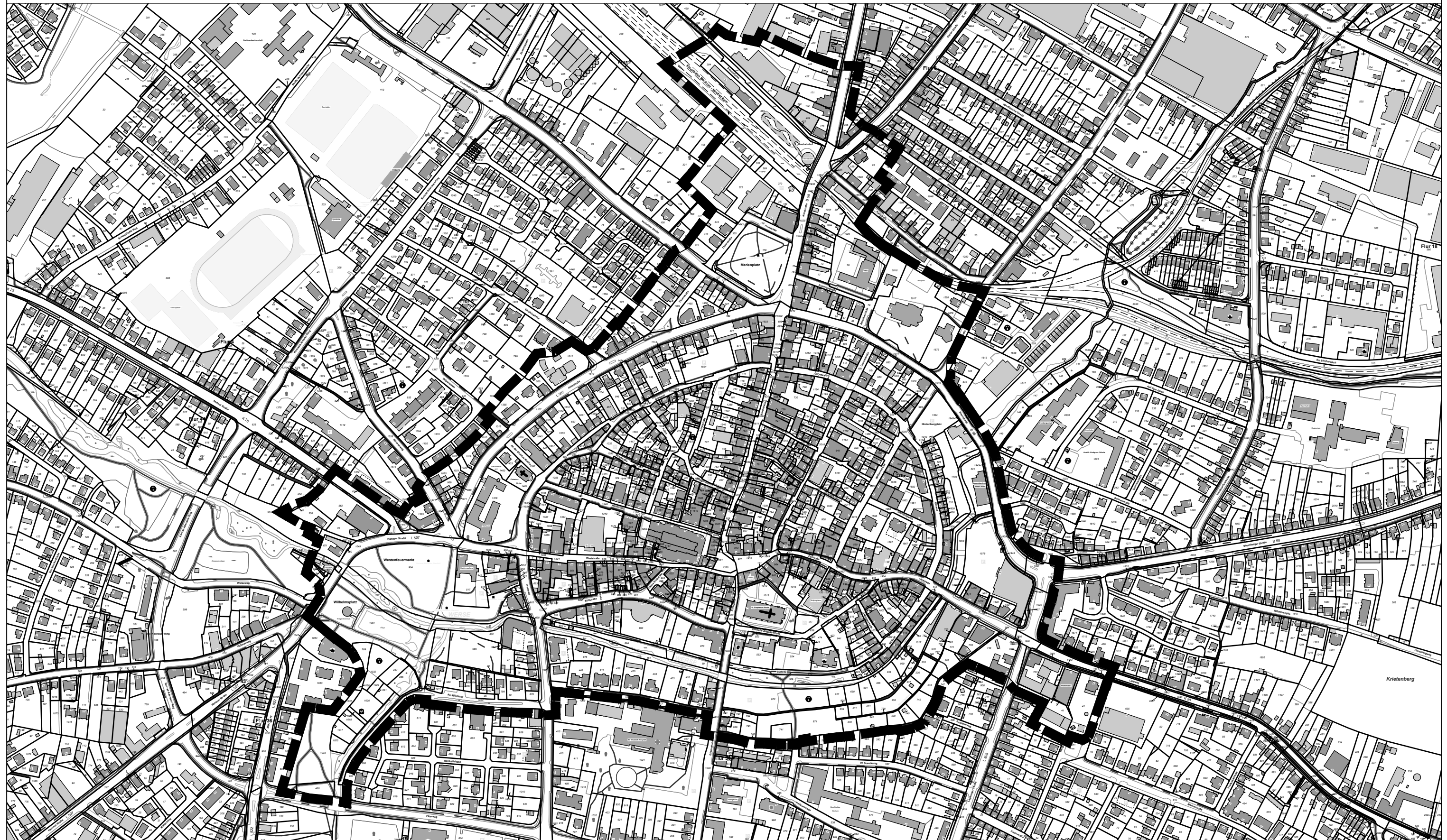
Verfahrensart und -dauer

- (1) Die Sanierung wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 142 Absatz 4 BauGB durchgeführt. Die Anwendung der §§ 152 bis 156a BauGB und des § 144 BauGB werden deshalb ausgeschlossen.
- (2) Die Sanierung soll nach 15 Jahren abgeschlossen sein.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Satzung wird gemäß § 143 Absatz 1 BauGB mit ihrer Bekanntmachung rechtsverbindlich. Mit dem gleichen Tag tritt die Satzung der Stadt Beckum über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Innenstadt Beckum (Sanierungssatzung „Innenstadt Beckum“) vom 9. Juli 2012 außer Kraft.



TOP Ö 18

Stadt Beckum – Satzung der Stadt Beckum über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Innenstadt Beckum 2025“
Abwägung zur Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange im Sinne des § 139 Absatz 2 BauGB

Stellungnahmen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange (18.09.2025 bis 19.10.2025)

Ifd. Nr.	Verfasser der Stellungnahme; Datum der Stellungnahme	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung
1	18.09.2025 Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (Niederlassung Münster)	[...] von unserer Seite werden keine Einwendungen erhoben.	Es ergibt sich kein Abwägungserfordernis.
2	18.09.2025 Kreispolizeibehörde Warendorf	[...] bzgl. Ihrer Anfrage wegen Stellungnahme kann ich Ihnen von hier aus mitteilen, dass seitens der Polizei Warendorf hinsichtlich des geplanten Konzeptes aus verkehrsrechtlicher Sicht in dieser Phase des Verfahrens keine Einwände bestehen. Hinsichtlich der möglichen Neugestaltung von Kreisverkehren (s. S. 28, nördl. Stadtgebiet; Allee-str./Nordstr./Sternstr. und Nordstr./Oelder Str.) wird eine ausführliche Stellungnahme erfolgen, wenn eine konkrete Umsetzungsabsicht in die Planung übernommen wird. Kreisverkehre werten nicht zwangsläufig die Verkehrssicherheit und den Komfort für den Radverkehr auf. Zahlreiche Beispiele in Ahlen, Telgte und Warendorf zeigen, dass eher das Gegenteil der ursprünglichen Zielsetzung erreicht worden ist und ein großer Teil dieser Einrichtungen jetzt als ständige Unfallhäufungsstelle (UHS) -be-sonders unter der Beteiligung von Radfahrenden- gilt. Ein nachträglicher Rückbau -zu einem Knoten-punkt mit LZA-Regelung- scheint in vielen Fällen die einzige Option zur Beseitigung der UHS, ist aber aus unterschiedlichen Gründen bisher kaum umsetzbar.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es ergibt sich kein Abwägungserfordernis.
3	19.09.2025 Bundesamt für Infrastruktur, Umwelt-schutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) (Referat Infra I 3)	[...] vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öf-fentlicher Belange keine Einwände.	Es ergibt sich kein Abwägungserfordernis.
4	24.09.2025 Westnetz GmbH: Dokumentation - Gas	[...] wir nehmen Bezug auf Ihr Anschreiben vom 18.09.2025 an die Westnetz GmbH, mit der Sie um Stellungnahme für das Projekt: Satzung der Stadt Beckum über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets "Innenstadt Beckum 2025", gebeten haben. In dem von Ihnen angegebenen Bereich verlaufen die Erdgashochdruckleitungen L.-Str. 2289, L.-Str. 2287, L.- Str. 2270 und die Gasstationen GS-421267, Am Hirschgraben 51 sowie GS-421598, Elisabeth-straße 10. Die o. g. Erdgashochdruckleitungen, sowie die Gasstationen befinden sich im Eigentum der Westnetz GmbH. Die nachfolgende Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die o. g. Erdgashochdruckleitungen mit einem Betriebsdruck $\geq 5\text{bar}$. Für die eventuell vorhandenen Versorgungsleitungen anderer	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der konkreten Maßnahmenumset-zung berücksichtigt/beachtet. Es ergibt sich kein Abwägungserfordernis.

	<p>Druckstufen und Sparten (Strom, Wasser, Fernwärme) erteilt das Regionalzentrum Münster (posteingang-netzplanung-muenster@westnetz.de) eine Stellungnahme. Diese sollte Ihnen bereits vorliegen.</p> <p>Die örtliche Betreuung der Erdgashochdruckleitung erfolgt durch unseren anlagenverantwortlichen Meister, [REDACTED]. Zur Kontaktaufnahme wählen Sie bitte die Rufnummer: [REDACTED]. Eine Computerstimme wird Sie dann auffordern eine Durchwahl einzugeben. Sie lautet in diesem Fall [REDACTED].</p> <p>Wir möchten Sie jetzt schon darauf hinweisen, dass vor Beginn jeglicher Bauarbeiten in den Schutzstreifenbereichen und in der Nähe der Erdgashochdruckleitungen, die örtliche Abstimmung der Arbeiten mit unserem anlagenverantwortlichen Meister zu erfolgen hat.</p> <p>Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass alle Arbeiten in der Nähe unserer Versorgungseinrichtungen mit Lebensgefahr verbunden sind.</p> <p>Anliegend übersenden wir Ihnen einen Bestandsplan im Maßstab M 1:500 aus dem Sie die Lage der Erdgashochdruckleitung entnehmen können. Den Geltungsbereich des o.g. Projektes haben wir nachrichtlich mit aufgenommen. Der Verlauf der Leitungen ist in generalisierter Form dargestellt. Mit Abweichungen der tatsächlichen Leitungslage muss gerechnet werden. Leitungslagen sind grundsätzlich nicht abzugreifen.</p> <p>Die Tiefenlagen der Erdgashochdruckleitungen sind in dem Bestandsplanwerk mit einem D dargestellt. Bei fehlenden Angaben zu den Tiefenlagen gehen wir von einer Regeldeckung aus, die bei ca. 0,7 m bis 1,0 m liegt. Zur genauen Bestimmung der Lage und Erdüberdeckungen der Erdgashochdruckleitungen sind ggf. nach Abstimmung mit unserem Netzbetrieb Probeaufgrabungen erforderlich. Die Schutzstreifenbreiten der o. g. Erdgashochdruckleitungen entnehmen Sie bitte folgender Tabelle:</p> <p>Leistungsnummer Betriebszustand Nennweite Schutzstreifenbreite</p> <p>L02289 in Betrieb DN 150 4,0 m (2,0 m beidseitig der Leitungsachse)</p> <p>L02287 in Betrieb DN 150 4,0 m (2,0 m beidseitig der Leitungsachse)</p> <p>L02270 in Betrieb DN 100 4,0 m (2,0 m beidseitig der Leitungsachse)</p> <p>Der tatsächlich grundbuchrechtlich gesicherte Schutzstreifen kann ggf. von den o. g. Angaben abweichen. Der Schutzstreifen schafft die räumliche Voraussetzung zur Überwachung nach dem DVGW-Arbeitsblatt G 466/I. Der Schutzstreifen ist von jeglicher Bebauung freizuhalten und darf auch nicht mit Bäumen bepflanzt werden. Oberflächenbefestigungen im Bereich der Erdgashochdruckleitungen in Beton sind nicht zulässig. Das Lagern von Bauelementen, schwertransportablen Materialien, Mutterboden oder sonstigem Bodenabtrag sind in dem Schutzstreifenbereich nicht gestattet. Größere Bodenauf- und -abträge (0,20 m) sind ebenfalls ohne Absprache nicht zulässig. Zu evtl. Auskofferungen weisen wir darauf hin, dass diese im Bereich der Erdgasleitungen so vorgenommen werden müssen, dass eine Gefährdung der Erdgasleitungen, auszuschließen ist.</p> <p>Die Erdgashochdruckleitungen müssen jederzeit, auch während der Baumaßnahme, zugänglich und funktionstüchtig bleiben. Waldbestände und Einzelbaume müssen einen Abstand von 2,50 m beiderseits der Leitungsaußenkanten aufweisen. Strauchwerk bis 2,0 m Höhe darf in solchen Abstand gepflanzt werden, dass Inspektionen, Messungen und sonstige Maßnahmen ohne Beeinträchtigungen möglich sind. Bei Überwachungs-, Wartungs- und Reparaturarbeiten an einer Versorgungsleitung</p>	
--	--	--

Stadt Beckum – Satzung der Stadt Beckum über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Innenstadt Beckum 2025“

Abwägung zur Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange im Sinne des § 139 Absatz 2 BauGB

		<p>oder Kabel kann auf evtl. vorhandene Anpflanzungen und Anlagen in dem Schutzstreifenbereich keine Rücksicht genommen werden.</p> <p>Wir bitten Sie, dafür Sorge zu tragen, dass im Zuge von Erschließungsarbeiten (Kanalanschluß, Gas-/Wasser- und Stromleitungsverlegungen etc.) die Erdgashochdruckleitung Berücksichtigung findet. Wir gehen hierbei davon aus, dass sich das Geländeniveau nicht wesentlich verändert (+/- 0,20 m).</p> <p>Sofern neue Anlagen oder Änderungen von Straßen und Wegen, wasserwirtschaftlichen Anlagen, Grundstücken (Eigentumsverhältnissen), Geländehöhen, Grünanlagen und Bepflanzungen im Bereich der Versorgungsanlagen zu erwarten sind, müssen anhand von Detailplanungen rechtzeitig Abstimmungen mit uns erfolgen.</p> <p>Das Befahren der Erdgashochdruckleitungen mit Raupen oder Kettenfahrzeugen oder sonstigen Lastkraftwagen und Abräummaschinen ist bei unbefestigten Oberflächen ohne unsere Zustimmung nicht erlaubt. Zuwegungen und Überfahrten sind für die Befahrung mit Transport- und Hebefahrzeugen (≤ 12 to. Achslast) zu ertüchtigen bzw. durch geeignete Maßnahmen (z. B. Baggermatratzen, bewehrte Betonplatten o. ä.) zu sichern.</p> <p>Sollten bei der Durchführung der Arbeiten Schäden an den Erdgashochdruckleitungen entstehen, ist unverzüglich der zuständige Meister oder unsere ständig besetzte Leitzentrale unter der Rufnummer [REDACTED] zu benachrichtigen. Aus Sicherheitsgründen sind die Arbeiten im Bereich der Schadstelle einzustellen, bis der Schaden durch unsere Fachleute begutachtet worden ist und die Arbeiten wieder freigegeben werden. Wird bei Baumaßnahmen versehentlich die Umhüllung der von uns überwachten Gasfernleitungen beschädigt, werden diese Schäden kostenlos durch uns beseitigt.</p> <p>Des Weiteren sind bei der Planung und Durchführung Ihrer Baumaßnahme unsere Anweisungen zum Schutz von Erdgashochdruckleitungen (inkl. Begleitkabel) der Westnetz GmbH zu beachten.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass der Nutzer allein das Übertragungsrisiko trägt und somit die Haftung für Schäden und Folgeschäden hinsichtlich der Vollständigkeit und der Interpretierbarkeit der zur Verfügung gestellten Daten. Die von der Westnetz GmbH zur Verfügung gestellten Leitungsdaten, sind auf das o. g. Projekt beschränkt und dürfen nicht für die Bauausführung, sondern nur zu Planungszwecken verwendet werden.</p> <p>Weitergehende Sicherungs- und/bzw. Anpassungsmaßnahmen, die erst an Ort und Stelle geklärt werden können, behalten wir uns ausdrücklich vor. Den Weisungen unserer Mitarbeiter ist zwingend Folge zu leisten.</p> <p>Die eindeutige Lesbarkeit bestätigen Sie uns bitte nach dem Öffnen der Plandatei unter: hd-gasstellungnahmen@westnetz.de. Bitte beachten Sie die beigefügten Anlagen.</p>	
5	24.09.2025 Eisenbahn-Bundesamt (Außenstelle Köln)	<p>[...] Ihr Schreiben ist am 19.09.2025 beim Eisenbahn-Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o. a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.</p> <p>Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der konkreten Maßnahmenumsetzung berücksichtigt/beachtet.</p> <p>Es ergibt sich kein Abwägungserfordernis.</p>

Stadt Beckum – Satzung der Stadt Beckum über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Innenstadt Beckum 2025“

Abwägung zur Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange im Sinne des § 139 Absatz 2 BauGB

		<p>Es ist sicherzustellen, dass die Flurstücke keinem Bahnbetriebszweck dienen. Andernfalls unterfällt das Flurstück dem eisenbahnrechtlichen Fachplanungsvorbehalt nach § 18 Abs. 1 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) sowie dem Fachplanungsvorrang nach § 38 Baugesetzbuch (BauGB). Auskunft über die Zweckbestimmung der o. g. Fläche erteilt die DB Immobilien -Region West-, Erna-Scheffler-Str. 5 in 51103 Köln.</p> <p>Hinsichtlich der Grenzbebauung sind u.a. die Vorschriften des § 6 BauO NRW zu beachten.</p> <p>Sofern dies nicht ohnehin veranlasst worden sein sollte, wird die Beteiligung der Infrastrukturbetreiberin DB InfraGo AG -Regionalbereich West-, Hansastr. 15 in 47058 Duisburg als Trägerin öffentlicher Belange empfohlen. Denn das Eisenbahn-Bundesamt prüft nicht die Vereinbarkeit Ihrer Planungen aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen. Abschließend stelle ich fest, dass aktuelle zulassungsrechtliche und raumbedeutsame Planungen der Eisenbahnen des Bundes im betroffenen Bereich, die über bereits festgestellte Planungen hinausgehen und mit Ihrer Planung unmittelbar kollidieren könnten, hier nicht bekannt sind. Hierzu sollte sich ggf. ebenfalls auch die DB InfraGO AG äußern.</p> <p>Die folgenden Hinweise bitte ich zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ansprüche gegen Eisenbahninfrastrukturunternehmen, die sich durch Immissionen aus dem Eisenbahnbetrieb auf planfestgestellten und baulich nicht geänderten Verkehrsanlagen begründen, sind ausgeschlossen. Für einen ausreichenden Schutz vor Lärm und Erschütterungen aus dem Eisenbahnbetrieb hat der Planungsträger, der ein Bauvorhaben in der Nachbarschaft von Eisenbahnbetriebsanlagen durchzuführen beabsichtigt, selbst zu sorgen. • Bei Planungs- und Bauvorhaben in räumlicher Nähe zu Bahnbetriebsanlagen ist zum Schutz der Baumaßnahme und zur Sicherung des Eisenbahnbetriebs das Einhalten von Sicherheitsabständen zwingend vorgeschrieben. Ein gewolltes oder ungewolltes Hineingelangen in den Gefahrenbereich und den Sicherheitsraum der Bahnanlagen ist gemäß § 62 EBO unzulässig und durch geeignete und wirksame Maßnahmen grundsätzlich und dauerhaft auszuschließen. • Die infrastrukturellen Belange sowie die spezifisch vorliegenden Sicherheitsabstände für Bauten nahe der Bahn, Lagerung von Baumaterialien, den notwendigen Arbeitsraum für Instandsetzungsarbeiten der Bahnanlagen, Abstand und Art von Neuanpflanzungen im Nachbarbereich, Beleuchtung, Entwässerung, etc., sind von der Infrastrukturbetreiberin, bzw. von der DB Immobilien anzugeben. 	
6	30.09.2025 Wasserversorgung Beckum GmbH	[...] es bestehen keine Bedenken zu dem Satzungsentwurf.	Es ergibt sich kein Abwägungserfordernis.
7	06.10.2025 Bezirksregierung Münster: Dezernat 54 (Wasserwirtschaft, einschließlich anlagenbezogener Umweltschutz)	<p>[...] mit Schreiben vom 18.09.2025 haben Sie um fachliche Stellungnahme zu dem oben angegebenen Verfahren gebeten.</p> <p>Das Dezernat 54 - Wasserwirtschaft - der Bezirksregierung Münster hat die vorgelegten Unterlagen aus wasserwirtschaftlicher Sicht geprüft. Die zu vertretenden Belange werden von dem Vorhaben berührt, jedoch bestehen keine Bedenken. Bitte beachten Sie die nachfolgenden Hinweise:</p> <p>Hinweis auf die Starkregenhinweiskarten</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der konkreten Maßnahmenumsetzung berücksichtigt/beachtet.</p> <p>Es ergibt sich kein Abwägungserfordernis.</p>

Stadt Beckum – Satzung der Stadt Beckum über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Innenstadt Beckum 2025“

Abwägung zur Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange im Sinne des § 139 Absatz 2 BauGB

		<p>Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie hat im Jahr 2021 eine Starkregenhinweiskarte für das Gebiet Nordrhein-Westfalen veröffentlicht. Einsehbar ist die Starkregenhinweiskarte unter https://www.geoportal.de/. Demnach können Teile des Plan-Gebiets von seltenen und/oder extremen Starkregenereignissen betroffen sein. Ich bitte darum, dies im Rahmen der Planung zu berücksichtigen.</p> <p>Hinweis Interpretationshilfe Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz</p> <p>Am 01.09.2021 ist der länderübergreifende Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH) als Anlage der Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen übergreifenden Hochwasserschutz in Kraft getreten. Der Plan soll das Wasserrecht unterstützen und ergänzen. Er dient dazu den Hochwasserschutz u. a. durch vorausschauende Planung zu verbessern. Die Ziele des BRPH sind bindend und daher im Rahmen der Bauleitplanung zu beachten und die Grundsätze zu berücksichtigen. Die Interpretationshilfe zum BRPH ist hier einsehbar: Interpretationshilfe BRPH.pdf</p>	
8	09.10.2025 Landesbetrieb Straßenbau NRW: Regionalniederlassung Münsterland Hauptstelle Coesfeld	<p>[...] in der Begründung zur Sanierungssatzung werden unter Punkt 4. die einzelnen Sanierungsziele der Satzung aufgeführt.</p> <p>Belange der Regionalniederlassung Münsterland werden unter dem Punkt "Optimierung der Wegeführung für den Radverkehr speziell in den Straßenzügen Alleestraße/Sternstraße/(Nord-)Neubeckumer Straße" berührt. Es handelt sich dabei um Streckenbereiche der L 507, innerhalb der festgesetzten Ortsdurchfahrt. Konkrete Planungen liegen hierzu noch nicht vor.</p> <p>Grundsätzlich werden seitens Straßen NRW die Satzungsziele unterstützt sofern die geplanten Maßnahmen sich innerhalb der gesetzlichen Verpflichtung und der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Regionalniederlassung Münsterland bewegen.</p> <p>Durch die übrigen Satzungsziele werden keine Belange der Regionalniederlassung Münsterland berührt.</p> <p>Weitere Anregungen werden daher nicht vorgebracht.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es ergibt sich kein Abwägungserfordernis.</p>
9	14.10.2025 Kreis Warendorf – Der Landrat	<p>Zu dem o.a. Planungsvorhaben habe ich folgende Anregungen und Bedenken:</p> <p><u>Amt für Planung und Naturschutz:</u></p> <p>Da bereits heute bei Umbau- oder Sanierungsmaßnahmen die Belange des Artenschutzes gem. § 44 BNatSchG zu beachten sind, werden allein mit der Festlegung des Sanierungsgebietes keine artenschutzrechtlichen Verbote gem. § 44 BNatSchG vorbereitet.</p> <p>Im Zuge von konkreten Baugenehmigungen ist jedoch sicherzustellen, dass die Belange des Artenschutzes gem. § 44 BNatSchG berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang wird auch auf die vom zuständigen Ministerium am 22.12.2010 herausgegebene Handlungsempfehlung zum "Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben" hingewiesen.</p> <p><u>Amt für Umweltschutz und Straßenbau Untere Wasserbehörde - Wasserwirtschaft und Gewässer:</u></p> <p>Nach Prüfung der Unterlagen gebe ich folgende Anregungen bzw. weise ich auf folgendes hin:</p> <p>1. Maßnahmen 4.1 und 4.2 sehen die Entwicklung des Wersegrünzugs vor. Das Sanierungsgebiet befindet sich z. T. im vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiet der Werse (in Kraft getreten am 29.11.2014). Innerhalb des Überschwemmungsgebietes gelten bauliche und sonstige</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der konkreten Maßnahmenumsetzung berücksichtigt/beachtet.</p> <p>Es ergibt sich kein Abwägungserfordernis.</p>

Stadt Beckum – Satzung der Stadt Beckum über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Innenstadt Beckum 2025“

Abwägung zur Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange im Sinne des § 139 Absatz 2 BauGB

		<p>Schutzvorschriften gemäß §§ 78 und 78a Wasserhaushaltsgesetz (WHG). So ist u. a. das Erhöhen und Vertiefen der Erdoberfläche und das Errichten von Mauern, Wällen oder ähnlichen Anlagen, die den Wasserabfluss behindern können, untersagt. Maßnahmen innerhalb des Überschwemmungsgebietes der Werse sind mit der Unteren Wasserbehörde des Kreises Warendorf abzustimmen.</p> <p>2. Innerhalb des Sanierungsgebietes verlaufen der Lippbach, die Werse (auch Kollenbach) und der Rüenkolk. Maßnahmen unmittelbar an den Gewässern oder im Gewässerrandstreifen (5 Meter ab der Böschungsoberkante vgl. § 38 Wasserhaushaltsgesetz (WHG)) sind mit der Unteren Wasserbehörde des Kreises Warendorf abzustimmen.</p> <p>3. Das Sanierungsgebiet liegt zum Teil innerhalb des Hochwasserrisikogebietes der Werse.</p> <p>4. Das Sanierungsgebiet weist zum Teil eine Betroffenheit bei extremen und außergewöhnlichen Regenereignissen laut Starkregengefahrenhinweiskarte NRW auf.</p> <p><u>Amt für Umweltschutz und Straßenbau Untere Bodenschutzbehörde:</u></p> <p>Aus bodenschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Innenstadt Beckum 2025 keine Bedenken, weil bodenschutzrechtliche Belange, wie z.B. die Sanierung von schädlich verunreinigten Böden, nicht Gegenstand des Verfahrens sind.</p>	
10	14.10.2025 Industrie- und Handelskammer NRW	<p>[...] grundsätzlich begrüßen wir die Festlegung des Sanierungsgebiets "Innenstadt Beckum 2025" und die damit verfolgte Absicht gebietsbezogene städtebauliche Missstände zu beheben. Insbesondere die Behebung von Funktionsschwächen hat Auswirkungen auf den innenstadttypischen Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistungen. Wir bitten darum, die Interessen der lokalen Wirtschaft im Rahmen des Prozesses ausreichend zu berücksichtigen und eine Kommunikation entsprechend relevanter Informationen zu gewährleisten.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der konkreten Maßnahmenumsetzung berücksichtigt.</p> <p>Es ergibt sich kein Abwägungserfordernis.</p>
11	15.10.2025 Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH (Abteilung Infrastruktur)	<p>[...] die Belange der WLE sind bei der geplanten Satzung Innenstadt Beckum 2025 nicht betroffen. Demnach bestehen aus eisenbahntechnischer Sicht keine Bedenken.</p> <p>Vorsorglich möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, dass alle Eisenbahnstrecken unseres Unternehmens für eine perspektivische Wiederaufnahme des Schienenpersonennahverkehrs untersucht werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es ergibt sich kein Abwägungserfordernis.</p>
12	16.10.2025 LWL – Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen (Städtebau und Landschaftskultur)	<p>[...] vielen Dank für die Beteiligung im Sinne des § 139 BauGB zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebiets "Innenstadt Beckum 2025". Von Seiten des Sachbereichs Städtebauliche Denkmalpflege der LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen nehme ich zu den vorgelegten Unterlagen Stellung.</p> <p>Im kulturlandschaftlichen Fachbeitrag zum Regionalplan Münsterland Regierungsbezirk Münster wird Beckum als einer der kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkerne des Kernmünsterlandes ausgewiesen. Gegen die Festlegung eines Sanierungsgebiets "Innenstadt Beckum 2025" bestehen keine Bedenken aus denkmalfachlicher Sicht. In der Begründung zur Sanierungssatzung wird die Sicherung und Weiterentwicklung der stadtbildprägenden und denkmalgeschützten Bausubstanz unter Berücksichtigung der Bedeutung für das Stadtbild als Sanierungsziel benannt. Zudem wird darauf verwiesen, dass bei Umbau, Umnutzung und Anpassung der Gebäudesubstanz der historische Kontext zu berücksichtigen sei. Da allerdings auch die mangelnde energetische Beschaffenheit der teilweise historischen und denkmalgeschützten Bebauung nach augenscheinlicher Erhebung als Substanzschwäche benannt</p>	

		<p>wurde, verweise ich darauf, dass insbesondere bei denkmalgeschützten Gebäuden das Erfordernis besteht, für jedes Denkmal angepasste Lösungen zu entwickeln, welche es vermögen, den jeweiligen Denkmalwert nicht zu schmälern. Ich weise in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass für Denkmäler und als solche von kommunaler Seite bewerteter, sonstiger besonders erhaltenswerter Bausubstanz Abweichungen von den Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) möglich sind, wenn Maßnahmen zur Energieeinsparung die Substanz oder das Erscheinungsbild der jeweiligen Objekte beeinträchtigen oder einen unverhältnismäßig hohen Aufwand erfordern würden. Ob im Rahmen des ISEKs oder des Fachbeitrags Immobilien die sonstige besonders erhaltenswerte Bausubstanz erfasst wurde, kann ich durch die vorgelegten Unterlagen nicht nachvollziehen. Ich weise aber darauf hin, dass die nachrichtliche Darstellung erhaltenswerter Bausubstanz nach § 30 Abs. 4 Satz 2 DSchG NRW im Rahmen eines Denkmalpflegeplans erfolgen soll.</p> <p>Hinsichtlich des ISEKs verweise ich darauf, dass die dort in den Kartenwerken kartierten Baudenkmäler nicht vollständig sind. Nach überschlägiger Durchsicht fehlten hier z. B. St. Martin, das ehem. Jungfrauen-Dormitorium, Weststr. 3 und 4 und Einsteinstr. 14. Auch bei dem Marienplatz handelt es sich um ein Denkmal. Sollten die Kartengrundlagen auch in einem städtischen Informationssystem überführt worden sein, empfehle ich dies noch einmal zu überprüfen. Das Sütfeldhaus wird im Text am Markt 4 verortet. Dieses hat allerdings die Anschrift Weststr. 4. Für Maßnahmen an Denkmälern - hier u. a. Maßnahme 1.3 und Maßnahme 7 - verweise ich grundlegend auf die erforderliche Abstimmung mit der Unteren Denkmalbehörde und den Einbezug des Denkmalfachamts. Als Maßnahme 2 wird die ein extern begleiteter Prozess zur Aufhebung der seit 1989 bestehenden Erhaltungssatzung benannt. Da die Erhaltungssatzung als Instrument des städtebaulichen Denkmalschutzes der Erhaltung der Stadtgestalt unter kommunaler Steuerung dient, rege ich an, im angestrebten baukulturellen Dialog nicht nur eine Aufhebung, sondern auch eine Anpassung der Erhaltungssatzung an aktuelle Bedarfe zu diskutieren.</p> <p>Die im Fachbeitrag Immobilien auch für Denkmäler augenscheinlich erhobenen baulichen Mängel und Leerstände - letztere nur für Weststr. 24 und Kirchplatz 6 festgestellt - können auch wichtige Hinweise für den notwendigen Denkmalerhalt liefern. Sollte eine Auswertung der Inhalte mit dem Fokus auf die einzelnen Denkmäler vorliegen, wären ich dankbar darüber, wenn uns diese Daten zur Verfügung gestellt werden könnten.</p>	<p>Der Fachbeitrag Immobilien diene nicht zusätzlich zur Ermittlung sonstiger besonders erhaltenswerter Bausubstanz und erfüllt demnach nicht die Voraussetzungen nach § 30 Absatz 4 Satz 2 DSchG NRW.</p> <p>Der Hinweis hinsichtlich der nicht in den Kartenwerken zum ISEK Beckum Innenstadt dargestellten Denkmäler wird zur Kenntnis genommen. Die Darstellung der Denkmäler hat keine rechtlichen Konsequenzen. Im Zuge der späteren Maßnahmenumsetzung an Gebäuden werden die Untere Denkmalbehörde und das Denkmalfachamt beteiligt. Eine Anpassung der Kartenwerke ist daher nicht erforderlich.</p> <p>Die fälschliche Bezeichnung des Gebäudes Weststraße 4 als Markt 4 wurde bereits redaktionell angepasst.</p> <p>Der Dialogprozess zur Baukultur ist als offener Prozess angelegt. Insofern wird der Hinweis hinsichtlich der Anpassung der Erhaltungssatzung an aktuelle Bedarfe zur Kenntnis genommen und im Zuge des Prozesses berücksichtigt.</p> <p>Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der konkreten Maßnahmenumsetzung berücksichtigt.</p> <p>Es ergibt sich kein Abwägungserfordernis.</p>
13	<p>17.10.2025</p> <p>Westnetz GmbH: Regionalzentrum Münster (vormals innogy Netze Deutschland GmbH)</p>	<p>[...] als Anlage zu Ihrem Schreiben haben Sie uns den Entwurf der Planunterlagen zur Stellungnahme übermittelt. Wir weisen darauf hin, dass sich innerhalb bzw. am Rande des Geltungsbereiches des o.g. Satzung sich Info Kabel bzw. Datenkabel befinden. Maßnahmen die den ordnungsgemäßen Bestand und Betrieb der Leitungen beeinträchtigen oder gefährden, dürfen nicht vorgenommen werden. Für den Dienstgebrauch und zur Berücksichtigung bei Ihren weiteren Planungen, übersenden wir Ihnen einen Planausschnitt, aus dem der Leitungsbestand ersichtlich ist. Weitere Bedenken und Anregungen werden nicht geltend gemacht.</p> <p>Diese Stellungnahme erfolgt für das 0,4-10kV-Verteilnetz und das Gas-Verteilnetz als Eigentümerin und für Steuer-/Fernmeldekabel im Namen und Auftrag der Westnetz Kommunikationsleitungen GmbH & Co. KG.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der konkreten Maßnahmenumsetzung berücksichtigt/beachtet.</p> <p>Es ergibt sich kein Abwägungserfordernis.</p>

Stadt Beckum – Satzung der Stadt Beckum über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Innenstadt Beckum 2025“

Abwägung zur Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange im Sinne des § 139 Absatz 2 BauGB

	Deutsche Telekom Technik GmbH	<p>[...] die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH ist Betreiberin eines bundesweiten Telekommunikationsnetzes, über das Telekommunikationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit erbracht werden. Sie hat Eigentum und Funktionsherrschaft über das Telekommunikationsnetz (TK-Netz) in der Bundesrepublik Deutschland im Wege der Ausgliederung gem. § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG von der Deutschen Telekom AG übernommen, deren 100%-ige Tochtergesellschaft sie ist. Die Ausgliederung wurde gem. § 131 Abs. 1 Nr. 1 UmwG mit Eintragung ins Handelsregister der Deutschen Telekom AG (HRB 6794, Amtsgericht Bonn) und der Telekom Deutschland GmbH (HRB 5919, Amtsgericht Bonn) wirksam. Mit Urkunde vom 18.03.2010 der Bundesnetzagentur wurde der Telekom Deutschland GmbH das Recht zur unentgeltlichen Nutzung von Verkehrswegen für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gem. § 125 Abs. 2 Telekommunikationsgesetz (TKG) übertragen.</p> <p>Im Untersuchungsgebiet sind von uns einige Maßnahmen beabsichtigt oder eingeleitet, die für die Sanierung bedeutsam sein können. Sollte bereits im vorliegenden Verfahren die Kenntnis über die einzelnen Maßnahmen erforderlich sein, bitte ich um entsprechende Rückmeldung.</p> <p>Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes der Telekom sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass uns Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet so früh wie möglich, mindestens 3 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden. Wenden Sie sich hierzu bitte per Mail an unser Funktionspostfach unter: PTI-Mstr-Bauleitplanung@telekom.de</p> <p>Im angegebenen Planbereich betreibt die Telekom Telekommunikationslinien, wie aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich ist.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der konkreten Maßnahmenumsetzung berücksichtigt/beachtet.</p> <p>Es ergibt sich kein Abwägungserfordernis.</p>
14	17.10.2025 Handwerkskammer Münster (Wirtschaftsförderung)	[...] im Rahmen unserer Beteiligung an der Aufstellung sowie öffentlichen Auslegung des o. g. Planentwurfs tragen wir gemäß §§ 4 (2) und 3 (2) BauGB keine Anregungen vor.	Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
15	23.10.2025 LWL – Archäologie für Westfalen (Mittelalter- und Neuzeitarchäologie)	<p>[...] in diesem Schreiben beziehen wir uns auf Ihr angegebenes Sanierungsgebiet. Das in den beigefügten Unterlagen ausgewiesene Areal, für den die Satzung zur Sanierung der Innenstadt die Grundlage bilden soll, umfasst nahezu vollumfänglich den historischen Stadtkern von Beckum sowie angrenzende Bereiche. Damit sind durch das Planungsgebiet sämtliche Bodendenkmalkategorien (eingetragen, zur Eintragung vorgesehen, vermutet) betroffen. Ausgangspunkt der späteren Stadt Beckum war ein größerer Hof der Bischöfe von Münster, auf dessen Grund, wie eine Ausgrabung 1964 gezeigt hat, bereits in karolingischer Zeit eine Kirche, Vorgänger der bestehenden Pfarrkirche St. Stephanus, errichtet wurde. Im Schnittpunkt von zwei alten, westöstlich und nordsüdlich verlaufenden Fernwegen gelegen war die Kirche schon bald Ansatzpunkt für eine kleine, 1199 erstmals als „ville nostre Bekehem“ angesprochene Siedlung. Aufgrund ihrer Zentralität entwickelte sie sich schon bald zur Stadt und wurde 1224 unter die befestigten Orte des Bistums Münster gezählt (vgl. WUB III, Nr.207). 1238 wurde das Land des bischöflichen Hofes an die Neubürger zu Erbrecht verteilt und</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der konkreten Maßnahmenumsetzung berücksichtigt/beachtet.</p> <p>Es ergibt sich kein Abwägungserfordernis.</p>

	<p>schließlich um 1270 unter Bischof Gerhard von der Mark eine Stadtbefestigung errichtet, die bis in die Neuzeit die räumliche Ausdehnung der Stadt festgelegt hat. Innerhalb des Areals ist damit von untertägigem Substanzerhalt bis in das Frühmittelalter auszugehen.</p> <p>Befunderwartung:</p> <p>sämtliche Kategorien abgedeckt</p> <p>Einschätzungen Vorgehen:</p> <p>Innerhalb des Planungsgebietes befinden sich eine Vielzahl von archäologischen Fundstellen und Bodendenkmalbereichen. Wir weisen darauf hin, dass alle Maßnahmen an Bodendenkmälern und ihrem Umfeld einzeln zum Gegenstand eines denkmalrechtlichen Genehmigungsverfahrens gem. § 9 in Verbindung mit § 15 DSchG NRW werden müssen. Wir bitten daher an den weiteren (Einzel-)Planungen – sofern mit Bodeneingriffen verbunden – beteiligt zu werden. Die Außenstelle(n), im konkreten Fall die in Münster, schickt/-en in solchen Fällen i.d.R. als Anhang die z. Zt. bekannten archäologischen Bodendenkmäler/Fundstellen als Delos-Auszug im Shape Format bei.</p>	
--	--	--



Satzung über das besondere Vorkaufsrecht gemäß § 25 Absatz 1 Nummer 2 Baugesetzbuch für Flächen östlich und südlich des Gewerbegebietes "Auf dem Tigge"

Federführung: Fachbereich Stadtentwicklung

Beteiligungen: Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

Auskunft erteilt: Herr Denkert | 02521 29-6000 | denkert.u@beckum.de

Beratungsfolge:

Ausschuss für Stadtentwicklung

16.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die als Anlage zur Vorlage beigefügte Satzung über das besondere Vorkaufsrecht gemäß § 25 Absatz 1 Nummer 2 Baugesetzbuch für Flächen östlich und südlich des Gewerbegebietes „Auf dem Tigge“ wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Mit einer Vorkaufsrechtssatzung nach § 25 Absatz 1 Nummer 2 Baugesetzbuch (BauGB) sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Erwerb von Flächen östlich und südlich des Gewerbegebietes „Auf dem Tigge“ für die perspektivische Erweiterung des Gewerbegebietes geschaffen werden.

Die in der Anlage zur Vorlage ersichtlichen Flächen sind als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) oder Potenzialbereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB-P) im Regionalplan Münsterland festgelegt. Die Festlegung ist jedoch nicht parzellenscharf, sodass die Flächenkulisse für diese Vorkaufsrechtssatzung an die tatsächliche Grundstückssituation angepasst wurde. Der nördliche Teilbereich wird im Flächennutzungsplan der Stadt Beckum bereits als gewerbliche Baufläche dargestellt. Die Flächen befinden sich nicht im Eigentum der Stadt Beckum und werden aktuell überwiegend landwirtschaftlich genutzt.

Im Gewerbeflächenkonzept für die Stadt Beckum wird die Erweiterung des Gewerbegebietes „Auf dem Tigge“ in einem kurz- (1 bis 5 Jahre) bis mittelfristigen (5 bis 10 Jahre) Zeitraum auf den in Rede stehenden Flächen empfohlen.

Laut Gewerbeflächenkonzept „sollte die Arrondierung von Flächen zur Erweiterung bestehender Gewerbegebiete grundsätzlich vor einer gänzlichen Neuerschließung stehen. Denn Ziel sollte es sein, dass sich geeignete Gewerbeflächen stadträumlich und verkehrstechnisch in das Stadtgefüge einfügen, um die vorhandene Infrastruktur zu nutzen und den Flächenverbrauch möglichst einzuschränken.“ Die liegenschaftliche Flächensicherung zur Entwicklung neuer Gewerbegebiete ist dabei eine von 4 übergeordneten Leitlinien für die zukünftige Entwicklung von Gewerbeflächen. Das Gewerbeflächenkonzept wurde am 10.07.2025 vom Rat der Stadt Beckum als informelles Planungsinstrument beschlossen (vergleiche Vorlage 2025/0191 und die Niederschrift zur Sitzung).

Die Voraussetzungen des § 25 Absatz 1 Nummer 2 BauGB für eine Vorkaufsrechtssatzung sind demnach erfüllt. Die Verwaltung schlägt daher vor, mit dem Beschluss dieser Vorkaufsrechtssatzung die rechtlichen Voraussetzungen für einen Erwerb der Flächen zu schaffen.

Anlage(n):

Entwurf der Satzung

Satzung der Stadt Beckum vom _____ über das besondere Vorkaufsrecht gemäß § 25 Absatz 1 Nummer 2 Baugesetzbuch für Flächen östlich und südlich des Gewerbegebietes „Auf dem Tigge“

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2025 (GV. NRW. S. 618), in Verbindung mit § 25 Absatz 1 Nummer 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Oktober 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 257), hat der Rat der Stadt Beckum in seiner Sitzung am _____ folgende Satzung beschlossen:

Präambel

Die in § 2 dieser Satzung bezeichneten Flächen sind gemäß dem Gewerbeflächenkonzept für die Stadt Beckum für eine Erweiterung des Gewerbegebietes „Auf dem Tigge“ vorgesehen. Mit der Vorkaufsrechtssatzung sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Erwerb der Flächen geschaffen werden.

§ 1

Besonderes Vorkaufsrecht

Der Stadt Beckum steht zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung im Sinne des § 25 Absatz 1 Nummer 2 Baugesetzbuch für den in § 2 dieser Satzung genannten Geltungsbereich ein besonderes Vorkaufsrecht zu.

§ 2

Geltungsbereich

Die Vorkaufsrechtssatzung gilt für die aus der Anlage ersichtlichen Flächen östlich und südlich des Gewerbegebietes „Auf dem Tigge“ und umfasst die Grundstücke

- Gemarkung Beckum, Flur 24, Flurstücke 162 bis 165, 392 und 421,
- Gemarkung Beckum, Flur 101, Flurstücke 50, 53, 60, 62, 64, 66 bis 68, 83, 99, 112, 120 bis 122, 145, 146, 153 und 154,
- Gemarkung Beckum, Flur 107, Flurstücke 90 bis 92, 120, 149 und 162.

§ 3

Inkrafttreten

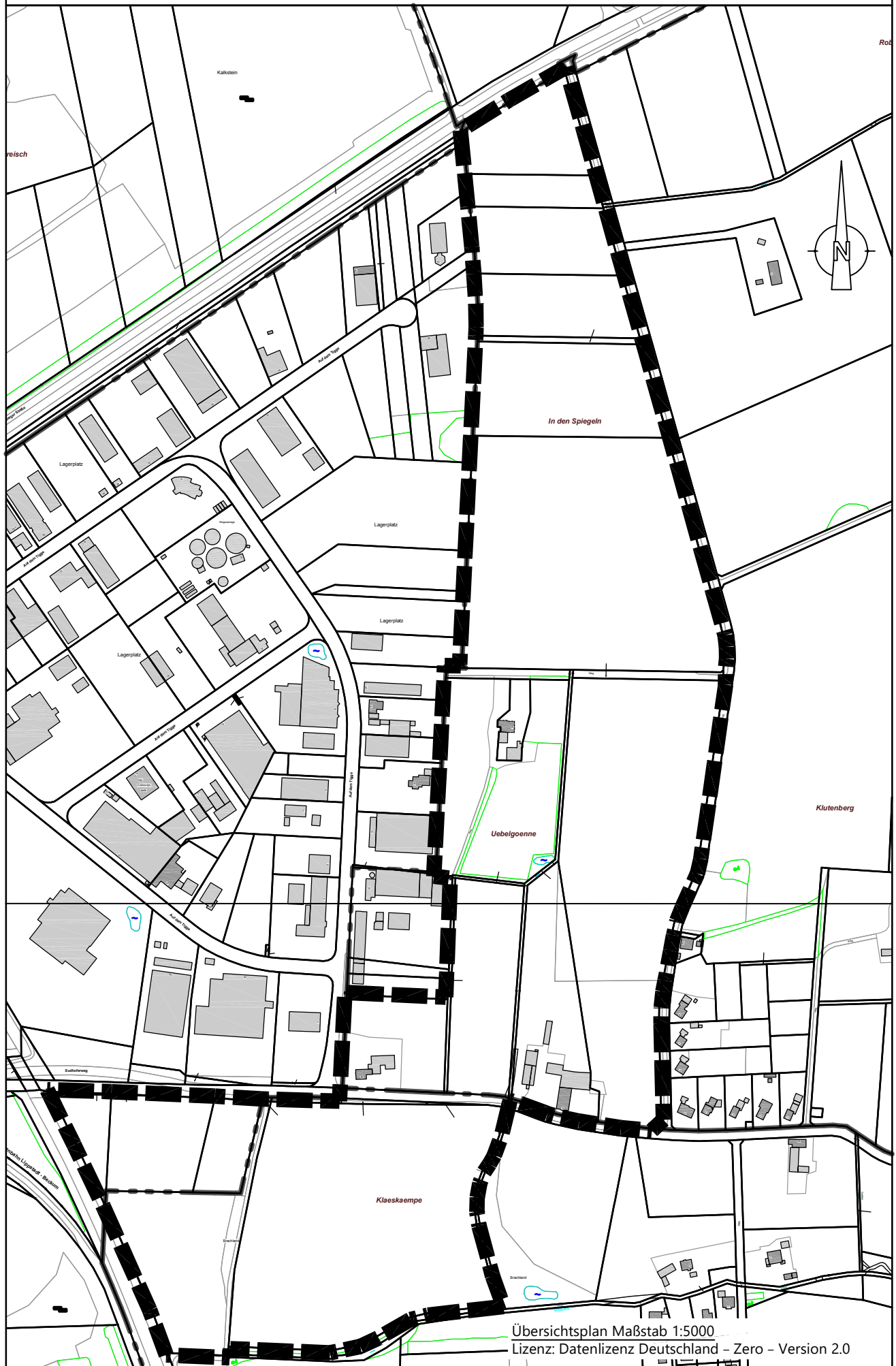
Die Satzung tritt am Tag nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft.

STADT BECKUM

DER BÜRGERMEISTER



Anlage zur Satzung der Stadt Beckum vom _____
über das besondere Vorkaufsrecht gemäß § 25 Absatz 1
Nummer 2 Baugesetzbuch für Flächen östlich und südlich
des Gewerbegebietes "Auf dem Tigge"



Sanierung des Freibads Neubeckum – Beantragung von Fördermitteln aus dem Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten"

Federführung: Fachbereich Umwelt und Bauen

Beteiligungen: Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder
Fachbereich Bildung, Kultur und Freizeit
Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Auskunft erteilt: Herr Dr. Hofbauer | 02521 29-7000 | hofbauer@beckum.de

Beratungsfolge:

Betriebsausschuss

11.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Der Beantragung einer Förderung aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ für die Maßnahme „Sanierung Freibad Neubeckum“ wird zugestimmt.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Die Kosten für die Sanierungsmaßnahme unter Annahme einer Förderung betragen gemäß Kostenschätzung 7.500.000,00 Euro netto.

Der Bund fördert bis zu 45 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben. Die genaue Förderhöhe legt der Haushaltsausschuss des Bundes in seiner Auswahlentscheidung fest.

Finanzierung

Die Finanzierung und auch die mögliche Förderung werden über den Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum abgebildet (siehe Vorlage 2025/0361).

Erläuterungen:

Der Deutsche Bundestag hat im Wirtschaftsplan 2025 des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) Programmmittel von 333 Millionen Euro für das neue Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ bereitgestellt. Damit sollen Kommunen dabei unterstützt werden, ihre Sportstätten von besonderer regionaler und überregionaler Bedeutung im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu erhalten und zu modernisieren. Gefördert werden die umfassende bauliche Sanierung und Modernisierung der fördergegenständlichen Sportstätten. Das umfasst auch Maßnahmen zur Erhöhung der Barrierefreiheit.

In Freibädern sind sowohl Maßnahmen zum Erreichen einer möglichst klimaneutralen Wärmeversorgung beziehungsweise der Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien als auch zur Reduzierung des Einsatzes von Ressourcen (Wasser, Chemikalien et cetera) förderfähig. Die Projekte müssen langfristig nutzbar sein, die Zweckbindungsfrist liegt in der Regel bei 20 Jahren, bei Ersatzneubauten bei 25 Jahren.

Die Beantragung der Fördermittel erfolgt in 2 Phasen:

In der Phase 1 des Verfahrens (Interessenbekundungsverfahren) müssen eine Projektskizze sowie die Kostenschätzung bis zum 15.01.2026 eingereicht werden. Die eingereichten Projektskizzen werden unter Berücksichtigung der Bewertungskriterien des Projektauftrags vorgeprüft. Auf dieser Grundlage wählt der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags voraussichtlich Ende Februar 2026 die Projekte aus, die für eine Förderung vorgesehen sind. Auf Grundlage der Auswahl des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags entscheidet die Bewilligungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel über die Gewährung der Zuwendung. Eine fortgeschrittene Projektreife von mindestens Leistungsphase 3 gemäß der Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI) sowie das Erreichen eines Anteils erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung von mindestens 75 Prozent sollen sich positiv auf die Bewertung der Projektskizze auswirken.

Darüber hinaus werden bei der Bewertung folgende Kriterien berücksichtigt:

- Umsetzung umfassender Maßnahmen zur Barrierefreiheit,
- zügige Umsetzbarkeit, schlüssige Projektstruktur und langfristige Nutzbarkeit,
- bedeutender Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt,
- Verwendung nachhaltiger Baumaterialien.

Ein Anspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Für die Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren wird ein Ratsbeschluss benötigt.

In der Phase 2, ab voraussichtlich März 2026, werden die nach der Auswahlentscheidung des Haushaltsausschusses zur Förderung vorgesehenen Kommunen durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung aufgefordert, einen Zuwendungsantrag zu stellen. Der Zuwendungsantrag muss die Erklärung enthalten, dass das beantragte Projekt noch nicht begonnen wurde. Planungsleistungen bis einschließlich Leistungsphase 5 HOAI gelten nicht als Vorhabenbeginn und können ebenfalls gefördert werden. Die Veröffentlichung der Ausschreibungen von Bauleistungen ist als Vorhabenbeginn anzusehen und wäre somit förderschädlich. Das Förderprojekt muss bis zum 31.12.2031 abgeschlossen sein.

Das Projekt befindet sich derzeit in der Leistungsphase 1 HOAI. Daher kann als Projektskizze das Ergebnis der Leistungsphase 2 (Vorentwurfsplanung) eingereicht werden. Der Rahmenterminplan sieht derzeit bei einem reibungslosen Ablauf eine Wiedereröffnung zur Freibadsaison Mitte Mai 2027 vor. Durch die beabsichtigte Beantragung von Fördermitteln ist dieser Termin jedoch nicht realisierbar, da die Förderzusagen vor Veröffentlichung der Ausschreibungsunterlagen vorliegen müssen. Wie lange es nach Antragstellung bis zum Erhalt eines Zuwendungsbescheids dauert, ist derzeit nicht absehbar. Sobald der Bescheid vorliegt, wird unverzüglich mit der weiteren Umsetzung des Projekts begonnen. Unter diesen Voraussetzungen ist eine Wiedereröffnung zur Freibadsaison 2028 im Mai realistisch.

In der Freibadsaison 2026 wäre das Freibad Neubeckum geöffnet.

Mit Schreiben vom 10.11.2025 beantragt der Neubeckumer Spielverein 19 e. V. die Berücksichtigung des Sportzentrums Harberg im Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ (siehe Anlage 1 zur Vorlage). Aus Sicht der Verwaltung sollte eine Berücksichtigung des Antrags des Neubeckumer Spielvereins 19 e. V. nicht erfolgen. So wird sich die wünschenswerte Projektreife (fortgeschrittene Planungsleistungen) bis zum 15.01.2026 nicht erreichen lassen. Zudem erscheint die Fokussierung der Stadt Beckum auf ein Projekt erfolversprechender.

Eine Zuständigkeit des Betriebsausschusses zur Beratung des Antrages des Neubeckumer Spielvereins 19 e. V. ist nach der Zuständigkeitsordnung des Rates, der Ausschüsse und der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters der Stadt Beckum nicht gegeben. Gleichwohl erfolgt die Berücksichtigung und Bewertung des Antrags des Neubeckumer Spielvereins 19 e. V. im Rahmen dieser Vorlage, um dem Rat der Stadt Beckum für seine abschließende Entscheidung ein vollständiges Bild geben zu können.

Anlage(n):

Schreiben des Neubeckumer Spielverein 19 e. V.



TOP Ö 20 NEUBECKUMER SPIELVEREIN 19 e.V.

Platzanlage "Sportzentrum Harberg" · Vereinsfarben schwarz-weiß
Fußball · Tischtennis

An den Bürgermeister der Stadt Beckum

Herrn Michael Gerdhenrich
Weststraße 46
59269 Beckum

Beckum, den 10. November 2025

Antrag auf Berücksichtigung des Sportzentrums Harberg im Förderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“

Sehr geehrter Herr Gerdhenrich,

im Rahmen des Förderprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, möchten wir Sie auf den dringenden Sanierungsbedarf am Sportzentrum Harberg in Neubeckum aufmerksam machen und anregen, dieses Objekt in die Planungen für eine Förderung aufzunehmen.

Das Sportzentrum Harberg ist seit Jahrzehnten ein zentraler Ort für den Breiten- und Vereinssport in Neubeckum. Durch die tägliche Nutzung verschiedener Vereine, sowie den umliegenden Schulen ist die Anlage, speziell die Kabinen und Sanitäranlagen in den letzten Jahrzehnten sehr in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Anlage ist mittlerweile in die Jahre gekommen und weist zum Teil erhebliche Mängel auf:

- **Sanitäre Anlagen** sind veraltet und nicht barrierefrei
- **Duschbereiche** sind regelmäßig von Verstopfungen betroffen, was zu hygienischen Problemen führt
- **Kabinen** weisen deutliche Feuchtigkeitsschäden und Schimmelbildung auf
- Die **Flutlichtanlage** ist veraltet und verursacht hohe Stromkosten, welche durch eine LED-Anlage gesenkt werden können
 - Es könnte der obere Rasenplatz mit weiteren LED-Scheinwerfern für den Trainingsbetrieb tauglich gemacht werden, was die Platzbelegung entspannen würde



NEUBECKUMER SPIELVEREIN 19 e.V.

Platzanlage "Sportzentrum Harberg" · Vereinsfarben schwarz-weiß
Fußball · Tischtennis

- Die vorhandenen Gebäude sind nicht energetisch und verursachen hohe Nebenkosten
- Das Dach des Hauptgebäudes ist ebenfalls sanierungsfällig

Diese Defizite beeinträchtigen nicht nur den laufenden Sportbetrieb, sondern stellen auch ein hygienisches Problem für die Nutzerinnen und Nutzer vor allem in den Kabinen dar.

Eine Sanierung ist daher nicht nur wünschenswert, sondern aus unserer Sicht aus dringend erforderlich.

Wir bitten Sie daher, die Möglichkeit einer Förderung im Rahmen des genannten Programms ausführlich zu prüfen und das Sportzentrum Harberg vorrangig in die entsprechende Fördermaßnahme aufzunehmen. Sämtliche umliegende Sportstätten sind auf einem neueren und hygienischeren Stand wie das Sportzentrum Harberg. Gerne möchten wir zeitnah einen Termin vor Ort mit Ihnen vereinbaren, um über die vorhandenen Mängel zu sprechen. Wir bitten um Ihren Terminvorschlag für eine Ortsbegehung.

Mit freundlichen Grüßen

Der geschäftsführende Vorstand



Dominik Fengler
(1. Vorsitzender)



Wirtschaftsplan 2026 – Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum

Federführung: Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder

Beteiligungen: Büro des Rates und des Bürgermeisters
Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Auskunft erteilt: Herr Gerdhenrich | 02521 29-1000 | gerdhenrich@beckum.de

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Der als Anlage 1 zur Vorlage beigefügte Wirtschaftsplan 2026 mit einer vorgesehenen Förderung aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ des Eigenbetriebes Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum wird beschlossen.

Der Finanzplan für die Jahre 2026 bis 2030 wird zur Kenntnis genommen.

Kosten/Folgekosten

Durch die Vorbereitung und Erstellung des Wirtschaftsplanes entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Betrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen finanziellen Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan.

Erläuterungen:

In der Sitzung des Betriebsausschusses am 11.12.2025 wurde von Seiten der Verwaltung darauf hingewiesen, dass in den mit Vorlage 2025/0361 vorgelegten Wirtschaftsplanentwürfen ein Fehler im Stellenplan sei. Die Anzahl der Stellen 2025 wurde mit 9 angegeben. Korrekt seien aber nur 8 Stellen, da keine Stelle in der Entgeltgruppe 4 besetzt sei.

Die Entwurfsvarianten 1 und 2 des Wirtschaftsplans 2026 wurden dahingehend korrigiert und dieser Vorlage als Anlagen hinzugefügt.

Anlage(n):

- 1 Wirtschaftsplan 2026 mit Förderung aus Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“
- 2 Wirtschaftsplan 2026 ohne Förderung aus Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“

Wirtschaftsplan 2026



Herausgeber:

STADT BECKUM

DER BÜRGERMEISTER

www.beckum.de



Kontaktdaten:

Stadt Beckum
Weststraße 46
59269 Beckum

02521 29-0
02521 2955-1999 (Fax)
stadt@beckum.de



Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Diese Druckschrift wird von der Stadt Beckum herausgegeben.

Die Schrift darf weder von politischen Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundetags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments und für Bürgerentscheide.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der politischen Parteien und Wählergruppen sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien und Wählergruppen oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Stadt Beckum zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Inhaltsverzeichnis

Wirtschaftsplan 2026.....	1
Erfolgsplan und Erläuterungen	3
Vermögensplan	6
Finanzplan	8
Stellenplan.....	9
Kontennachweis zum Erfolgsplan	10

Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum

Aufgrund der §§ 4 Buchstabe b und 14 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum am _____ folgenden Wirtschaftsplan beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan 2026 wird im Erfolgsplan

im Ertrag auf 2.739.290,00 Euro

im Aufwand auf..... 2.794.920,00 Euro

Jahresfehlbetrag –55.630,00 Euro

und im Vermögensplan

in der Einnahme auf 3.676.750,00 Euro

in der Ausgabe auf 3.676.750,00 Euro

festgesetzt.

§ 2

Die Höhe der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kreditaufnahme beträgt..... 3.534.430,00 Euro.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen,
der zur Finanzierung der Ausgaben des Vermögensplanes erforderlich ist,

wird auf 4.067.000,00 Euro

festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr zur
rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen,

wird auf 5.000.000,00 Euro

festgesetzt.

§ 5

Die Ausgaben für verschiedene Vorhaben des Erfolgsplanes, die sachlich eng zusammenhängen, sind gegenseitig deckungsfähig.

§ 6

Über und außerplanmäßige Ausgaben für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, die 15.000,00 Euro des Ansatzes im Vermögensplan überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses.

Beckum, den 28.11.2025

gezeichnet
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister, Betriebsleiter

Erfolgsplan und Erläuterungen

Erfolgsplan	PLAN 2026				PLAN 2025	IST 2024
	gesamt Euro	Hallenbad Beckum Euro	Freibad Beckum Euro	Freibad Neubeckum Euro	gesamt Euro	gesamt Euro
1. Umsatzerlöse	436.940,00	234.300,00	104.640,00	98.000,00	449.950,00	428.984,45
2. Sonstige betriebliche Erträge	14.700,00	12.600,00	1.050,00	1.050,00	16.500,00	23.698,18
3. Materialaufwand	1.130.250,00	443.950,00	499.600,00	186.700,00	801.250,00	646.855,50
4. Personalaufwand	940.700,00	426.700,00	235.650,00	278.350,00	958.600,00	954.585,33
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	197.950,00	50.450,00	61.600,00	85.900,00	120.550,00	126.853,62
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	267.120,00	134.370,00	57.450,00	75.300,00	242.900,00	274.750,48
I. Betriebsergebnis	-2.084.380,00	-808.570,00	-748.610,00	-527.200,00	-1.656.850,00	-1.550.362,30
7. Erträge aus Beteiligungen	2.287.650,00	0,00	0,00	0,00	2.087.650,00	2.210.700,03
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	81,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	232.900,00	0,00	0,00	0,00	227.100,00	242.196,18
II. Finanzergebnis	2.054.750,00	0,00	0,00	0,00	1.860.650,00	1.968.584,85
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-29.630,00	0,00	0,00	0,00	203.800,00	418.222,55
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	23.000,00	0,00	0,00	0,00	79.000,00	755.422,36
IV. Ergebnis nach Steuern	-52.630,00	0,00	0,00	0,00	124.800,00	-337.199,81
11. Sonstige Steuern	3.000,00	0,00	0,00	0,00	3.000,00	-13.408,85
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-55.630,00	0,00	0,00	0,00	121.800,00	-323.790,96

Erläuterungen zum Erfolgsplan	PLAN 2026				PLAN 2025	IST 2024
	gesamt Euro	Hallenbad Beckum Euro	Freibad Beckum Euro	Freibad Neubeckum Euro	gesamt Euro	gesamt Euro
Umsatzerlöse						
Benutzungsgebühren	220.000,00	58.000,00	80.000,00	82.000,00	225.000,00	222.445,53
Benutzungsgebühren von Schulen und Vereinen	91.500,00	70.000,00	12.000,00	9.500,00	94.500,00	103.355,11
Benutzungsgebühren von Ermäßigungsberechtigten	17.000,00	5.000,00	6.500,00	5.500,00	18.500,00	19.054,08
Einnahmen aus Sonderveranstaltungen	20.000,00	20.000,00	0,00	0,00	20.000,00	21.300,19
Pachteinnahmen	7.140,00	0,00	6.140,00	1.000,00	6.450,00	7.699,29
Sonstige Umsatzerlöse	81.300,00	81.300,00	0,00	0,00	85.500,00	55.130,25
Umsatzerlöse	436.940,00	234.300,00	104.640,00	98.000,00	449.950,00	428.984,45
Sonstige betriebliche Erträge	14.700,00	12.600,00	1.050,00	1.050,00	16.500,00	23.698,18
Materialaufwand						
Energieaufwand	291.650,00	181.550,00	54.550,00	55.550,00	332.950,00	306.267,83
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Abfallentsorgung	16.000,00	3.450,00	7.000,00	5.550,00	19.650,00	22.968,07
Dienstkleidung	4.850,00	2.550,00	1.200,00	1.100,00	4.850,00	3.119,28
Unterhaltung der Gebäude	561.500,00	132.000,00	366.000,00	63.500,00	176.300,00	74.194,17
Wartungskosten Blockheizkraftwerk	21.000,00	16.000,00	5.000,00	0,00	21.000,00	16.622,88
Bezogene Leistungen Städtische Betriebe Beckum	70.000,00	22.000,00	24.000,00	24.000,00	100.000,00	90.343,56
Fremdreinigung	149.250,00	84.400,00	34.850,00	30.000,00	135.000,00	124.629,21
Unterhaltung, Ersatzbeschaffung von Geräten	16.000,00	2.000,00	7.000,00	7.000,00	11.500,00	8.710,50
Materialaufwand	1.130.250,00	443.950,00	499.600,00	186.700,00	801.250,00	646.855,50
Personalaufwand	940.700,00	426.700,00	235.650,00	278.350,00	958.600,00	954.585,33
Abschreibungen auf Sachanlagen	197.950,00	50.450,00	61.600,00	85.900,00	120.550,00	126.853,62
Sonstige betriebliche Aufwendungen						
Steuern und Abgaben	96.700,00	41.800,00	19.800,00	35.100,00	88.000,00	99.994,73
Versicherungen und Beiträge	29.300,00	10.800,00	9.450,00	9.050,00	26.550,00	22.694,39
Sonstige Geschäftsausgaben	141.120,00	81.770,00	28.200,00	31.150,00	128.350,00	152.061,36
Sonstige betriebliche Aufwendungen	267.120,00	134.370,00	57.450,00	75.300,00	242.900,00	274.750,48
I. Betriebsergebnis	-2.084.380,00	-808.570,00	-748.610,00	-527.200,00	-1.656.850,00	-1.550.362,30

Erläuterungen zum Erfolgsplan	PLAN 2026				PLAN 2025	IST 2024
	gesamt Euro	Hallenbad Beckum Euro	Freibad Beckum Euro	Freibad Neubeckum Euro	gesamt Euro	gesamt Euro
Erträge aus Beteiligungen						
Gewinnanteil EVB GmbH & Co. KG	2.013.000,00	0,00	0,00	0,00	1.813.000,00	1.918.557,75
Gewinnausschüttung Wasserversorgung Beckum GmbH	274.650,00	0,00	0,00	0,00	274.650,00	292.142,28
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	81,00
Zinsaufwand						
Zinsen kurzfristige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	5.000,00	3.466,55
Zinsen langfristige Verbindlichkeiten	232.900,00	0,00	0,00	0,00	222.100,00	236.882,13
Sonstiger Zinsaufwand	0,00				0,00	1.847,50
II. Finanzergebnis	2.054.750,00	0,00	0,00	0,00	1.860.650,00	1.968.584,85
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-29.630,00	0,00	0,00	0,00	203.800,00	418.222,55
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
Gewerbebeertragsteuer	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Körperschaftsteuer	0,00	0,00	0,00	0,00	39.000,00	732.422,36
Kapitalertragsteuer	23.000,00	0,00	0,00	0,00	40.000,00	23.000,00
IV. Ergebnis nach Steuern	-52.630,00	0,00	0,00	0,00	124.800,00	-337.199,81
Sonstige Steuern	3.000,00	0,00	0,00	0,00	3.000,00	-13.408,85
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-55.630,00	0,00	0,00	0,00	121.800,00	-323.790,96

Vermögensplan

	Ansatz 2026 Euro	Summe Ansatz 2026 Euro	Übertrag aus Vorjahren Euro	Gesamt- ausgabe- bedarf Euro
I. Mittelbedarf				
Investitionen				
Bauten, Besondere Bauteile				
Sanierung Hallenbad Beckum				
Sanierung Lüftung Schwimm- Hallen	82.000,00		468.862,00	550.862,00
Erneuerung Decke Lehrschwimm- halle	5.400,00		83.600,00	89.000,00
Erneuerung Decke Umkleidebe- reich	83.000,00			
Sanierung Lüftung Umkleidebe- reich	482.000,00			
Sanierung Fliesen/Türen Umklei- debereich	155.000,00			
Austausch Garderobenschränke und Umkleidekabinen	153.000,00	960.400,00		
Außenanlagen				
Sanierung Freibad Neubeckum				
Umsetzung Machbarkeitsstudie	2.000.000,00	2.000.000,00		
Betriebs- und Geschäftsausstat- tung				
Möblierung Schwimmesterraum Hallenbad Beckum	5.000,00			
Musikanlage Freibad Beckum	1.500,00			
Schrubbmaschine Freibad Beckum	3.000,00			
Geländehubwagen Freibad Beckum	1.500,00			
Wertfachschrank Freibad Beckum	1.200,00			
Defibrillator Freibad Neubeckum	3.000,00			
Wildkrautbesen Freibad Neu- beckum	1.500,00			
Tresor Freibad Neubeckum	3.700,00	20.400,00		
Geringwertige Wirtschaftsgüter	7.800,00	7.800,00		
Darlehenstilgung				
bestehende Darlehen	688.150,00	688.150,00		
Mittelbedarf gesamt		3.676.750,00		

II. Mittelherkunft				
Abschreibungen Sachanlagen	197.950,00	197.950,00		
Jahresergebnis	-55.630,00	-55.630,00		
Zuschüsse	0,00	0,00		
Aufnahme Kommunalkredit	3.534.430,00	3.534.430,00		
Mittelherkunft gesamt		3.676.750,00		

Finanzplan

Finanzmittelbedarf	Ansatz 2026 Euro	Ansatz 2027 Euro	Ansatz 2028 Euro	Ansatz 2029 Euro	Ansatz 2030 Euro
Investitionen					
Grundstücke und Gebäude	960.400,00	67.000,00	284.300,00	0,00	0,00
Außenanlagen	2.000.000,00	4.000.000,00	1.500.000,00	0,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	20.400,00	6.500,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
Geringwertige Wirtschaftsgüter	7.800,00	4.800,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
Tilgung Darlehen	688.150,00	795.000,00	855.000,00	891.000,00	920.000,00
Gesamt	3.676.750,00	4.873.300,00	2.647.300,00	899.000,00	928.000,00
Finanzmittelherkunft					
Abschreibungen	197.950,00	423.750,00	421.250,00	418.000,00	416.950,00
Jahresergebnis	-55.630,00	-242.980,00	-402.180,00	-232.080,00	-265.380,00
Förmittel/Zuschüsse	0,00	1.800.000,00	1.570.000,00	0,00	0,00
Kreditaufnahme	3.534.430,00	2.892.530,00	1.058.230,00	713.080,00	776.430,00
Gesamt	3.676.750,00	4.873.300,00	2.647.300,00	899.000,00	928.000,00
Finanzmittelüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Entschuldung (-) / Verschuldung (+)	+2.846.280,00	+2.097.530,00	+203.230,00	-177.920,00	-143.570,00

Stellenplan

Bezeichnung	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen nach Stellenübersicht 2026		Tatsächlich besetzt 30.06.2025	Zahl der Stellen 2025
		Stellenbewertung	Eingruppierung Stelleninhaber(innen)		
tariflich Beschäftigte	9b	1	1	1	1
	8	1	1	1	1
	5	6	6	5,64	6
	4	0	0	0	0
	3	0	0	0	0
Insgesamt		8	8	7,64	8
<u>nachrichtlich:</u> Auszubildende		1	1	0	1

Kontennachweis zum Erfolgsplan

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Umsatzerlöse				
Benutzungsgebühren 7 %				
830000	Hallenbad Beckum	58.000,00	58.000,00	62.295,96
830100	Freibad Beckum	80.000,00	80.000,00	72.500,91
830200	Freibad Neubeckum	82.000,00	87.000,00	87.648,66
Zwischensumme		220.000,00	225.000,00	222.445,53
Benutzungsgebühren von Vereinen 7 %				
831200	Hallenbad Beckum	35.000,00	40.000,00	42.829,44
831300	Freibad Beckum	6.500,00	2.500,00	2.670,57
831400	Freibad Neubeckum	4.500,00	4.000,00	4.212,60
Zwischensumme		46.000,00	46.500,00	49.712,61
Benutzungsgebühren von Schulen				
841000	Hallenbad Beckum	35.000,00	40.000,00	44.345,00
841100	Freibad Beckum	5.500,00	4.500,00	5.732,50
841200	Freibad Neubeckum	5.000,00	3.500,00	3.565,00
Zwischensumme		45.500,00	48.000,00	53.642,50
Benutzungsgebühren von Ermäßigungsberechtigten 7 %				
830700	Hallenbad Beckum	5.000,00	3.000,00	3.646,20
830800	Freibad Beckum	6.500,00	9.000,00	9.340,00
830900	Freibad Neubeckum	5.500,00	6.500,00	6.067,88
Zwischensumme		17.000,00	18.500,00	19.054,08
Einnahmen aus Sonderveranstaltungen 7 %				
831100	Hallenbad Beckum	20.000,00	20.000,00	21.300,19
Zwischensumme		20.000,00	20.000,00	21.300,19
Pacht-/Mieteinnahmen steuerfrei				
862100	Freibad Beckum Mieterträge	4.440,00	4.450,00	4.440,00
862600	Freibad Beckum Pachteinnahmen	1.700,00	1.000,00	2.259,29
862700	Freibad Neubeckum Pachteinnahmen	1.000,00	1.000,00	1.000,00
Zwischensumme		7.140,00	6.450,00	7.699,29

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Sonstige Umsatzerlöse				
270500	Steuererstattung Erdgaseinsatz Blockheizkraftwerk	8.500,00	10.000,00	10.310,69
270600	Förderung Stromerzeugung Blockheizkraftwerk 19 %	15.000,00	16.000,00	11.624,56
270800	Förderung Stromerzeugung Blockheizkraftwerk	9.200,00	3.000,00	3.675,72
831500	Rücknahme Altgutscheine 7 %	0,00	0,00	-17,76
891000	Shopverkäufe 19 %	3.600,00	3.000,00	3.615,49
892000	Erlöse Energieverkauf Blockheizkraft- werk 19 %	45.000,00	53.500,00	25.921,55
Zwischensumme		81.300,00	85.500,00	55.130,25
Summe Umsatzerlöse		436.940,00	449.950,00	428.984,45
Sonstige betriebliche Erträge				
270000	Sonstige Erträge	50,00	50,00	188,38
273500	Erträge Auflösung Rückstellungen	100,00	100,00	0,00
274000	Erträge Auflösung Sonderposten	11.400,00	13.050,00	14.235,19
274200	Hallenbad Beckum Versicherungsentschädigungen	1.000,00	1.000,00	0,00
274300	Freibad Beckum Versicherungsentschädigungen	1.000,00	1.000,00	8.274,39
274400	Freibad Neubeckum Versicherungsentschädigungen	1.000,00	1.000,00	883,47
274500	Erstattung Versicherungsbeitrag des Fördervereins Neubeckum	0,00	150,00	116,75
892100	Hallenbad Beckum Vermischte Einnahmen	50,00	50,00	0,00
892200	Freibad Beckum Vermischte Einnahmen	50,00	50,00	0,00
892500	Freibad Neubeckum Vermischte Einnahmen	50,00	50,00	0,00
893000	Erstattung Energiekosten Förderverein Freibad Neubeckum 7 %	0,00	0,00	0,00
Summe Sonstige betriebliche Erträge		14.700,00	16.500,00	23.698,18

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren				
Energieaufwand				
Heizkosten Gas				
401000	Hallenbad Beckum	162.150,00	173.000,00	154.352,62
401100	Freibad Beckum	36.800,00	44.300,00	36.508,68
401200	Freibad Neubeckum	25.000,00	32.500,00	24.401,32
Wasserverbrauch				
401500	Hallenbad Beckum	4.150,00	5.000,00	5.061,71
401600	Freibad Beckum	2.600,00	5.000,00	2.451,43
401700	Freibad Neubeckum	8.000,00	8.000,00	7.678,89
Stromverbrauch				
402000	Hallenbad Beckum	6.200,00	7.000,00	7.980,57
402100	Freibad Beckum	10.600,00	8.000,00	13.098,09
402200	Freibad Neubeckum	18.000,00	14.000,00	18.684,12
Contractingrate				
402300	Hallenbad Beckum	9.050,00	18.050,00	18.025,20
402400	Freibad Beckum	4.550,00	9.050,00	9.012,60
402500	Freibad Neubeckum	4.550,00	9.050,00	9.012,60
Zwischensumme		291.650,00	332.950,00	306.267,83
Sonstige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Abfallentsorgung				
Reinigungsmittel/-kosten				
403000	Hallenbad Beckum	3.300,00	5.300,00	1.604,71
403100	Freibad Beckum	6.800,00	8.450,00	12.732,12
403200	Freibad Neubeckum	4.500,00	4.500,00	7.467,73
Unterhaltung Abfallsammelstelle				
403500	Freibad Neubeckum	850,00	850,00	1.021,56
Laufende Unterhaltung Grünanlagen an Gebäuden				
408000	Hallenbad Beckum	150,00	150,00	0,00
408100	Freibad Beckum	200,00	200,00	49,54
408200	Freibad Neubeckum	200,00	200,00	92,41
Betriebsbedarf				
403900	Alle Bäder	0,00	0,00	0,00
Zwischensumme		16.000,00	19.650,00	22.968,07

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Anschaffung, Unterhaltung von Dienstkleidung				
403600	Hallenbad Beckum	2.550,00	2.550,00	1.576,05
403700	Freibad Beckum	1.200,00	1.200,00	734,15
403800	Freibad Neubeckum	1.100,00	1.100,00	809,08
Zwischensumme		4.850,00	4.850,00	3.119,28
Summe a)		312.500,00	357.450,00	332.355,18
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen				
Gebäudeunterhaltung				
400000	Hallenbad Beckum	99.000,00	16.000,00	0,00
Erneuerung Isolierglasscheiben: 8.000,00 Euro; Abdichtung Teilstück Überlaufrinne: 6.500,00 Euro; Bauliche Maßnahmen Künstliche-Intelligenz-Überwachung: 5.000,00 Euro; Erneuerung Treppe Technikraum: 27.000,00 Euro; Einrichtung 2 separate Duschen für die Beschäftigten: 36.000,00 Euro; Austausch Unterwasserscheinwerfer: 16.500,00 Euro.				
400100	Freibad Beckum	341.000,00	76.300,00	11.040,26
Zaun Mitarbeiterparkplatz: 5.500,00 Euro; Sanierung Dach Dusch- sowie Umkleidetrakt: 190.000,00 Euro; Beckenrandfliesen: 10.000,00 Euro; Blitzschutz nach Erneuerung Dächer: 45.500,00 Euro; Erneuerung Steuerung Wassertechnik: 90.000,00 Euro.				
400200	Freibad Neubeckum	48.500,00	19.000,00	9.069,82
Blitzschutzanlage: 39.500,00 Euro; Gitter Nordseite Kiosk: 9.000,00 Euro.				
Laufende Unterhaltung Gebäude und Anlagen				
407000	Hallenbad Beckum	33.000,00	27.000,00	27.210,92
407100	Freibad Beckum	25.000,00	22.000,00	16.519,02
407200	Freibad Neubeckum	15.000,00	16.000,00	10.354,15
Zwischensumme		561.500,00	176.300,00	74.194,17
Wartungskosten Blockheizkraftwerk				
404000	Hallenbad Beckum	16.000,00	16.000,00	12.799,59
404100	Freibad Beckum	5.000,00	5.000,00	3.823,29
Zwischensumme		21.000,00	21.000,00	16.622,88

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Leistungen der Städtischen Betriebe Beckum				
405000	Hallenbad Beckum (Fachdienst Gebäudemanagement)	20.000,00	35.000,00	20.243,08
405100	Freibad Beckum (Fachdienst Gebäudemanagement)	20.000,00	25.000,00	28.069,56
405200	Freibad Neubeckum (Fachdienst Gebäudemanagement)	20.000,00	30.000,00	36.800,28
405500	Hallenbad Beckum	2.000,00	2.000,00	0,00
405600	Freibad Beckum	4.000,00	4.000,00	3.409,91
405700	Freibad Neubeckum	4.000,00	4.000,00	1.820,73
Zwischensumme		70.000,00	100.000,00	90.343,56
Fremdreinigung				
405800	Hallenbad Beckum	84.400,00	84.400,00	64.283,90
405900	Freibad Beckum	34.850,00	25.300,00	32.082,15
406000	Freibad Neubeckum	30.000,00	25.300,00	28.263,16
Zwischensumme		149.250,00	135.000,00	124.629,21
Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Geräten				
409000	Hallenbad Beckum	2.000,00	2.000,00	1.733,96
409100	Freibad Beckum	7.000,00	5.000,00	2.306,96
409200	Freibad Neubeckum	7.000,00	4.500,00	4.669,58
Zwischensumme		16.000,00	11.500,00	8.710,50
Summe b)		817.750,00	443.800,00	314.500,32
Summe Materialaufwand		1.130.250,00	801.250,00	646.855,50
Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter				
410000	Entgelte Hallenbad Beckum	324.850,00*	352.450,00	329.400,34
410100	Entgelte Freibad Beckum	182.900,00*	183.900,00	182.301,41
410200	Entgelte Freibad Neubeckum	214.400,00*	198.100,00	209.709,40
*Tariferhöhung 2,8 % ab 01.05.2026; Erhöhung Besoldung 3 % ab 01.01.2026; Verrechnung anteilige Personalkosten vom Kernhaushalt.				
410300	Urlaubs- und Gleitzeitverpflichtungen	2.000,00	2.000,00	19.310,00
410400	Zuführung/Auflösung Rückstellung zur Altersteilzeit	0,00	0,00	-1.371,00
Summe a)		724.150,00	736.450,00	739.350,15
b) Soziale Abgaben etc.				
Arbeitgeberanteil Zusatzversorgung (inklusive pauschale Lohnsteuer)				
410500	Hallenbad Beckum	22.750,00	24.700,00	21.770,08
410600	Freibad Beckum	10.600,00	11.500,00	11.108,72
410700	Freibad Neubeckum	13.450,00	12.400,00	12.632,93

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung				
411000	Hallenbad Beckum	64.150,00	67.300,00	59.113,46
411100	Freibad Beckum	29.550,00	30.650,00	29.736,16
411200	Freibad Neubeckum	37.900,00	33.850,00	34.086,59
Versorgungskassenbeitrag				
411500	Hallenbad Beckum	12.750,00	15.200,00	15.210,96
411600	Freibad Beckum	12.400,00	13.050,00	14.879,77
411700	Freibad Neubeckum	12.400,00	13.050,00	14.879,77
Beihilfe				
412000	Hallenbad Beckum	200,00	150,00	582,95
412100	Freibad Beckum	200,00	150,00	570,71
412200	Freibad Neubeckum	200,00	150,00	570,71
Personalnebenkosten				
412500	Hallenbad Beckum	0,00	0,00	43,86
412600	Freibad Beckum	0,00	0,00	17,76
412700	Freibad Neubeckum	0,00	0,00	30,75
Summe b)		216.550,00	222.150,00	215.235,18
Summe Personalaufwand		940.700,00	958.600,00	954.585,33
Abschreibungen				
483000	Sachanlagen	192.950,00	115.350,00	118.663,27
483200	Abgang Restbuchwerte	0,00	0,00	1,00
483500	Sofortabschreibung Geringwertige Wirtschaftsgüter	5.000,00	5.200,00	8.189,35
		197.950,00	120.550,00	126.853,62
Sonstige betriebliche Aufwendungen				
Steuern und Abgaben				
439000	Hallenbad Beckum	41.800,00	29.650,00	46.439,75
439100	Freibad Beckum	19.800,00	25.800,00	17.516,38
439200	Freibad Neubeckum	35.100,00	32.550,00	36.038,60
		96.700,00	88.000,00	99.994,73
Vorausleistungen für Versicherungsschäden				
408300	Hallenbad Beckum	1.000,00	1.000,00	0,00
408400	Freibad Beckum	1.000,00	1.000,00	449,32
408500	Freibad Neubeckum	1.000,00	1.000,00	948,12
Versicherungsbeiträge für Gebäude und Einrichtung				
436000	Hallenbad Beckum	5.750,00	5.600,00	4.713,33
436100	Freibad Beckum	4.550,00	4.100,00	3.460,94
436200	Freibad Neubeckum	4.150,00	3.200,00	2.704,87

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Unfall-, Haftpflicht- und sonstige Versicherung				
436600	Hallenbad Beckum	3.550,00	3.350,00	3.319,29
436700	Freibad Beckum	3.500,00	3.350,00	3.319,26
436800	Freibad Neubeckum	3.500,00	3.350,00	3.319,26
Beiträge an Verbände und Vereine				
438000	Hallenbad Beckum	500,00	200,00	153,00
438100	Freibad Beckum	400,00	200,00	153,00
438200	Freibad Neubeckum	400,00	200,00	153,00
Zwischensumme		29.300,00	26.550,00	22.694,39
Sonstige Geschäftsausgaben				
Außerordentliche Aufwendungen				
200000	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	3.714,50
Werbekosten				
460000	Hallenbad Beckum	5.000,00	5.000,00	3.045,75
460100	Freibad Beckum	300,00	300,00	76,47
460200	Freibad Neubeckum	300,00	300,00	203,01
Erwerb von Shopartikeln				
460300	Hallenbad Beckum	1.000,00	1.000,00	690,13
460400	Freibad Beckum	1.000,00	1.000,00	63,84
460500	Freibad Neubeckum	1.000,00	1.000,00	200,22
Jubiläumsaufwand Freibäder				
464100	Jubiläumsaufwand	0,00	7.000,00	0,00
Unterhaltung, Anschaffung und Ersatz von Inventar				
470000	Hallenbad Beckum	1.200,00	1.200,00	0,00
470100	Freibad Beckum	450,00	450,00	0,00
470200	Freibad Neubeckum	850,00	850,00	0,00
470300	Gerätemiete Freibad Beckum	1.200,00	0,00	0,00
470400	Gerätemiete Freibad Neubeckum	3.200,00	2.200,00	2.100,00
490000	Sonstige betriebliche Aufwendungen	500,00	500,00	29,00
490100	Vorsteuerkorrektur hoheitlicher Bereich	20.000,00	35.000,00	16.045,77
Portogebühren				
491000	Hallenbad Beckum	300,00	100,00	299,65
491100	Freibad Beckum	300,00	100,00	299,64
491200	Freibad Neubeckum	300,00	100,00	299,64
Fernsprechgebühren				
492000	Hallenbad Beckum	400,00	350,00	358,08
492100	Freibad Beckum	200,00	100,00	179,04
492200	Freibad Neubeckum	1.000,00	1.000,00	903,58

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Rundfunkgebühren				
492500	Hallenbad Beckum	200,00	200,00	165,24
492600	Freibad Beckum	50,00	50,00	24,48
492700	Freibad Neubeckum	50,00	50,00	24,48
Papier, Drucksachen und Bürobedarf				
493000	Hallenbad Beckum	450,00	800,00	345,69
493100	Freibad Beckum	450,00	700,00	363,40
493200	Freibad Neubeckum	200,00	700,00	112,15
493600	Bekanntmachungen	1.500,00	1.500,00	1.213,55
GEMA-Gebühren				
493700	Hallenbad Beckum	200,00	500,00	314,13
493800	Freibad Beckum	200,00	500,00	85,50
493900	Freibad Neubeckum	200,00	500,00	0,00
Amtliche Blätter, Zeitschriften und Bücher				
494000	Hallenbad Beckum	150,00	150,00	210,06
494100	Freibad Beckum	150,00	150,00	155,18
494200	Freibad Neubeckum	150,00	150,00	155,23
Aus- und Fortbildung inklusive Reisekosten				
494500	Hallenbad Beckum	2.850,00	2.850,00	1.499,26
494600	Freibad Beckum	900,00	900,00	581,50
494700	Freibad Neubeckum	900,00	900,00	651,94
495000	Beratungskosten	6.000,00	3.000,00	60.743,40
495700	Kosten für Abschlussprüfung	6.000,00	5.550,00	5.550,00
Miete für Druck- und Kopiergeräte				
496000	Hallenbad Beckum	400,00	1.000,00	374,76
496100	Freibad Beckum	200,00	500,00	187,38
496200	Freibad Neubeckum	200,00	500,00	187,37
Datenverarbeitungsaufwand				
496300	Hallenbad Beckum	10.000,00	9.900,00	12.085,53
496400	Freibad Beckum	7.500,00	7.400,00	9.064,14
496500	Freibad Neubeckum	7.500,00	7.400,00	9.064,15
Sachkosten				
496600	Hallenbad Beckum	4.150,00	4.050,00	4.108,13
496700	Freibad Beckum	4.000,00	3.900,00	3.814,69
496800	Freibad Neubeckum	4.000,00	3.900,00	3.814,68
497000	Buchungsgebühren im Kontokorrentverkehr	2.000,00	2.000,00	2.161,82

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Software-as-a-Service-Gebühr				
497100	Hallenbad Beckum	19.470,00	5.600,00	3.218,10
497200	Freibad Beckum	11.300,00	2.750,00	1.638,55
497300	Freibad Neubeckum	11.300,00	2.750,00	1.638,55
		141.120,00	128.350,00	152.061,36
Summe Sonstiger betrieblicher Aufwand		267.120,00	242.900,00	274.750,48
I. Betriebsergebnis		-2.084.380,00	-1.656.850,00	-1.550.362,30
Erträge aus Beteiligungen				
260000	Erträge aus Beteiligung EVB KG	2.013.000,00	1.813.000,00	1.918.557,75
261500	Erträge aus Beteiligung WV GmbH	274.650,00	274.650,00	292.142,28
		2.287.650,00	2.087.650,00	2.210.700,03
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
265000	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	100,00	0,00
265800	Zinserträge § 233 a Abgabenordnung	0,00	0,00	81,00
		0,00	100,00	81,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
210100	Säumniszuschläge § 240 Abgabenordnung	0,00	0,00	282,50
211000	Zinsen für kurzfristige Verbindlichkeiten	0,00	5.000,00	3.466,55
212000	Langfristige Verbindlichkeiten	232.900,00	222.100,00	236.882,13
213000	Sonstiger Zinsaufwand	0,00	0,00	1.565,00
Zwischensumme		232.900,00	227.100,00	242.196,18
II. Finanzergebnis		2.054.750,00	1.860.650,00	1.968.584,85
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-29.630,00	203.800,00	418.222,55
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
220000	Körperschaftsteuer	0,00	36.900,00	0,00
220800	Solidaritätszuschlag	0,00	2.100,00	0,00
220300	Körperschaftsteuer Vorjahre	0,00	0,00	694.239,00
220900	Solidaritätszuschlag Vorjahre	0,00	0,00	38.183,36
223100	Kapitalertragsteuer	23.000,00	40.000,00	23.000,00
Zwischensumme		23.000,00	79.000,00	755.422,36
IV. Ergebnis nach Steuern		-52.630,00	124.800,00	-337.199,81
435000	Verbrauchssteuer	3.000,00	3.000,00	-13.408,85
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss		-16.680,00	121.800,00	-323.790,96

Wirtschaftsplan 2026



Herausgeber:

STADT BECKUM

DER BÜRGERMEISTER

www.beckum.de



Kontaktdaten:

Stadt Beckum
Weststraße 46
59269 Beckum

02521 29-0
02521 2955-1999 (Fax)
stadt@beckum.de



Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Diese Druckschrift wird von der Stadt Beckum herausgegeben.

Die Schrift darf weder von politischen Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundetags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments und für Bürgerentscheide.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der politischen Parteien und Wählergruppen sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien und Wählergruppen oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Stadt Beckum zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Inhaltsverzeichnis

Wirtschaftsplan 2026.....	1
Erfolgsplan und Erläuterungen	3
Vermögensplan	6
Finanzplan	8
Stellenplan.....	9
Kontennachweis zum Erfolgsplan	10

Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum

Aufgrund der §§ 4 Buchstabe b und 14 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum am _____ folgenden Wirtschaftsplan beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan 2026 wird im Erfolgsplan

im Ertrag auf 2.686.190,00 Euro

im Aufwand auf..... 2.702.870,00 Euro

Jahresfehlbetrag –16.680,00 Euro

und im Vermögensplan

in der Einnahme auf 4.669.450,00 Euro

in der Ausgabe auf 4.669.450,00 Euro

festgesetzt.

§ 2

Die Höhe der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kreditaufnahme beträgt..... 4.488.180,00 Euro.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen,

der zur Finanzierung der Ausgaben des Vermögensplanes erforderlich ist,

wird auf 4.067.000,00 Euro

festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr zur

rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen,

wird auf 5.000.000,00 Euro

festgesetzt.

§ 5

Die Ausgaben für verschiedene Vorhaben des Erfolgsplanes, die sachlich eng zusammenhängen, sind gegenseitig deckungsfähig.

§ 6

Über und außerplanmäßige Ausgaben für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, die 15.000,00 Euro des Ansatzes im Vermögensplan überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses.

Beckum, den 28.11.2025

gezeichnet

Michael Gerdhenrich

Bürgermeister, Betriebsleiter

Erfolgsplan und Erläuterungen

Erfolgsplan	PLAN 2026				PLAN 2025	IST 2024
	gesamt Euro	Hallenbad Beckum Euro	Freibad Beckum Euro	Freibad Neubeckum Euro	gesamt Euro	gesamt Euro
1. Umsatzerlöse	383.840,00	231.700,00	152.140,00	0,00	449.950,00	428.984,45
2. Sonstige betriebliche Erträge	14.700,00	12.600,00	1.050,00	1.050,00	16.500,00	23.698,18
3. Materialaufwand	1.073.550,00	443.950,00	499.600,00	130.000,00	801.250,00	646.855,50
4. Personalaufwand	908.050,00	435.050,00	305.950,00	167.050,00	958.600,00	954.585,33
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	197.950,00	50.450,00	61.600,00	85.900,00	120.550,00	126.853,62
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	264.420,00	134.370,00	57.950,00	72.100,00	242.900,00	274.750,48
I. Betriebsergebnis	-2.045.430,00	-819.520,00	-771.910,00	-454.000,00	-1.656.850,00	-1.550.362,30
7. Erträge aus Beteiligungen	2.287.650,00	0,00	0,00	0,00	2.087.650,00	2.210.700,03
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	81,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	232.900,00	0,00	0,00	0,00	227.100,00	242.196,18
II. Finanzergebnis	2.054.750,00	0,00	0,00	0,00	1.860.650,00	1.968.584,85
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.320,00	0,00	0,00	0,00	203.800,00	418.222,55
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	23.000,00	0,00	0,00	0,00	79.000,00	755.422,36
IV. Ergebnis nach Steuern	-13.680,00	0,00	0,00	0,00	124.800,00	-337.199,81
11. Sonstige Steuern	3.000,00	0,00	0,00	0,00	3.000,00	-13.408,85
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-16.680,00	0,00	0,00	0,00	121.800,00	-323.790,96

Erläuterungen zum Erfolgsplan	PLAN 2026				PLAN 2025	IST 2024
	gesamt Euro	Hallenbad Beckum Euro	Freibad Beckum Euro	Freibad Neubeckum Euro	gesamt Euro	gesamt Euro
Umsatzerlöse						
Benutzungsgebühren	178.000,00	58.000,00	120.000,00	0,00	225.000,00	222.445,53
Benutzungsgebühren von Schulen und Vereinen	86.000,00	70.000,00	16.000,00	0,00	94.500,00	103.355,11
Benutzungsgebühren von Ermäßigungsberechtigten	15.000,00	5.000,00	10.000,00	0,00	18.500,00	19.054,08
Einnahmen aus Sonderveranstaltungen	18.000,00	18.000,00	0,00	0,00	20.000,00	21.300,19
Pachteinnahmen	6.140,00	0,00	6.140,00	0,00	6.450,00	7.699,29
Sonstige Umsatzerlöse	80.700,00	80.700,00	0,00	0,00	85.500,00	55.130,25
Umsatzerlöse	383.840,00	231.700,00	152.140,00	0,00	449.950,00	428.984,45
Sonstige betriebliche Erträge	14.700,00	12.600,00	1.050,00	1.050,00	16.500,00	23.698,18
Materialaufwand						
Energieaufwand	258.450,00	181.550,00	54.550,00	22.350,00	332.950,00	306.267,83
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Abfallentsorgung	12.500,00	3.450,00	7.000,00	2.050,00	19.650,00	22.968,07
Dienstkleidung	4.850,00	2.550,00	1.200,00	1.100,00	4.850,00	3.119,28
Unterhaltung der Gebäude	576.500,00	132.000,00	366.000,00	78.500,00	176.300,00	74.194,17
Wartungskosten Blockheizkraftwerk	21.000,00	16.000,00	5.000,00	0,00	21.000,00	16.622,88
Bezogene Leistungen Städtische Betriebe Beckum	70.000,00	22.000,00	24.000,00	24.000,00	100.000,00	90.343,56
Fremdreinigung	120.250,00	84.400,00	34.850,00	1.000,00	135.000,00	124.629,21
Unterhaltung, Ersatzbeschaffung von Geräten	10.000,00	2.000,00	7.000,00	1.000,00	11.500,00	8.710,50
Materialaufwand	1.073.550,00	443.950,00	499.600,00	130.000,00	801.250,00	646.855,50
Personalaufwand	908.050,00	435.050,00	305.950,00	167.050,00	958.600,00	954.585,33
Abschreibungen auf Sachanlagen	197.950,00	50.450,00	61.600,00	85.900,00	120.550,00	126.853,62
Sonstige betriebliche Aufwendungen						
Steuern und Abgaben	96.700,00	41.800,00	19.800,00	35.100,00	88.000,00	99.994,73
Versicherungen und Beiträge	29.300,00	10.800,00	9.450,00	9.050,00	26.550,00	22.694,39
Sonstige Geschäftsausgaben	138.420,00	81.770,00	28.700,00	27.950,00	128.350,00	152.061,36
Sonstige betriebliche Aufwendungen	264.420,00	134.370,00	57.950,00	72.100,00	242.900,00	274.750,48
I. Betriebsergebnis	-2.045.430,00	-819.520,00	-771.910,00	-454.000,00	-1.656.850,00	-1.550.362,30

Erläuterungen zum Erfolgsplan	PLAN 2026				PLAN 2025	IST 2024
	gesamt Euro	Hallenbad Beckum Euro	Freibad Beckum Euro	Freibad Neubeckum Euro	gesamt Euro	gesamt Euro
Erträge aus Beteiligungen						
Gewinnanteil EVB GmbH & Co. KG	2.013.000,00	0,00	0,00	0,00	1.813.000,00	1.918.557,75
Gewinnausschüttung Wasserversorgung Beckum GmbH	274.650,00	0,00	0,00	0,00	274.650,00	292.142,28
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	81,00
Zinsaufwand						
Zinsen kurzfristige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	5.000,00	3.466,55
Zinsen langfristige Verbindlichkeiten	232.900,00	0,00	0,00	0,00	222.100,00	236.882,13
Sonstiger Zinsaufwand	0,00				0,00	1.847,50
II. Finanzergebnis	2.054.750,00	0,00	0,00	0,00	1.860.650,00	1.968.584,85
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.320,00	0,00	0,00	0,00	203.800,00	418.222,55
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
Gewerbebeertragsteuer	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Körperschaftsteuer	0,00	0,00	0,00	0,00	39.000,00	732.422,36
Kapitalertragsteuer	23.000,00	0,00	0,00	0,00	40.000,00	23.000,00
IV. Ergebnis nach Steuern	-13.680,00	0,00	0,00	0,00	124.800,00	-337.199,81
Sonstige Steuern	3.000,00	0,00	0,00	0,00	3.000,00	-13.408,85
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-16.680,00	0,00	0,00	0,00	121.800,00	-323.790,96

Vermögensplan

	Ansatz 2026 Euro	Summe Ansatz 2026 Euro	Übertrag aus Vorjahren Euro	Gesamt- ausgabe- bedarf Euro
I. Mittelbedarf				
Investitionen				
Bauten, Besondere Bauteile				
Sanierung Hallenbad Beckum				
Sanierung Lüftung Schwimm- Hallen	82.000,00		468.862,00	550.862,00
Erneuerung Decke Lehrschwimm- halle	5.400,00		83.600,00	89.000,00
Erneuerung Decke Umkleidebe- reich	83.000,00			
Sanierung Lüftung Umkleidebe- reich	482.000,00			
Sanierung Fliesen/Türen Umklei- debereich	155.000,00			
Austausch Garderobenschränke und Umkleidekabinen	153.000,00	960.400,00		
Außenanlagen				
Sanierung Freibad Neubeckum				
Umsetzung Machbarkeitsstudie	3.000.000,00	3.000.000,00		
Betriebs- und Geschäftsausstat- tung				
Möblierung Schwimmesterraum Hallenbad Beckum	5.000,00			
Musikanlage Freibad Beckum	1.500,00			
Schrubbmaschine Freibad Beckum	3.000,00			
Geländehubwagen Freibad Beckum	1.500,00			
Wertfachschrank Freibad Beckum	1.200,00			
Tresor Freibad Neubeckum	3.700,00	15.900,00		
Geringwertige Wirtschaftsgüter	5.000,00	5.000,00		
Darlehenstilgung				
bestehende Darlehen	688.150,00	688.150,00		
Mittelbedarf gesamt		4.669.450,00		

II. Mittelherkunft				
Abschreibungen Sachanlagen	197.950,00	197.950,00		
Jahresergebnis	-16.680,00	-16.680,00		
Zuschüsse	0,00	0,00		
Aufnahme Kommunalkredit	4.488.180,00	4.488.180,00		
Mittelherkunft gesamt		4.669.450,00		

Finanzplan

Finanzmittelbedarf	Ansatz 2026 Euro	Ansatz 2027 Euro	Ansatz 2028 Euro	Ansatz 2029 Euro	Ansatz 2030 Euro
Investitionen					
Grundstücke und Gebäude	960.400,00	67.000,00	284.300,00	0,00	0,00
Außenanlagen	3.000.000,00	4.000.000,00	0,00	0,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.900,00	6.500,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
Geringwertige Wirtschaftsgüter	5.000,00	4.800,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
Tilgung Darlehen	688.150,00	795.000,00	855.000,00	891.000,00	920.000,00
Gesamt	4.669.450,00	4.873.300,00	1.147.300,00	899.000,00	928.000,00
Finanzmittelherkunft					
Abschreibungen	197.950,00	423.750,00	421.250,00	418.000,00	416.950,00
Jahresergebnis	-16.680,00	-242.980,00	-402.180,00	-232.080,00	-265.380,00
Zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Kreditaufnahme	4.488.180,00	4.692.530,00	1.128.230,00	713.080,00	776.430,00
Gesamt	4.669.450,00	4.873.300,00	1.147.300,00	899.000,00	928.000,00
Finanzmittelüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Entschuldung (-) / Verschuldung (+)	+3.800.030,00	+3.897.530,00	+273.230,00	-177.920,00	-143.570,00

Stellenplan

Bezeichnung	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen nach Stellenübersicht 2026		Tatsächlich besetzt 30.06.2025	Zahl der Stellen 2025
		Stellenbewertung	Eingruppierung Stelleninhaber(innen)		
tariflich Beschäftigte	9b	1	1	1	1
	8	1	1	1	1
	5	6	6	5,64	6
	4	0	0	0	0
	3	0	0	0	0
Insgesamt		8	8	7,64	8
<u>nachrichtlich:</u> Auszubildende		1	1	0	1

Kontennachweis zum Erfolgsplan

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Umsatzerlöse				
Benutzungsgebühren 7 %				
830000	Hallenbad Beckum	58.000,00	58.000,00	62.295,96
830100	Freibad Beckum	120.000,00	80.000,00	72.500,91
830200	Freibad Neubeckum	0,00	87.000,00	87.648,66
Zwischensumme		178.000,00	225.000,00	222.445,53
Benutzungsgebühren von Vereinen 7 %				
831200	Hallenbad Beckum	35.000,00	40.000,00	42.829,44
831300	Freibad Beckum	8.000,00	2.500,00	2.670,57
831400	Freibad Neubeckum	0,00	4.000,00	4.212,60
Zwischensumme		43.000,00	46.500,00	49.712,61
Benutzungsgebühren von Schulen				
841000	Hallenbad Beckum	35.000,00	40.000,00	44.345,00
841100	Freibad Beckum	8.000,00	4.500,00	5.732,50
841200	Freibad Neubeckum	0,00	3.500,00	3.565,00
Zwischensumme		43.000,00	48.000,00	53.642,50
Benutzungsgebühren von Ermäßigungsberechtigten 7 %				
830700	Hallenbad Beckum	5.000,00	3.000,00	3.646,20
830800	Freibad Beckum	10.000,00	9.000,00	9.340,00
830900	Freibad Neubeckum	0,00	6.500,00	6.067,88
Zwischensumme		15.000,00	18.500,00	19.054,08
Einnahmen aus Sonderveranstaltungen 7 %				
831100	Hallenbad Beckum	18.000,00	20.000,00	21.300,19
Zwischensumme		18.000,00	20.000,00	21.300,19
Pacht-/Mieteinnahmen steuerfrei				
862100	Freibad Beckum Mieterträge	4.440,00	4.450,00	4.440,00
862600	Freibad Beckum Pachteinnahmen	1.700,00	1.000,00	2.259,29
862700	Freibad Neubeckum Pachteinnahmen	0,00	1.000,00	1.000,00
Zwischensumme		6.140,00	6.450,00	7.699,29

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Sonstige Umsatzerlöse				
270500	Steuererstattung Erdgaseinsatz Blockheizkraftwerk	8.500,00	10.000,00	10.310,69
270600	Förderung Stromerzeugung Blockheizkraftwerk 19 %	15.000,00	16.000,00	11.624,56
270800	Förderung Stromerzeugung Blockheizkraftwerk	9.200,00	3.000,00	3.675,72
831500	Rücknahme Altgutscheine 7 %	0,00	0,00	-17,76
891000	Shopverkäufe 19 %	3.000,00	3.000,00	3.615,49
892000	Erlöse Energieverkauf Blockheizkraft- werk 19 %	45.000,00	53.500,00	25.921,55
Zwischensumme		80.700,00	85.500,00	55.130,25
Summe Umsatzerlöse		383.840,00	449.950,00	428.984,45
Sonstige betriebliche Erträge				
270000	Sonstige Erträge	50,00	50,00	188,38
273500	Erträge Auflösung Rückstellungen	100,00	100,00	0,00
274000	Erträge Auflösung Sonderposten	11.400,00	13.050,00	14.235,19
274200	Hallenbad Beckum Versicherungsentschädigungen	1.000,00	1.000,00	0,00
274300	Freibad Beckum Versicherungsentschädigungen	1.000,00	1.000,00	8.274,39
274400	Freibad Neubeckum Versicherungsentschädigungen	1.000,00	1.000,00	883,47
274500	Erstattung Versicherungsbeitrag des Fördervereins Neubeckum	0,00	150,00	116,75
892100	Hallenbad Beckum Vermischte Einnahmen	50,00	50,00	0,00
892200	Freibad Beckum Vermischte Einnahmen	50,00	50,00	0,00
892500	Freibad Neubeckum Vermischte Einnahmen	50,00	50,00	0,00
893000	Erstattung Energiekosten Förderverein Freibad Neubeckum 7 %	0,00	0,00	0,00
Summe Sonstige betriebliche Erträge		14.700,00	16.500,00	23.698,18

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren				
Energieaufwand				
Heizkosten Gas				
401000	Hallenbad Beckum	162.150,00	173.000,00	154.352,62
401100	Freibad Beckum	36.800,00	44.300,00	36.508,68
401200	Freibad Neubeckum	5.000,00	32.500,00	24.401,32
Wasserverbrauch				
401500	Hallenbad Beckum	4.150,00	5.000,00	5.061,71
401600	Freibad Beckum	2.600,00	5.000,00	2.451,43
401700	Freibad Neubeckum	2.800,00	8.000,00	7.678,89
Stromverbrauch				
402000	Hallenbad Beckum	6.200,00	7.000,00	7.980,57
402100	Freibad Beckum	10.600,00	8.000,00	13.098,09
402200	Freibad Neubeckum	10.000,00	14.000,00	18.684,12
Contractingrate				
402300	Hallenbad Beckum	9.050,00	18.050,00	18.025,20
402400	Freibad Beckum	4.550,00	9.050,00	9.012,60
402500	Freibad Neubeckum	4.550,00	9.050,00	9.012,60
Zwischensumme		258.450,00	332.950,00	306.267,83
Sonstige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Abfallentsorgung				
Reinigungsmittel/-kosten				
403000	Hallenbad Beckum	3.300,00	5.300,00	1.604,71
403100	Freibad Beckum	6.800,00	8.450,00	12.732,12
403200	Freibad Neubeckum	1.000,00	4.500,00	7.467,73
Unterhaltung Abfallsammelstelle				
403500	Freibad Neubeckum	850,00	850,00	1.021,56
Laufende Unterhaltung Grünanlagen an Gebäuden				
408000	Hallenbad Beckum	150,00	150,00	0,00
408100	Freibad Beckum	200,00	200,00	49,54
408200	Freibad Neubeckum	200,00	200,00	92,41
Betriebsbedarf				
403900	Alle Bäder	0,00	0,00	0,00
Zwischensumme		12.500,00	19.650,00	22.968,07

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Anschaffung, Unterhaltung von Dienstkleidung				
403600	Hallenbad Beckum	2.550,00	2.550,00	1.576,05
403700	Freibad Beckum	1.200,00	1.200,00	734,15
403800	Freibad Neubeckum	1.100,00	1.100,00	809,08
Zwischensumme		4.850,00	4.850,00	3.119,28
Summe a)		275.800,00	357.450,00	332.355,18
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen				
Gebäudeunterhaltung				
400000	Hallenbad Beckum	99.000,00	16.000,00	0,00
Erneuerung Isolierglasscheiben: 8.000,00 Euro; Abdichtung Teilstück Überlaufrinne: 6.500,00 Euro; Bauliche Maßnahmen Künstliche-Intelligenz-Überwachung: 5.000,00 Euro; Erneuerung Treppe Technikraum: 27.000,00 Euro; Einrichtung 2 separate Duschen für die Beschäftigten: 36.000,00 Euro; Austausch Unterwasserscheinwerfer: 16.500,00 Euro.				
400100	Freibad Beckum	341.000,00	76.300,00	11.040,26
Zaun Mitarbeiterparkplatz: 5.500,00 Euro; Sanierung Dach Dusch- sowie Umkleidetrakt: 190.000,00 Euro; Beckenrandfliesen: 10.000,00 Euro; Blitzschutz nach Erneuerung Dächer: 45.500,00 Euro; Erneuerung Steuerung Wassertechnik: 90.000,00 Euro.				
400200	Freibad Neubeckum	68.500,00	19.000,00	9.069,82
Blitzschutzanlage: 39.500,00 Euro; Gitter Nordseite Kiosk: 9.000,00 Euro; Bauliche Maßnahmen Künstliche-Intelligenz-Überwachung: 20.000,00 Euro.				
Laufende Unterhaltung Gebäude und Anlagen				
407000	Hallenbad Beckum	33.000,00	27.000,00	27.210,92
407100	Freibad Beckum	25.000,00	22.000,00	16.519,02
407200	Freibad Neubeckum	10.000,00	16.000,00	10.354,15
Zwischensumme		576.500,00	176.300,00	74.194,17
Wartungskosten Blockheizkraftwerk				
404000	Hallenbad Beckum	16.000,00	16.000,00	12.799,59
404100	Freibad Beckum	5.000,00	5.000,00	3.823,29
Zwischensumme		21.000,00	21.000,00	16.622,88

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Leistungen der Städtischen Betriebe Beckum				
405000	Hallenbad Beckum (Fachdienst Gebäudemanagement)	20.000,00	35.000,00	20.243,08
405100	Freibad Beckum (Fachdienst Gebäudemanagement)	20.000,00	25.000,00	28.069,56
405200	Freibad Neubeckum (Fachdienst Gebäudemanagement)	20.000,00	30.000,00	36.800,28
405500	Hallenbad Beckum	2.000,00	2.000,00	0,00
405600	Freibad Beckum	4.000,00	4.000,00	3.409,91
405700	Freibad Neubeckum	4.000,00	4.000,00	1.820,73
Zwischensumme		70.000,00	100.000,00	90.343,56
Fremdreinigung				
405800	Hallenbad Beckum	84.400,00	84.400,00	64.283,90
405900	Freibad Beckum	34.850,00	25.300,00	32.082,15
406000	Freibad Neubeckum	1.000,00	25.300,00	28.263,16
Zwischensumme		120.250,00	135.000,00	124.629,21
Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Geräten				
409000	Hallenbad Beckum	2.000,00	2.000,00	1.733,96
409100	Freibad Beckum	7.000,00	5.000,00	2.306,96
409200	Freibad Neubeckum	1.000,00	4.500,00	4.669,58
Zwischensumme		10.000,00	11.500,00	8.710,50
Summe b)		797.750,00	443.800,00	314.500,32
Summe Materialaufwand		1.073.550,00	801.250,00	646.855,50
Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter				
410000	Entgelte Hallenbad Beckum	329.550,00*	352.450,00	329.400,34
410100	Entgelte Freibad Beckum	233.300,00*	183.900,00	182.301,41
410200	Entgelte Freibad Neubeckum	124.400,00*	198.100,00	209.709,40
*Tariferhöhung 2,8 % ab 01.05.2026; Erhöhung Besoldung 3 % ab 01.01.2026; Verrechnung anteilige Personalkosten vom Kernhaushalt.				
410300	Urlaubs- und Gleitzeitverpflichtungen	2.000,00	2.000,00	19.310,00
410400	Zuführung/Auflösung Rückstellung zur Altersteilzeit	0,00	0,00	-1.371,00
Summe a)		689.250,00	736.450,00	739.350,15
b) Soziale Abgaben etc.				
Arbeitgeberanteil Zusatzversorgung (inklusive pauschale Lohnsteuer)				
410500	Hallenbad Beckum	23.150,00	24.700,00	21.770,08
410600	Freibad Beckum	15.150,00	11.500,00	11.108,72
410700	Freibad Neubeckum	7.350,00	12.400,00	12.632,93

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung				
411000	Hallenbad Beckum	65.150,00	67.300,00	59.113,46
411100	Freibad Beckum	42.650,00	30.650,00	29.736,16
411200	Freibad Neubeckum	20.450,00	33.850,00	34.086,59
Versorgungskassenbeitrag				
411500	Hallenbad Beckum	15.000,00	15.200,00	15.210,96
411600	Freibad Beckum	14.650,00	13.050,00	14.879,77
411700	Freibad Neubeckum	14.650,00	13.050,00	14.879,77
Beihilfe				
412000	Hallenbad Beckum	200,00	150,00	582,95
412100	Freibad Beckum	200,00	150,00	570,71
412200	Freibad Neubeckum	200,00	150,00	570,71
Personalnebenkosten				
412500	Hallenbad Beckum	0,00	0,00	43,86
412600	Freibad Beckum	0,00	0,00	17,76
412700	Freibad Neubeckum	0,00	0,00	30,75
Summe b)		218.800,00	222.150,00	215.235,18
Summe Personalaufwand		908.050,00	958.600,00	954.585,33
Abschreibungen				
483000	Sachanlagen	192.950,00	115.350,00	118.663,27
483200	Abgang Restbuchwerte	0,00	0,00	1,00
483500	Sofortabschreibung Geringwertige Wirtschaftsgüter	5.000,00	5.200,00	8.189,35
		197.950,00	120.550,00	126.853,62
Sonstige betriebliche Aufwendungen				
Steuern und Abgaben				
439000	Hallenbad Beckum	41.800,00	29.650,00	46.439,75
439100	Freibad Beckum	19.800,00	25.800,00	17.516,38
439200	Freibad Neubeckum	35.100,00	32.550,00	36.038,60
		96.700,00	88.000,00	99.994,73
Vorausleistungen für Versicherungsschäden				
408300	Hallenbad Beckum	1.000,00	1.000,00	0,00
408400	Freibad Beckum	1.000,00	1.000,00	449,32
408500	Freibad Neubeckum	1.000,00	1.000,00	948,12
Versicherungsbeiträge für Gebäude und Einrichtung				
436000	Hallenbad Beckum	5.750,00	5.600,00	4.713,33
436100	Freibad Beckum	4.550,00	4.100,00	3.460,94
436200	Freibad Neubeckum	4.150,00	3.200,00	2.704,87

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Unfall-, Haftpflicht- und sonstige Versicherung				
436600	Hallenbad Beckum	3.550,00	3.350,00	3.319,29
436700	Freibad Beckum	3.500,00	3.350,00	3.319,26
436800	Freibad Neubeckum	3.500,00	3.350,00	3.319,26
Beiträge an Verbände und Vereine				
438000	Hallenbad Beckum	500,00	200,00	153,00
438100	Freibad Beckum	400,00	200,00	153,00
438200	Freibad Neubeckum	400,00	200,00	153,00
Zwischensumme		29.300,00	26.550,00	22.694,39
Sonstige Geschäftsausgaben				
Außerordentliche Aufwendungen				
200000	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	3.714,50
Werbekosten				
460000	Hallenbad Beckum	5.000,00	5.000,00	3.045,75
460100	Freibad Beckum	300,00	300,00	76,47
460200	Freibad Neubeckum	0,00	300,00	203,01
Erwerb von Shopartikeln				
460300	Hallenbad Beckum	1.000,00	1.000,00	690,13
460400	Freibad Beckum	1.500,00	1.000,00	63,84
460500	Freibad Neubeckum	0,00	1.000,00	200,22
Jubiläumsaufwand Freibäder				
464100	Jubiläumsaufwand	0,00	7.000,00	0,00
Unterhaltung, Anschaffung und Ersatz von Inventar				
470000	Hallenbad Beckum	1.200,00	1.200,00	0,00
470100	Freibad Beckum	450,00	450,00	0,00
470200	Freibad Neubeckum	850,00	850,00	0,00
470300	Gerätemiete Freibad Beckum	1.200,00	0,00	0,00
470400	Gerätemiete Freibad Neubeckum	1.500,00	2.200,00	2.100,00
490000	Sonstige betriebliche Aufwendungen	500,00	500,00	29,00
490100	Vorsteuerkorrektur hoheitlicher Bereich	20.000,00	35.000,00	16.045,77
Portogebühren				
491000	Hallenbad Beckum	300,00	100,00	299,65
491100	Freibad Beckum	300,00	100,00	299,64
491200	Freibad Neubeckum	300,00	100,00	299,64
Fernsprechgebühren				
492000	Hallenbad Beckum	400,00	350,00	358,08
492100	Freibad Beckum	200,00	100,00	179,04
492200	Freibad Neubeckum	1.000,00	1.000,00	903,58

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Rundfunkgebühren				
492500	Hallenbad Beckum	200,00	200,00	165,24
492600	Freibad Beckum	50,00	50,00	24,48
492700	Freibad Neubeckum	50,00	50,00	24,48
Papier, Drucksachen und Bürobedarf				
493000	Hallenbad Beckum	450,00	800,00	345,69
493100	Freibad Beckum	450,00	700,00	363,40
493200	Freibad Neubeckum	200,00	700,00	112,15
493600	Bekanntmachungen	1.500,00	1.500,00	1.213,55
GEMA-Gebühren				
493700	Hallenbad Beckum	200,00	500,00	314,13
493800	Freibad Beckum	200,00	500,00	85,50
493900	Freibad Neubeckum	0,00	500,00	0,00
Amtliche Blätter, Zeitschriften und Bücher				
494000	Hallenbad Beckum	150,00	150,00	210,06
494100	Freibad Beckum	150,00	150,00	155,18
494200	Freibad Neubeckum	150,00	150,00	155,23
Aus- und Fortbildung inklusive Reisekosten				
494500	Hallenbad Beckum	2.850,00	2.850,00	1.499,26
494600	Freibad Beckum	900,00	900,00	581,50
494700	Freibad Neubeckum	900,00	900,00	651,94
495000	Beratungskosten	6.000,00	3.000,00	60.743,40
495700	Kosten für Abschlussprüfung	6.000,00	5.550,00	5.550,00
Miete für Druck- und Kopiergeräte				
496000	Hallenbad Beckum	400,00	1.000,00	374,76
496100	Freibad Beckum	200,00	500,00	187,38
496200	Freibad Neubeckum	200,00	500,00	187,37
Datenverarbeitungsaufwand				
496300	Hallenbad Beckum	10.000,00	9.900,00	12.085,53
496400	Freibad Beckum	7.500,00	7.400,00	9.064,14
496500	Freibad Neubeckum	7.500,00	7.400,00	9.064,15
Sachkosten				
496600	Hallenbad Beckum	4.150,00	4.050,00	4.108,13
496700	Freibad Beckum	4.000,00	3.900,00	3.814,69
496800	Freibad Neubeckum	4.000,00	3.900,00	3.814,68
497000	Buchungsgebühren im Kontokorrentverkehr	2.000,00	2.000,00	2.161,82

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Software-as-a-Service-Gebühr				
497100	Hallenbad Beckum	19.470,00	5.600,00	3.218,10
497200	Freibad Beckum	11.300,00	2.750,00	1.638,55
497300	Freibad Neubeckum	11.300,00	2.750,00	1.638,55
		138.420,00	128.350,00	152.061,36
Summe Sonstiger betrieblicher Aufwand		264.420,00	242.900,00	274.750,48
I. Betriebsergebnis		-2.045.430,00	-1.656.850,00	-1.550.362,30
Erträge aus Beteiligungen				
260000	Erträge aus Beteiligung EVB KG	2.013.000,00	1.813.000,00	1.918.557,75
261500	Erträge aus Beteiligung WV GmbH	274.650,00	274.650,00	292.142,28
		2.287.650,00	2.087.650,00	2.210.700,03
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
265000	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	100,00	0,00
265800	Zinserträge § 233 a Abgabenordnung	0,00	0,00	81,00
		0,00	100,00	81,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
210100	Säumniszuschläge § 240 Abgabenordnung	0,00	0,00	282,50
211000	Zinsen für kurzfristige Verbindlichkeiten	0,00	5.000,00	3.466,55
212000	Langfristige Verbindlichkeiten	232.900,00	222.100,00	236.882,13
213000	Sonstiger Zinsaufwand	0,00	0,00	1.565,00
Zwischensumme		232.900,00	227.100,00	242.196,18
II. Finanzergebnis		2.054.750,00	1.860.650,00	1.968.584,85
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		9.320,00	203.800,00	418.222,55
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
220000	Körperschaftsteuer	0,00	36.900,00	0,00
220800	Solidaritätszuschlag	0,00	2.100,00	0,00
220300	Körperschaftsteuer Vorjahre	0,00	0,00	694.239,00
220900	Solidaritätszuschlag Vorjahre	0,00	0,00	38.183,36
223100	Kapitalertragsteuer	23.000,00	40.000,00	23.000,00
Zwischensumme		23.000,00	79.000,00	755.422,36
IV. Ergebnis nach Steuern		-13.680,00	124.800,00	-337.199,81
435000	Verbrauchssteuer	3.000,00	3.000,00	-13.408,85
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss		-16.680,00	121.800,00	-323.790,96

Wirtschaftsplan 2026 – Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum

Federführung: Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder

Beteiligungen: Büro des Rates und des Bürgermeisters
Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Auskunft erteilt: Herr Gerdhenrich | 02521 29-1000 | gerdhenrich@beckum.de

Beratungsfolge:

Betriebsausschuss

11.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Der als Anlage 1 zur Vorlage beigefügte Wirtschaftsplan 2026 mit einer vorgesehenen Förderung aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ des Eigenbetriebes Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum wird beschlossen.

Der Finanzplan für die Jahre 2026 bis 2030 wird zur Kenntnis genommen.

Kosten/Folgekosten

Durch die Vorbereitung und Erstellung des Wirtschaftsplanes entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Betrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen finanziellen Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan.

Erläuterungen:

Der Rat der Stadt Beckum entscheidet gemäß § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen über die Feststellung des Wirtschaftsplanes. Gemäß § 12 Betriebsatzung der Stadt Beckum für den Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder ist für jedes Jahr ein Wirtschaftsplan zu erstellen. Dieser besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht. Zusätzlich ist ein Finanzplan aufzustellen.

Wirtschaftsplan 2026 mit Förderung aus Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ (Anlage 1 zur Vorlage)

Der Deutsche Bundestag hat im Wirtschaftsplan 2025 des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) Programmmittel von 333 Millionen Euro für das neue Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ bereitgestellt. Damit sollen Kommunen dabei unterstützt werden, ihre Sportstätten von besonderer regionaler und überregionaler Bedeutung im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu erhalten und zu modernisieren.

Fördergegenstand sind bauliche Anlagen, die primär der Ausübung von Sport dienen sowie deren typische bauliche Bestandteile und zweckdienliche Folgeeinrichtungen. Dies umfasst neben Gebäuden auch Freibäder und Sportfreianlagen.

Die Auswahl der zu fördernden Projekte erfolgt nach Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Anschließend werden alle ausgewählten Kommunen informiert und erhalten eine Aufforderung, einen Zuwendungsantrag zu stellen.

Die Kommunen können ihre Interessenbekundung bis zum 15.01.2026 einreichen. Hierzu ist ein Ratsbeschluss (siehe auch Vorlage 2025/0388) erforderlich, der diese Interessenbekundung bewilligt.

Für die Entscheidung seitens des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages führt die Vorlage einer Projektskizze und das Erreichen der Leistungsphase 3 nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) möglicherweise zu einer positiveren Bewertung der Maßnahme.

Ob eine Förderzusage erteilt wird, ist ungewiss.

Der Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum beabsichtigt mit dem Projekt „Sanierung Freibad Neubeckum“, vorbehaltlich der Entscheidung des Rates, an dem Interessenbekundungsverfahren teilzunehmen.

Sofern der Rat seine Zustimmung erteilt, bedeutet dies, dass das Freibad Neubeckum zur Freibadsaison 2026 geöffnet werden kann, die Sanierung in der 2. Hälfte des Jahres 2026 begonnen werden soll und das Bad im Jahr 2028 zu Beginn der Freibadsaison wieder geöffnet werden soll. Eine Sanierung noch im Jahr 2026 mit einer Förderung scheidet aufgrund der Entscheidungsfristen des Bundesprogramms aus.

Das Projekt ist im Finanzplan des Wirtschaftsplans (Anlage 1 zur Vorlage) mit 7.500.000 Euro eingeplant. Diese Summe verteilt sich auf die Jahre 2026 (2.000.000 Euro), 2027 (4.000.000 Euro) und 2028 (1.500.000 Euro).

In den Kosten ist die Installation einer Beckenabdeckung (dient der Reduzierung des Wärmeverlustes in der Nacht und auch einer Reduzierung des Ressourcenverbrauchs an Chemikalien und Reinigungsmitteln) vorgesehen.

Zudem ist für die Wärmeversorgung eine Wasser-Luft-Wärmepumpe mit einer entsprechenden Trafo-Station vorgesehen, sodass von der bisher fossilen Energieversorgung mit Gas zu einer modernen Alternative gewechselt werden kann.

Die vorgenannten Gewerke können zu einer positiven Bewertung der Maßnahme im Interessenbekundungsverfahren beitragen.

Eine Förderung ist im Jahr 2027 mit 1.800.000 Euro und im Jahr 2028 mit 1.570.000 Euro eingeplant.

Im Übrigen nachfolgend weitere Informationen zum Wirtschaftsplan gemäß Anlage 1 zur Vorlage:

Erfolgsplan

Der Wirtschaftsplan 2026 weist im Erfolgsplan Umsatzerlöse, sonstige betriebliche Erträge und Finanzerträge in Höhe von insgesamt 2.739.290 Euro aus. Diesen Erlösen und Erträgen stehen Aufwendungen und Steuern in Höhe von 2.794.920 Euro gegenüber.

Das Jahresergebnis 2026 weist einen Fehlbetrag in Höhe von 55.630 Euro aus. Eine Gewinnausschüttung an den Kernhaushalt ist nicht geplant. Eine Erhöhung der Benutzungsgebühren ist ebenfalls nicht geplant.

Vermögensplan

Der Vermögensplan 2026 weist Investitionen für Bauten und besondere Bauteile, Außenanlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und geringwertige Wirtschaftsgüter in Höhe von 2.988.600 Euro aus.

Die Darlehenstilgung soll mit einem Betrag von 688.150 Euro erfolgen. Es ergibt sich insgesamt ein Mittelbedarf in Höhe von 3.676.750 Euro.

Diesem Mittelbedarf stehen Abschreibungen in Höhe von 197.950 Euro, der Jahresfehlbetrag in Höhe von 55.630 Euro sowie eine Kreditaufnahme in Höhe von 3.534.430 Euro gegenüber.

Im Saldo erhöhen sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Jahr 2026 um 2.846.280 Euro.

Finanzplan

Der Finanzplan für die Jahre 2026 bis 2030 unter Berücksichtigung der vorhergehenden Ausführungen ist jeweils ausgeglichen. In den Jahren 2026 bis 2028 ist jeweils mit einer Neuverschuldung zu rechnen aufgrund der geplanten Investitionen im Hallenbad und im Freibad Neubeckum. Den Jahren 2029 und 2030 ist dann wieder eine Entschuldung zu entnehmen.

Stellenplan

Der Stellenplan 2026 weist keine Änderungen gegenüber dem Stellenplan 2025 aus.

Der Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum wird in der Sitzung des Betriebsausschusses im Einzelnen vorgestellt. Er ist vom Rat der Stadt Beckum zu beschließen.

Wirtschaftsplan 2026 ohne Förderung aus Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ (Anlage 2 zur Vorlage)

Sofern eine Teilnahme an dem Förderprogramm nicht erfolgen soll, würde die Maßnahme Sanierung Freibad Neubeckum in den Jahren 2026/2027 durchgeführt. Das bedeutet, dass das Freibad Neubeckum in der Freibadsaison 2026 geschlossen wäre und zur Freibadsaison 2027 wiedereröffnet würde. In dem als Anlage 2 zur Vorlage beigefügten Wirtschaftsplan ist die Wärmeerzeugung weiterhin mit Gas vorgesehen. Eine Beckenabdeckung ist ebenfalls nicht geplant. Die Kosten sind im Finanzplan im Jahr 2026 mit 3.000.000 Euro und im Jahr 2027 mit 4.000.000 Euro veranschlagt.

Eine Förderung ist nicht eingeplant.

Im Übrigen nachfolgend weitere Informationen zum Wirtschaftsplan gemäß Anlage 2 zur Vorlage:

Erfolgsplan

Der Wirtschaftsplan 2026 weist im Erfolgsplan Umsatzerlöse, sonstige betriebliche Erträge und Finanzerträge in Höhe von insgesamt 2.686.190 Euro aus. Diesen Erlösen und Erträgen stehen Aufwendungen und Steuern in Höhe von 2.702.870 Euro gegenüber.

Das Jahresergebnis 2026 weist einen Fehlbetrag in Höhe von 16.680 Euro aus. Eine Gewinnausschüttung an den Kernhaushalt ist nicht geplant. Eine Erhöhung der Benutzungsgebühren ist ebenfalls nicht geplant.

Vermögensplan

Der Vermögensplan 2026 weist Investitionen für Bauten und besondere Bauteile, Außenanlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und geringwertige Wirtschaftsgüter in Höhe von 3.981.300 Euro aus.

Die Darlehenstilgung soll mit einem Betrag von 688.150 Euro erfolgen. Es ergibt sich insgesamt ein Mittelbedarf in Höhe von 4.669.450 Euro.

Diesem Mittelbedarf stehen Abschreibungen in Höhe von 197.950 Euro, der Jahresfehlbetrag in Höhe von 16.680 Euro sowie eine Kreditaufnahme in Höhe von 4.488.180 Euro gegenüber.

Im Saldo erhöhen sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Jahr 2026 um 3.800.030 Euro.

Finanzplan

Der Finanzplan für die Jahre 2026 bis 2030 unter Berücksichtigung der vorhergehenden Ausführungen ist jeweils ausgeglichen. In den Jahren 2026 bis 2028 ist jeweils mit einer Neuverschuldung zu rechnen aufgrund der geplanten Investitionen im Hallenbad und im Freibad Neubeckum. Den Jahren 2029 und 2030 ist dann wieder eine Entschuldung zu entnehmen.

Stellenplan

Der Stellenplan 2026 weist keine Änderungen gegenüber dem Stellenplan 2025 aus.

Der Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum wird in der Sitzung des Betriebsausschusses im Einzelnen vorgestellt. Er ist vom Rat der Stadt Beckum zu beschließen.

Anlage(n):

- 1 Wirtschaftsplan 2026 mit Förderung aus Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“
- 2 Wirtschaftsplan 2026 ohne Förderung aus Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“

TOP Ö 21.1
Eigener Betrieb
Energieversorgung und Bäder
der STADT BECKUM



Wirtschaftsplan 2026



November 2025

Herausgeber:

STADT BECKUM

DER BÜRGERMEISTER

www.beckum.de



Kontaktdaten:

Stadt Beckum
Weststraße 46
59269 Beckum

02521 29-0
02521 2955-1999 (Fax)
stadt@beckum.de



Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Diese Druckschrift wird von der Stadt Beckum herausgegeben.

Die Schrift darf weder von politischen Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundetags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments und für Bürgerentscheide.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der politischen Parteien und Wählergruppen sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien und Wählergruppen oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Stadt Beckum zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Inhaltsverzeichnis

Wirtschaftsplan 2026.....	1
Erfolgsplan und Erläuterungen	3
Vermögensplan	6
Finanzplan	8
Stellenplan.....	9
Kontennachweis zum Erfolgsplan	10

Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum

Aufgrund der §§ 4 Buchstabe b und 14 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum am _____ folgenden Wirtschaftsplan beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan 2026 wird im Erfolgsplan

im Ertrag auf 2.739.290,00 Euro

im Aufwand auf..... 2.794.920,00 Euro

Jahresfehlbetrag –55.630,00 Euro

und im Vermögensplan

in der Einnahme auf 3.676.750,00 Euro

in der Ausgabe auf 3.676.750,00 Euro

festgesetzt.

§ 2

Die Höhe der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kreditaufnahme beträgt..... 3.534.430,00 Euro.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen,
der zur Finanzierung der Ausgaben des Vermögensplanes erforderlich ist,

wird auf 4.067.000,00 Euro

festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr zur
rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen,

wird auf 5.000.000,00 Euro

festgesetzt.

§ 5

Die Ausgaben für verschiedene Vorhaben des Erfolgsplanes, die sachlich eng zusammenhängen, sind gegenseitig deckungsfähig.

§ 6

Über und außerplanmäßige Ausgaben für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, die 15.000,00 Euro des Ansatzes im Vermögensplan überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses.

Beckum, den 28.11.2025

gezeichnet
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister, Betriebsleiter

Erfolgsplan und Erläuterungen

Erfolgsplan	PLAN 2026				PLAN 2025	IST 2024
	gesamt Euro	Hallenbad Beckum Euro	Freibad Beckum Euro	Freibad Neubeckum Euro	gesamt Euro	gesamt Euro
1. Umsatzerlöse	436.940,00	234.300,00	104.640,00	98.000,00	449.950,00	428.984,45
2. Sonstige betriebliche Erträge	14.700,00	12.600,00	1.050,00	1.050,00	16.500,00	23.698,18
3. Materialaufwand	1.130.250,00	443.950,00	499.600,00	186.700,00	801.250,00	646.855,50
4. Personalaufwand	940.700,00	426.700,00	235.650,00	278.350,00	958.600,00	954.585,33
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	197.950,00	50.450,00	61.600,00	85.900,00	120.550,00	126.853,62
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	267.120,00	134.370,00	57.450,00	75.300,00	242.900,00	274.750,48
I. Betriebsergebnis	-2.084.380,00	-808.570,00	-748.610,00	-527.200,00	-1.656.850,00	-1.550.362,30
7. Erträge aus Beteiligungen	2.287.650,00	0,00	0,00	0,00	2.087.650,00	2.210.700,03
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	81,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	232.900,00	0,00	0,00	0,00	227.100,00	242.196,18
II. Finanzergebnis	2.054.750,00	0,00	0,00	0,00	1.860.650,00	1.968.584,85
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-29.630,00	0,00	0,00	0,00	203.800,00	418.222,55
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	23.000,00	0,00	0,00	0,00	79.000,00	755.422,36
IV. Ergebnis nach Steuern	-52.630,00	0,00	0,00	0,00	124.800,00	-337.199,81
11. Sonstige Steuern	3.000,00	0,00	0,00	0,00	3.000,00	-13.408,85
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-55.630,00	0,00	0,00	0,00	121.800,00	-323.790,96

Erläuterungen zum Erfolgsplan	PLAN 2026				PLAN 2025	IST 2024
	gesamt Euro	Hallenbad Beckum Euro	Freibad Beckum Euro	Freibad Neubeckum Euro	gesamt Euro	gesamt Euro
Umsatzerlöse						
Benutzungsgebühren	220.000,00	58.000,00	80.000,00	82.000,00	225.000,00	222.445,53
Benutzungsgebühren von Schulen und Vereinen	91.500,00	70.000,00	12.000,00	9.500,00	94.500,00	103.355,11
Benutzungsgebühren von Ermäßigungsberechtigten	17.000,00	5.000,00	6.500,00	5.500,00	18.500,00	19.054,08
Einnahmen aus Sonderveranstaltungen	20.000,00	20.000,00	0,00	0,00	20.000,00	21.300,19
Pachteinnahmen	7.140,00	0,00	6.140,00	1.000,00	6.450,00	7.699,29
Sonstige Umsatzerlöse	81.300,00	81.300,00	0,00	0,00	85.500,00	55.130,25
Umsatzerlöse	436.940,00	234.300,00	104.640,00	98.000,00	449.950,00	428.984,45
Sonstige betriebliche Erträge	14.700,00	12.600,00	1.050,00	1.050,00	16.500,00	23.698,18
Materialaufwand						
Energieaufwand	291.650,00	181.550,00	54.550,00	55.550,00	332.950,00	306.267,83
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Abfallentsorgung	16.000,00	3.450,00	7.000,00	5.550,00	19.650,00	22.968,07
Dienstkleidung	4.850,00	2.550,00	1.200,00	1.100,00	4.850,00	3.119,28
Unterhaltung der Gebäude	561.500,00	132.000,00	366.000,00	63.500,00	176.300,00	74.194,17
Wartungskosten Blockheizkraftwerk	21.000,00	16.000,00	5.000,00	0,00	21.000,00	16.622,88
Bezogene Leistungen Städtische Betriebe Beckum	70.000,00	22.000,00	24.000,00	24.000,00	100.000,00	90.343,56
Fremdreinigung	149.250,00	84.400,00	34.850,00	30.000,00	135.000,00	124.629,21
Unterhaltung, Ersatzbeschaffung von Geräten	16.000,00	2.000,00	7.000,00	7.000,00	11.500,00	8.710,50
Materialaufwand	1.130.250,00	443.950,00	499.600,00	186.700,00	801.250,00	646.855,50
Personalaufwand	940.700,00	426.700,00	235.650,00	278.350,00	958.600,00	954.585,33
Abschreibungen auf Sachanlagen	197.950,00	50.450,00	61.600,00	85.900,00	120.550,00	126.853,62
Sonstige betriebliche Aufwendungen						
Steuern und Abgaben	96.700,00	41.800,00	19.800,00	35.100,00	88.000,00	99.994,73
Versicherungen und Beiträge	29.300,00	10.800,00	9.450,00	9.050,00	26.550,00	22.694,39
Sonstige Geschäftsausgaben	141.120,00	81.770,00	28.200,00	31.150,00	128.350,00	152.061,36
Sonstige betriebliche Aufwendungen	267.120,00	134.370,00	57.450,00	75.300,00	242.900,00	274.750,48
I. Betriebsergebnis	-2.084.380,00	-808.570,00	-748.610,00	-527.200,00	-1.656.850,00	-1.550.362,30

Erläuterungen zum Erfolgsplan	PLAN 2026				PLAN 2025	IST 2024
	gesamt Euro	Hallenbad Beckum Euro	Freibad Beckum Euro	Freibad Neubeckum Euro	gesamt Euro	gesamt Euro
Erträge aus Beteiligungen						
Gewinnanteil EVB GmbH & Co. KG	2.013.000,00	0,00	0,00	0,00	1.813.000,00	1.918.557,75
Gewinnausschüttung Wasserversorgung Beckum GmbH	274.650,00	0,00	0,00	0,00	274.650,00	292.142,28
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	81,00
Zinsaufwand						
Zinsen kurzfristige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	5.000,00	3.466,55
Zinsen langfristige Verbindlichkeiten	232.900,00	0,00	0,00	0,00	222.100,00	236.882,13
Sonstiger Zinsaufwand	0,00				0,00	1.847,50
II. Finanzergebnis	2.054.750,00	0,00	0,00	0,00	1.860.650,00	1.968.584,85
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-29.630,00	0,00	0,00	0,00	203.800,00	418.222,55
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
Gewerbeertragsteuer	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Körperschaftsteuer	0,00	0,00	0,00	0,00	39.000,00	732.422,36
Kapitalertragsteuer	23.000,00	0,00	0,00	0,00	40.000,00	23.000,00
IV. Ergebnis nach Steuern	-52.630,00	0,00	0,00	0,00	124.800,00	-337.199,81
Sonstige Steuern	3.000,00	0,00	0,00	0,00	3.000,00	-13.408,85
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-55.630,00	0,00	0,00	0,00	121.800,00	-323.790,96

Vermögensplan

	Ansatz 2026 Euro	Summe Ansatz 2026 Euro	Übertrag aus Vorjahren Euro	Gesamt- ausgabe- bedarf Euro
I. Mittelbedarf				
Investitionen				
Bauten, Besondere Bauteile				
Sanierung Hallenbad Beckum				
Sanierung Lüftung Schwimm- Hallen	82.000,00		468.862,00	550.862,00
Erneuerung Decke Lehrschwimm- halle	5.400,00		83.600,00	89.000,00
Erneuerung Decke Umkleidebe- reich	83.000,00			
Sanierung Lüftung Umkleidebe- reich	482.000,00			
Sanierung Fliesen/Türen Umklei- debereich	155.000,00			
Austausch Garderobenschränke und Umkleidekabinen	153.000,00	960.400,00		
Außenanlagen				
Sanierung Freibad Neubeckum				
Umsetzung Machbarkeitsstudie	2.000.000,00	2.000.000,00		
Betriebs- und Geschäftsausstat- tung				
Möblierung Schwimmesterraum Hallenbad Beckum	5.000,00			
Musikanlage Freibad Beckum	1.500,00			
Schrubbmaschine Freibad Beckum	3.000,00			
Geländehubwagen Freibad Beckum	1.500,00			
Wertfachschrank Freibad Beckum	1.200,00			
Defibrillator Freibad Neubeckum	3.000,00			
Wildkrautbesen Freibad Neu- beckum	1.500,00			
Tresor Freibad Neubeckum	3.700,00	20.400,00		
Geringwertige Wirtschaftsgüter	7.800,00	7.800,00		
Darlehenstilgung				
bestehende Darlehen	688.150,00	688.150,00		
Mittelbedarf gesamt		3.676.750,00		

II. Mittelherkunft				
Abschreibungen Sachanlagen	197.950,00	197.950,00		
Jahresergebnis	-55.630,00	-55.630,00		
Zuschüsse	0,00	0,00		
Aufnahme Kommunalkredit	3.534.430,00	3.534.430,00		
Mittelherkunft gesamt		3.676.750,00		

Finanzplan

Finanzmittelbedarf	Ansatz 2026 Euro	Ansatz 2027 Euro	Ansatz 2028 Euro	Ansatz 2029 Euro	Ansatz 2030 Euro
Investitionen					
Grundstücke und Gebäude	960.400,00	67.000,00	284.300,00	0,00	0,00
Außenanlagen	2.000.000,00	4.000.000,00	1.500.000,00	0,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	20.400,00	6.500,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
Geringwertige Wirtschaftsgüter	7.800,00	4.800,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
Tilgung Darlehen	688.150,00	795.000,00	855.000,00	891.000,00	920.000,00
Gesamt	3.676.750,00	4.873.300,00	2.647.300,00	899.000,00	928.000,00
Finanzmittelherkunft					
Abschreibungen	197.950,00	423.750,00	421.250,00	418.000,00	416.950,00
Jahresergebnis	-55.630,00	-242.980,00	-402.180,00	-232.080,00	-265.380,00
Förmittel/Zuschüsse	0,00	1.800.000,00	1.570.000,00	0,00	0,00
Kreditaufnahme	3.534.430,00	2.892.530,00	1.058.230,00	713.080,00	776.430,00
Gesamt	3.676.750,00	4.873.300,00	2.647.300,00	899.000,00	928.000,00
Finanzmittelüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Entschuldung (-) / Verschuldung (+)	+2.846.280,00	+2.097.530,00	+203.230,00	-177.920,00	-143.570,00

Stellenplan

Bezeichnung	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen nach Stellenübersicht 2026		Tatsächlich besetzt 30.06.2025	Zahl der Stellen 2025
		Stellenbewertung	Eingruppierung Stelleninhaber(innen)		
tariflich Beschäftigte	9b	1	1	1	1
	8	1	1	1	1
	5	6	6	5,64	6
	4	0	0	0	1
	3	0	0	0	0
Insgesamt		8	8	7,64	9
<u>nachrichtlich:</u> Auszubildende		1	1	0	1

Kontennachweis zum Erfolgsplan

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Umsatzerlöse				
Benutzungsgebühren 7 %				
830000	Hallenbad Beckum	58.000,00	58.000,00	62.295,96
830100	Freibad Beckum	80.000,00	80.000,00	72.500,91
830200	Freibad Neubeckum	82.000,00	87.000,00	87.648,66
Zwischensumme		220.000,00	225.000,00	222.445,53
Benutzungsgebühren von Vereinen 7 %				
831200	Hallenbad Beckum	35.000,00	40.000,00	42.829,44
831300	Freibad Beckum	6.500,00	2.500,00	2.670,57
831400	Freibad Neubeckum	4.500,00	4.000,00	4.212,60
Zwischensumme		46.000,00	46.500,00	49.712,61
Benutzungsgebühren von Schulen				
841000	Hallenbad Beckum	35.000,00	40.000,00	44.345,00
841100	Freibad Beckum	5.500,00	4.500,00	5.732,50
841200	Freibad Neubeckum	5.000,00	3.500,00	3.565,00
Zwischensumme		45.500,00	48.000,00	53.642,50
Benutzungsgebühren von Ermäßigungsberechtigten 7 %				
830700	Hallenbad Beckum	5.000,00	3.000,00	3.646,20
830800	Freibad Beckum	6.500,00	9.000,00	9.340,00
830900	Freibad Neubeckum	5.500,00	6.500,00	6.067,88
Zwischensumme		17.000,00	18.500,00	19.054,08
Einnahmen aus Sonderveranstaltungen 7 %				
831100	Hallenbad Beckum	20.000,00	20.000,00	21.300,19
Zwischensumme		20.000,00	20.000,00	21.300,19
Pacht-/Mieteinnahmen steuerfrei				
862100	Freibad Beckum Mieterträge	4.440,00	4.450,00	4.440,00
862600	Freibad Beckum Pachteinnahmen	1.700,00	1.000,00	2.259,29
862700	Freibad Neubeckum Pachteinnahmen	1.000,00	1.000,00	1.000,00
Zwischensumme		7.140,00	6.450,00	7.699,29

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Sonstige Umsatzerlöse				
270500	Steuererstattung Erdgaseinsatz Blockheizkraftwerk	8.500,00	10.000,00	10.310,69
270600	Förderung Stromerzeugung Blockheizkraftwerk 19 %	15.000,00	16.000,00	11.624,56
270800	Förderung Stromerzeugung Blockheizkraftwerk	9.200,00	3.000,00	3.675,72
831500	Rücknahme Altgutscheine 7 %	0,00	0,00	-17,76
891000	Shopverkäufe 19 %	3.600,00	3.000,00	3.615,49
892000	Erlöse Energieverkauf Blockheizkraft- werk 19 %	45.000,00	53.500,00	25.921,55
Zwischensumme		81.300,00	85.500,00	55.130,25
Summe Umsatzerlöse		436.940,00	449.950,00	428.984,45
Sonstige betriebliche Erträge				
270000	Sonstige Erträge	50,00	50,00	188,38
273500	Erträge Auflösung Rückstellungen	100,00	100,00	0,00
274000	Erträge Auflösung Sonderposten	11.400,00	13.050,00	14.235,19
274200	Hallenbad Beckum Versicherungsentschädigungen	1.000,00	1.000,00	0,00
274300	Freibad Beckum Versicherungsentschädigungen	1.000,00	1.000,00	8.274,39
274400	Freibad Neubeckum Versicherungsentschädigungen	1.000,00	1.000,00	883,47
274500	Erstattung Versicherungsbeitrag des Fördervereins Neubeckum	0,00	150,00	116,75
892100	Hallenbad Beckum Vermischte Einnahmen	50,00	50,00	0,00
892200	Freibad Beckum Vermischte Einnahmen	50,00	50,00	0,00
892500	Freibad Neubeckum Vermischte Einnahmen	50,00	50,00	0,00
893000	Erstattung Energiekosten Förderverein Freibad Neubeckum 7 %	0,00	0,00	0,00
Summe Sonstige betriebliche Erträge		14.700,00	16.500,00	23.698,18

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren				
Energieaufwand				
Heizkosten Gas				
401000	Hallenbad Beckum	162.150,00	173.000,00	154.352,62
401100	Freibad Beckum	36.800,00	44.300,00	36.508,68
401200	Freibad Neubeckum	25.000,00	32.500,00	24.401,32
Wasserverbrauch				
401500	Hallenbad Beckum	4.150,00	5.000,00	5.061,71
401600	Freibad Beckum	2.600,00	5.000,00	2.451,43
401700	Freibad Neubeckum	8.000,00	8.000,00	7.678,89
Stromverbrauch				
402000	Hallenbad Beckum	6.200,00	7.000,00	7.980,57
402100	Freibad Beckum	10.600,00	8.000,00	13.098,09
402200	Freibad Neubeckum	18.000,00	14.000,00	18.684,12
Contractingrate				
402300	Hallenbad Beckum	9.050,00	18.050,00	18.025,20
402400	Freibad Beckum	4.550,00	9.050,00	9.012,60
402500	Freibad Neubeckum	4.550,00	9.050,00	9.012,60
Zwischensumme		291.650,00	332.950,00	306.267,83
Sonstige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Abfallentsorgung				
Reinigungsmittel/-kosten				
403000	Hallenbad Beckum	3.300,00	5.300,00	1.604,71
403100	Freibad Beckum	6.800,00	8.450,00	12.732,12
403200	Freibad Neubeckum	4.500,00	4.500,00	7.467,73
Unterhaltung Abfallsammelstelle				
403500	Freibad Neubeckum	850,00	850,00	1.021,56
Laufende Unterhaltung Grünanlagen an Gebäuden				
408000	Hallenbad Beckum	150,00	150,00	0,00
408100	Freibad Beckum	200,00	200,00	49,54
408200	Freibad Neubeckum	200,00	200,00	92,41
Betriebsbedarf				
403900	Alle Bäder	0,00	0,00	0,00
Zwischensumme		16.000,00	19.650,00	22.968,07

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Anschaffung, Unterhaltung von Dienstkleidung				
403600	Hallenbad Beckum	2.550,00	2.550,00	1.576,05
403700	Freibad Beckum	1.200,00	1.200,00	734,15
403800	Freibad Neubeckum	1.100,00	1.100,00	809,08
Zwischensumme		4.850,00	4.850,00	3.119,28
Summe a)		312.500,00	357.450,00	332.355,18
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen				
Gebäudeunterhaltung				
400000	Hallenbad Beckum	99.000,00	16.000,00	0,00
Erneuerung Isolierglasscheiben: 8.000,00 Euro; Abdichtung Teilstück Überlaufrinne: 6.500,00 Euro; Bauliche Maßnahmen Künstliche-Intelligenz-Überwachung: 5.000,00 Euro; Erneuerung Treppe Technikraum: 27.000,00 Euro; Einrichtung 2 separate Duschen für die Beschäftigten: 36.000,00 Euro; Austausch Unterwasserscheinwerfer: 16.500,00 Euro.				
400100	Freibad Beckum	341.000,00	76.300,00	11.040,26
Zaun Mitarbeiterparkplatz: 5.500,00 Euro; Sanierung Dach Dusch- sowie Umkleidetrakt: 190.000,00 Euro; Beckenrandfliesen: 10.000,00 Euro; Blitzschutz nach Erneuerung Dächer: 45.500,00 Euro; Erneuerung Steuerung Wassertechnik: 90.000,00 Euro.				
400200	Freibad Neubeckum	48.500,00	19.000,00	9.069,82
Blitzschutzanlage: 39.500,00 Euro; Gitter Nordseite Kiosk: 9.000,00 Euro.				
Laufende Unterhaltung Gebäude und Anlagen				
407000	Hallenbad Beckum	33.000,00	27.000,00	27.210,92
407100	Freibad Beckum	25.000,00	22.000,00	16.519,02
407200	Freibad Neubeckum	15.000,00	16.000,00	10.354,15
Zwischensumme		561.500,00	176.300,00	74.194,17
Wartungskosten Blockheizkraftwerk				
404000	Hallenbad Beckum	16.000,00	16.000,00	12.799,59
404100	Freibad Beckum	5.000,00	5.000,00	3.823,29
Zwischensumme		21.000,00	21.000,00	16.622,88

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Leistungen der Städtischen Betriebe Beckum				
405000	Hallenbad Beckum (Fachdienst Gebäudemanagement)	20.000,00	35.000,00	20.243,08
405100	Freibad Beckum (Fachdienst Gebäudemanagement)	20.000,00	25.000,00	28.069,56
405200	Freibad Neubeckum (Fachdienst Gebäudemanagement)	20.000,00	30.000,00	36.800,28
405500	Hallenbad Beckum	2.000,00	2.000,00	0,00
405600	Freibad Beckum	4.000,00	4.000,00	3.409,91
405700	Freibad Neubeckum	4.000,00	4.000,00	1.820,73
Zwischensumme		70.000,00	100.000,00	90.343,56
Fremdreinigung				
405800	Hallenbad Beckum	84.400,00	84.400,00	64.283,90
405900	Freibad Beckum	34.850,00	25.300,00	32.082,15
406000	Freibad Neubeckum	30.000,00	25.300,00	28.263,16
Zwischensumme		149.250,00	135.000,00	124.629,21
Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Geräten				
409000	Hallenbad Beckum	2.000,00	2.000,00	1.733,96
409100	Freibad Beckum	7.000,00	5.000,00	2.306,96
409200	Freibad Neubeckum	7.000,00	4.500,00	4.669,58
Zwischensumme		16.000,00	11.500,00	8.710,50
Summe b)		817.750,00	443.800,00	314.500,32
Summe Materialaufwand		1.130.250,00	801.250,00	646.855,50
Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter				
410000	Entgelte Hallenbad Beckum	324.850,00*	352.450,00	329.400,34
410100	Entgelte Freibad Beckum	182.900,00*	183.900,00	182.301,41
410200	Entgelte Freibad Neubeckum	214.400,00*	198.100,00	209.709,40
*Tariferhöhung 2,8 % ab 01.05.2026; Erhöhung Besoldung 3 % ab 01.01.2026; Verrechnung anteilige Personalkosten vom Kernhaushalt.				
410300	Urlaubs- und Gleitzeitverpflichtungen	2.000,00	2.000,00	19.310,00
410400	Zuführung/Auflösung Rückstellung zur Altersteilzeit	0,00	0,00	-1.371,00
Summe a)		724.150,00	736.450,00	739.350,15
b) Soziale Abgaben etc.				
Arbeitgeberanteil Zusatzversorgung (inklusive pauschale Lohnsteuer)				
410500	Hallenbad Beckum	22.750,00	24.700,00	21.770,08
410600	Freibad Beckum	10.600,00	11.500,00	11.108,72
410700	Freibad Neubeckum	13.450,00	12.400,00	12.632,93

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung				
411000	Hallenbad Beckum	64.150,00	67.300,00	59.113,46
411100	Freibad Beckum	29.550,00	30.650,00	29.736,16
411200	Freibad Neubeckum	37.900,00	33.850,00	34.086,59
Versorgungskassenbeitrag				
411500	Hallenbad Beckum	12.750,00	15.200,00	15.210,96
411600	Freibad Beckum	12.400,00	13.050,00	14.879,77
411700	Freibad Neubeckum	12.400,00	13.050,00	14.879,77
Beihilfe				
412000	Hallenbad Beckum	200,00	150,00	582,95
412100	Freibad Beckum	200,00	150,00	570,71
412200	Freibad Neubeckum	200,00	150,00	570,71
Personalnebenkosten				
412500	Hallenbad Beckum	0,00	0,00	43,86
412600	Freibad Beckum	0,00	0,00	17,76
412700	Freibad Neubeckum	0,00	0,00	30,75
Summe b)		216.550,00	222.150,00	215.235,18
Summe Personalaufwand		940.700,00	958.600,00	954.585,33
Abschreibungen				
483000	Sachanlagen	192.950,00	115.350,00	118.663,27
483200	Abgang Restbuchwerte	0,00	0,00	1,00
483500	Sofortabschreibung Geringwertige Wirtschaftsgüter	5.000,00	5.200,00	8.189,35
		197.950,00	120.550,00	126.853,62
Sonstige betriebliche Aufwendungen				
Steuern und Abgaben				
439000	Hallenbad Beckum	41.800,00	29.650,00	46.439,75
439100	Freibad Beckum	19.800,00	25.800,00	17.516,38
439200	Freibad Neubeckum	35.100,00	32.550,00	36.038,60
		96.700,00	88.000,00	99.994,73
Vorausleistungen für Versicherungsschäden				
408300	Hallenbad Beckum	1.000,00	1.000,00	0,00
408400	Freibad Beckum	1.000,00	1.000,00	449,32
408500	Freibad Neubeckum	1.000,00	1.000,00	948,12
Versicherungsbeiträge für Gebäude und Einrichtung				
436000	Hallenbad Beckum	5.750,00	5.600,00	4.713,33
436100	Freibad Beckum	4.550,00	4.100,00	3.460,94
436200	Freibad Neubeckum	4.150,00	3.200,00	2.704,87

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Unfall-, Haftpflicht- und sonstige Versicherung				
436600	Hallenbad Beckum	3.550,00	3.350,00	3.319,29
436700	Freibad Beckum	3.500,00	3.350,00	3.319,26
436800	Freibad Neubeckum	3.500,00	3.350,00	3.319,26
Beiträge an Verbände und Vereine				
438000	Hallenbad Beckum	500,00	200,00	153,00
438100	Freibad Beckum	400,00	200,00	153,00
438200	Freibad Neubeckum	400,00	200,00	153,00
Zwischensumme		29.300,00	26.550,00	22.694,39
Sonstige Geschäftsausgaben				
Außerordentliche Aufwendungen				
200000	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	3.714,50
Werbekosten				
460000	Hallenbad Beckum	5.000,00	5.000,00	3.045,75
460100	Freibad Beckum	300,00	300,00	76,47
460200	Freibad Neubeckum	300,00	300,00	203,01
Erwerb von Shopartikeln				
460300	Hallenbad Beckum	1.000,00	1.000,00	690,13
460400	Freibad Beckum	1.000,00	1.000,00	63,84
460500	Freibad Neubeckum	1.000,00	1.000,00	200,22
Jubiläumsaufwand Freibäder				
464100	Jubiläumsaufwand	0,00	7.000,00	0,00
Unterhaltung, Anschaffung und Ersatz von Inventar				
470000	Hallenbad Beckum	1.200,00	1.200,00	0,00
470100	Freibad Beckum	450,00	450,00	0,00
470200	Freibad Neubeckum	850,00	850,00	0,00
470300	Gerätemiete Freibad Beckum	1.200,00	0,00	0,00
470400	Gerätemiete Freibad Neubeckum	3.200,00	2.200,00	2.100,00
490000	Sonstige betriebliche Aufwendungen	500,00	500,00	29,00
490100	Vorsteuerkorrektur hoheitlicher Bereich	20.000,00	35.000,00	16.045,77
Portogebühren				
491000	Hallenbad Beckum	300,00	100,00	299,65
491100	Freibad Beckum	300,00	100,00	299,64
491200	Freibad Neubeckum	300,00	100,00	299,64
Fernsprechgebühren				
492000	Hallenbad Beckum	400,00	350,00	358,08
492100	Freibad Beckum	200,00	100,00	179,04
492200	Freibad Neubeckum	1.000,00	1.000,00	903,58

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Rundfunkgebühren				
492500	Hallenbad Beckum	200,00	200,00	165,24
492600	Freibad Beckum	50,00	50,00	24,48
492700	Freibad Neubeckum	50,00	50,00	24,48
Papier, Drucksachen und Bürobedarf				
493000	Hallenbad Beckum	450,00	800,00	345,69
493100	Freibad Beckum	450,00	700,00	363,40
493200	Freibad Neubeckum	200,00	700,00	112,15
493600	Bekanntmachungen	1.500,00	1.500,00	1.213,55
GEMA-Gebühren				
493700	Hallenbad Beckum	200,00	500,00	314,13
493800	Freibad Beckum	200,00	500,00	85,50
493900	Freibad Neubeckum	200,00	500,00	0,00
Amtliche Blätter, Zeitschriften und Bücher				
494000	Hallenbad Beckum	150,00	150,00	210,06
494100	Freibad Beckum	150,00	150,00	155,18
494200	Freibad Neubeckum	150,00	150,00	155,23
Aus- und Fortbildung inklusive Reisekosten				
494500	Hallenbad Beckum	2.850,00	2.850,00	1.499,26
494600	Freibad Beckum	900,00	900,00	581,50
494700	Freibad Neubeckum	900,00	900,00	651,94
495000	Beratungskosten	6.000,00	3.000,00	60.743,40
495700	Kosten für Abschlussprüfung	6.000,00	5.550,00	5.550,00
Miete für Druck- und Kopiergeräte				
496000	Hallenbad Beckum	400,00	1.000,00	374,76
496100	Freibad Beckum	200,00	500,00	187,38
496200	Freibad Neubeckum	200,00	500,00	187,37
Datenverarbeitungsaufwand				
496300	Hallenbad Beckum	10.000,00	9.900,00	12.085,53
496400	Freibad Beckum	7.500,00	7.400,00	9.064,14
496500	Freibad Neubeckum	7.500,00	7.400,00	9.064,15
Sachkosten				
496600	Hallenbad Beckum	4.150,00	4.050,00	4.108,13
496700	Freibad Beckum	4.000,00	3.900,00	3.814,69
496800	Freibad Neubeckum	4.000,00	3.900,00	3.814,68
497000	Buchungsgebühren im Kontokorrentverkehr	2.000,00	2.000,00	2.161,82

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Software-as-a-Service-Gebühr				
497100	Hallenbad Beckum	19.470,00	5.600,00	3.218,10
497200	Freibad Beckum	11.300,00	2.750,00	1.638,55
497300	Freibad Neubeckum	11.300,00	2.750,00	1.638,55
		141.120,00	128.350,00	152.061,36
Summe Sonstiger betrieblicher Aufwand		267.120,00	242.900,00	274.750,48
I. Betriebsergebnis		-2.084.380,00	-1.656.850,00	-1.550.362,30
Erträge aus Beteiligungen				
260000	Erträge aus Beteiligung EVB KG	2.013.000,00	1.813.000,00	1.918.557,75
261500	Erträge aus Beteiligung WV GmbH	274.650,00	274.650,00	292.142,28
		2.287.650,00	2.087.650,00	2.210.700,03
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
265000	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	100,00	0,00
265800	Zinserträge § 233 a Abgabenordnung	0,00	0,00	81,00
		0,00	100,00	81,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
210100	Säumniszuschläge § 240 Abgabenordnung	0,00	0,00	282,50
211000	Zinsen für kurzfristige Verbindlichkeiten	0,00	5.000,00	3.466,55
212000	Langfristige Verbindlichkeiten	232.900,00	222.100,00	236.882,13
213000	Sonstiger Zinsaufwand	0,00	0,00	1.565,00
Zwischensumme		232.900,00	227.100,00	242.196,18
II. Finanzergebnis		2.054.750,00	1.860.650,00	1.968.584,85
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-29.630,00	203.800,00	418.222,55
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
220000	Körperschaftsteuer	0,00	36.900,00	0,00
220800	Solidaritätszuschlag	0,00	2.100,00	0,00
220300	Körperschaftsteuer Vorjahre	0,00	0,00	694.239,00
220900	Solidaritätszuschlag Vorjahre	0,00	0,00	38.183,36
223100	Kapitalertragsteuer	23.000,00	40.000,00	23.000,00
Zwischensumme		23.000,00	79.000,00	755.422,36
IV. Ergebnis nach Steuern		-52.630,00	124.800,00	-337.199,81
435000	Verbrauchssteuer	3.000,00	3.000,00	-13.408,85
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss		-16.680,00	121.800,00	-323.790,96

TOP Ö 21.1

Eigenbetrieb
Energieversorgung und Bäder
der STADT BECKUM



Wirtschaftsplan 2026



© STADT BECKUM, Freibad Neubeckum

Herausgeber:

STADT BECKUM

DER BÜRGERMEISTER

www.beckum.de



Kontaktdaten:

Stadt Beckum
Weststraße 46
59269 Beckum

02521 29-0
02521 2955-1999 (Fax)
stadt@beckum.de



Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Diese Druckschrift wird von der Stadt Beckum herausgegeben.

Die Schrift darf weder von politischen Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundtags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments und für Bürgerentscheide.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der politischen Parteien und Wählergruppen sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien und Wählergruppen oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Stadt Beckum zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Inhaltsverzeichnis

Wirtschaftsplan 2026.....	1
Erfolgsplan und Erläuterungen	3
Vermögensplan	6
Finanzplan	8
Stellenplan.....	9
Kontennachweis zum Erfolgsplan	10

Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum

Aufgrund der §§ 4 Buchstabe b und 14 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum am _____ folgenden Wirtschaftsplan beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan 2026 wird im Erfolgsplan

im Ertrag auf 2.686.190,00 Euro

im Aufwand auf..... 2.702.870,00 Euro

Jahresfehlbetrag –16.680,00 Euro

und im Vermögensplan

in der Einnahme auf 4.669.450,00 Euro

in der Ausgabe auf 4.669.450,00 Euro

festgesetzt.

§ 2

Die Höhe der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kreditaufnahme beträgt..... 4.488.180,00 Euro.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen,
der zur Finanzierung der Ausgaben des Vermögensplanes erforderlich ist,

wird auf 4.067.000,00 Euro

festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr zur
rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen,

wird auf 5.000.000,00 Euro

festgesetzt.

§ 5

Die Ausgaben für verschiedene Vorhaben des Erfolgsplanes, die sachlich eng zusammenhängen, sind gegenseitig deckungsfähig.

§ 6

Über und außerplanmäßige Ausgaben für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, die 15.000,00 Euro des Ansatzes im Vermögensplan überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses.

Beckum, den 28.11.2025

gezeichnet
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister, Betriebsleiter

Erfolgsplan und Erläuterungen

Erfolgsplan	PLAN 2026				PLAN 2025	IST 2024
	gesamt Euro	Hallenbad Beckum Euro	Freibad Beckum Euro	Freibad Neubeckum Euro	gesamt Euro	gesamt Euro
1. Umsatzerlöse	383.840,00	231.700,00	152.140,00	0,00	449.950,00	428.984,45
2. Sonstige betriebliche Erträge	14.700,00	12.600,00	1.050,00	1.050,00	16.500,00	23.698,18
3. Materialaufwand	1.073.550,00	443.950,00	499.600,00	130.000,00	801.250,00	646.855,50
4. Personalaufwand	908.050,00	435.050,00	305.950,00	167.050,00	958.600,00	954.585,33
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	197.950,00	50.450,00	61.600,00	85.900,00	120.550,00	126.853,62
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	264.420,00	134.370,00	57.950,00	72.100,00	242.900,00	274.750,48
I. Betriebsergebnis	-2.045.430,00	-819.520,00	-771.910,00	-454.000,00	-1.656.850,00	-1.550.362,30
7. Erträge aus Beteiligungen	2.287.650,00	0,00	0,00	0,00	2.087.650,00	2.210.700,03
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	81,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	232.900,00	0,00	0,00	0,00	227.100,00	242.196,18
II. Finanzergebnis	2.054.750,00	0,00	0,00	0,00	1.860.650,00	1.968.584,85
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.320,00	0,00	0,00	0,00	203.800,00	418.222,55
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	23.000,00	0,00	0,00	0,00	79.000,00	755.422,36
IV. Ergebnis nach Steuern	-13.680,00	0,00	0,00	0,00	124.800,00	-337.199,81
11. Sonstige Steuern	3.000,00	0,00	0,00	0,00	3.000,00	-13.408,85
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-16.680,00	0,00	0,00	0,00	121.800,00	-323.790,96

Erläuterungen zum Erfolgsplan	PLAN 2026				PLAN 2025	IST 2024
	gesamt Euro	Hallenbad Beckum Euro	Freibad Beckum Euro	Freibad Neubeckum Euro	gesamt Euro	gesamt Euro
Umsatzerlöse						
Benutzungsgebühren	178.000,00	58.000,00	120.000,00	0,00	225.000,00	222.445,53
Benutzungsgebühren von Schulen und Vereinen	86.000,00	70.000,00	16.000,00	0,00	94.500,00	103.355,11
Benutzungsgebühren von Ermäßigungsberechtigten	15.000,00	5.000,00	10.000,00	0,00	18.500,00	19.054,08
Einnahmen aus Sonderveranstaltungen	18.000,00	18.000,00	0,00	0,00	20.000,00	21.300,19
Pachteinnahmen	6.140,00	0,00	6.140,00	0,00	6.450,00	7.699,29
Sonstige Umsatzerlöse	80.700,00	80.700,00	0,00	0,00	85.500,00	55.130,25
Umsatzerlöse	383.840,00	231.700,00	152.140,00	0,00	449.950,00	428.984,45
Sonstige betriebliche Erträge	14.700,00	12.600,00	1.050,00	1.050,00	16.500,00	23.698,18
Materialaufwand						
Energieaufwand	258.450,00	181.550,00	54.550,00	22.350,00	332.950,00	306.267,83
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Abfallentsorgung	12.500,00	3.450,00	7.000,00	2.050,00	19.650,00	22.968,07
Dienstkleidung	4.850,00	2.550,00	1.200,00	1.100,00	4.850,00	3.119,28
Unterhaltung der Gebäude	576.500,00	132.000,00	366.000,00	78.500,00	176.300,00	74.194,17
Wartungskosten Blockheizkraftwerk	21.000,00	16.000,00	5.000,00	0,00	21.000,00	16.622,88
Bezogene Leistungen Städtische Betriebe Beckum	70.000,00	22.000,00	24.000,00	24.000,00	100.000,00	90.343,56
Fremdreinigung	120.250,00	84.400,00	34.850,00	1.000,00	135.000,00	124.629,21
Unterhaltung, Ersatzbeschaffung von Geräten	10.000,00	2.000,00	7.000,00	1.000,00	11.500,00	8.710,50
Materialaufwand	1.073.550,00	443.950,00	499.600,00	130.000,00	801.250,00	646.855,50
Personalaufwand	908.050,00	435.050,00	305.950,00	167.050,00	958.600,00	954.585,33
Abschreibungen auf Sachanlagen	197.950,00	50.450,00	61.600,00	85.900,00	120.550,00	126.853,62
Sonstige betriebliche Aufwendungen						
Steuern und Abgaben	96.700,00	41.800,00	19.800,00	35.100,00	88.000,00	99.994,73
Versicherungen und Beiträge	29.300,00	10.800,00	9.450,00	9.050,00	26.550,00	22.694,39
Sonstige Geschäftsausgaben	138.420,00	81.770,00	28.700,00	27.950,00	128.350,00	152.061,36
Sonstige betriebliche Aufwendungen	264.420,00	134.370,00	57.950,00	72.100,00	242.900,00	274.750,48
I. Betriebsergebnis	-2.045.430,00	-819.520,00	-771.910,00	-454.000,00	-1.656.850,00	-1.550.362,30

Erläuterungen zum Erfolgsplan	PLAN 2026				PLAN 2025	IST 2024
	gesamt Euro	Hallenbad Beckum Euro	Freibad Beckum Euro	Freibad Neubeckum Euro	gesamt Euro	gesamt Euro
Erträge aus Beteiligungen						
Gewinnanteil EVB GmbH & Co. KG	2.013.000,00	0,00	0,00	0,00	1.813.000,00	1.918.557,75
Gewinnausschüttung Wasserversorgung Beckum GmbH	274.650,00	0,00	0,00	0,00	274.650,00	292.142,28
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	81,00
Zinsaufwand						
Zinsen kurzfristige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	5.000,00	3.466,55
Zinsen langfristige Verbindlichkeiten	232.900,00	0,00	0,00	0,00	222.100,00	236.882,13
Sonstiger Zinsaufwand	0,00				0,00	1.847,50
II. Finanzergebnis	2.054.750,00	0,00	0,00	0,00	1.860.650,00	1.968.584,85
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.320,00	0,00	0,00	0,00	203.800,00	418.222,55
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
Gewerbeertragsteuer	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Körperschaftsteuer	0,00	0,00	0,00	0,00	39.000,00	732.422,36
Kapitalertragsteuer	23.000,00	0,00	0,00	0,00	40.000,00	23.000,00
IV. Ergebnis nach Steuern	-13.680,00	0,00	0,00	0,00	124.800,00	-337.199,81
Sonstige Steuern	3.000,00	0,00	0,00	0,00	3.000,00	-13.408,85
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-16.680,00	0,00	0,00	0,00	121.800,00	-323.790,96

Vermögensplan

	Ansatz 2026 Euro	Summe Ansatz 2026 Euro	Übertrag aus Vorjahren Euro	Gesamt- ausgabe- bedarf Euro
I. Mittelbedarf				
Investitionen				
Bauten, Besondere Bauteile				
Sanierung Hallenbad Beckum				
Sanierung Lüftung Schwimm- Hallen	82.000,00		468.862,00	550.862,00
Erneuerung Decke Lehrschwimm- halle	5.400,00		83.600,00	89.000,00
Erneuerung Decke Umkleidebe- reich	83.000,00			
Sanierung Lüftung Umkleidebe- reich	482.000,00			
Sanierung Fliesen/Türen Umklei- debereich	155.000,00			
Austausch Garderobenschränke und Umkleidekabinen	153.000,00	960.400,00		
Außenanlagen				
Sanierung Freibad Neubeckum				
Umsetzung Machbarkeitsstudie	3.000.000,00	3.000.000,00		
Betriebs- und Geschäftsausstat- tung				
Möblierung Schwimmesterraum Hallenbad Beckum	5.000,00			
Musikanlage Freibad Beckum	1.500,00			
Schrubbmaschine Freibad Beckum	3.000,00			
Geländehubwagen Freibad Beckum	1.500,00			
Wertfachschrank Freibad Beckum	1.200,00			
Tresor Freibad Neubeckum	3.700,00	15.900,00		
Geringwertige Wirtschaftsgüter	5.000,00	5.000,00		
Darlehenstilgung				
bestehende Darlehen	688.150,00	688.150,00		
Mittelbedarf gesamt		4.669.450,00		

II. Mittelherkunft				
Abschreibungen Sachanlagen	197.950,00	197.950,00		
Jahresergebnis	-16.680,00	-16.680,00		
Zuschüsse	0,00	0,00		
Aufnahme Kommunalkredit	4.488.180,00	4.488.180,00		
Mittelherkunft gesamt		4.669.450,00		

Finanzplan

Finanzmittelbedarf	Ansatz 2026 Euro	Ansatz 2027 Euro	Ansatz 2028 Euro	Ansatz 2029 Euro	Ansatz 2030 Euro
Investitionen					
Grundstücke und Gebäude	960.400,00	67.000,00	284.300,00	0,00	0,00
Außenanlagen	3.000.000,00	4.000.000,00	0,00	0,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.900,00	6.500,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
Geringwertige Wirtschaftsgüter	5.000,00	4.800,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
Tilgung Darlehen	688.150,00	795.000,00	855.000,00	891.000,00	920.000,00
Gesamt	4.669.450,00	4.873.300,00	1.147.300,00	899.000,00	928.000,00
Finanzmittelherkunft					
Abschreibungen	197.950,00	423.750,00	421.250,00	418.000,00	416.950,00
Jahresergebnis	-16.680,00	-242.980,00	-402.180,00	-232.080,00	-265.380,00
Zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Kreditaufnahme	4.488.180,00	4.692.530,00	1.128.230,00	713.080,00	776.430,00
Gesamt	4.669.450,00	4.873.300,00	1.147.300,00	899.000,00	928.000,00
Finanzmittelüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Entschuldung (-) / Verschuldung (+)	+3.800.030,00	+3.897.530,00	+273.230,00	-177.920,00	-143.570,00

Stellenplan

Bezeichnung	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen nach Stellenübersicht 2026		Tatsächlich besetzt 30.06.2025	Zahl der Stellen 2025
		Stellenbewertung	Eingruppierung Stelleninhaber(innen)		
tariflich Beschäftigte	9b	1	1	1	1
	8	1	1	1	1
	5	6	6	5,64	6
	4	0	0	0	1
	3	0	0	0	0
Insgesamt		8	8	7,64	9
<u>nachrichtlich:</u> Auszubildende		1	1	0	1

Kontennachweis zum Erfolgsplan

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Umsatzerlöse				
Benutzungsgebühren 7 %				
830000	Hallenbad Beckum	58.000,00	58.000,00	62.295,96
830100	Freibad Beckum	120.000,00	80.000,00	72.500,91
830200	Freibad Neubeckum	0,00	87.000,00	87.648,66
Zwischensumme		178.000,00	225.000,00	222.445,53
Benutzungsgebühren von Vereinen 7 %				
831200	Hallenbad Beckum	35.000,00	40.000,00	42.829,44
831300	Freibad Beckum	8.000,00	2.500,00	2.670,57
831400	Freibad Neubeckum	0,00	4.000,00	4.212,60
Zwischensumme		43.000,00	46.500,00	49.712,61
Benutzungsgebühren von Schulen				
841000	Hallenbad Beckum	35.000,00	40.000,00	44.345,00
841100	Freibad Beckum	8.000,00	4.500,00	5.732,50
841200	Freibad Neubeckum	0,00	3.500,00	3.565,00
Zwischensumme		43.000,00	48.000,00	53.642,50
Benutzungsgebühren von Ermäßigungsberechtigten 7 %				
830700	Hallenbad Beckum	5.000,00	3.000,00	3.646,20
830800	Freibad Beckum	10.000,00	9.000,00	9.340,00
830900	Freibad Neubeckum	0,00	6.500,00	6.067,88
Zwischensumme		15.000,00	18.500,00	19.054,08
Einnahmen aus Sonderveranstaltungen 7 %				
831100	Hallenbad Beckum	18.000,00	20.000,00	21.300,19
Zwischensumme		18.000,00	20.000,00	21.300,19
Pacht-/Mieteinnahmen steuerfrei				
862100	Freibad Beckum Mieterträge	4.440,00	4.450,00	4.440,00
862600	Freibad Beckum Pachteinnahmen	1.700,00	1.000,00	2.259,29
862700	Freibad Neubeckum Pachteinnahmen	0,00	1.000,00	1.000,00
Zwischensumme		6.140,00	6.450,00	7.699,29

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Sonstige Umsatzerlöse				
270500	Steuererstattung Erdgaseinsatz Blockheizkraftwerk	8.500,00	10.000,00	10.310,69
270600	Förderung Stromerzeugung Blockheizkraftwerk 19 %	15.000,00	16.000,00	11.624,56
270800	Förderung Stromerzeugung Blockheizkraftwerk	9.200,00	3.000,00	3.675,72
831500	Rücknahme Altgutscheine 7 %	0,00	0,00	-17,76
891000	Shopverkäufe 19 %	3.000,00	3.000,00	3.615,49
892000	Erlöse Energieverkauf Blockheizkraft- werk 19 %	45.000,00	53.500,00	25.921,55
Zwischensumme		80.700,00	85.500,00	55.130,25
Summe Umsatzerlöse		383.840,00	449.950,00	428.984,45
Sonstige betriebliche Erträge				
270000	Sonstige Erträge	50,00	50,00	188,38
273500	Erträge Auflösung Rückstellungen	100,00	100,00	0,00
274000	Erträge Auflösung Sonderposten	11.400,00	13.050,00	14.235,19
274200	Hallenbad Beckum Versicherungsentschädigungen	1.000,00	1.000,00	0,00
274300	Freibad Beckum Versicherungsentschädigungen	1.000,00	1.000,00	8.274,39
274400	Freibad Neubeckum Versicherungsentschädigungen	1.000,00	1.000,00	883,47
274500	Erstattung Versicherungsbeitrag des Fördervereins Neubeckum	0,00	150,00	116,75
892100	Hallenbad Beckum Vermischte Einnahmen	50,00	50,00	0,00
892200	Freibad Beckum Vermischte Einnahmen	50,00	50,00	0,00
892500	Freibad Neubeckum Vermischte Einnahmen	50,00	50,00	0,00
893000	Erstattung Energiekosten Förderverein Freibad Neubeckum 7 %	0,00	0,00	0,00
Summe Sonstige betriebliche Erträge		14.700,00	16.500,00	23.698,18

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren				
Energieaufwand				
Heizkosten Gas				
401000	Hallenbad Beckum	162.150,00	173.000,00	154.352,62
401100	Freibad Beckum	36.800,00	44.300,00	36.508,68
401200	Freibad Neubeckum	5.000,00	32.500,00	24.401,32
Wasserverbrauch				
401500	Hallenbad Beckum	4.150,00	5.000,00	5.061,71
401600	Freibad Beckum	2.600,00	5.000,00	2.451,43
401700	Freibad Neubeckum	2.800,00	8.000,00	7.678,89
Stromverbrauch				
402000	Hallenbad Beckum	6.200,00	7.000,00	7.980,57
402100	Freibad Beckum	10.600,00	8.000,00	13.098,09
402200	Freibad Neubeckum	10.000,00	14.000,00	18.684,12
Contractingrate				
402300	Hallenbad Beckum	9.050,00	18.050,00	18.025,20
402400	Freibad Beckum	4.550,00	9.050,00	9.012,60
402500	Freibad Neubeckum	4.550,00	9.050,00	9.012,60
Zwischensumme		258.450,00	332.950,00	306.267,83
Sonstige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Abfallentsorgung				
Reinigungsmittel/-kosten				
403000	Hallenbad Beckum	3.300,00	5.300,00	1.604,71
403100	Freibad Beckum	6.800,00	8.450,00	12.732,12
403200	Freibad Neubeckum	1.000,00	4.500,00	7.467,73
Unterhaltung Abfallsammelstelle				
403500	Freibad Neubeckum	850,00	850,00	1.021,56
Laufende Unterhaltung Grünanlagen an Gebäuden				
408000	Hallenbad Beckum	150,00	150,00	0,00
408100	Freibad Beckum	200,00	200,00	49,54
408200	Freibad Neubeckum	200,00	200,00	92,41
Betriebsbedarf				
403900	Alle Bäder	0,00	0,00	0,00
Zwischensumme		12.500,00	19.650,00	22.968,07

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Anschaffung, Unterhaltung von Dienstkleidung				
403600	Hallenbad Beckum	2.550,00	2.550,00	1.576,05
403700	Freibad Beckum	1.200,00	1.200,00	734,15
403800	Freibad Neubeckum	1.100,00	1.100,00	809,08
Zwischensumme		4.850,00	4.850,00	3.119,28
Summe a)		275.800,00	357.450,00	332.355,18
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen				
Gebäudeunterhaltung				
400000	Hallenbad Beckum	99.000,00	16.000,00	0,00
Erneuerung Isolierglasscheiben: 8.000,00 Euro; Abdichtung Teilstück Überlaufrinne: 6.500,00 Euro; Bauliche Maßnahmen Künstliche-Intelligenz-Überwachung: 5.000,00 Euro; Erneuerung Treppe Technikraum: 27.000,00 Euro; Einrichtung 2 separate Duschen für die Beschäftigten: 36.000,00 Euro; Austausch Unterwasserscheinwerfer: 16.500,00 Euro.				
400100	Freibad Beckum	341.000,00	76.300,00	11.040,26
Zaun Mitarbeiterparkplatz: 5.500,00 Euro; Sanierung Dach Dusch- sowie Umkleidetrakt: 190.000,00 Euro; Beckenrandfliesen: 10.000,00 Euro; Blitzschutz nach Erneuerung Dächer: 45.500,00 Euro; Erneuerung Steuerung Wassertechnik: 90.000,00 Euro.				
400200	Freibad Neubeckum	68.500,00	19.000,00	9.069,82
Blitzschutzanlage: 39.500,00 Euro; Gitter Nordseite Kiosk: 9.000,00 Euro; Bauliche Maßnahmen Künstliche-Intelligenz-Überwachung: 20.000,00 Euro.				
Laufende Unterhaltung Gebäude und Anlagen				
407000	Hallenbad Beckum	33.000,00	27.000,00	27.210,92
407100	Freibad Beckum	25.000,00	22.000,00	16.519,02
407200	Freibad Neubeckum	10.000,00	16.000,00	10.354,15
Zwischensumme		576.500,00	176.300,00	74.194,17
Wartungskosten Blockheizkraftwerk				
404000	Hallenbad Beckum	16.000,00	16.000,00	12.799,59
404100	Freibad Beckum	5.000,00	5.000,00	3.823,29
Zwischensumme		21.000,00	21.000,00	16.622,88

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Leistungen der Städtischen Betriebe Beckum				
405000	Hallenbad Beckum (Fachdienst Gebäudemanagement)	20.000,00	35.000,00	20.243,08
405100	Freibad Beckum (Fachdienst Gebäudemanagement)	20.000,00	25.000,00	28.069,56
405200	Freibad Neubeckum (Fachdienst Gebäudemanagement)	20.000,00	30.000,00	36.800,28
405500	Hallenbad Beckum	2.000,00	2.000,00	0,00
405600	Freibad Beckum	4.000,00	4.000,00	3.409,91
405700	Freibad Neubeckum	4.000,00	4.000,00	1.820,73
Zwischensumme		70.000,00	100.000,00	90.343,56
Fremdreinigung				
405800	Hallenbad Beckum	84.400,00	84.400,00	64.283,90
405900	Freibad Beckum	34.850,00	25.300,00	32.082,15
406000	Freibad Neubeckum	1.000,00	25.300,00	28.263,16
Zwischensumme		120.250,00	135.000,00	124.629,21
Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Geräten				
409000	Hallenbad Beckum	2.000,00	2.000,00	1.733,96
409100	Freibad Beckum	7.000,00	5.000,00	2.306,96
409200	Freibad Neubeckum	1.000,00	4.500,00	4.669,58
Zwischensumme		10.000,00	11.500,00	8.710,50
Summe b)		797.750,00	443.800,00	314.500,32
Summe Materialaufwand		1.073.550,00	801.250,00	646.855,50
Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter				
410000	Entgelte Hallenbad Beckum	329.550,00*	352.450,00	329.400,34
410100	Entgelte Freibad Beckum	233.300,00*	183.900,00	182.301,41
410200	Entgelte Freibad Neubeckum	124.400,00*	198.100,00	209.709,40
*Tariferhöhung 2,8 % ab 01.05.2026; Erhöhung Besoldung 3 % ab 01.01.2026; Verrechnung anteilige Personalkosten vom Kernhaushalt.				
410300	Urlaubs- und Gleitzeitverpflichtungen	2.000,00	2.000,00	19.310,00
410400	Zuführung/Auflösung Rückstellung zur Altersteilzeit	0,00	0,00	-1.371,00
Summe a)		689.250,00	736.450,00	739.350,15
b) Soziale Abgaben etc.				
Arbeitgeberanteil Zusatzversorgung (inklusive pauschale Lohnsteuer)				
410500	Hallenbad Beckum	23.150,00	24.700,00	21.770,08
410600	Freibad Beckum	15.150,00	11.500,00	11.108,72
410700	Freibad Neubeckum	7.350,00	12.400,00	12.632,93

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung				
411000	Hallenbad Beckum	65.150,00	67.300,00	59.113,46
411100	Freibad Beckum	42.650,00	30.650,00	29.736,16
411200	Freibad Neubeckum	20.450,00	33.850,00	34.086,59
Versorgungskassenbeitrag				
411500	Hallenbad Beckum	15.000,00	15.200,00	15.210,96
411600	Freibad Beckum	14.650,00	13.050,00	14.879,77
411700	Freibad Neubeckum	14.650,00	13.050,00	14.879,77
Beihilfe				
412000	Hallenbad Beckum	200,00	150,00	582,95
412100	Freibad Beckum	200,00	150,00	570,71
412200	Freibad Neubeckum	200,00	150,00	570,71
Personalnebenkosten				
412500	Hallenbad Beckum	0,00	0,00	43,86
412600	Freibad Beckum	0,00	0,00	17,76
412700	Freibad Neubeckum	0,00	0,00	30,75
Summe b)		218.800,00	222.150,00	215.235,18
Summe Personalaufwand		908.050,00	958.600,00	954.585,33
Abschreibungen				
483000	Sachanlagen	192.950,00	115.350,00	118.663,27
483200	Abgang Restbuchwerte	0,00	0,00	1,00
483500	Sofortabschreibung Geringwertige Wirtschaftsgüter	5.000,00	5.200,00	8.189,35
		197.950,00	120.550,00	126.853,62
Sonstige betriebliche Aufwendungen				
Steuern und Abgaben				
439000	Hallenbad Beckum	41.800,00	29.650,00	46.439,75
439100	Freibad Beckum	19.800,00	25.800,00	17.516,38
439200	Freibad Neubeckum	35.100,00	32.550,00	36.038,60
		96.700,00	88.000,00	99.994,73
Vorausleistungen für Versicherungsschäden				
408300	Hallenbad Beckum	1.000,00	1.000,00	0,00
408400	Freibad Beckum	1.000,00	1.000,00	449,32
408500	Freibad Neubeckum	1.000,00	1.000,00	948,12
Versicherungsbeiträge für Gebäude und Einrichtung				
436000	Hallenbad Beckum	5.750,00	5.600,00	4.713,33
436100	Freibad Beckum	4.550,00	4.100,00	3.460,94
436200	Freibad Neubeckum	4.150,00	3.200,00	2.704,87

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Unfall-, Haftpflicht- und sonstige Versicherung				
436600	Hallenbad Beckum	3.550,00	3.350,00	3.319,29
436700	Freibad Beckum	3.500,00	3.350,00	3.319,26
436800	Freibad Neubeckum	3.500,00	3.350,00	3.319,26
Beiträge an Verbände und Vereine				
438000	Hallenbad Beckum	500,00	200,00	153,00
438100	Freibad Beckum	400,00	200,00	153,00
438200	Freibad Neubeckum	400,00	200,00	153,00
Zwischensumme		29.300,00	26.550,00	22.694,39
Sonstige Geschäftsausgaben				
Außerordentliche Aufwendungen				
200000	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	3.714,50
Werbekosten				
460000	Hallenbad Beckum	5.000,00	5.000,00	3.045,75
460100	Freibad Beckum	300,00	300,00	76,47
460200	Freibad Neubeckum	0,00	300,00	203,01
Erwerb von Shopartikeln				
460300	Hallenbad Beckum	1.000,00	1.000,00	690,13
460400	Freibad Beckum	1.500,00	1.000,00	63,84
460500	Freibad Neubeckum	0,00	1.000,00	200,22
Jubiläumsaufwand Freibäder				
464100	Jubiläumsaufwand	0,00	7.000,00	0,00
Unterhaltung, Anschaffung und Ersatz von Inventar				
470000	Hallenbad Beckum	1.200,00	1.200,00	0,00
470100	Freibad Beckum	450,00	450,00	0,00
470200	Freibad Neubeckum	850,00	850,00	0,00
470300	Gerätemiete Freibad Beckum	1.200,00	0,00	0,00
470400	Gerätemiete Freibad Neubeckum	1.500,00	2.200,00	2.100,00
490000	Sonstige betriebliche Aufwendungen	500,00	500,00	29,00
490100	Vorsteuerkorrektur hoheitlicher Bereich	20.000,00	35.000,00	16.045,77
Portogebühren				
491000	Hallenbad Beckum	300,00	100,00	299,65
491100	Freibad Beckum	300,00	100,00	299,64
491200	Freibad Neubeckum	300,00	100,00	299,64
Fernsprechgebühren				
492000	Hallenbad Beckum	400,00	350,00	358,08
492100	Freibad Beckum	200,00	100,00	179,04
492200	Freibad Neubeckum	1.000,00	1.000,00	903,58

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Rundfunkgebühren				
492500	Hallenbad Beckum	200,00	200,00	165,24
492600	Freibad Beckum	50,00	50,00	24,48
492700	Freibad Neubeckum	50,00	50,00	24,48
Papier, Drucksachen und Bürobedarf				
493000	Hallenbad Beckum	450,00	800,00	345,69
493100	Freibad Beckum	450,00	700,00	363,40
493200	Freibad Neubeckum	200,00	700,00	112,15
493600	Bekanntmachungen	1.500,00	1.500,00	1.213,55
GEMA-Gebühren				
493700	Hallenbad Beckum	200,00	500,00	314,13
493800	Freibad Beckum	200,00	500,00	85,50
493900	Freibad Neubeckum	0,00	500,00	0,00
Amtliche Blätter, Zeitschriften und Bücher				
494000	Hallenbad Beckum	150,00	150,00	210,06
494100	Freibad Beckum	150,00	150,00	155,18
494200	Freibad Neubeckum	150,00	150,00	155,23
Aus- und Fortbildung inklusive Reisekosten				
494500	Hallenbad Beckum	2.850,00	2.850,00	1.499,26
494600	Freibad Beckum	900,00	900,00	581,50
494700	Freibad Neubeckum	900,00	900,00	651,94
495000	Beratungskosten	6.000,00	3.000,00	60.743,40
495700	Kosten für Abschlussprüfung	6.000,00	5.550,00	5.550,00
Miete für Druck- und Kopiergeräte				
496000	Hallenbad Beckum	400,00	1.000,00	374,76
496100	Freibad Beckum	200,00	500,00	187,38
496200	Freibad Neubeckum	200,00	500,00	187,37
Datenverarbeitungsaufwand				
496300	Hallenbad Beckum	10.000,00	9.900,00	12.085,53
496400	Freibad Beckum	7.500,00	7.400,00	9.064,14
496500	Freibad Neubeckum	7.500,00	7.400,00	9.064,15
Sachkosten				
496600	Hallenbad Beckum	4.150,00	4.050,00	4.108,13
496700	Freibad Beckum	4.000,00	3.900,00	3.814,69
496800	Freibad Neubeckum	4.000,00	3.900,00	3.814,68
497000	Buchungsgebühren im Kontokorrentverkehr	2.000,00	2.000,00	2.161,82

		Plan 2026 Euro	Plan 2025 Euro	Ist 2024 Euro
Software-as-a-Service-Gebühr				
497100	Hallenbad Beckum	19.470,00	5.600,00	3.218,10
497200	Freibad Beckum	11.300,00	2.750,00	1.638,55
497300	Freibad Neubeckum	11.300,00	2.750,00	1.638,55
		138.420,00	128.350,00	152.061,36
Summe Sonstiger betrieblicher Aufwand		264.420,00	242.900,00	274.750,48
I. Betriebsergebnis		-2.045.430,00	-1.656.850,00	-1.550.362,30
Erträge aus Beteiligungen				
260000	Erträge aus Beteiligung EVB KG	2.013.000,00	1.813.000,00	1.918.557,75
261500	Erträge aus Beteiligung WV GmbH	274.650,00	274.650,00	292.142,28
		2.287.650,00	2.087.650,00	2.210.700,03
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
265000	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	100,00	0,00
265800	Zinserträge § 233 a Abgabenordnung	0,00	0,00	81,00
		0,00	100,00	81,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
210100	Säumniszuschläge § 240 Abgabenordnung	0,00	0,00	282,50
211000	Zinsen für kurzfristige Verbindlichkeiten	0,00	5.000,00	3.466,55
212000	Langfristige Verbindlichkeiten	232.900,00	222.100,00	236.882,13
213000	Sonstiger Zinsaufwand	0,00	0,00	1.565,00
Zwischensumme		232.900,00	227.100,00	242.196,18
II. Finanzergebnis		2.054.750,00	1.860.650,00	1.968.584,85
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		9.320,00	203.800,00	418.222,55
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
220000	Körperschaftsteuer	0,00	36.900,00	0,00
220800	Solidaritätszuschlag	0,00	2.100,00	0,00
220300	Körperschaftsteuer Vorjahre	0,00	0,00	694.239,00
220900	Solidaritätszuschlag Vorjahre	0,00	0,00	38.183,36
223100	Kapitalertragsteuer	23.000,00	40.000,00	23.000,00
Zwischensumme		23.000,00	79.000,00	755.422,36
IV. Ergebnis nach Steuern		-13.680,00	124.800,00	-337.199,81
435000	Verbrauchssteuer	3.000,00	3.000,00	-13.408,85
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss		-16.680,00	121.800,00	-323.790,96

Wirtschaftsplan 2026 – Städtische Betriebe Beckum

Federführung: Städtische Betriebe Beckum

Beteiligungen: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Auskunft erteilt: Herr Wulf | 02521 29-2000 | wulf@beckum.de

Beratungsfolge:

Betriebsausschuss

11.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Der als Anlage zur Vorlage beigefügte Wirtschaftsplan der Städtischen Betriebe Beckum für das Wirtschaftsjahr 2026 wird beschlossen.

Der Finanzplan für die Jahre 2026 bis 2030 wird zur Kenntnis genommen

Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan.

Erläuterungen:

Gemäß § 13 Betriebssatzung der Stadt Beckum für die Städtischen Betriebe Beckum ist für jedes Jahr ein Wirtschaftsplan zu erstellen. Dieser besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan sowie dem Stellenplan. Zusätzlich ist ein Finanzplan aufzustellen.

Erfolgsplan

Der Wirtschaftsplan 2026 weist im Erfolgsplan Umsatzerlöse, sonstige betriebliche Erlöse und Zinserträge von insgesamt 6.797.950 Euro aus. Diesen Erlösen stehen Aufwendungen und Steuern von 6.785.950 Euro gegenüber. Das Jahresergebnis 2026 weist somit einen Überschuss von 12.000 Euro aus.

Der Erfolgsplan ist in seiner Struktur und seinen Inhalten im Wesentlichen für das Jahr 2026 fortgeschrieben worden. Notwendige veränderte Ansatzbildungen wurden berücksichtigt. Die für das Jahr 2026 zu erwartenden Tarifsteigerungen sind mit 2,8 Prozent ab 01.05.2026 und bei den Auszubildenden um 75 Euro bei den Personalaufwendungen berücksichtigt worden.

Vermögensplan

Der Vermögensplan 2026 weist Investitionen in den Fuhrpark, in Geräte und Maschinen und in die Immobilie von 677.500 Euro aus.

Die Höhe der Investitionen weicht von der Investitionssumme der Vorjahre ab.

Die konstruktiven Mängel an dem Dach des Betriebsgebäudes konnten noch nicht behoben werden, da zunächst eine gutachterliche Stellungnahme zu der vorgeschlagenen Sanierung eingeholt wurde. Die Umsetzung der Arbeiten war in Folge in den trockenen Jahreszeiten nicht mehr möglich. Eine Beauftragung ist für den Frühsommer 2026 vorgesehen. Eine Neuveranschlagung wurde vorgenommen.

Die Investitionsplanung für das Jahr 2026 für Fahrzeuge, Maschinen und Geräte wurde unter Berücksichtigung der Beschlussfassung des Betriebsausschusses vom 11.09.2025 zur Vorlage 2025/0219 – Fuhrparkkonzept der Städtischen Betriebe Beckum – Vorstellung der Überprüfung und Beschlussfassung zum weiteren Vorgehen – vorgenommen (vergleiche Niederschrift über die Sitzung). Ziel der Einplanungen ist entsprechend des Fuhrparkkonzeptes die Verjüngung des Fuhrparks sowie die bedarfsgerechte Ausstattung der Städtischen Betriebe Beckum. Ergänzend zur Dachsanierung bestehen daher Investitionsnotwendigkeiten von 477.500 Euro.

So ist eine Ersatzbeschaffung für 2 LKW erforderlich. Als Ersatz soll 1 LKW mit Hakenlift beschafft werden, der mit flexiblen Einsatzmöglichkeiten und dem schnellen Wechsel der Ladealternativen die 2 alten LKW ersetzen soll. Für den neuen LKW werden zudem 2 Mulden, 1 neuer Streuer und 1 Schneepflug für den Einsatz im Winterdienst benötigt. Dieses Investitionsvorhaben ist mit insgesamt 312.500 Euro berücksichtigt.

Zudem werden die Ersatzbeschaffungen für 1 PKW und 2 Transporter mit Ladepritsche erforderlich. Einer der Transporter mit Ladepritsche konnte entgegen der Planungen im Jahr 2025 nicht beschafft werden, da kurzfristig für einen irreparablen Gabelstapler eine Ersatzbeschaffung erforderlich wurde. Beschafft wurde ein Elektro-Gabelstapler.

Im Erfolgsplan sind 50.000 Euro aufgrund der Veräußerung von abzugebenden Fahrzeugen und Maschinen zur anteiligen Finanzierung der Neuanschaffungen berücksichtigt.

Zusätzlich zu den Investitionen werden im Jahr 2026 Darlehen von 595.300 Euro getilgt werden müssen, sodass insgesamt ein Mittelbedarf von 1.272.800 Euro besteht. Dieser Mittelbedarf kann aus dem Jahresergebnis von 12.000 Euro, den Abschreibungen von 663.140 Euro und einer Investitionskreditaufnahme von 597.660 Euro gedeckt werden, so dass der Vermögensplan ausgeglichen ist.

Finanzplan

Der Finanzplan für die Jahre 2026 bis 2030 ist ausgeglichen.

Aufgrund der vorhandenen Binnenfinanzierungskraft aus Jahresergebnis und Abschreibungen ist im Jahr 2026 keine Kapitalerhöhung notwendig. In den Jahren 2027 bis 2030 ist entsprechend der Beschlussfassung des Rates der Stadt Beckum eine Kapitalerhöhung vorgesehen (siehe Vorlage 2024/0110 – Städtische Betriebe Beckum – Notwendige Kapitalerhöhung zur Kredittilgung – und Niederschrift zur Sitzung vom 02.07.2024). Diese Kapitalverstärkung wird in Folgejahren entsprechend der tatsächlichen Notwendigkeit anzupassen sein.

Stellenplan

Der Stellenplan berücksichtigt bekannte sowie aufgrund von Organisationsveränderungen notwendige Veränderungen hinsichtlich der Eingruppierung der Beschäftigten. Für das Jahr 2026 sind unverändert 66,77 Stellen vorgesehen.

Im Zuge der erforderlichen Neubesetzung der Meisterstelle in der Gärtnerei sollen interne Umstrukturierungen in dem Bereich vorgenommen werden. Die damit einhergehenden Aufgabenverteilungen führen zu keiner Ausweitung des Stellenplans.

In dem Bereich der Straßenunterhaltung soll 1 Zeitvertrag in 1 Stelle gewandelt werden um damit dem gewachsenen Aufwand im Bereich der Straßenunterhaltung aufzufangen. Gegenläufig kann 1 Stelle, die im Jahr 2025 noch mit einem kw-Vermerk versehen war, entfallen. Mehraufwendungen gehen mit diesen Veränderungen grundsätzlich nicht einher.

Als besondere Herausforderung zeigt sich weiterhin die adäquate Besetzung vakanter Stellen.

Der Wirtschaftsplan 2026 der Städtischen Betriebe Beckum wird in der Sitzung des Betriebsausschusses im Einzelnen vorgestellt. Er ist vom Rat der Stadt Beckum zu beschließen.

Anlage(n):

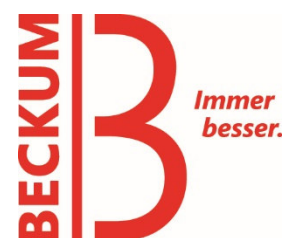
Wirtschaftsplan 2026 der Städtischen Betriebe Beckum



Wirtschaftsplan 2026



© STADT BECKUM



Herausgeber:

STADT BECKUM

DER BÜRGERMEISTER

www.beckum.de



Kontaktdaten:

Stadt Beckum

Weststraße 46

59269 Beckum

02521 29-0

02521 2955-199 (Fax)

stadt@beckum.de



Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Diese Druckschrift wird von der Stadt Beckum herausgegeben.

Die Schrift darf weder von politischen Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments und für Bürgerentscheide.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der politischen Parteien und Wählergruppen sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien und Wählergruppen oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Stadt Beckum zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Inhalt

Wirtschaftsplan 2026.....	1
Erfolgsplan.....	2
Erläuterungen zum Erfolgsplan.....	3
Vermögensplan	6
Finanzplan.....	8
Stellenplan	9
Kontennachweis zum Erfolgsplan	10

Wirtschaftsplan 2026

Aufgrund der §§ 4 Buchstabe b und 14 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum in seiner Sitzung am _____ folgenden Wirtschaftsplan beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan 2026 wird im Erfolgsplan

im Ertrag auf..... 6.797.950,00 Euro

im Aufwand auf..... 6.785.950,00 Euro

Jahresgewinn..... 12.000,00 Euro

und im Vermögensplan

in der Einnahme auf..... 1.272.800,00 Euro

in der Ausgabe auf..... 1.272.800,00 Euro

festgesetzt.

§ 2

Die Höhe der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kreditaufnahme beträgt

.....597.660,00 Euro

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen,
der zur Finanzierung der Ausgaben des Vermögensplanes erforderlich ist,

wird auf0 Euro

festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite,
die im Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben
in Anspruch genommen werden dürfen,

wird auf700.000,00 Euro

festgesetzt.

§ 5

Die Ausgaben für verschiedene Vorhaben des Erfolgs- und Vermögensplanes, die sachlich eng zusammenhängen, sind gegenseitig deckungsfähig.

Erfolgsplan

Bezeichnung	PLAN 2026 Euro	PLAN 2025 Euro	IST 2024 Euro
Umsatzerlöse	6.739.450,00	6.419.900,00	5.771.809,27
Bestandsveränderungen	0,00	0,00	7.982,36
Sonstige betriebliche Erträge	58.060,00	37.000,00	30.556,63
Materialaufwand	888.760,00	803.600,00	719.092,36
Personalaufwand	4.817.400,00	4.640.120,00	4.278.173,82
Abschreibungen	663.140,00	587.900,00	397.122,38
Sonstige betriebliche Aufwendungen	328.350,00	317.400,00	368.091,61
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	440,00	520,00	605,12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	86.300,00	94.900,00	84.257,69
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00
Ergebnis nach Steuern	14.000,00	13.500,00	-35.784,48
Sonstige Steuern	2.000,00	3.400,00	4.617,49
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	12.000,00	10.100,00	-40.401,97

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Bezeichnung	PLAN 2026 Euro	PLAN 2025 Euro	IST 2024 Euro
Umsatzerlöse	6.739.450,00	6.419.900,00	5.771.809,27
Grundstückserträge	68.000,00	67.000,00	68.887,79
Erlöse aus Dauer- und Einzelaufträgen	6.182.850,00	5.925.000,00	5.435.273,52
Erlöse Sonstiger Service	170.000,00	157.000,00	150.343,05
Erlöse aus Nebengeschäften im Organverbund (Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder)	70.000,00	100.000,00	27.167,73
Erlöse Nebengeschäfte an Dritte	13.000,00	12.000,00	14.034,94
Erlöse Arbeitsmaterial für Dritte (Rohstoffe)	50.000,00	85.000,00	28.988,67
Erlöse aus Nebengeschäften im Organverbund (Städtischer Abwasserbetrieb)	39.100,00	40.000,00	26.788,16
Erlöse Arbeitsmaterial für Dritte (Sonstige)	135.000,00	20.900,00	11.166,79
Erlöse Ausleihe für Dritte	500,00	1.000,00	0,00
Erlöse Stromverkauf Photovoltaikanlage	11.000,00	12.000,00	9.158,62
Bestandsveränderungen	0,00	0,00	7.982,36
Bestandsveränderungen	0,00	0,00	7.982,36
Sonstige betriebliche Erträge	58.060,00	37.000,00	30.556,63
Versicherungserstattungen	6.000,00	0,00	0,00
Erträge Auflösung Rückstellungen	2.000,00	2.000,00	542,50
Erträge Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen	0,00	0,00	55,97
Sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Verkäufe Sachanlagen (Buchgewinn)	50.000,00	35.000,00	20.267,00
Erträge aus Vermögensabgängen	0,00	0,00	0,00
Verkäufe Sachanlagen (Buchverlust)	0,00	0,00	0,00
Erlöse Zuschüsse Bürgerarbeit	0,00	0,00	9.691,16

Bezeichnung	PLAN 2026 Euro	PLAN 2025 Euro	IST 2024 Euro
Materialaufwand	888.760,00	803.600,00	719.092,36
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	624.000,00	525.900,00	471.816,34
Arbeitsmaterial	140.000,00	130.000,00	136.063,18
Arbeitsmaterial für Dritte (Rohstoffe)	50.000,00	85.000,00	28.988,67
Arbeitsmaterial für Dritte (Sonstige)	135.000,00	20.900,00	11.516,79
Unterhaltung der Dienstfahrzeuge	264.000,00	250.000,00	281.402,48
Dienstkleidung	35.000,00	40.000,00	13.845,22
Aufwendungen für bezogene Leistungen	264.760,00	277.700,00	247.276,02
Ausleihe für Dritte	1.000,00	1.000,00	0,00
Versicherung für Dienstfahrzeuge	31.000,00	25.000,00	31.297,80
Abfallbeseitigung	60.000,00	55.000,00	62.224,38
Fremdreparaturen	0,00	0,00	989,69
Fremdleistungen	170.000,00	157.000,00	150.343,05
Mieten für Kopiergeräte	2.100,00	2.200,00	2.023,67
Mietleasing KFZ	0,00	35.000,00	0,00
Unterhaltung Photovoltaikanlage	660,00	2.500,00	397,43
Personalaufwand	4.817.400,00	4.640.120,00	4.278.173,82
Löhne und Gehälter	3.686.000,00	3.571.000,00	3.302.311,64
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.131.400,00	1.069.120,00	975.862,18
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	663.140,00	587.900,00	397.122,38
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
Gebäude	270.700,00	270.000,00	70.636,42
Technische Anlagen	170.800,00	141.800,00	146.441,21
Betriebs- und Geschäftsausstattung	211.640,00	169.100,00	171.794,05
geringwertige Wirtschaftsgüter	10.000,00	7.000,00	8.250,70

Bezeichnung	PLAN 2026 Euro	PLAN 2025 Euro	IST 2024 Euro
Sonstige betriebliche Aufwendungen	328.350,00	317.400,00	368.091,61
Raumkosten	54.000,00	50.800,00	76.818,39
Energiekosten	16.000,00	13.500,00	19.182,90
Versicherungen	34.000,00	30.300,00	30.209,22
Geschäftskosten	190.200,00	186.100,00	185.006,39
Fortbildung inklusive Reisekosten	10.500,00	10.500,00	10.439,03
Ausbildung inklusive Reisekosten	15.000,00	21.000,00	32.476,78
Sonstiger Verwaltungsaufwand	8.650,00	5.200,00	5.310,38
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	440,00	520,00	605,12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	86.300,00	94.900,00	84.257,69
Zinsen für kurzfristige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	3.417,36
Zinsen für langfristige Verbindlichkeiten	86.300,00	94.900,00	80.840,33
Zinsaufwand aus Rückstellungen	0,00	0,00	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00
Gewerbsteuer (Vorjahre)	0,00	0,00	0,00
Gewerbsteuer (laufendes Jahr)	0,00	0,00	0,00
Körperschaftssteuer (Vorjahre)	0,00	0,00	0,00
Körperschaftssteuer (laufendes Jahr)	0,00	0,00	0,00
Solidaritätszuschlag (Vorjahre)	0,00	0,00	0,00
Solidaritätszuschlag (laufendes Jahr)	0,00	0,00	0,00
Kapitalertragsteuer	0,00	0,00	0,00
Ergebnis nach Steuern	14.000,00	13.500,00	-35.784,48
Sonstige Steuern	2.000,00	3.400,00	4.617,49
KFZ-Steuern	2.000,00	3.400,00	4.617,49
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	12.000,00	10.100,00	-40.401,97

Vermögensplan

Bezeichnung	Ansatz 2026 Euro	Ansatz 2025 Euro
Mittelbedarf		
Anlagenänderung		
Investitionen in Fuhrpark, Geräte und Maschinen	477.500,00	290.000,00
Erweiterung Einbruchmeldeanlage und Einführung Videoüberwachung	0,00	40.000,00
Dacherneuerung	200.000,00	200.000,00
Ladecontainer Akku	0,00	60.000,00
Zwischensumme	677.500,00	590.000,00
Darlehenstilgung	595.300,00	556.900,00
Zwischensumme	595.300,00	556.900,00
Summe Mittelbedarf	1.272.800,00	1.146.900,00
Mittelherkunft		
Jahresergebnis	12.000,00	10.100,00
Abschreibungen	663.140,00	587.900,00
Zwischensumme	675.140,00	598.000,00
Liquide Mittel / Liquiditätskreditaufnahme	0,00	0,00
Kapitalverstärkung	0,00	0,00
Kreditaufnahme	597.660,00	548.900,00
Zwischensumme	597.660,00	548.900,00
Summe Mittelherkunft	1.272.800,00	1.146.900,00

Erläuterungen zum Vermögensplan

Bezeichnung	Ansatz 2026 Euro	Ansatz 2025 Euro
Jahresergebnis	12.000,00	10.100,00
+ Abschreibungen	663.140,00	587.900,00
+ Liquide Mittel / Liquiditätskreditaufnahme	0,00	0,00
+ Kapitalverstärkung	0,00	0,00
% Darlehenstilgung	595.300,00	556.900,00
% Investitionen Gesamt	677.500,00	590.000,00
= Kreditaufnahme	597.660,00	548.900,00

Finanzplan

Bezeichnung	2026 Euro	2027 Euro	2028 Euro	2029 Euro	2030 Euro
Finanzmittelbedarf					
Investitionen	677.500,00	544.000,00	518.000,00	551.500,00	585.500,00
Darlehenstilgung	595.300,00	621.600,00	672.200,00	699.500,00	729.100,00
Summe Finanzmittelbedarf	1.272.800,00	1.165.600,00	1.190.200,00	1.251.000,00	1.314.600,00
Finanzmittelherkunft					
Abschreibungen	663.140,00	450.000,00	450.000,00	450.000,00	450.000,00
Jahresergebnis	12.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
Liquide Mittel / Liquiditätskreditaufn.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Kapitalverstärkung	0,00	161.600,00	212.200,00	239.500,00	269.100,00
Kreditaufnahme	597.660,00	544.000,00	518.000,00	551.500,00	585.500,00
Summe Finanzmittelherkunft	1.272.800,00	1.165.600,00	1.190.200,00	1.251.000,00	1.314.600,00
Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Stellenplan

Bezeichnung	Entgelt-/ Besoldungs- gruppe	Zahl der Stellen nach Stellenübersicht 2026		Tatsächlich besetzt 30.06.2025	Zahl der Stellen 2025
		Stellenbewer- tung	Eingruppierung der Stelleninhaber (in)		
tariflich Beschäftigte	14	1	1	1	1
	11	1	1	1	2
	10	1,77	1,77	0,77	1,77
	9 c	3	3	2	1
	9 b	0	0	0	0
	9 a	0	0	0	1
	8	2,0	2,0	1,56	2,0
	7	3	3	2,64	3
	6	41	41	39,76	38
	5	11	11	11	14
	4	3	3	3	3
Insgesamt		66,77	66,77	62,73	66,77
Beamte	A 16	0,10	0,10	0,10	0,10
<u>nachrichtlich: Auszubildende</u>		2	2	3	4

- + 1 Zeitvertrag Anschlussvertrag bis 31.12.2026 Gärtnerei (Verrentung Stelleninhaber im Jahr 2026)
- + 1 Zeitvertrag 01.01.2026 – 31.12.2026 Sportplatz (Krankheitsvertretung)
- + 2 Zeitverträge Anschlussverträge 2 Azubis bis zum 31.12.2027
- + 4 Aushilfen Saisonkräfte Gärtnerei ab 01.04.2026 bis 31.10.2026
- + 3 Stelle 540 Euro Aushilfe Straßenbegehung, Baggerfahrer und Friedhof

Kontennachweis zum Erfolgsplan

Bezeichnung	PLAN 2026 Euro	PLAN 2025 Euro	IST 2024 Euro
Umsatzerlöse	6.739.450,00	6.419.900,00	5.771.809,27
275000 Grundstückserträge	68.000,00	67.000,00	68.887,79
800000 Unterhaltung Grundstücke, Gebäude und Sachen	6.182.850,00	5.925.000,00	5.435.273,52
810000 Erlöse Sonstiger Service	170.000,00	157.000,00	150.343,05
860000 Erlöse Nebengeschäfte im Organverbund (Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder)	70.000,00	100.000,00	27.167,73
860100 Erlöse Nebengeschäfte an Dritte	13.000,00	12.000,00	14.034,94
860600 Erlöse Arbeitsmaterial für Dritte	50.000,00	85.000,00	28.988,67
860700 Erlöse Nebengeschäfte im Organverbund (Städtischer Abwasserbetrieb)	39.100,00	40.000,00	26.788,16
860800 Erlöse Arbeitsmaterial für Dritte (Sonstige)	135.000,00	20.900,00	11.166,79
860900 Erlöse Ausleihe für Dritte	500,00	1.000,00	0,00
890000 Erlöse Stromverkauf Photovoltaikanlage	11.000,00	12.000,00	9.158,62
Bestandsveränderungen	0,00	0,00	7.982,36
400700 Bestandsveränderungen (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe)	0,00	0,00	7.982,36
Sonstige betriebliche Erträge	58.060,00	37.000,00	30.556,63
271000 Versicherungserstattungen	6.000,00	0,00	0,00
273500 Erträge Auflösung Rückstellungen	2.000,00	2.000,00	542,50
273600 Erträge Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen	60,00	0,00	55,97
870000 Sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	0,00
882000 Verkäufe Sachanlagen (Buchgewinn)	50.000,00	35.000,00	20.267,00
882001 Erträge aus Vermögensabgängen	0,00	0,00	0,00
882100 Verkäufe Sachanlagen (Buchverlust)	0,00	0,00	0,00
891000 Erlöse Zuschüsse Bürgerarbeit	0,00	0,00	9.691,16

Bezeichnung	PLAN 2026 Euro	PLAN 2025 Euro	IST 2024 Euro
Materialaufwand	888.760,00	803.600,00	719.092,36
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	624.000,00	525.900,00	471.816,34
400000 Arbeitsmaterial	140.000,00	130.000,00	136.063,18
400600 Arbeitsmaterial für Dritte (Rohstoffe)	50.000,00	85.000,00	28.988,67
400800 Arbeitsmaterial für Dritte (Sonstige)	135.000,00	20.900,00	11.516,79
401000 Unterhaltung Dienstfahrzeuge	264.000,00	250.000,00	281.402,48
404000 Dienstkleidung	35.000,00	40.000,00	13.845,22
Aufwendungen für bezogene Leistungen	264.760,00	277.700,00	247.276,02
400900 Ausleihe für Dritte	1.000,00	1.000,00	0,00
402000 Versicherung für Dienstfahrzeuge	31.000,00	25.000,00	31.297,80
405000 Abfallbeseitigung	60.000,00	55.000,00	62.224,38
406000 Fremdreparaturen	0,00	0,00	989,69
407000 Fremdleistungen	170.000,00	157.000,00	150.343,05
493500 Mieten für Kopiergeräte	2.100,00	2.200,00	2.023,67
494000 Mietleasing KFZ	0,00	35.000,00	0,00
498000 Unterhaltung Photovoltaikanlage	660,00	2.500,00	397,43

Bezeichnung	PLAN 2026 Euro	PLAN 2025 Euro	IST 2024 Euro
Personalaufwand	4.817.400,00	4.640.120,00	4.278.173,82
davon Löhne und Gehälter	3.686.000,00	3.571.000,00	3.302.311,64
410000 Entgelte	3.634.000,00	3.521.000,00	3.223.147,00
410100 Entgelte LOB	52.000,00	50.000,00	51.515,64
410400 Erstattungen ARGE	0,00	0,00	0,00
410500 Zuführung/Auflösung ATZ	0,00	0,00	-21.281,00
417000 Urlaubs- und Gleitzeitverpflichtungen	0,00	0,00	48.930,00
davon Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.131.400,00	1.069.120,00	975.862,18
413000 AG ZV	290.300,00	280.700,00	255.228,36
414000 AG SV	825.800,00	778.000,00	688.918,54
415000 Personalnebenausgaben	1.000,00	2.000,00	2.289,00
415500 Beihilfe	600,00	500,00	1.135,96
416000 Versorgungskassenbeiträge	5.500,00	60,00	15.606,27
416100 Rückdeckungsversicherung	2.200,00	2.160,00	4.749,59
416500 Berufsgenossenschaftsbeiträge	6.000,00	5.700,00	7.934,46
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	663.140,00	587.900,00	397.122,38
483000 Abschreibungen auf Sachanlagen	453.140,00	380.900,00	388.871,68
483100 Sonderabschreibung	200.000,00	200.000,00	0,00
483500 Sofortabschreibung GWG	10.000,00	7.000,00	8.250,70

Bezeichnung	PLAN 2026 Euro	PLAN 2025 Euro	IST 2024 Euro
Sonstige betriebliche Aufwendungen	328.350,00	317.400,00	368.091,61
422100 sonstiger Mietaufwand	0,00	0,00	822,39
423500 Heizungskosten für Hackschnitzel	1.000,00	500,00	537,50
424000 Wasser- und Stromverbrauch	15.000,00	13.000,00	17.823,01
425000 Reinigungsmittel, -kosten	16.000,00	13.800,00	14.870,09
426000 Laufende Unterhaltung Gebäude und Anlagen	20.000,00	20.000,00	45.082,21
427000 Steuern und Abgaben	18.000,00	17.000,00	16.866,09
436000 Versicherung Gebäude und Einrichtung	14.000,00	11.300,00	11.227,54
436500 Unfall-, Haftpflicht- und sonstige Versicherungen	20.000,00	19.000,00	18.981,68
490000 Sonstiger Aufwand	20.000,00	17.000,00	24.948,07
490100 Sachkosten Verwaltung(anteilig)	6.600,00	7.400,00	8.056,88
490200 Erstattung Personalkosten Verwaltung	97.400,00	87.500,00	88.241,48
490300 DV-Kosten Verwaltung (anteilig)	0,00	0,00	4.067,13
491000 Porto	2.400,00	2.100,00	2.427,11
492000 Fernspreckgebühren	7.000,00	6.700,00	6.824,28
492500 Rundfunk- und Fernsehgebühren	4.200,00	4.200,00	4.186,08
493000 Papier, Drucksachen, Bürobedarf	1.600,00	1.700,00	1.450,95
493700 Bekanntmachungen	0,00	0,00	0,00
493800 Datenverarbeitungskosten	50.000,00	50.000,00	43.793,60
494000 Fachliteratur	1.000,00	1.500,00	1.010,83
494500 Fortbildung inklusive Reisekosten	10.500,00	10.500,00	10.439,03
494800 Ausbildung inklusive Reisekosten	15.000,00	21.000,00	32.476,78
495000 Verluste aus Vermögensabgängen	0,00	0,00	21,00
495100 Beratung Optimierung Fuhrpark	0,00	8.000,00	8.627,50
495500 Jahresabschlusskosten	0,00	0,00	0,00
495700 Kosten für Jahresabschlussprüfung	8.650,00	5.200,00	5.310,38
496000 Vorausleistungen Versicherungsschäden	0,00	0,00	0,00

Bezeichnung	PLAN 2026 Euro	PLAN 2025 Euro	IST 2024 Euro
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	440,00	520,00	605,12
265000 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	440,00	520,00	605,12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	86.300,00	94.900,00	84.257,69
211000 Zinsen für kurzfristige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	3.417,36
212000 Zinsen für langfristige Verbindlichkeiten	86.300,00	94.900,00	80.840,33
213000 Zinsaufwendungen aus Rückstellungen	0,00	0,00	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00
220300 Gewerbesteuer (Vorjahre)	0,00	0,00	0,00
220400 Gewerbesteuer (laufendes Jahr)	0,00	0,00	0,00
220500 Körperschaftssteuer (lfd. Jahr)	0,00	0,00	0,00
220600 Solidaritätszuschlag (lfd. Jahr)	0,00	0,00	0,00
220700 Körperschaftsteuer (Vorjahre)	0,00	0,00	0,00
220800 Solidaritätszuschlag (Vorjahre)	0,00	0,00	0,00
221000 Kapitalertragsteuer	0,00	0,00	0,00
Ergebnis nach Steuern	14.000,00	13.500,00	-35.784,48
Sonstige Steuern	2.000,00	3.400,00	4.617,49
403000 Kfz-Steuern	2.000,00	3.400,00	4.617,49
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	12.000,00	10.100,00	-40.401,97



Wirtschaftsplan 2026 – Städtischer Abwasserbetrieb Beckum

Federführung: Städtischer Abwasserbetrieb Beckum

Beteiligungen: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Auskunft erteilt: Herr Gerdhenrich | 02521 29-1000 | gerdhenrich@beckum.de

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Der als Anlage zur Vorlage beigefügte Wirtschaftsplan 2026 des Städtischen Abwasserbetriebes Beckum wird beschlossen.

Die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2027 bis 2029 wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Durch die Vorbereitung und Erstellung des Wirtschaftsplanes entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen finanziellen Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan.

Erläuterungen:

In seiner Sitzung am 11.12.2025 hat der Betriebsausschuss mehrheitlich beschlossen, eine Ausschüttung des Jahresergebnisses (nach Verzinsung des Stammkapitals) an den Kernhaushalt der Stadt Beckum nicht im Wirtschaftsplan 2026 einzuplanen.

Der geänderte Wirtschaftsplan 2026 ist als Anlage zur Vorlage beigefügt.

Anlage(n):

Wirtschaftsplan 2026



Wirtschaftsplan 2026



Herausgeber:

STADT BECKUM

DER BÜRGERMEISTER

www.beckum.de



Kontaktdaten:

Stadt Beckum
Weststraße 46
59269 Beckum

02521 29-0
02521 2955-199 (Fax)
stadt@beckum.de



Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Diese Druckschrift wird von der Stadt Beckum herausgegeben.

Die Schrift darf weder von politischen Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundetags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments und für Bürgerentscheide.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der politischen Parteien und Wählergruppen sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien und Wählergruppen oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Stadt Beckum zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Inhaltsverzeichnis:

Wirtschaftsplan 2026 des Städtischen Abwasserbetriebes Beckum	1
Ergebnisplan	3
Finanzplan	9
Teilfinanzplan B.....	13
Stellenübersicht	35

Wirtschaftsplan 2026 des Städtischen Abwasserbetriebes Beckum

Aufgrund der §§ 4 Buchstabe b und 14 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum am _____ folgenden Wirtschaftsplan beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan 2026 wird

im **Ergebnisplan** mit dem Gesamtbetrag

der Erträge auf	12.058.750 Euro,
der Aufwendungen auf	8.684.400 Euro,
Jahresergebnis vor Verzinsung Stammkapital und Gewinnausschüttung.....	3.374.350 Euro,
Eigenkapitalverzinsung	420.000 Euro,
Gewinnausschüttung	0 Euro,
Jahresergebnis nach Verzinsung Stammkapital und Gewinnausschüttung	2.954.350 Euro,

und im **Finanzplan** mit dem Gesamtbetrag

der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	11.280.550 Euro,
der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf.....	5.551.400 Euro,
der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf.....	838.000 Euro,
der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	7.430.050 Euro,
der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf.....	6.590.000 Euro,
der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	2.988.300 Euro,

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf6.590.000 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf3.255.000 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung, die im Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000.000 Euro festgesetzt.

§ 5

Die Aufwendungen und Auszahlungen des Ergebnis- und Finanzplans, sind mit Ausnahme der Personalaufwendungen und Abschreibungen auf Sachanlagen und Umlaufvermögen gegenseitig deckungsfähig. Für die Aufwendungen, Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit und die investiven Auszahlungen wird jeweils ein eigener Deckungsring eingerichtet.

§ 6

Mehrerträge und Mehreinzahlungen berechtigen zu Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen. Mindererträge und Mindereinzahlungen reduzieren die Ermächtigung für Aufwendungen und Auszahlungen.

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit sowie Auszahlungen für einzelne Investitionsmaßnahmen, die 30.000 Euro des Ansatzes überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses. Bei Eilbedürftigkeit tritt an die Stelle der Zustimmung des Betriebsausschusses die Zustimmung der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters.

§ 8

Die Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen sind gegenseitig deckungsfähig und dürfen die in diesem Wirtschaftsplan festgesetzte Gesamtsumme nicht überschreiten. Für einzelne über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen gilt die Regelung des § 7 analog.

§ 9

Die Regelungen bezüglich der Ermächtigungsübertragung werden analog der Regelungen für den Haushalt der Stadt Beckum angewandt.

§ 10

Soweit aufgrund der Änderung der rechtlichen Vorschriften die Auszahlungen zu geplanten Aufwendungen nicht mehr der laufenden Verwaltungstätigkeit zuzuordnen sondern investiv zu behandeln sind, bedürfen diese abweichend von § 12 Absatz 2 Betriebssatzung der Stadt Beckum für den Städtischen Abwasserbetrieb Beckum nicht der Zustimmung des Betriebsausschusses.

Beckum, den 15. Dezember 2025

gezeichnet
Michael Gerdhenrich
Betriebsleitung

Ergebnisplan

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen *	228.290,19	211.300	194.500	193.750	192.800	190.400
	416100 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen	228.290,19	211.300	194.500	193.750	192.800	190.400
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	9.246.572,78	9.735.200	10.032.800	10.231.400	10.329.950	10.631.250
	432102 Geb. f.d. Klärschlammabeseitig. u. a.	23.329,80	29.650	26.050	26.350	26.400	26.600
	432113 Niederschlagswassergebühr	3.003.021,34	3.099.250	3.179.200	3.233.400	3.256.650	3.373.500
	432114 Schmutzwassergebühr	5.693.799,63	5.873.800	6.448.750	6.662.100	6.734.950	6.917.050
	437100 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge	246.422,01	252.500	250.750	259.550	261.950	264.100
	438105 Erträge aus der Auflösung von SoPo für den Gebührenaussgleich - Abwasserbeseitigung-	280.000,00	480.000	128.050	50.000	50.000	50.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.365,15	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	442100 Erträge aus Verkauf	1.365,15	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.537.101,95	1.572.250	1.600.600	1.620.300	1.639.950	1.699.000
	448201 Kostenanteil der Stadt für Straßenentwässerung	1.527.630,11	1.565.700	1.594.050	1.613.750	1.633.400	1.692.450
	448700 Erträge aus Kostenerstattungen Kostenumlagen von privaten Unternehmen	5.368,71	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	448701 Erstattung durch Versicherungen (FD 10)	2,08	50	50	50	50	50
	448800 Erträge aus Kostenerstattungen Kostenumlage von übrigen Bereichen	4.096,94	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	448828 Erträge aus öffentlich rechtlichen Kostenerstattungen Ersatzvornahmen	4,11	0	0	0	0	0
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	48.775,44	63.900	53.550	59.350	74.100	74.100
	456101 Zwangsgelder	5.000,00	0	0	0	0	0
	456200 Säumniszuschläge und Zinsen nach AO	240,61	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	457100 Erträge aus der Auslösung von sonstigen Sonderposten	32.644,82	42.950	32.600	38.400	53.150	53.150
	458201 Erträge a. d. Auflösung der Rückstellung f. Altersteilzeit	41,50	0	0	0	0	0
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	10.848,51	19.950	19.950	19.950	19.950	19.950
8	+ Aktivierte Eigenleistungen *	237.931,88	150.450	172.300	172.300	172.300	172.300
	471100 Aktivierte Eigenleistungen	237.931,88	150.450	172.300	172.300	172.300	172.300
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	11.300.037,39	11.738.100	12.058.750	12.282.100	12.414.100	12.772.050
11	- Personalaufwendungen	1.818.604,57	1.878.550	2.033.700	2.074.250	2.115.900	2.158.050
	501100 Dienstaufwendungen für Beamte	120.171,77	114.600	90.750	92.600	94.450	96.350
	501200 Dienstaufwendungen Tariflich Beschäftigte	1.316.938,36	1.363.300	1.493.950	1.523.850	1.554.350	1.585.450
	502200 Beiträge zu Versorgungskassen für Tariflich Beschäftigte	101.816,31	105.700	115.550	117.900	120.300	122.750
	503200 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	268.677,67	281.750	320.250	326.700	333.250	339.950
	503201 Gesetzliche Unfallversicherung für Tariflich Beschäftigte	11.000,46	11.150	11.150	11.150	11.500	11.500
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsl. für Beschäftigte (Aktive)	0,00	100	100	100	100	100
	504105 Beihilfen für Beamte (Aktive)	0,00	1.950	1.950	1.950	1.950	1.950
12	- Versorgungsaufwendungen	81.896,71	72.450	59.050	60.300	61.550	62.800
	512100 Beiträge zu Versorgungskassen für Versorgungsempfänger Beamte	47.923,44	55.000	36.050	36.800	37.550	38.300
	514100 Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgungsempfänger	33.973,27	17.450	23.000	23.500	24.000	24.500
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen *	1.929.619,29	1.923.250	1.984.300	1.774.300	1.719.300	1.719.300
	521500 Instandhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	23.534,74	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
	521600 Instandhaltung des Infrastrukturvermögens	0,00	50	50	50	50	50
	521602 Instandhaltung d. Kanalisation (Infrastrukturvermögen)	11.988,19	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
	523800 Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an übrige Bereiche	0,00	50	50	50	50	50
	523802 Kostenanteil des EB SAB für DV-Kosten	59.123,94	65.000	65.000	65.000	65.000	65.000
	523803 Kostenanteil des EB SAB für Sachkosten der Mitarbeiter der städt. Verwaltung	32.879,39	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000
	524101 Versicherung für Gebäude und Einrichtungen	27.250,08	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
	524103 Steuern und Abgaben	4.602,96	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500
	524104 Abwasserabg. f. Kleineinleiter	0,00	650	650	650	650	650
	524105 Heizenergiekosten	0,00	9.500	9.500	9.500	9.500	9.500
	524106 Reinigungsmittel, Reinigungskosten	17.897,03	13.000	18.000	18.000	18.000	18.000
	524107 Wasserverbrauch	3.235,62	3.050	3.100	3.100	3.100	3.100
	524109 Stromverbrauch	384.053,04	300.000	330.000	330.000	330.000	330.000
	524110 EB SBB Unterhaltung u Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	30.539,84	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
	524114 "Abwasserabgabe" für Schmutzwasser	109.883,05	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
	524115 "Abwasserabgabe" für Niederschlagswasser	163.876,46	165.000	100.000	0	0	0
	524129 Unterh. u. Bewirtschaftung d. Grundstücke u. baul. Anlagen (EB SAB)	648.119,35	615.000	715.000	615.000	615.000	615.000
	524139 Gewässerunterhaltungsgebühr	0,00	450	450	450	450	450
	524200 Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens	0,00	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	524201 EB SBB Unterh. u. Bewirtschaftung d. Infrastrukturvermögens	0,00	15.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	524203 Unterhaltung der Kanalisation (Infrastrukturvermögen)	77.934,87	65.000	70.000	70.000	70.000	70.000
	524205 Reparatur von Kanalanschlüssen	35.048,89	60.000	40.000	40.000	40.000	40.000
	524206 Reparatur von Schäden an Hausanschlussleitungen nach Dichtheitsprüfung	9.101,51	60.000	20.000	20.000	20.000	20.000
	524207 Kostenbeteiligung Brücke Geißlerbach	18,72	400	400	400	400	400
	525100 Haltung von Fahrzeugen	11.659,16	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	525101 Versicherung für Dienstfahrzeuge	2.774,80	2.100	2.100	2.100	2.100	2.100
	525102 Steuern für Dienstfahrzeuge	988,69	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	525103 EB SBB Haltung von Fahrzeugen	4.403,22	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	525500 Unterhaltung (ohne Wertgrenze) u. Beschaffungen (bis 60 EUR) des bewegl. Vermögens	455,29	200	200	200	200	200
	525502 EB SBB Unterh. von Inventar (ohne Wertgrenze) u. Ersatzbesch. (bis 60 EUR)	385,77	3.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	525503 Unterh. (ohne Wertgrenze) u. Ersatzbeschaffungen von Geräten (bis 60 EUR)	10.927,87	10.000	15.000	15.000	15.000	15.000
	525508 Wartungs- u. Pflegek. (ohne Wertgrenze) für die DV-Anlage u. Ersatzbeschaffung (bis 60€)	771,40	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	528113 Klärschlamm- und Abwasser beseitigung durch Unternehmer	11.534,14	15.400	15.400	15.400	15.400	15.400
	528114 Entgelt für die Abgabe von Frischwasserverbrauchsdaten	7.379,90	7.300	7.300	7.300	7.300	7.300
	528115 Gebühren für Wasserrechte	1.709,72	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	528123 Ratten- und Seuchenbekämpfung, Desinfektion	14.413,94	15.500	15.500	15.500	15.500	15.500
	528137 Öffentlichkeitsarbeit	200,76	500	500	500	500	500
	529100 EB SBB Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	0,00	100	100	100	100	100
	529107 TV-Inspektion gem. SÜV-Abwasser	166.593,82	145.000	145.000	145.000	145.000	145.000
	529118 Überarbeitung ZAP und ABK	25.000,00	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	529126 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	31.333,13	25.000	80.000	70.000	15.000	15.000
14	– Bilanzielle Abschreibungen	3.519.883,92	3.601.050	3.543.900	3.669.800	3.676.850	3.840.500
	571100 Abschreibungen Sachanlagen	3.464.431,19	3.594.550	3.535.800	3.661.850	3.668.950	3.832.600

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
	571101 Abschreibungen immaterielle Vermögensgegenstände	4.425,62	6.500	8.100	7.950	7.900	7.900
	571102 Sonderabschreibungen Sachanlagen	46.906,80	0	0	0	0	0
	571107 Aufwand Zuschreibungen SoPo	4.120,31	0	0	0	0	0
15	– Transferaufwendungen *	66.504,78	55.000	65.000	65.000	65.000	65.000
	531300 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Zweckverbände und dergl.	66.504,78	55.000	65.000	65.000	65.000	65.000
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	127.242,57	72.850	82.500	85.650	86.000	86.550
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	1.043,88	150	0	700	550	600
	541201 Ausbildung einschließlich Reisekosten	4.554,18	4.800	4.800	4.800	4.800	4.800
	541202 Fortbildung einschließlich Reisekosten	15.245,05	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	541203 Anschaffung und Unterhaltung von Dienst- und Schutzkleidung	4.884,31	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
	541204 Reise- und Fahrtkosten, Auslagenersatz	3.518,23	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300
	542200 Mieten und Pachten	0,00	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000
	542202 Mieten für Druck- und Kopiergeräte	2.368,44	3.200	3.200	3.200	3.200	3.200
	542900 Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	23.146,88	9.000	18.000	18.000	18.000	18.000
	542914 Nutzung des automatisierten Liegenschaftskatasters	360,00	100	100	100	100	100
	542923 Gebühren für örtliche Prüfungen	6.809,78	6.500	8.650	8.950	9.250	9.550
	543101 Amtl. Blätter, Zeitschriften u Bücher	1.014,83	2.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	543103 Bekanntmachungen	23.891,85	500	500	500	500	500
	543104 Rundfunk- und Fernsehgebühren	146,88	200	200	200	200	200
	543125 Fernspreckgebühren	9.866,19	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	543126 Portogebühren	7.310,15	3.500	3.500	3.500	3.500	3.500
	543127 Papierbedarf	762,40	900	900	900	900	900
	543128 Drucksachen und sonstiger Bürobedarf	2.943,84	3.100	3.100	3.100	3.100	3.100
	544600 Haftpflichtversicherung und sonstige Versicherungen	1.907,10	2.100	2.100	2.100	2.100	2.100
	544801 Kosten f. Versicherungsschäden	0,00	50	50	50	50	50
	547301 Wertveränderungen Forderungen	6,18	0	0	0	0	0
	549900 Übrige weitere sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	11.429,15	50	50	50	50	50
	549901 Beiträge an Verbände u Vereine	5.166,69	4.900	5.500	5.700	5.900	6.100
	549953 B-, C-, D-Rollschläuche (Festwert)	866,56	1.000	50	2.000	2.000	2.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	7.543.751,84	7.603.150	7.768.450	7.729.300	7.724.600	7.932.200
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	3.756.285,55	4.134.950	4.290.300	4.552.800	4.689.500	4.839.850
19	+ Finanzerträge	0,00	0	0	0	0	0
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	790.891,27	843.600	915.950	1.095.500	1.337.600	1.592.450
	551701 Zinsaufwendungen für Kredite von Kreditinstituten	790.891,27	843.550	915.900	1.095.450	1.337.550	1.592.400
	559900 Sonstige Finanzaufwendungen	0,00	50	50	50	50	50
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	-790.891,27	-843.600	-915.950	-1.095.500	-1.337.600	-1.592.450
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	2.965.394,28	3.291.350	3.374.350	3.457.300	3.351.900	3.247.400
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis vor Verzinsung Stammkapital und Ausschüttung (= Zeilen 22 und 25)	2.965.394,28	3.291.350	3.374.350	3.457.300	3.351.900	3.247.400
27	– Verzinsung Stammkapital *	420.000,00	420.000	420.000	420.000	420.000	420.000

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
	559901 Eigenkapitalverzinsung	420.000,00	420.000	420.000	420.000	420.000	420.000
28	– Ausschüttung	0,00	0	0	0	0	0
29	= Jahresergebnis nach Verzinsung Stammkapital und Gewinnausschüttung (= Zeilen 26 ./ 27 ./ 28)	2.545.394,28	2.871.350	2.954.350	3.037.300	2.931.900	2.827.400
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0	0	0	0	0
31	= Jahresergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 29 ./ 30)	2.545.394,28	2.871.350	2.954.350	3.037.300	2.931.900	2.827.400
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	499,00	0	0	0	0	0
	454201 Erträge aus Veräußerung v. Sachanlagevermögen (Verrechnung allgem. Rücklage)	499,00	0	0	0	0	0
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	2,00	0	0	0	0	0
	547100 Wertveränderungen bei Sachanlagen (Verrechnung allgem. Rücklage)	2,00	0	0	0	0	0
34	Verrechnungssaldo (= Zeilen 32 u. 33)	497,00	0	0	0	0	0
	Nachrichtlich: Interne Leistungsverrechnung						
	Ertrag aus internen Leistungsverrechnungen	0,00	0	0	0	0	0
	Aufwand aus internen Leistungsverrechnungen	0,00	0	0	0	0	0

Erläuterungen zu 2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen

110301 414100 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land
Zuweisung vom Land für die Konzeptstudie Kläranlagen und Energieanalysen.

Erläuterungen zu 8 + Aktivierte Eigenleistungen

110301 471100 Aktivierte Eigenleistungen

Bei diesem Produktkonto sind die eigenen Planungsleistungen der städtischen Ingenieure für Baumaßnahmen veranschlagt. Sie betragen 12 Prozent bei vollständiger eigener Planung oder 5 Prozent bei teilweise eigener Planung der Anschaffungs-/Herstellungskosten eines Anlagengutes. Diese eigenen Planungsleistungen erhöhen die Anschaffungs-/Herstellungskosten des Anlagengutes. Sie werden bilanziert und abgeschrieben.

Erläuterungen zu 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

110301 521500 Instandhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Instandhaltung Bauwerk Nachklärbecken I (Einlaufrechen Königsstuhl), Kläranlage Beckum	10.000,00 Euro
Instandhaltung/Revision Antriebe Räumler Nachklärbecken I und II, Kläranlage Beckum und Neubeckum	20.000,00 Euro
Umbau Betriebsgebäude Kläranlage Neubeckum (Gebläsekeller)	20.000,00 Euro

110301 521602 Instandhaltung d. Kanalisation (Infrastrukturvermögen)

Sanierung d. Außenstationen, Regenbecken und Pumpenbauwerke	15.000,00 Euro
Ersatz d. Pumpen- und Anlagentechnik auf den Außenstationen	10.000,00 Euro
Ersatz d. Regel- und E-Technik (Regenbecken Neubeckum und Regenbecken Hammerstraße)	15.000,00 Euro

	40.000,00 Euro

110301 524110 EB SBB Unterhaltung u Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Mehraufwand für Pflege/Bewuchsbeseitigung in den Regenbecken

110301 524129 Unterh. u. Bewirtschaftung d. Grundstücke u. baul. Anlagen (EB SAB)

Reparatur/Wartung/Ersatz d. Pumpen und Anlagentechnik (Rührwerk Faulturm, Rohschl.-Pumpe Kläranlage Beckum)	40.000,00 Euro
Erneuerung der Niederspannungshauptverteilung (Gebläsestation Kläranlage Beckum)	30.000,00 Euro
Große Revision der Entwässerungszentrifugen (zerlegter Zustand), Kläranlage Beckum und Neubeckum	22.000,00 Euro
Instandsetzung/Erneuerung der VA-Abdeckungen Nachklärbecken I und II Kläranlage Beckum)	8.000,00 Euro
Reparatur/Wartung der Mess-/Regel- und Elektrotechnik	15.000,00 Euro
Wartungs-/Unterhaltungskosten Blockheizkraftwerk (2,00Euro/Betriebsstunde zzgl. Verbrauchsmaterial)	25.000,00 Euro
Wartung Notstromaggregate	12.500,00 Euro
Wartungen/ Prüfungen (Arbeitssicherheit n. UVV, etc.)	10.000,00 Euro
Abwasseranalytik	25.000,00 Euro
Labormaterialien (Preissteigerung)	30.000,00 Euro
Lagerhaltung (Verbrauchsmaterial)	15.000,00 Euro
Flockungsmittel (Verbrauchsrückgang/15 Prozent Preissteigerung)	50.000,00 Euro
Fällmittel Eisen III	42.000,00 Euro
Rechengut-/Sandfangentsorgung (Anstieg der Entsorgungsentgelte)	45.000,00 Euro
Klärschlammmentsorgung (134,50 Euro/t brutto)	245.500,00 Euro
Belüfterteller Beckum	100.000,00 Euro

	715.000,00 Euro

110301 524203 Unterhaltung der Kanalisation (Infrastrukturvermögen)

Reparatur, Kanäle/Schächte	10.000,00 Euro
Reinigung/Unterhaltung, Regenbecken und Pumstationen (Pflege Trockenbecken)	15.000,00 Euro
Reparatur/Wartung, d. Pumpen- und Anlagentechnik	10.000,00 Euro
Reparatur/Wartung, (Mess-/Regel- und E-Technik)	10.000,00 Euro
Material z. Unterhaltung (Schächte, Mörtel etc.)	15.000,00 Euro
Prüfung/Wartung, d. Arbeitssicherheitsausstattung	5.000,00 Euro

	65.000,00 Euro

110301 529126 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen

Unter anderem zur Aufstellung der Zustandsklassifizierung und des Sanierungskonzepts der gemäß SÜwVO Abw. inspizierten Kanäle.

Ausführung Entwässerungskonzept für den Außenbereich 2025 bis 2027

Erläuterungen zu 15 – Transferaufwendungen**110301 531300 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Zweckverbände und dergl.**

Erschwererbeitrag an den Wasser- und Bodenverband Ahlen-Beckum und Sendenhorst/Ennigerloh.

Erläuterungen zu 27 – Verzinsung Stammkapital

110301 559901 Eigenkapitalverzinsung

Verzinsung des Stammkapitals von 7 Mio. Euro mit 6 Prozent = 420.000,00 Euro.

Finanzplan

Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.334.137,89	9.002.700	9.654.000	0	9.921.850	10.018.000	10.317.150
	632102 Geb. f.d. Klärschlammabeseitig. u. a.	23.381,37	29.650	26.050	0	26.350	26.400	26.600
	632113 Niederschlagswassergebühr	2.698.646,17	3.099.250	3.179.200	0	3.233.400	3.256.650	3.373.500
	632114 Schmutzwassergebühr	4.612.110,35	5.873.800	6.448.750	0	6.662.100	6.734.950	6.917.050
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	993,86	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
	642100 Einzahlungen aus Verkauf	993,86	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.538.632,35	1.572.250	1.600.600	0	1.620.300	1.639.950	1.699.000
	648201 Kostenanteil der Stadt für Straßenentwässerung	1.530.544,66	1.565.700	1.594.050	0	1.613.750	1.633.400	1.692.450
	648700 Einz. aus Kostenerstattungen Kostenumlagen von privaten Unternehmen	4.995,19	1.500	1.500	0	1.500	1.500	1.500
	648701 Erstattung durch Versicherungen (FD 10)	2,08	50	50	0	50	50	50
	648800 Einz. aus Kostenerstattungen Kostenumlagen von übrigen Bereichen	3.090,42	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	10.581,82	20.950	20.950	0	20.950	20.950	20.950
	656200 Säumniszuschläge und Zinsen nach AO	240,11	1.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
	659100 Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.341,71	19.950	19.950	0	19.950	19.950	19.950
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.884.345,92	10.600.900	11.280.550	0	11.568.100	11.683.900	12.042.100
10	- Personalauszahlungen	1.711.086,83	1.878.550	2.033.700	0	2.074.250	2.115.900	2.158.050
	701100 Dienstbezüge Beamte	86.710,34	114.600	90.750	0	92.600	94.450	96.350
	701200 Dienstbezüge Tariflich Beschäftigte	1.258.216,44	1.363.300	1.493.950	0	1.523.850	1.554.350	1.585.450
	702200 Beiträge zu Versorgungskassen für Tariflich Beschäftigte	97.840,45	105.700	115.550	0	117.900	120.300	122.750
	703200 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Tariflich Beschäftigte	257.319,14	281.750	320.250	0	326.700	333.250	339.950
	703201 Gesetzliche Unfallversicherung für Tariflich Beschäftigte	11.000,46	11.150	11.150	0	11.150	11.500	11.500
	704100 Beihilfen u. Unterstützungs- für Beschäftigte (Aktive)	0,00	100	100	0	100	100	100
	704105 Beihilfen für Beamte (Aktiv)	0,00	1.950	1.950	0	1.950	1.950	1.950
11	- Versorgungsauszahlungen	0,00	72.450	59.050	0	60.300	61.550	62.800
	712100 Beiträge zu Versorgungskassen für Versorgungsempfänger	0,00	55.000	36.050	0	36.800	37.550	38.300
	714100 Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgungsempfänger	0,00	17.450	23.000	0	23.500	24.000	24.500
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.894.025,99	1.922.850	1.983.900	0	1.773.900	1.718.900	1.718.900
	721500 Instandhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	23.534,74	50.000	50.000	0	50.000	50.000	50.000
	721600 Instandhaltung des Infrastrukturvermögens	0,00	50	50	0	50	50	50
	721602 Instandhaltung d. Kanalisation (Infrastrukturvermögen)	28.831,16	40.000	40.000	0	40.000	40.000	40.000
	723800 Erstattungen für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an übrige Bereiche	0,00	50	50	0	50	50	50
	723802 Kostenanteil des EB SAB für DV-Kosten	59.123,94	65.000	65.000	0	65.000	65.000	65.000
	723803 Kostenanteil des EB SAB für Sachkosten der Mitarbeiter der städt. Verwaltung	0,00	35.000	35.000	0	35.000	35.000	35.000

Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -
	724101 Versicherung für Gebäude und Einrichtungen	27.250,08	30.000	30.000	0	30.000	30.000	30.000
	724103 Steuern und Abgaben	4.602,96	6.500	6.500	0	6.500	6.500	6.500
	724104 Abwasserabg. f. Kleineinleiter	0,00	650	650	0	650	650	650
	724105 Heizenergiekosten	0,00	9.500	9.500	0	9.500	9.500	9.500
	724106 Reinigungsmittel, Reinigungskosten	19.160,27	13.000	18.000	0	18.000	18.000	18.000
	724107 Wasserverbrauch	3.235,62	3.050	3.100	0	3.100	3.100	3.100
	724109 Stromverbrauch	364.705,25	300.000	330.000	0	330.000	330.000	330.000
	724110 EB SBB Unterhaltung u Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	41.082,60	30.000	30.000	0	30.000	30.000	30.000
	724114 "Abwasserabgabe" für Schmutzwasser	109.883,05	100.000	100.000	0	100.000	100.000	100.000
	724115 "Abwasserabgabe" für Niederschlagswasser	163.876,46	165.000	100.000	0	0	0	0
	724129 Unterh. u. Bewirtschaftung d. Grundstücke u. baul. Anlagen (EB SAB)	671.962,86	615.000	715.000	0	615.000	615.000	615.000
	724139 Gewässerunterhaltungsgebühr	0,00	450	450	0	450	450	450
	724140 Rücklieferung Strom BHKW	-35.510,51	0	0	0	0	0	0
	724200 Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens	0,00	1.500	1.500	0	1.500	1.500	1.500
	724201 EB SBB Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens	0,00	15.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000
	724203 Unterhaltung der Kanalisation (Infrastrukturvermögen)	78.518,57	65.000	70.000	0	70.000	70.000	70.000
	724205 Reparatur von Kanalanschlüssen	54.975,61	60.000	40.000	0	40.000	40.000	40.000
	724206 Reparatur von Schäden an Hausanschlussleitungen nach Dichtheitsprüfung	9.101,51	60.000	20.000	0	20.000	20.000	20.000
	725100 Haltung von Fahrzeugen	11.778,29	10.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000
	725101 Versicherung für Dienstfahrzeuge	2.774,80	2.100	2.100	0	2.100	2.100	2.100
	725102 Steuern für Dienstfahrzeuge	1.194,00	1.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
	725103 EB SBB Haltung von Fahrzeugen	4.755,47	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
	725500 Unterhaltung (ohne Wertgrenze) u. Beschaffungen (bis 60 EUR) des beweglichen Vermögens	455,29	200	200	0	200	200	200
	725502 EB SBB Unterh. von Inventar (ohne Wertgrenze) u. Ersatzbesch. (bis 60 EUR)	385,77	3.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
	725503 Unterh. (ohne Wertgrenze) u. Ersatzbeschaffung von Geräten (bis 60 EUR)	10.155,19	10.000	15.000	0	15.000	15.000	15.000
	725508 Wartungs- und Pflegek. (ohne Wertgrenze) für die DV-Anlage u. Ersatzbeschaffung (bis 60€)	771,40	10.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000
	728113 Klärschlamm- und Abwasserbeseitigung durch Unternehmer	12.009,72	15.400	15.400	0	15.400	15.400	15.400
	728114 Entgelt für die Abgabe von Frischwasserverbrauchsdaten	0,00	7.300	7.300	0	7.300	7.300	7.300
	728115 Gebühren für Wasserrechte	9.758,00	3.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000
	728123 Ratten- und Seuchenbekämpfung, Desinfektionen	14.413,94	15.500	15.500	0	15.500	15.500	15.500
	728137 Öffentlichkeitsarbeit	200,76	500	500	0	500	500	500
	729100 EB SBB Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	0,00	100	100	0	100	100	100
	729107 TV-Inspektion gem. SÜV-Abwasser	150.656,06	145.000	145.000	0	145.000	145.000	145.000
	729118 Überarbeitung ZAP und ABK	25.000,00	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
	729126 Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	25.383,13	25.000	80.000	0	70.000	15.000	15.000
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	1.197.046,52	1.263.600	1.335.950	0	1.515.500	1.757.600	2.012.450
	751701 Zinszahlungen für Kredite von Kreditinstituten	777.046,52	843.550	915.900	0	1.095.450	1.337.550	1.592.400
	759900 Sonstige Finanzauszahlungen	0,00	50	50	0	50	50	50
	759901 Eigenkapitalverzinsung	420.000,00	420.000	420.000	0	420.000	420.000	420.000
14	– Transferauszahlungen	66.504,78	55.000	65.000	0	65.000	65.000	65.000
	731300 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Zweckverbände und dergl.	66.504,78	55.000	65.000	0	65.000	65.000	65.000

Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -
15 – Sonstige Auszahlungen	139.908,85	71.850	73.800	0	74.700	74.750	75.000
741100 Sonstige Personal- und Versorgungsauszahlungen	693,88	150	0	0	700	550	600
741201 Ausbildung einschließlich Reisekosten	4.554,18	4.800	4.800	0	4.800	4.800	4.800
741202 Fortbildung einschließlich Reisekosten	14.735,17	3.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000
741203 Anschaffung und Unterhaltung von Dienst- und Schutzkleidung	5.299,11	7.000	7.000	0	7.000	7.000	7.000
741204 Reise- und Fahrtkosten, Auslagenersatz	3.249,78	2.300	2.300	0	2.300	2.300	2.300
742200 Mieten und Pachten	0,00	8.000	8.000	0	8.000	8.000	8.000
742202 Mieten für Druck- und Kopiergeräte	2.650,34	3.200	3.200	0	3.200	3.200	3.200
742900 Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1.071,56	9.000	18.000	0	18.000	18.000	18.000
742914 Nutzung des automatisierten Liegenschaftskatasters	360,00	100	100	0	100	100	100
742931 Auszahlung von Rückstellungen aus örtlichen Prüfungen	6.809,78	6.500	0	0	0	0	0
743101 Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	1.014,83	2.500	1.500	0	1.500	1.500	1.500
743103 Bekanntmachungen	23.891,85	500	500	0	500	500	500
743104 Rundfunk- und Fernsehgebühren	146,88	200	200	0	200	200	200
743125 Fernsprechgebühren	9.827,85	10.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000
743126 Portogebühren	7.228,14	3.500	3.500	0	3.500	3.500	3.500
743127 Papierbedarf	979,53	900	900	0	900	900	900
743128 Drucksachen und sonstiger Bürobedarf	3.018,00	3.100	3.100	0	3.100	3.100	3.100
744600 Haftpflichtversicherung und sonstige Versicherungen	1.907,10	2.100	2.100	0	2.100	2.100	2.100
744801 Kosten f. Versicherungsschäden	0,00	50	50	0	50	50	50
749900 Übrige weitere sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	46.968,14	50	50	0	50	50	50
749901 Beiträge an Verbände und Vereine	5.502,73	4.900	5.500	0	5.700	5.900	6.100
16 = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.008.572,97	5.264.300	5.551.400	0	5.563.650	5.793.700	6.092.200
17 = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.875.772,95	5.336.600	5.729.150	0	6.004.450	5.890.200	5.949.900
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0
681800 Investitionszuwendungen von übrigen Bereichen	0,00	0	0	0	0	0	0
19 + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	500,00	0	0	0	0	0	0
683101 Einzahlungen a. d. Veräußerung v. Sachanlagevermögen	500,00	0	0	0	0	0	0
20 + Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
21 + Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten *	369.098,43	308.600	838.000	0	689.300	82.200	119.500
688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	369.098,43	308.600	556.750	0	158.050	82.200	119.500
688110 Kostenanteil Entwässerung Straße (50% RW-Kanal)	0,00	0	281.250	0	531.250	0	0
22 + Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
685100 Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	369.598,43	308.600	838.000	0	689.300	82.200	119.500
24 – Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0
782100 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0

Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -
25	– Auszahlungen für Baumaßnahmen *	3.496.243,51	5.940.300	7.348.000	3.255.000	7.564.500	10.220.400	7.490.400
	785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	3.392.972,11	5.850.000	6.448.000	3.255.000	7.539.500	10.195.000	7.465.000
	785210 Kostenbeteiligung Brücke Geißlerbach	5.621,04	0	0	0	0	400	400
	785300 Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen	0,00	0	320.000	0	0	0	0
	785303 Auszahlungen für Messgeräte, Steuerungstechnik, Schalt schränke für Abwasserhebe- und -reinigungsanlagen	97.650,36	40.000	580.000	0	25.000	25.000	25.000
	785304 Auszahlungen für technische Einrichtungen für Abwasserhebe und -reinigungsanlagen	0,00	50.300	0	0	0	0	0
26	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen *	74.616,78	11.000	82.050	0	12.000	12.000	12.000
	783100 Auszahlungen für BuG > 410 EUR	18.912,26	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000
	783101 Auszahlungen für den Erwerb von Hardware > 60 EUR	552,22	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
	783102 Auszahlungen für Fahrzeuge > 410 EUR	10.888,50	0	70.000	0	0	0	0
	783105 Auszahlungen für Maschinen > 410 Euro	0,00	0	0	0	0	0	0
	783107 Auszahl. f. immaterielle VMG - Software- > 410 EUR	37.717,05	0	2.000	0	0	0	0
	783200 Auszahlungen für BuG 60 EUR bis 410 EUR	5.680,19	3.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000
	783253 B-, C-, D-Rollschläuche (Festwert) < 410 EUR	866,56	1.000	50	0	2.000	2.000	2.000
27	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
28	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
29	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.570.860,29	5.951.300	7.430.050	3.255.000	7.576.500	10.232.400	7.502.400
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 23 und 30)	-3.201.261,86	-5.642.700	-6.592.050		-6.887.200	-10.150.200	-7.382.900
32	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Zeilen 17 und 31)	674.511,09	-306.100	-862.900		-882.750	-4.260.000	-1.433.000
33	+ Einzahlungen aus der Aufnahme und durch Rückflüsse von Krediten für Investitionen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsverhältnissen	2.200.000,00	2.000.000	6.590.000		6.880.000	10.100.000	7.300.000
	692700 Kreditaufnahmen für Investitionen von Kreditinstituten	2.200.000,00	2.000.000	6.590.000		6.880.000	10.100.000	7.300.000
34	+ Einzahlungen aus der Aufnahme und durch Rückflüsse von Krediten zur Liquiditätssicherung	22,35	0	0		0	0	0
	693700 Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung bei Kreditinstituten	22,35	0	0		0	0	0
35	– Auszahlungen für die Tilgung und Gewährung von Krediten für Investitionen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsverhältnissen	2.864.358,61	2.890.150	2.988.300		3.026.200	3.133.150	2.905.850
	792700 Tilgung von Krediten für Investitionen von Kreditinstituten	2.864.358,61	2.890.150	2.988.300		3.026.200	3.133.150	2.905.850
36	– Auszahlungen für die Tilgung und Gewährung von Krediten zur Liquiditätssicherung	3.324.540,32	0	2.738.800		2.971.050	2.706.850	2.961.150
	793700 Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung von Kreditinstituten	3.324.540,32	0	2.738.800		2.971.050	2.706.850	2.961.150
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-3.988.876,58	-890.150	862.900		882.750	4.260.000	1.433.000
38	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 37)	-3.314.365,49	0	0		0	0	0
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0	0		0	0	0
40	+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0	0		0	0	0

Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -
41	= Liquide Mittel (= Zeilen 38, 39 und 40) *	0,00	0	0		0	0	0

*) Der Bestand an liquiden Mitteln des Städtischen Abwasserbetriebes Beckum wird beim Cashpoolführer Stadt Beckum verwaltet. Insofern werden in der Finanzplanung keine liquiden Mittel ausgewiesen. Sofern sich in den Planungsjahren rechnerisch eine Minderung der Liquidität ergibt, ist diese Entnahme aus dem Anteil des Städtischen Abwasserbetriebs Beckum am Cashpool der Stadt Beckum in Zeile 34 dargestellt. Im Falle einer rechnerischen Erhöhung der Liquidität ist diese in Zeile 36 als Zuführung zum Anteil des Städtischen Abwasserbetriebs Beckum am Cashpool der Stadt Beckum ausgewiesen. Der Anteil des Städtischen Abwasserbetriebs Beckum am Cashpool der Stadt Beckum betrug zum 31.12.2024 3.324.540,32 Euro.

Teilfinanzplan B

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
Investitionen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze									
0004 Betriebs- und Geschäftsausstattung - Hardware- Entwässerung u. Abwasserbeseitigung									
110301.783101 Auszahlungen für den Erwerb von Hardware > 60 EUR	552,22	5.000	5.000	0 0 0 0	5.000	5.000	5.000	0,00	29.552,22
00110039 Fahrzeuge > 410 Euro									
110301.783102 Auszahlungen für Fahrzeuge > 410 EUR	10.888,50	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	0,00
0066 Kredite für Investitionen									
160105.692700 Kreditaufnahmen für Investitionen von Kreditinstituten	2.200.000,00	2.000.000	6.590.000	0 0 0 0	6.880.000	10.100.000	7.300.000	1.199.503,61	8.600.000,00
160105.792700 Tilgung von Krediten für Investitionen von Kreditinstituten	276.186,98	2.890.150	2.988.300	0 0 0 0	3.026.200	3.133.150	2.905.850	2.897.874,03	16.964.174,03
0093 Mess- und Steuerungstechnik Kläranlagen									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785303 Auszahlungen für Messgeräte, Steuerungstechnik, Schalt schränke für Abwasserhebe- und -reinigungsanlagen	97.650,36	25.000	65.000	0 0 0 0	25.000	25.000	25.000	10.181,62	374.981,62
0150 Software									
110301.783107 Auszahl. f. immaterielle VMG -Software- > 410 EUR	37.717,05	0	2.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	97.780,54
0206 Notstromversorgung									
110301.783105 Auszahlungen für Maschinen > 410 Euro	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	199.486,61	0,00
1000 Grunderwerb Infrastrukturvermögen									
110301.782100 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	654,00	0,00
110301.782100 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	1.052,82	0,00
1506 Herstellung von Kanalanschlüssen									
110301.681800 Investitionszuwendungen von übrigen Bereichen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	3.456,94	3.456,94
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	231.274,01	35.000	35.000	0 0 0 0	35.000	35.000	35.000	133.107,99	406.271,01
1510 Kanalisation Hans-Böckler-Straße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	1.500.000,00
1522 Sanierung Regenwasserkanal Siechenbach									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	5.000,00

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
1530 Kanalsanierung Sudhoferweg									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	480.000	500.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	500.000,00
1534 Kanalsanierung Auf dem Völker									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	9.602,69	0	0	0 0 0 0	0	0	0	621.000,00	880.425,93
1538 Kanalsanierung Sternstraße im Zusammenhang mit der Erstellung des Kreisverkehrs									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	250.000,00
1542 Kanalerneuerung / Sanierung Schüttenweg									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	195.000	0	0	0,00	209.000,00
1544 Einstiegshilfen zur Personensicherung für RRB, RÜB u Pumpstationen									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	1.000	1.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	2.000,00
1555 Kanalsanierung Weidenweg									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	4.801,34	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	212.901,13
1557 Kanal Ostlandstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	172,73	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	271.107,11
1562 Sanierung Tauchwände, RÜ 101, 102, 104, 105, RÜB 101									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	50.000	0	0 0 0 0	50.000	0	0	0,00	50.000,00
1566 Prozessleitsystem Kläranlagen Beckum/Neubeckum									
110301.785303 Auszahlungen für Messgeräte, Steuerungstechnik, Schaltschränke für Abwasserhebe- und -reinigungsanlagen	0,00	15.000	15.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	285.566,15
1571 Kanal Propsteigasse									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	526.173,63	539.177,53
1573 Sanierung Regenwasserkanal Butterkamp									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	205.000	0,00	205.000,00
1574 Sanierung Mischwasserkanal Einsteinstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	628.455,60	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	706.955,62
1575 Sanierung Mischwasserkanal Schlenkhoffsweg									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	570.000	0	0,00	570.000,00
1577 Kanal Soestweg/Lübecker Straße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	90.000	0	0 0 0 0	400.000	1.400.000	0	0,00	1.890.000,00
1579 Kläranlage Beckum, weitere Reinigungsstufe									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	33.410,12	0	40.000	0 0 0 0	0	80.000	0	16.476,66	387.930,60

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
1580 Verlängerung Regen- und Schmutzwasserkanal Siechenhausweg in Richtung Zementstr.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	380.000	0,00	380.000,00
1581 Kanalerneuerung Mischwasserkanal Vorhelmer Str.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	500.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	500.000,00
1582 Kanalerneuerung Mischwasserkanal Neubeckumer Str. *									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	500.000	550.000	0	0,00	1.050.000,00
1583 Kanalsanierung Eichengrund, Virchowstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	750.000	1.250.000	0	0,00	2.000.000,00
1585 Kanalerneuerung Südring von Mühlenweg bis Freiherr von Stein Straße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	500.000	500.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	500.000,00
1586 RRB 127 Siechenbach/WLE									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	45.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	90.000,00
1587 Kanal Augustin-Wibbelt-Str.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	364.000	364.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	364.000,00
1588 Entwässerung Neubau Feuerwache Beckum									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	150.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	150.000,00
1589 Erschließung Entwässerung BG 74 Steinbruchallee									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	59.750	119.500	0,00	179.250,00
110301.688110 Kostenanteil Entwässerung Straße (50% RW- Kanal)	0,00	0	281.250	0 0 0 0	281.250	0	0	0,00	562.500,00
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	500.000	0 0 0 0	1.500.000	0	0	0,00	2.150.000,00
1590 Sanierung RÜB 103 Kläranlage Beckum									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	50.000	500.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	550.000,00
1591 Erneuerung Eisen 3 Tanks und Gebläse der Belebung									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	60.000	0 0 0 0	50.000	0	0	0,00	110.000,00
2500 Punktuelle Kanalsanierung im Stadtgebiet									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	35.521,68	100.000	150.000	0 0 0 0	150.000	150.000	150.000	80.424,13	7.357.472,95
2501 Umwandlung RRB der Kläranlage Neubeckum									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	158.085,21	0,00
2502 Verlegung RÜ 201, Am Volkspark									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	1.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	258.759,92

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
2511 Kanalschlussbeiträge Stadtteil Neubeckum									
110301.688104 Kanalschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	10.833,55	332.559,85
2514 Kanalerneuerung und - verlängerung Industrie- und Bismarckstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	418.769,79	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	468.769,79
2515 Kanalsanierung/Kanalneubau Industriestraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	40.000	0	0 0 0 0	430.000	0	0	0,00	430.000,00
2516 Erneuerung Schaltschränke Kläranlage Neubeckum									
110301.785303 Auszahlungen für Messgeräte, Steuerungstechnik, Schaltschränke für Abwasserhebe- und -reinigungsanlagen	0,00	0	500.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	541.434,00
2523 Kanal Vinkenberg/Vinkendahl									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	3.259,43	750.000	0	0 0 0 0	0	0	0	9.640,47	1.118.000,63
2524 Tauchwandsanierung RÜB 203, Neubeckum									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	40.000	40.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	40.000,00
2525 BHKW Kläranlage Neubeckum									
110301.785300 Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen	0,00	0	320.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	320.000,00
2527 Sanierung Mischwasserkanal, Am Volkspark									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	1.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	899.819,72
2528 Kanalsanierung Eichendorffstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	1.344.802,94	0,00
2529 Kanal Hauptstr./Geißlerstr.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	29.600,00
2530 Sanierung Mischwasserkanal Bruchstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	334.258,25	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	870.399,24
2531 Kanalerneuerung Wickingstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	230.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	230.000,00
2532 Kanalsanierung, Im Südfelde, Turmstraße, Kirchstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	501.000,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	1.245.000,00
2533 Kanalerneuerung Graf- Galen-Straße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	1.730,54	0,00
2534 Kläranlage Neubeckum, weitere Reinigungsstufe									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	32.848,91	0	60.000	2.000.000 1.200.000 800.000 0	1.200.000	800.000	0	0,00	2.107.712,05

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
2535 Mischwasseranschluss für geplantes Feuerwehrgebäude									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	48.730,50
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	26.793,31	0	0	0 0 0 0	0	0	0	42.000,00	168.793,31
2536 Kanalerneuerung Mischwasserkanal Hubertusstr. WLE									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	340.000	0	0,00	340.000,00
2537 Kanalerneuerung Mischwasserkanal Zoppoter Str., Nordbergstr., Tilsiter Str.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	675.000	675.000	0,00	1.350.000,00
2538 Kanalerneuerung Mischwasserkanal Im Werl									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	1.000.000	1.500.000	0,00	2.500.000,00
2540 Kläranlage NB Stufenrechen (mechanische Abwasserreinigung)									
110301.785304 Auszahlungen für technische Einrichtungen für Abwasserhebe und - reinigungsanlagen	0,00	50.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	55.000,00
2541 Grundstückshausanschlüsse Spiekerstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	260.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	260.000,00
2542 Erneuerung Eisen 3 Tanks und Gebläse der Belebung									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	60.000	0 0 0 0	50.000	0	0	0,00	110.000,00

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
3504 Entwässerungstechnische Erschließung der Augustastr.									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	14.100	14.100	0 0 0 0	14.100	0	0	0,00	2.820,00
110301.688110 Kostenanteil Entwässerung Straße (50% RW- Kanal)	0,00	0	0	0 0 0 0	250.000	0	0	0,00	250.000,00
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	525.000	60.000	525.000 525.000 0 0	525.000	0	0	0,00	585.000,00
4007 Tauchwandsanierung RÜB 401, SKO 402, Vellern									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	40.000	40.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	60.000,00
4009 Sanierung Tauchwände RÜB 301 und RÜB 302									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	40.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	40.000,00
4510 Kanalisation, VE 10 Kirchfeld									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	22.100	23.550	0 0 0 0	22.450	22.450	0	0,00	68.450,00
110301.688110 Kostenanteil Entwässerung Straße (50% RW- Kanal)	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	316.850,00
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	127.000,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	1.378.805,31
4512 Kanalerneuerung Mischwasserkanal Dorf Str., Lennebrockstr.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	375.000	0	0 0 0 0	390.000	0	0	0,00	390.000,00
4513 Kanalerneuerung Dorfstraße Vellern Zufahrt Unternehmen									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	28.554,13	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	28.554,13
00010053 BuG -Entwässerung und Abwasserbeseitigung- > 410 EUR									
110301.783100 Auszahlungen für BuG > 410 EUR	18.912,26	2.000	2.000	0 0 0 0	2.000	2.000	2.000	60.551,27	28.912,26
00020053 BUG -Entwässerung und Abwasserbeseitigung- 60 EUR bis 410 EUR									
110301.783200 Auszahlungen für BuG 60 EUR bis 410 EUR	5.680,19	3.000	3.000	0 0 0 0	3.000	3.000	3.000	5.299,43	20.680,19
00110030 Elektrofahrzeug									
110301.783102 Auszahlungen für Fahrzeuge > 410 EUR	0,00	0	70.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	105.000,00
15110001 Kanalisation / Rückh. Obere Brede/Tuttenbrock									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	-37.001,91	66.700	96.000	0 0 0 0	70.500	0	0	31.702,77	1.132.280,89
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	1.701.637,54
15110002 Kanalisation/Rückh. Obere Brede/Tuttenbrock, 2. Bauabschnitt									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	161.000	161.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	975.700,00
110301.688110 Kostenanteil Entwässerung Straße (50% RW- Kanal)	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	261.000,00
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	2.720.000,00
15110003 Kanalisation und RRB Zünftestr., B-Plan 60, 2. BA									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	120.724,23	44.700	103.000	0 0 0 0	51.000	0	0	0,00	534.563,05
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	15.119,94
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	731.817,26
15110004 Kanalisation Steinkühlerstr. und Captanstr.									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	282.440,07	0	0	0 0 0 0	0	0	0	298.378,41	1.389.254,46
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	712.795,43
15780020 Kanalsanierung Neubeckumer Str. zw. Zementstr. und Oelder Str.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	150.000	1.800.000	0,00	1.950.000,00
15780022 Kanalsanierung Konrad-Adenauer-Ring v. Holtmarweg bis Werseweg									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	180.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	180.000,00
15780023 Kanalsanierung MW Hammer Str. (L507) v. Prozessionsweg bis Uhlandstr.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	1.050.000	0	0,00	1.050.000,00
15780024 Kanalsanierung Oststraße v. Probsteigasse bis Wilhelmstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	240.000	0	0 0 0 0	0	250.000	0	0,00	250.000,00
15780025 Kanalsanierung MW Uhlandstr. u. teilweise Chr.- Morgenstern-Str.									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	470.000	0	0,00	470.000,00
15780026 Kanalsanierung RW- Kanal ehem. Siechenbach, Sudhoferweg									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	100.000	100.000	730.000 730.000 0 0	730.000	0	0	0,00	830.000,00
15780027 Kanalsanierung Droste-Hühloff-Straße (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	1.500	98.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	99.500,00
15780028 Kanalsanierung Maria-Kahle-Straße (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	1.400	110.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	111.400,00
15780029 Kanalsanierung Wagenfeldstraße (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	550	33.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	33.550,00
15780030 Kanalsanierung Weidenweg (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	1.800	130.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	131.800,00
15780031 Kanalsanierung Alter Hammweg (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	1.600	112.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	113.600,00
15780032 Kanalsanierung Prozessionsweg (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	350	24.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	24.350,00

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
15780033 Kanalsanierung Mühlenweg (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	3.900	270.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	273.900,00
15780034 Kanalsanierung Stromberger Straße (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	30.000	0 0 0 0	140.000	0	0	0,00	170.000,00
15780035 Kanalsanierung Ahlener Straße (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	6.000	340.000	0	0,00	346.000,00
15780036 Kanalsanierung Auf dem Tigge (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	7.000	375.000	0	0,00	382.000,00
15780037 Kanalsanierung Heddigermarktstraße bis Peltzerstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	650.000	0,00	650.000,00
15780038 Kanalerneuerung Renfertgelände									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	159.100	0 0 0 0	0	0	0	0,00	307.200,00
15780039 Kanalerneuerung Zufahrt Normensand- Renfertgelände									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	345.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	0,00
15780040 Kanalerneuerung Neubeckumer Str. Stichstr. Zuf. FW									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	450.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	0,00
15780041 Kanalerneuerung Auf dem Tigge									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	326.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	0,00
15840001 Mischwasserkanal Zementstraße 1. BA									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	609.208,01	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	1.019.208,01
15840002 Mischwasserkanal Zementstraße 2. BA									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	1.050.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	1.050.000,00
25040003 Kanalisation BG N 67 Vellerer Straße -Fläche A-									
110301.685100 Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	38.947,48
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	23.476,94
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	376.050,00
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	425.000,00
25040004 Kanalisation BG N 67, Fläche A 3. BA									
110301.685100 Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	4.822,96
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	2.936,04	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	0,00

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	78.350,00
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	87.418,77
25390001 Kanalsanierung Heinrich-Heine-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	33.218,85	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	42.400,00
25390002 Kanalsanierung Paul- Keller-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	36.036,26	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	51.200,00
25390003 Kanalsanierung Agnes-Miegel-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	34.907,64	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	44.300,00
25390004 Kanalsanierung Kästnerstr. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	835,51	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	835,51
25390005 Kanalsanierung Thomas-Mann-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	76.037,07	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	116.627,37
25390006 Kanalsanierung Büchnerstraße (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	24.993,31	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	19.400,00
25390007 Kanalsanierung Im Südfelde (Teilbereich) (Inliner)									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	19.167,31	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	30.400,00
25390008 Kanalsanierung Schillerstraße (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	25.601,65	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	30.900,00
25390009 Kanalsanierung Turmst. Teilbereich (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	66.106,25	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	92.798,66
25390010 Kanalsanierung Goethestr. Teilbereich (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	24.764,80	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	32.642,49
25390011 Kanalsanierung Friedrich-von-Bodelschwingh- Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	26.373,46	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	50.800,00
25390012 Kanalsanierung Hubertusstr. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	5.000	0 0 0 0	431.500	0	0	0,00	436.500,00
25390013 Kanalsanierung Martin-Luther-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	44.400	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	44.400,00
25390014 Kanalsanierung Fritz- Reuter-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	14.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	14.000,00

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
25390015 Kanalsanierung Adolf-Kolping-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	95.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	95.000,00
25390016 Kanalsanierung Im Südfelde (südlicher. Bereich) Inliner									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	51.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	51.000,00
25390017 Kanalsanierung Gustav-Freytag-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	141.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	141.000,00
25390018 Kanalsanierung Wilhelm-Busch-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	69.500	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	69.500,00
25390019 Kanalsanierung Gerhart-Hauptmann-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	77.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	77.000,00
25390020 Kanal Kirchstraße / Friedrich-Fröbel-Straße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	615.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	615.000,00
25390022 MW-Sanierung Schillerstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	430.000	0	0,00	430.000,00
25390023 MW-Sanierung Lessingstraße									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	280.000	0	0,00	280.000,00
25390024 MW-Kanalсанierung Auf den Wällen									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	620.000	0,00	620.000,00
25390025 MW-Kanalсанierung Heinrich-Zille-Str. von K.-Wilh. bis Wiethagen									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	1.450.000	0,00	1.450.000,00
40050004 Kanalisation und Regenrückhaltung VE 9, Langes Land u. Friedhofsweg									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	26.549,54
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	184.133,28
= Saldo oberhalb der Wertgrenze	-1.271.461,24	-6.531.550	-2.990.300	-3.255.000 -2.455.000 -800.000 0	-3.031.400	-3.180.950	-2.986.350	-4.564.666,07	-62.525.418,76

Erläuterungen zu 21 + Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten

110301 688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG

zu Investitions-Nr. 15780038:

spätere Jahre: 148.100,00 Euro

Erläuterungen zu 25 – Auszahlungen für Baumaßnahmen**110301 785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen**

Zu Investitionsnummer 1510:

Spätere Jahre: 1.500.000,00 Euro.

Erschließung B-Plan 15.2 Ä wird abgewartet.

Zu Investitionsnummer 1530:

Die Planung wurde im Betriebsausschuss am 09.02.2022 unter der Vorlagennummer 2022/46 vorgestellt und zur Kenntnis genommen.

Maßnahme aus dem ABK

Zu Investitionsnummer 1538:

Spätere Jahre: 250.000,00 Euro. Mit Straßenbau

Zu Investitionsnummer 1562:

Maßnahme aus dem ABK

Zu Investitionsnummer 15780020:

spätere Jahre

Zu Investitionsnummer 15780021:

Hydraulisch ausgelastet- Vergrößern auf DN 400 und DN 500

Zu Investitionsnummer 1579:

2028: Genehmigungsplanung.

Auflage aus der Erlaubnis zur Einleitung von gereinigtem Abwasser.

Zu Investitionsnummer 1580:

Maßnahme aus dem ABK

Zu Investitionsnummer 1587:

Aus hydraulischen Gründen sollen zwei Halterungen von DN 300 auf DN 400 vergrößert werden.

Zu Investitionsnummer 1588:

Genehmigungsplanungen für B-Plan - Erlaubnisse.

Zu Investitionsnummer 1590:

ABK. 1.1.96.

Zu Investitionsnummer 2500:

Die Auswertung der aufgestellten Sanierungskonzepte zeigt den erhöhten Bedarf auf.

Einzelne Teilstücke müssen vor Inlinersanierung ausgetauscht werden.

Kanalsanierung Schadenskasse 5 in offener und geschlossener Bauweise.

ABK Nummer 01018 und ABK Nummer 01019 Sofortsanierung SK5.

Zu Investitionsnummer 2501:

Nach Abstimmung mit der Bezirksregierung Münster und dem Kreis Warendorf ist das RRB 201 als Trockenrückhaltebecken umzubauen um die Strukturgüte der Angel zu verbessern.

Zu Investitionsnummer 2523:

2025: 1. und 2. Bauabschnitt Vinkendahl

Zu Investitionsnummer 2528:

Maßnahme wird in Anlehnung an den Straßenbau ausgeführt.

Zu Investitionsnummer 2531:

Aufgrund des maroden Zustandes und der Überbauung der Haltung mit Bäumen, muss die Haltung erneuert und verlegt werden.

Zu Investitionsnummer 2534:

Auflage aus der Erlaubnis zur Einleitung von gereinigtem Abwasser.

2026: Ausführungsplanung.

2027: Baubeginn.

Zu Investitionsnummer 2535:

Herstellung Mischwasserhausanschluss erfolgt nach Änderung des B-Plan Nr. N 14 und der Fertigstellung der Planung für das Feuerwehrgebäude.

Zu Investitionsnummer 4007:

Maßnahme aus dem ABK

Zu Investitionsnummer 4513:

Kanal ist baulich stark beschädigt

Zu Investitionsnummer 15580001 - 15580009:

Spätere Jahre: Sanierung Mischwasserkanal Wilhelmsviertel mit Engelsgasse, Steingasse, Rosengasse, Tenkhoffs Gasse, Wilhelmstraße, Hindenburgplatz, Linnenstraße und Ostwall. Ergebnis ISEK Beckum bleibt abzuwarten.

Zu Investitionsnummer 15780009-15780019:

Die Auswertung nach der Selbstüberwachung von Abwasseranlagen zeigte auf, dass der Mischwasserkanal baufällig und undicht ist (Sanierung durch Inliner).

Zu Investitionsnummer 25390001 - 25390011:

Die Auswertung nach der Selbstüberwachungsverordnung von Abwasseranlagen zeigte auf, dass der Mischwasserkanal baufällig und undicht ist (Sanierung durch Inliner).

110301 785300 Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen

Zu Investitionsnummer 2525:

Durch vorgezogene BHKW-Installation können ungefähr 230.000 Kwh an Strom und ungefähr 400.000 Kwh an Wärme selbst erzeugt und genutzt werden.

110301 785303 Auszahlungen für Messgeräte, Steuerungstechnik, Schalt schränke für Abwasserhebe- und -reinigungsanlagen

Zu Investitionsnummer 1566:

Erweiterung Kläranlagen Beckum und Neubeckum

110301 785304 Auszahlungen für technische Einrichtungen für Abwasserhebe und -reinigungsanlagen

Zu Investitionsnummer 2540:

Erneuerung des Stufenrechens (mechanische Abwasserreinigung) auf der Kläranlage Neubeckum

Erläuterungen zu 26 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

110301 783102 Auszahlungen für Fahrzeuge > 410 EUR

Zu Investitionsmaßnahme 00110030:

Beschaffung Elektro Transporter für die Kanalunterhaltung

110301 783104 Auszahlungen f. techn. Anlagen > 410 EUR

Zu Investitionsmaßnahme 00060035:

Erneuerung der Eisen 3 Tanks auf der Kläranlage Beckum und Neubeckum.

Erneuerung der Gebläse de Belebung auf der Kläranlage Neubeckum.

Stellenübersicht

Bezeichnung	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen nach Stellenübersicht 2026		tatsächlich besetzt 30.06.2025	Zahl der Stellen 2025
		Stellen- bewertung	Eingruppierung der Stelleninhaber		
tariflich Beschäftigte	12	1	1	1	1
	11	3,51	3,51	2,51	3,51
	9 b	2	2	2	2
	9 a	1	1	1	1
	8	0,5	0,5	0,5	0,5
	7	7	7	7	7
	6	5	5	5	5
	5	0	0	0	0
Bedienstete insgesamt		20,01	20,01	19,01	20,01
nachrichtlich: Auszubildende		1	1	0	1
nachrichtlich: Stellenanteile Kernverwaltung: Beamte: 0,89 Stellen Tariflich Beschäftigte: 4,24 Stellen					

Wirtschaftsplan 2026 – Städtischer Abwasserbetrieb Beckum

Federführung: Städtischer Abwasserbetrieb Beckum

Beteiligungen: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Auskunft erteilt: Herr Gerdhenrich | 02521 29-1000 | gerdhenrich@beckum.de

Beratungsfolge:

Betriebsausschuss

11.12.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Der als Anlage zur Vorlage beigefügte Wirtschaftsplan 2026 des Städtischen Abwasserbetriebes Beckum wird beschlossen.

Die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2027 bis 2029 wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Durch die Vorbereitung und Erstellung des Wirtschaftsplanes entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen finanziellen Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan.

Erläuterungen:

Der Rat der Stadt Beckum entscheidet gemäß § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen über die Feststellung des Wirtschaftsplanes.

Der Städtische Abwasserbetrieb Beckum wird im Rechnungswesen nach den Regeln des Neuen Kommunalen Finanzmanagements geführt. Danach ist für jedes Jahr ein Wirtschaftsplan zu erstellen. Dieser besteht aus dem Ergebnisplan und dem Finanzplan.

Der Finanzplan ist in einen Teil A und einen Teil B gegliedert.

Im Teil A werden die Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit sowie die kumulierten Einzahlungen und Auszahlungen für die Investitionen ausgewiesen.

Im Teil B werden die Investitionsmaßnahmen im Einzelnen dargestellt.

Der Wirtschaftsplan 2026 weist im Ergebnisplan bei den ordentlichen Erträgen eine Summe von 12.058.750 Euro aus. Den Erträgen stehen ordentliche Aufwendungen von 7.768.450 Euro gegenüber. Das ordentliche Ergebnis weist damit einen Überschuss von 4.290.300 Euro aus. Dieser Überschuss wird dem Finanzergebnis gegenübergestellt.

Das Finanzergebnis mit einem negativen Betrag von 915.950 Euro resultiert aus den Zinsaufwendungen für Kredite.

Insgesamt ergibt sich ein positives Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit vor der Verzinsung des Stammkapitals von 3.374.350 Euro. Nach der Verzinsung des Stammkapitals mit 420.000 Euro beträgt das Jahresergebnis 2.954.350 Euro.

Auch in der mittelfristigen Finanzplanung ergeben sich nach der jetzigen Planung folgende Überschüsse:

- Für das Jahr 20273.037.300 Euro,
- für das Jahr 20282.931.900 Euro,
- für das Jahr 20292.827.400 Euro.

In den Erträgen ist eine Entnahme aus dem Sonderposten für den Gebührenausgleich wie folgt eingeplant:

- Für das Jahr 2026 128.050 Euro,
- für das Jahr 202750.000 Euro,
- für das Jahr 202850.000 Euro,
- für das Jahr 202950.000 Euro.

Diese Entnahmen erfolgen, um Überschüsse aus den Gebührenabrechnungen der Vorjahre an die Gebührenpflichtigen zu erstatten. Die Entnahmen sind in der Gebührenbedarfsberechnung jeweils bereits berücksichtigt worden.

Im Finanzplan zum Wirtschaftsplan 2026 werden Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit 11.280.550 Euro ausgewiesen.

Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit betragen 8.422.750 Euro. Hier ist entsprechend der Vorlage 2025/0142 – Ergebnisoffene Überprüfung einer möglichen Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht – vorsorglich die Ausschüttung des Jahresergebnisses 2025 berücksichtigt. Über diese Ausschüttung ist jedoch nicht im Rahmen des Wirtschaftsplans 2026 zu beschließen, sondern erst anlässlich der Feststellung des Jahresergebnisses 2025, voraussichtlich im Juli 2026.

Es ergibt sich ein positiver Saldo von 2.857.800 Euro aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit werden mit 838.000 Euro kalkuliert.

Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit werden mit 7.430.050 Euro geplant.

Hieraus ergibt sich ein negativer Saldo aus der Investitionstätigkeit von 6.592.050 Euro.

Eine Kreditaufnahme für Investitionen ist dementsprechend mit 6.590.000 Euro geplant. Diese Kreditermächtigung soll in Abhängigkeit von der tatsächlichen Investitionstätigkeit in Anspruch genommen werden.

Die ordentliche Tilgung für Kredite für Investitionen ist mit 2.988.300 Euro veranschlagt.

Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit beträgt 3.734.250 Euro.

Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen von 3.255.000 Euro sind veranschlagt.

Der Bestand an liquiden Mitteln des Städtischen Abwasserbetriebes Beckum wird beim Cashpoolführer Stadt Beckum verwaltet. Insofern werden in der Finanzplanung keine liquiden Mittel ausgewiesen. Der Anteil des Städtischen Abwasserbetriebes Beckum am Cashpool der Stadt Beckum betrug zum 31.12.2024 3.324.540,32 Euro.

Eine rechnerische Minderung der Liquidität wird im Finanzplan in Zeile 34 dargestellt und eine Erhöhung der Liquidität in Zeile 36 des Finanzplans.

Eine Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung ist im gesamten Planungszeitraum grundsätzlich nicht vorgesehen, kann sich aber in Abhängigkeit von der Investitionstätigkeit unterjährig im Rahmen der Liquiditätsbewirtschaftung ergeben.

Im Stellenplan für das Jahr 2026 sind unverändert insgesamt 20,01 Stellen ausgewiesen.

Der Wirtschaftsplan ist vom Rat der Stadt Beckum zu beschließen.

Anlage(n):

Wirtschaftsplan 2026



Wirtschaftsplan 2026



Herausgeber:

STADT BECKUM

DER BÜRGERMEISTER

www.beckum.de



Kontaktdaten:

Stadt Beckum
Weststraße 46
59269 Beckum

02521 29-0
02521 2955-199 (Fax)
stadt@beckum.de



Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Diese Druckschrift wird von der Stadt Beckum herausgegeben.

Die Schrift darf weder von politischen Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundetags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments und für Bürgerentscheide.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der politischen Parteien und Wählergruppen sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien und Wählergruppen oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Stadt Beckum zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Inhaltsverzeichnis:

Wirtschaftsplan 2026 des Städtischen Abwasserbetriebes Beckum	1
Ergebnisplan	3
Finanzplan	9
Teilfinanzplan B.....	13
Stellenübersicht	35

Wirtschaftsplan 2026 des Städtischen Abwasserbetriebes Beckum

Aufgrund der §§ 4 Buchstabe b und 14 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum am _____ folgenden Wirtschaftsplan beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan 2026 wird

im **Ergebnisplan** mit dem Gesamtbetrag

der Erträge auf	12.058.750 Euro,
der Aufwendungen auf	8.684.400 Euro,
Jahresergebnis vor Verzinsung Stammkapital und Gewinnausschüttung.....	3.374.350 Euro,
Eigenkapitalverzinsung	420.000 Euro,
Gewinnausschüttung	0 Euro,
Jahresergebnis nach Verzinsung Stammkapital und Gewinnausschüttung	2.954.350 Euro,

und im **Finanzplan** mit dem Gesamtbetrag

der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	11.280.550 Euro,
der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf.....	8.422.750 Euro,
der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf.....	838.000 Euro,
der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	7.430.050 Euro,
der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf.....	6.590.000 Euro,
der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	2.988.300 Euro,

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf6.590.000 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf3.255.000 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung, die im Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000.000 Euro festgesetzt.

.

§ 5

Die Aufwendungen und Auszahlungen des Ergebnis- und Finanzplans, sind mit Ausnahme der Personalaufwendungen und Abschreibungen auf Sachanlagen und Umlaufvermögen gegenseitig deckungsfähig. Für die Aufwendungen, Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit und die investiven Auszahlungen wird jeweils ein eigener Deckungsring eingerichtet.

§ 6

Mehrerträge und Mehreinzahlungen berechtigen zu Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen. Mindererträge und Mindereinzahlungen reduzieren die Ermächtigung für Aufwendungen und Auszahlungen.

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit sowie Auszahlungen für einzelne Investitionsmaßnahmen, die 30.000 Euro des Ansatzes überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses. Bei Eilbedürftigkeit tritt an die Stelle der Zustimmung des Betriebsausschusses die Zustimmung der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters.

§ 8

Die Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen sind gegenseitig deckungsfähig und dürfen die in diesem Wirtschaftsplan festgesetzte Gesamtsumme nicht überschreiten. Für einzelne über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen gilt die Regelung des § 7 analog.

§ 9

Die Regelungen bezüglich der Ermächtigungsübertragung werden analog der Regelungen für den Haushalt der Stadt Beckum angewandt.

§ 10

Soweit aufgrund der Änderung der rechtlichen Vorschriften die Auszahlungen zu geplanten Aufwendungen nicht mehr der laufenden Verwaltungstätigkeit zuzuordnen sondern investiv zu behandeln sind, bedürfen diese abweichend von § 12 Absatz 2 Betriebssatzung der Stadt Beckum für den Städtischen Abwasserbetrieb Beckum nicht der Zustimmung des Betriebsausschusses.

Beckum, den 20. November 2025

gezeichnet
Michael Gerdhenrich
Betriebsleitung

Ergebnisplan

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen *	228.290,19	211.300	194.500	193.750	192.800	190.400
	416100 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen	228.290,19	211.300	194.500	193.750	192.800	190.400
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	9.246.572,78	9.735.200	10.032.800	10.231.400	10.329.950	10.631.250
	432102 Geb. f.d. Klärschlammabeseitig. u. a.	23.329,80	29.650	26.050	26.350	26.400	26.600
	432113 Niederschlagswassergebühr	3.003.021,34	3.099.250	3.179.200	3.233.400	3.256.650	3.373.500
	432114 Schmutzwassergebühr	5.693.799,63	5.873.800	6.448.750	6.662.100	6.734.950	6.917.050
	437100 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge	246.422,01	252.500	250.750	259.550	261.950	264.100
	438105 Erträge aus der Auflösung von SoPo für den Gebührenausschlag - Abwasserbeseitigung-	280.000,00	480.000	128.050	50.000	50.000	50.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.365,15	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	442100 Erträge aus Verkauf	1.365,15	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.537.101,95	1.572.250	1.600.600	1.620.300	1.639.950	1.699.000
	448201 Kostenanteil der Stadt für Straßenentwässerung	1.527.630,11	1.565.700	1.594.050	1.613.750	1.633.400	1.692.450
	448700 Erträge aus Kostenerstattungen Kostenumlagen von privaten Unternehmen	5.368,71	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	448701 Erstattung durch Versicherungen (FD 10)	2,08	50	50	50	50	50
	448800 Erträge aus Kostenerstattungen Kostenumlage von übrigen Bereichen	4.096,94	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	448828 Erträge aus öffentlich rechtlichen Kostenerstattungen Ersatzvornahmen	4,11	0	0	0	0	0
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	48.775,44	63.900	53.550	59.350	74.100	74.100
	456101 Zwangsgelder	5.000,00	0	0	0	0	0
	456200 Säumniszuschläge und Zinsen nach AO	240,61	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	457100 Erträge aus der Auslösung von sonstigen Sonderposten	32.644,82	42.950	32.600	38.400	53.150	53.150
	458201 Erträge a. d. Auflösung der Rückstellung f. Altersteilzeit	41,50	0	0	0	0	0
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	10.848,51	19.950	19.950	19.950	19.950	19.950
8	+ Aktivierte Eigenleistungen *	237.931,88	150.450	172.300	172.300	172.300	172.300
	471100 Aktivierte Eigenleistungen	237.931,88	150.450	172.300	172.300	172.300	172.300
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	11.300.037,39	11.738.100	12.058.750	12.282.100	12.414.100	12.772.050
11	- Personalaufwendungen	1.818.604,57	1.878.550	2.033.700	2.074.250	2.115.900	2.158.050
	501100 Dienstaufwendungen für Beamte	120.171,77	114.600	90.750	92.600	94.450	96.350
	501200 Dienstaufwendungen Tariflich Beschäftigte	1.316.938,36	1.363.300	1.493.950	1.523.850	1.554.350	1.585.450
	502200 Beiträge zu Versorgungskassen für Tariflich Beschäftigte	101.816,31	105.700	115.550	117.900	120.300	122.750
	503200 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	268.677,67	281.750	320.250	326.700	333.250	339.950
	503201 Gesetzliche Unfallversicherung für Tariflich Beschäftigte	11.000,46	11.150	11.150	11.150	11.500	11.500
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsl. für Beschäftigte (Aktive)	0,00	100	100	100	100	100
	504105 Beihilfen für Beamte (Aktive)	0,00	1.950	1.950	1.950	1.950	1.950
12	- Versorgungsaufwendungen	81.896,71	72.450	59.050	60.300	61.550	62.800
	512100 Beiträge zu Versorgungskassen für Versorgungsempfänger Beamte	47.923,44	55.000	36.050	36.800	37.550	38.300
	514100 Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgungsempfänger	33.973,27	17.450	23.000	23.500	24.000	24.500
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen *	1.929.619,29	1.923.250	1.984.300	1.774.300	1.719.300	1.719.300
	521500 Instandhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	23.534,74	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
	521600 Instandhaltung des Infrastrukturvermögens	0,00	50	50	50	50	50
	521602 Instandhaltung d. Kanalisation (Infrastrukturvermögen)	11.988,19	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
	523800 Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an übrige Bereiche	0,00	50	50	50	50	50
	523802 Kostenanteil des EB SAB für DV-Kosten	59.123,94	65.000	65.000	65.000	65.000	65.000
	523803 Kostenanteil des EB SAB für Sachkosten der Mitarbeiter der städt. Verwaltung	32.879,39	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000
	524101 Versicherung für Gebäude und Einrichtungen	27.250,08	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
	524103 Steuern und Abgaben	4.602,96	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500
	524104 Abwasserabg. f. Kleineinleiter	0,00	650	650	650	650	650
	524105 Heizenergiekosten	0,00	9.500	9.500	9.500	9.500	9.500
	524106 Reinigungsmittel, Reinigungskosten	17.897,03	13.000	18.000	18.000	18.000	18.000
	524107 Wasserverbrauch	3.235,62	3.050	3.100	3.100	3.100	3.100
	524109 Stromverbrauch	384.053,04	300.000	330.000	330.000	330.000	330.000
	524110 EB SBB Unterhaltung u Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	30.539,84	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
	524114 "Abwasserabgabe" für Schmutzwasser	109.883,05	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
	524115 "Abwasserabgabe" für Niederschlagswasser	163.876,46	165.000	100.000	0	0	0
	524129 Unterh. u. Bewirtschaftung d. Grundstücke u. baul. Anlagen (EB SAB)	648.119,35	615.000	715.000	615.000	615.000	615.000
	524139 Gewässerunterhaltungsgebühr	0,00	450	450	450	450	450
	524200 Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens	0,00	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	524201 EB SBB Unterh. u. Bewirtschaftung d. Infrastrukturvermögens	0,00	15.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	524203 Unterhaltung der Kanalisation (Infrastrukturvermögen)	77.934,87	65.000	70.000	70.000	70.000	70.000
	524205 Reparatur von Kanalanschlüssen	35.048,89	60.000	40.000	40.000	40.000	40.000
	524206 Reparatur von Schäden an Hausanschlussleitungen nach Dichtheitsprüfung	9.101,51	60.000	20.000	20.000	20.000	20.000
	524207 Kostenbeteiligung Brücke Geißlerbach	18,72	400	400	400	400	400
	525100 Haltung von Fahrzeugen	11.659,16	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	525101 Versicherung für Dienstfahrzeuge	2.774,80	2.100	2.100	2.100	2.100	2.100
	525102 Steuern für Dienstfahrzeuge	988,69	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	525103 EB SBB Haltung von Fahrzeugen	4.403,22	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	525500 Unterhaltung (ohne Wertgrenze) u. Beschaffungen (bis 60 EUR) des bewegl. Vermögens	455,29	200	200	200	200	200
	525502 EB SBB Unterh. von Inventar (ohne Wertgrenze) u. Ersatzbesch. (bis 60 EUR)	385,77	3.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	525503 Unterh. (ohne Wertgrenze) u. Ersatzbeschaffungen von Geräten (bis 60 EUR)	10.927,87	10.000	15.000	15.000	15.000	15.000
	525508 Wartungs- u. Pflegek. (ohne Wertgrenze) für die DV-Anlage u. Ersatzbeschaffung (bis 60€)	771,40	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	528113 Klärschlamm- und Abwasser beseitigung durch Unternehmer	11.534,14	15.400	15.400	15.400	15.400	15.400
	528114 Entgelt für die Abgabe von Frischwasserverbrauchsdaten	7.379,90	7.300	7.300	7.300	7.300	7.300
	528115 Gebühren für Wasserrechte	1.709,72	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	528123 Ratten- und Seuchenbekämpfung, Desinfektion	14.413,94	15.500	15.500	15.500	15.500	15.500
	528137 Öffentlichkeitsarbeit	200,76	500	500	500	500	500
	529100 EB SBB Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	0,00	100	100	100	100	100
	529107 TV-Inspektion gem. SÜV-Abwasser	166.593,82	145.000	145.000	145.000	145.000	145.000
	529118 Überarbeitung ZAP und ABK	25.000,00	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	529126 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	31.333,13	25.000	80.000	70.000	15.000	15.000
14	– Bilanzielle Abschreibungen	3.519.883,92	3.601.050	3.543.900	3.669.800	3.676.850	3.840.500
	571100 Abschreibungen Sachanlagen	3.464.431,19	3.594.550	3.535.800	3.661.850	3.668.950	3.832.600

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
	571101 Abschreibungen immaterielle Vermögensgegenstände	4.425,62	6.500	8.100	7.950	7.900	7.900
	571102 Sonderabschreibungen Sachanlagen	46.906,80	0	0	0	0	0
	571107 Aufwand Zuschreibungen SoPo	4.120,31	0	0	0	0	0
15	– Transferaufwendungen *	66.504,78	55.000	65.000	65.000	65.000	65.000
	531300 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Zweckverbände und dergl.	66.504,78	55.000	65.000	65.000	65.000	65.000
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	127.242,57	72.850	82.500	85.650	86.000	86.550
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	1.043,88	150	0	700	550	600
	541201 Ausbildung einschließlich Reisekosten	4.554,18	4.800	4.800	4.800	4.800	4.800
	541202 Fortbildung einschließlich Reisekosten	15.245,05	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	541203 Anschaffung und Unterhaltung von Dienst- und Schutzkleidung	4.884,31	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
	541204 Reise- und Fahrtkosten, Auslagenersatz	3.518,23	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300
	542200 Mieten und Pachten	0,00	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000
	542202 Mieten für Druck- und Kopiergeräte	2.368,44	3.200	3.200	3.200	3.200	3.200
	542900 Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	23.146,88	9.000	18.000	18.000	18.000	18.000
	542914 Nutzung des automatisierten Liegenschaftskatasters	360,00	100	100	100	100	100
	542923 Gebühren für örtliche Prüfungen	6.809,78	6.500	8.650	8.950	9.250	9.550
	543101 Amtl. Blätter, Zeitschriften u Bücher	1.014,83	2.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	543103 Bekanntmachungen	23.891,85	500	500	500	500	500
	543104 Rundfunk- und Fernsehgebühren	146,88	200	200	200	200	200
	543125 Fernspreckgebühren	9.866,19	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	543126 Portogebühren	7.310,15	3.500	3.500	3.500	3.500	3.500
	543127 Papierbedarf	762,40	900	900	900	900	900
	543128 Drucksachen und sonstiger Bürobedarf	2.943,84	3.100	3.100	3.100	3.100	3.100
	544600 Haftpflichtversicherung und sonstige Versicherungen	1.907,10	2.100	2.100	2.100	2.100	2.100
	544801 Kosten f. Versicherungsschäden	0,00	50	50	50	50	50
	547301 Wertveränderungen Forderungen	6,18	0	0	0	0	0
	549900 Übrige weitere sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	11.429,15	50	50	50	50	50
	549901 Beiträge an Verbände u Vereine	5.166,69	4.900	5.500	5.700	5.900	6.100
	549953 B-, C-, D-Rollschläuche (Festwert)	866,56	1.000	50	2.000	2.000	2.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	7.543.751,84	7.603.150	7.768.450	7.729.300	7.724.600	7.932.200
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	3.756.285,55	4.134.950	4.290.300	4.552.800	4.689.500	4.839.850
19	+ Finanzerträge	0,00	0	0	0	0	0
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	790.891,27	843.600	915.950	1.095.500	1.337.600	1.592.450
	551701 Zinsaufwendungen für Kredite von Kreditinstituten	790.891,27	843.550	915.900	1.095.450	1.337.550	1.592.400
	559900 Sonstige Finanzaufwendungen	0,00	50	50	50	50	50
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	-790.891,27	-843.600	-915.950	-1.095.500	-1.337.600	-1.592.450
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	2.965.394,28	3.291.350	3.374.350	3.457.300	3.351.900	3.247.400
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis vor Verzinsung Stammkapital und Ausschüttung (= Zeilen 22 und 25)	2.965.394,28	3.291.350	3.374.350	3.457.300	3.351.900	3.247.400
27	– Verzinsung Stammkapital *	420.000,00	420.000	420.000	420.000	420.000	420.000

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
	559901 Eigenkapitalverzinsung	420.000,00	420.000	420.000	420.000	420.000	420.000
28	– Ausschüttung	0,00	0	0	0	0	0
29	= Jahresergebnis nach Verzinsung Stammkapital und Gewinnausschüttung (= Zeilen 26 ./ 27 ./ 28)	2.545.394,28	2.871.350	2.954.350	3.037.300	2.931.900	2.827.400
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0	0	0	0	0
31	= Jahresergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 29 ./ 30)	2.545.394,28	2.871.350	2.954.350	3.037.300	2.931.900	2.827.400
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	499,00	0	0	0	0	0
	454201 Erträge aus Veräußerung v. Sachanlagevermögen (Verrechnung allgem. Rücklage)	499,00	0	0	0	0	0
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	2,00	0	0	0	0	0
	547100 Wertveränderungen bei Sachanlagen (Verrechnung allgem. Rücklage)	2,00	0	0	0	0	0
34	Verrechnungssaldo (= Zeilen 32 u. 33)	497,00	0	0	0	0	0
	Nachrichtlich: Interne Leistungsverrechnung						
	Ertrag aus internen Leistungsverrechnungen	0,00	0	0	0	0	0
	Aufwand aus internen Leistungsverrechnungen	0,00	0	0	0	0	0

Erläuterungen zu 2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen

110301 414100 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land

Zuweisung vom Land für die Konzeptstudie Kläranlagen und Energieanalysen.

Erläuterungen zu 8 + Aktivierte Eigenleistungen

110301 471100 Aktivierte Eigenleistungen

Bei diesem Produktkonto sind die eigenen Planungsleistungen der städtischen Ingenieure für Baumaßnahmen veranschlagt. Sie betragen 12 Prozent bei vollständiger eigener Planung oder 5 Prozent bei teilweise eigener Planung der Anschaffungs-/Herstellungskosten eines Anlagengutes. Diese eigenen Planungsleistungen erhöhen die Anschaffungs-/Herstellungskosten des Anlagengutes. Sie werden bilanziert und abgeschrieben.

Erläuterungen zu 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

110301 521500 Instandhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Instandhaltung Bauwerk Nachklärbecken I (Einlaufrechen Königsstuhl), Kläranlage Beckum 10.000,00 Euro

Instandhaltung/Revision Antriebe Räumler Nachklärbecken I und II, Kläranlage Beckum und
Neubeckum 20.000,00 Euro

Umbau Betriebsgebäude Kläranlage Neubeckum (Gebläsekeller) 20.000,00 Euro

110301 521602 Instandhaltung d. Kanalisation (Infrastrukturvermögen)

Sanierung d. Außenstationen, Regenbecken und Pumpenbauwerke 15.000,00 Euro

Ersatz d. Pumpen- und Anlagentechnik auf den Außenstationen 10.000,00 Euro

Ersatz d. Regel- und E-Technik (Regenbecken Neubeckum und Regenbecken Hammerstraße) 15.000,00 Euro

40.000,00 Euro

110301 524110 EB SBB Unterhaltung u Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Mehraufwand für Pflege/Bewuchsbeseitigung in den Regenbecken

110301 524129 Unterh. u. Bewirtschaftung d. Grundstücke u. baul. Anlagen (EB SAB)

Reparatur/Wartung/Ersatz d. Pumpen und Anlagentechnik (Rührwerk Faulturm, Rohschl.-Pumpe Kläranlage Beckum)	40.000,00 Euro
Erneuerung der Niederspannungshauptverteilung (Gebläsestation Kläranlage Beckum)	30.000,00 Euro
Große Revision der Entwässerungszentrifugen (zerlegter Zustand), Kläranlage Beckum und Neubeckum	22.000,00 Euro
Instandsetzung/Erneuerung der VA-Abdeckungen Nachklärbecken I und II Kläranlage Beckum)	8.000,00 Euro
Reparatur/Wartung der Mess-/Regel- und Elektrotechnik	15.000,00 Euro
Wartungs-/Unterhaltungskosten Blockheizkraftwerk (2,00Euro/Betriebsstunde zzgl. Verbrauchsmaterial)	25.000,00 Euro
Wartung Notstromaggregate	12.500,00 Euro
Wartungen/ Prüfungen (Arbeitssicherheit n. UVV, etc.)	10.000,00 Euro
Abwasseranalytik	25.000,00 Euro
Labormaterialien (Preissteigerung)	30.000,00 Euro
Lagerhaltung (Verbrauchsmaterial)	15.000,00 Euro
Flockungsmittel (Verbrauchsrückgang/15 Prozent Preissteigerung)	50.000,00 Euro
Fällmittel Eisen III	42.000,00 Euro
Rechengut-/Sandfangentsorgung (Anstieg der Entsorgungsentgelte)	45.000,00 Euro
Klärschlammmentsorgung (134,50 Euro/t brutto)	245.500,00 Euro
Belüfterteller Beckum	100.000,00 Euro

	715.000,00 Euro

110301 524203 Unterhaltung der Kanalisation (Infrastrukturvermögen)

Reparatur, Kanäle/Schächte	10.000,00 Euro
Reinigung/Unterhaltung, Regenbecken und Pumstationen (Pflege Trockenbecken)	15.000,00 Euro
Reparatur/Wartung, d. Pumpen- und Anlagentechnik	10.000,00 Euro
Reparatur/Wartung, (Mess-/Regel- und E-Technik)	10.000,00 Euro
Material z. Unterhaltung (Schächte, Mörtel etc.)	15.000,00 Euro
Prüfung/Wartung, d. Arbeitssicherheitsausstattung	5.000,00 Euro

	65.000,00 Euro

110301 529126 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen

Unter anderem zur Aufstellung der Zustandsklassifizierung und des Sanierungskonzepts der gemäß SÜwVO Abw. inspizierten Kanäle.

Ausführung Entwässerungskonzept für den Außenbereich 2025 bis 2027

Erläuterungen zu 15 – Transferaufwendungen**110301 531300 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Zweckverbände und dergl.**

Erschwererbeitrag an den Wasser- und Bodenverband Ahlen-Beckum und Sendenhorst/Ennigerloh.

Erläuterungen zu 27 – Verzinsung Stammkapital

110301 559901 Eigenkapitalverzinsung

Verzinsung des Stammkapitals von 7 Mio. Euro mit 6 Prozent = 420.000,00 Euro.

Finanzplan

Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.334.137,89	9.002.700	9.654.000	0	9.921.850	10.018.000	10.317.150
	632102 Geb. f.d. Klärschlammabeseitig. u. a.	23.381,37	29.650	26.050	0	26.350	26.400	26.600
	632113 Niederschlagswassergebühr	2.698.646,17	3.099.250	3.179.200	0	3.233.400	3.256.650	3.373.500
	632114 Schmutzwassergebühr	4.612.110,35	5.873.800	6.448.750	0	6.662.100	6.734.950	6.917.050
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	993,86	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
	642100 Einzahlungen aus Verkauf	993,86	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.538.632,35	1.572.250	1.600.600	0	1.620.300	1.639.950	1.699.000
	648201 Kostenanteil der Stadt für Straßenentwässerung	1.530.544,66	1.565.700	1.594.050	0	1.613.750	1.633.400	1.692.450
	648700 Einz. aus Kostenerstattungen Kostenumlagen von privaten Unternehmen	4.995,19	1.500	1.500	0	1.500	1.500	1.500
	648701 Erstattung durch Versicherungen (FD 10)	2,08	50	50	0	50	50	50
	648800 Einz. aus Kostenerstattungen Kostenumlagen von übrigen Bereichen	3.090,42	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	10.581,82	20.950	20.950	0	20.950	20.950	20.950
	656200 Säumniszuschläge und Zinsen nach AO	240,11	1.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
	659100 Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.341,71	19.950	19.950	0	19.950	19.950	19.950
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.884.345,92	10.600.900	11.280.550	0	11.568.100	11.683.900	12.042.100
10	– Personalauszahlungen	1.711.086,83	1.878.550	2.033.700	0	2.074.250	2.115.900	2.158.050
	701100 Dienstbezüge Beamte	86.710,34	114.600	90.750	0	92.600	94.450	96.350
	701200 Dienstbezüge Tariflich Beschäftigte	1.258.216,44	1.363.300	1.493.950	0	1.523.850	1.554.350	1.585.450
	702200 Beiträge zu Versorgungskassen für Tariflich Beschäftigte	97.840,45	105.700	115.550	0	117.900	120.300	122.750
	703200 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Tariflich Beschäftigte	257.319,14	281.750	320.250	0	326.700	333.250	339.950
	703201 Gesetzliche Unfallversicherung für Tariflich Beschäftigte	11.000,46	11.150	11.150	0	11.150	11.500	11.500
	704100 Beihilfen u. Unterstützungs- l. für Beschäftigte (Aktive)	0,00	100	100	0	100	100	100
	704105 Beihilfen für Beamte (Aktiv)	0,00	1.950	1.950	0	1.950	1.950	1.950
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	72.450	59.050	0	60.300	61.550	62.800
	712100 Beiträge zu Versorgungskassen für Versorgungsempfänger	0,00	55.000	36.050	0	36.800	37.550	38.300
	714100 Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgungsempfänger	0,00	17.450	23.000	0	23.500	24.000	24.500
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.894.025,99	1.922.850	1.983.900	0	1.773.900	1.718.900	1.718.900
	721500 Instandhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	23.534,74	50.000	50.000	0	50.000	50.000	50.000
	721600 Instandhaltung des Infrastrukturvermögens	0,00	50	50	0	50	50	50
	721602 Instandhaltung d. Kanalisation (Infrastrukturvermögen)	28.831,16	40.000	40.000	0	40.000	40.000	40.000
	723800 Erstattungen für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an übrige Bereiche	0,00	50	50	0	50	50	50
	723802 Kostenanteil des EB SAB für DV-Kosten	59.123,94	65.000	65.000	0	65.000	65.000	65.000
	723803 Kostenanteil des EB SAB für Sachkosten der Mitarbeiter der städt. Verwaltung	0,00	35.000	35.000	0	35.000	35.000	35.000

Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -
	724101 Versicherung für Gebäude und Einrichtungen	27.250,08	30.000	30.000	0	30.000	30.000	30.000
	724103 Steuern und Abgaben	4.602,96	6.500	6.500	0	6.500	6.500	6.500
	724104 Abwasserabg. f. Kleineinleiter	0,00	650	650	0	650	650	650
	724105 Heizenergiekosten	0,00	9.500	9.500	0	9.500	9.500	9.500
	724106 Reinigungsmittel, Reinigungskosten	19.160,27	13.000	18.000	0	18.000	18.000	18.000
	724107 Wasserverbrauch	3.235,62	3.050	3.100	0	3.100	3.100	3.100
	724109 Stromverbrauch	364.705,25	300.000	330.000	0	330.000	330.000	330.000
	724110 EB SBB Unterhaltung u Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	41.082,60	30.000	30.000	0	30.000	30.000	30.000
	724114 "Abwasserabgabe" für Schmutzwasser	109.883,05	100.000	100.000	0	100.000	100.000	100.000
	724115 "Abwasserabgabe" für Niederschlagswasser	163.876,46	165.000	100.000	0	0	0	0
	724129 Unterh. u. Bewirtschaftung d. Grundstücke u. baul. Anlagen (EB SAB)	671.962,86	615.000	715.000	0	615.000	615.000	615.000
	724139 Gewässerunterhaltungsgebühr	0,00	450	450	0	450	450	450
	724140 Rücklieferung Strom BHKW	-35.510,51	0	0	0	0	0	0
	724200 Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens	0,00	1.500	1.500	0	1.500	1.500	1.500
	724201 EB SBB Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens	0,00	15.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000
	724203 Unterhaltung der Kanalisation (Infrastrukturvermögen)	78.518,57	65.000	70.000	0	70.000	70.000	70.000
	724205 Reparatur von Kanalanschlüssen	54.975,61	60.000	40.000	0	40.000	40.000	40.000
	724206 Reparatur von Schäden an Hausanschlussleitungen nach Dichtheitsprüfung	9.101,51	60.000	20.000	0	20.000	20.000	20.000
	725100 Haltung von Fahrzeugen	11.778,29	10.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000
	725101 Versicherung für Dienstfahrzeuge	2.774,80	2.100	2.100	0	2.100	2.100	2.100
	725102 Steuern für Dienstfahrzeuge	1.194,00	1.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
	725103 EB SBB Haltung von Fahrzeugen	4.755,47	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
	725500 Unterhaltung (ohne Wertgrenze) u. Beschaffungen (bis 60 EUR) des beweglichen Vermögens	455,29	200	200	0	200	200	200
	725502 EB SBB Unterh. von Inventar (ohne Wertgrenze) u. Ersatzbesch. (bis 60 EUR)	385,77	3.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
	725503 Unterh. (ohne Wertgrenze) u. Ersatzbeschaffung von Geräten (bis 60 EUR)	10.155,19	10.000	15.000	0	15.000	15.000	15.000
	725508 Wartungs- und Pflegek. (ohne Wertgrenze) für die DV-Anlage u. Ersatzbeschaffung (bis 60€)	771,40	10.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000
	728113 Klärschlamm- und Abwasserbeseitigung durch Unternehmer	12.009,72	15.400	15.400	0	15.400	15.400	15.400
	728114 Entgelt für die Abgabe von Frischwasserverbrauchsdaten	0,00	7.300	7.300	0	7.300	7.300	7.300
	728115 Gebühren für Wasserrechte	9.758,00	3.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000
	728123 Ratten- und Seuchenbekämpfung, Desinfektionen	14.413,94	15.500	15.500	0	15.500	15.500	15.500
	728137 Öffentlichkeitsarbeit	200,76	500	500	0	500	500	500
	729100 EB SBB Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	0,00	100	100	0	100	100	100
	729107 TV-Inspektion gem. SÜV-Abwasser	150.656,06	145.000	145.000	0	145.000	145.000	145.000
	729118 Überarbeitung ZAP und ABK	25.000,00	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
	729126 Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	25.383,13	25.000	80.000	0	70.000	15.000	15.000
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	1.197.046,52	1.263.600	4.207.300	0	4.469.850	4.794.900	4.944.350
	751701 Zinszahlungen für Kredite von Kreditinstituten	777.046,52	843.550	915.900	0	1.095.450	1.337.550	1.592.400
	759900 Sonstige Finanzauszahlungen	0,00	50	50	0	50	50	50
	759901 Eigenkapitalverzinsung	420.000,00	420.000	420.000	0	420.000	420.000	420.000
	759902 Ausschüttung an Stadt Beckum	0,00	0	2.871.350	0	2.954.350	3.037.300	2.931.900
14	– Transferauszahlungen	66.504,78	55.000	65.000	0	65.000	65.000	65.000

Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -
	731300 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Zweckverbände und dergl.	66.504,78	55.000	65.000	0	65.000	65.000	65.000
15	– Sonstige Auszahlungen	139.908,85	71.850	73.800	0	74.700	74.750	75.000
	741100 Sonstige Personal- und Versorgungsauszahlungen	693,88	150	0	0	700	550	600
	741201 Ausbildung einschließlich Reisekosten	4.554,18	4.800	4.800	0	4.800	4.800	4.800
	741202 Fortbildung einschließlich Reisekosten	14.735,17	3.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000
	741203 Anschaffung und Unterhaltung von Dienst- und Schutzkleidung	5.299,11	7.000	7.000	0	7.000	7.000	7.000
	741204 Reise- und Fahrtkosten, Auslagenersatz	3.249,78	2.300	2.300	0	2.300	2.300	2.300
	742200 Mieten und Pachten	0,00	8.000	8.000	0	8.000	8.000	8.000
	742202 Mieten für Druck- und Kopiergeräte	2.650,34	3.200	3.200	0	3.200	3.200	3.200
	742900 Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1.071,56	9.000	18.000	0	18.000	18.000	18.000
	742914 Nutzung des automatisierten Liegenschaftskatasters	360,00	100	100	0	100	100	100
	742931 Auszahlung von Rückstellungen aus örtlichen Prüfungen	6.809,78	6.500	0	0	0	0	0
	743101 Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	1.014,83	2.500	1.500	0	1.500	1.500	1.500
	743103 Bekanntmachungen	23.891,85	500	500	0	500	500	500
	743104 Rundfunk- und Fernsehgebühren	146,88	200	200	0	200	200	200
	743125 Fernspreckgebühren	9.827,85	10.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000
	743126 Portogebühren	7.228,14	3.500	3.500	0	3.500	3.500	3.500
	743127 Papierbedarf	979,53	900	900	0	900	900	900
	743128 Drucksachen und sonstiger Bürobedarf	3.018,00	3.100	3.100	0	3.100	3.100	3.100
	744600 Haftpflichtversicherung und sonstige Versicherungen	1.907,10	2.100	2.100	0	2.100	2.100	2.100
	744801 Kosten f. Versicherungsschäden	0,00	50	50	0	50	50	50
	749900 Übrige weitere sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	46.968,14	50	50	0	50	50	50
	749901 Beiträge an Verbände und Vereine	5.502,73	4.900	5.500	0	5.700	5.900	6.100
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.008.572,97	5.264.300	8.422.750	0	8.518.000	8.831.000	9.024.100
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.875.772,95	5.336.600	2.857.800	0	3.050.100	2.852.900	3.018.000
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0
	681800 Investitionszuwendungen von übrigen Bereichen	0,00	0	0	0	0	0	0
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	500,00	0	0	0	0	0	0
	683101 Einzahlungen a. d. Veräußerung v. Sachanlagevermögen	500,00	0	0	0	0	0	0
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten *	369.098,43	308.600	838.000	0	689.300	82.200	119.500
	688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	369.098,43	308.600	556.750	0	158.050	82.200	119.500
	688110 Kostenanteil Entwässerung Straße (50% RW-Kanal)	0,00	0	281.250	0	531.250	0	0
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
	685100 Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	369.598,43	308.600	838.000	0	689.300	82.200	119.500

Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -
24	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0
	782100 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0
25	– Auszahlungen für Baumaßnahmen *	3.496.243,51	5.940.300	7.348.000	3.255.000	7.564.500	10.220.400	7.490.400
	785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	3.392.972,11	5.850.000	6.448.000	3.255.000	7.539.500	10.195.000	7.465.000
	785210 Kostenbeteiligung Brücke Geißlerbach	5.621,04	0	0	0	0	400	400
	785300 Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen	0,00	0	320.000	0	0	0	0
	785303 Auszahlungen für Messgeräte, Steuerungstechnik, Schalt schränke für Abwasserhebe- und -reinigungsanlagen	97.650,36	40.000	580.000	0	25.000	25.000	25.000
	785304 Auszahlungen für technische Einrichtungen für Abwasserhebe und -reinigungsanlagen	0,00	50.300	0	0	0	0	0
26	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen *	74.616,78	11.000	82.050	0	12.000	12.000	12.000
	783100 Auszahlungen für BuG > 410 EUR	18.912,26	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000
	783101 Auszahlungen für den Erwerb von Hardware > 60 EUR	552,22	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
	783102 Auszahlungen für Fahrzeuge > 410 EUR	10.888,50	0	70.000	0	0	0	0
	783105 Auszahlungen für Maschinen > 410 Euro	0,00	0	0	0	0	0	0
	783107 Auszahl. f. immaterielle VMG - Software- > 410 EUR	37.717,05	0	2.000	0	0	0	0
	783200 Auszahlungen für BuG 60 EUR bis 410 EUR	5.680,19	3.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000
	783253 B-, C-, D-Rollschläuche (Festwert) < 410 EUR	866,56	1.000	50	0	2.000	2.000	2.000
27	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
28	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
29	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.570.860,29	5.951.300	7.430.050	3.255.000	7.576.500	10.232.400	7.502.400
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 23 und 30)	-3.201.261,86	-5.642.700	-6.592.050		-6.887.200	-10.150.200	-7.382.900
32	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Zeilen 17 und 31)	674.511,09	-306.100	-3.734.250		-3.837.100	-7.297.300	-4.364.900
33	+ Einzahlungen aus der Aufnahme und durch Rückflüsse von Krediten für Investitionen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsverhältnissen	2.200.000,00	2.000.000	6.590.000		6.880.000	10.100.000	7.300.000
	692700 Kreditaufnahmen für Investitionen von Kreditinstituten	2.200.000,00	2.000.000	6.590.000		6.880.000	10.100.000	7.300.000
34	+ Einzahlungen aus der Aufnahme und durch Rückflüsse von Krediten zur Liquiditätssicherung	22,35	1.196.250	132.550		0	330.450	0
	693700 Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung bei Kreditinstituten	22,35	1.196.250	132.550		0	330.450	0
35	– Auszahlungen für die Tilgung und Gewährung von Krediten für Investitionen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsverhältnissen	2.864.358,61	2.890.150	2.988.300		3.026.200	3.133.150	2.905.850
	792700 Tilgung von Krediten für Investitionen von Kreditinstituten	2.864.358,61	2.890.150	2.988.300		3.026.200	3.133.150	2.905.850
36	– Auszahlungen für die Tilgung und Gewährung von Krediten zur Liquiditätssicherung	3.324.540,32	0	0		16.700	0	29.250
	793700 Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung von Kreditinstituten	3.324.540,32	0	0		16.700	0	29.250
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-3.988.876,58	-890.150	3.734.250		3.837.100	7.297.300	4.364.900

Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -
38	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 37)	-3.314.365,49	0	0		0	0	0
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0	0		0	0	0
40	+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	0,00	0	0		0	0	0
41	= Liquide Mittel (= Zeilen 38, 39 und 40) *	0,00	0	0		0	0	0

*) Der Bestand an liquiden Mitteln des Städtischen Abwasserbetriebes Beckum wird beim Cashpoolführer Stadt Beckum verwaltet. Insofern werden in der Finanzplanung keine liquiden Mittel ausgewiesen. Sofern sich in den Planungsjahren rechnerisch eine Minderung der Liquidität ergibt, ist diese Entnahme aus dem Anteil des Städtischen Abwasserbetriebs Beckum am Cashpool der Stadt Beckum in Zeile 34 dargestellt. Im Falle einer rechnerischen Erhöhung der Liquidität ist diese in Zeile 36 als Zuführung zum Anteil des Städtischen Abwasserbetriebs Beckum am Cashpool der Stadt Beckum ausgewiesen. Der Anteil des Städtischen Abwasserbetriebs Beckum am Cashpool der Stadt Beckum betrug zum 31.12.2024 3.324.540,32 Euro.

Teilfinanzplan B

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
Investitionen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze									
0004 Betriebs- und Geschäftsausstattung - Hardware- Entwässerung u. Abwasserbeseitigung									
110301.783101 Auszahlungen für den Erwerb von Hardware > 60 EUR	552,22	5.000	5.000	0 0 0 0	5.000	5.000	5.000	0,00	29.552,22
00110039 Fahrzeuge > 410 Euro									
110301.783102 Auszahlungen für Fahrzeuge > 410 EUR	10.888,50	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	0,00
0066 Kredite für Investitionen									
160105.692700 Kreditaufnahmen für Investitionen von Kreditinstituten	2.200.000,00	2.000.000	6.590.000	0 0 0 0	6.880.000	10.100.000	7.300.000	1.199.503,61	8.600.000,00
160105.792700 Tilgung von Krediten für Investitionen von Kreditinstituten	276.186,98	2.890.150	2.988.300	0 0 0 0	3.026.200	3.133.150	2.905.850	2.897.874,03	16.964.174,03

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
0093 Mess- und Steuerungstechnik Kläranlagen									
110301.785303 Auszahlungen für Messgeräte, Steuerungstechnik, Schalt schränke für Abwasserhebe- und -reinigungsanlagen	97.650,36	25.000	65.000	0 0 0 0	25.000	25.000	25.000	10.181,62	374.981,62
0150 Software									
110301.783107 Auszahl. f. immaterielle VMG -Software- > 410 EUR	37.717,05	0	2.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	97.780,54
0206 Notstromversorgung									
110301.783105 Auszahlungen für Maschinen > 410 Euro	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	199.486,61	0,00
1000 Grunderwerb Infrastrukturvermögen									
110301.782100 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	654,00	0,00
110301.782100 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	1.052,82	0,00
1506 Herstellung von Kanalanschlüssen									
110301.681800 Investitionszuwendungen von übrigen Bereichen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	3.456,94	3.456,94
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	231.274,01	35.000	35.000	0 0 0 0	35.000	35.000	35.000	133.107,99	406.271,01
1510 Kanalisation Hans-Böckler-Straße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	1.500.000,00
1522 Sanierung Regenwasserkanal Siechenbach									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	5.000,00
1530 Kanalsanierung Sudhoferweg									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	480.000	500.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	500.000,00
1534 Kanalsanierung Auf dem Völker									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	9.602,69	0	0	0 0 0 0	0	0	0	621.000,00	880.425,93
1538 Kanalsanierung Sternstraße im Zusammenhang mit der Erstellung des Kreisverkehrs									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	250.000,00
1542 Kanalerneuerung / Sanierung Schüttenweg									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	195.000	0	0	0,00	209.000,00
1544 Einstiegshilfen zur Personensicherung für RRB, RÜB u Pumpstationen									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	1.000	1.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	2.000,00
1555 Kanalsanierung Weidenweg									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	4.801,34	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	212.901,13
1557 Kanal Ostlandstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	172,73	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	271.107,11

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
1562 Sanierung Tauchwände, RÜ 101, 102, 104, 105, RÜB 101									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	50.000	0	0 0 0 0	50.000	0	0	0,00	50.000,00
1566 Prozessleitsystem Kläranlagen Beckum/Neubeckum									
110301.785303 Auszahlungen für Messgeräte, Steuerungstechnik, Schaltschränke für Abwasserhebe- und -reinigungsanlagen	0,00	15.000	15.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	285.566,15
1571 Kanal Propsteigasse									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	526.173,63	539.177,53
1573 Sanierung Regenwasserkanal Butterkamp									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	205.000	0,00	205.000,00
1574 Sanierung Mischwasserkanal Einsteinstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	628.455,60	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	706.955,62
1575 Sanierung Mischwasserkanal Schlenkhoffsweg									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	570.000	0	0,00	570.000,00
1577 Kanal Soestweg/Lübecker Straße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	90.000	0	0 0 0 0	400.000	1.400.000	0	0,00	1.890.000,00
1579 Kläranlage Beckum, weitere Reinigungsstufe									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	33.410,12	0	40.000	0 0 0 0	0	80.000	0	16.476,66	387.930,60
1580 Verlängerung Regen- und Schmutzwasserkanal Siechenhausweg in Richtung Zementstr.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	380.000	0,00	380.000,00
1581 Kanalerneuerung Mischwasserkanal Vorhelmer Str.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	500.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	500.000,00
1582 Kanalerneuerung Mischwasserkanal Neubeckumer Str. *									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	500.000	550.000	0	0,00	1.050.000,00
1583 Kanalsanierung Eichengrund, Virchowstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	750.000	1.250.000	0	0,00	2.000.000,00
1585 Kanalerneuerung Südring von Mühlenweg bis Freiherr von Stein Straße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	500.000	500.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	500.000,00
1586 RRB 127 Siechenbach/WLE									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	45.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	90.000,00
1587 Kanal Augustin-Wibbelt- Str.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	364.000	364.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	364.000,00

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
1588 Entwässerung Neubau Feuerwache Beckum									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	150.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	150.000,00
1589 Erschließung Entwässerung BG 74 Steinbruchallee									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	59.750	119.500	0,00	179.250,00
110301.688110 Kostenanteil Entwässerung Straße (50% RW- Kanal)	0,00	0	281.250	0 0 0 0	281.250	0	0	0,00	562.500,00
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	500.000	0 0 0 0	1.500.000	0	0	0,00	2.150.000,00
1590 Sanierung RÜB 103 Kläranlage Beckum									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	50.000	500.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	550.000,00
1591 Erneuerung Eisen 3 Tanks und Gebläse der Belebung									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	60.000	0 0 0 0	50.000	0	0	0,00	110.000,00
2500 Punktuelle Kanalsanierung im Stadtgebiet									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	35.521,68	100.000	150.000	0 0 0 0	150.000	150.000	150.000	80.424,13	7.357.472,95
2501 Umwandlung RRB der Kläranlage Neubeckum									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	158.085,21	0,00
2502 Verlegung RÜ 201, Am Volksпарк									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	1.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	258.759,92
2511 Kanalanschlussbeiträge Stadtteil Neubeckum									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	10.833,55	332.559,85
2514 Kanalerneuerung und - verlängerung Industrie- und Bismarckstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	418.769,79	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	468.769,79
2515 Kanalsanierung/Kanalneubau Industriestraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	40.000	0	0 0 0 0	430.000	0	0	0,00	430.000,00
2516 Erneuerung Schaltschränke Kläranlage Neubeckum									
110301.785303 Auszahlungen für Messgeräte, Steuerungstechnik, Schaltschränke für Abwasserhebe- und -reinigungsanlagen	0,00	0	500.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	541.434,00
2523 Kanal Vinkenberg/Vinkendahl									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	3.259,43	750.000	0	0 0 0 0	0	0	0	9.640,47	1.118.000,63
2524 Tauchwandsanierung RÜB 203, Neubeckum									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	40.000	40.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	40.000,00
2525 BHKW Kläranlage Neubeckum									
110301.785300 Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen	0,00	0	320.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	320.000,00

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
2527 Sanierung Mischwasserkanal, Am Volkspark									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	1.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	899.819,72
2528 Kanalsanierung Eichendorffstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	1.344.802,94	0,00
2529 Kanal Hauptstr./Geißlerstr.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	29.600,00
2530 Sanierung Mischwasserkanal Bruchstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	334.258,25	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	870.399,24
2531 Kanalerneuerung Wickingstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	230.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	230.000,00
2532 Kanalsanierung, Im Südfelde, Turmstraße, Kirchstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	501.000,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	1.245.000,00
2533 Kanalerneuerung Graf- Galen-Straße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	1.730,54	0,00
2534 Kläranlage Neubeckum, weitere Reinigungsstufe									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	32.848,91	0	60.000	2.000.000 1.200.000 800.000 0	1.200.000	800.000	0	0,00	2.107.712,05
2535 Mischwasseranschluss für geplantes Feuerwehrgebäude									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	48.730,50
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	26.793,31	0	0	0 0 0 0	0	0	0	42.000,00	168.793,31
2536 Kanalerneuerung Mischwasserkanal Hubertusstr. WLE									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	340.000	0	0,00	340.000,00
2537 Kanalerneuerung Mischwasserkanal Zoppoter Str., Nordbergstr., Tilsiter Str.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	675.000	675.000	0,00	1.350.000,00
2538 Kanalerneuerung Mischwasserkanal Im Werl									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	1.000.000	1.500.000	0,00	2.500.000,00
2540 Kläranlage NB Stufenrechen (mechanische Abwasserreinigung)									
110301.785304 Auszahlungen für technische Einrichtungen für Abwasserhebe und - reinigungsanlagen	0,00	50.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	55.000,00
2541 Grundstückshausanschlüsse Spielerstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	260.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	260.000,00
2542 Erneuerung Eisen 3 Tanks und Gebläse der Belebung									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	60.000	0 0 0 0	50.000	0	0	0,00	110.000,00
3504 Entwässerungstechnische Erschließung der Augustastr.									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	14.100	14.100	0 0 0 0	14.100	0	0	0,00	2.820,00
110301.688110 Kostenanteil Entwässerung Straße (50% RW- Kanal)	0,00	0	0	0 0 0 0	250.000	0	0	0,00	250.000,00
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	525.000	60.000	525.000 525.000 0 0	525.000	0	0	0,00	585.000,00
4007 Tauchwandsanierung RÜB 401, SKO 402, Vellern									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	40.000	40.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	60.000,00
4009 Sanierung Tauchwände RÜB 301 und RÜB 302									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	40.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	40.000,00
4510 Kanalisation, VE 10 Kirchfeld									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	22.100	23.550	0 0 0 0	22.450	22.450	0	0,00	68.450,00
110301.688110 Kostenanteil Entwässerung Straße (50% RW- Kanal)	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	316.850,00
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	127.000,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	1.378.805,31
4512 Kanalerneuerung Mischwasserkanal Dorf Str., Lennebrockstr.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	375.000	0	0 0 0 0	390.000	0	0	0,00	390.000,00

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
4513 Kanalerneuerung Dorfstraße Vellern Zufahrt Unternehmen									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	28.554,13	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	28.554,13
00010053 BuG -Entwässerung und Abwasserbeseitigung- > 410 EUR									
110301.783100 Auszahlungen für BuG > 410 EUR	18.912,26	2.000	2.000	0 0 0 0	2.000	2.000	2.000	60.551,27	28.912,26
00020053 BUG -Entwässerung und Abwasserbeseitigung- 60 EUR bis 410 EUR									
110301.783200 Auszahlungen für BuG 60 EUR bis 410 EUR	5.680,19	3.000	3.000	0 0 0 0	3.000	3.000	3.000	5.299,43	20.680,19
00110030 Elektrofahrzeug									
110301.783102 Auszahlungen für Fahrzeuge > 410 EUR	0,00	0	70.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	105.000,00
15110001 Kanalisation / Rückh. Obere Brede/Tuttenbrock									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	-37.001,91	66.700	96.000	0 0 0 0	70.500	0	0	31.702,77	1.132.280,89
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	1.701.637,54
15110002 Kanalisation/Rückh. Obere Brede/Tuttenbrock, 2. Bauabschnitt									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	161.000	161.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	975.700,00
110301.688110 Kostenanteil Entwässerung Straße (50% RW- Kanal)	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	261.000,00
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	2.720.000,00

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
15110003 Kanalisation und RRB Zünfestr., B-Plan 60, 2. BA									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	120.724,23	44.700	103.000	0 0 0 0	51.000	0	0	0,00	534.563,05
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	15.119,94
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	731.817,26
15110004 Kanalisation Steinkühlerstr. und Captanstr.									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	282.440,07	0	0	0 0 0 0	0	0	0	298.378,41	1.389.254,46
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	712.795,43
15780020 Kanalsanierung Neubeckumer Str. zw. Zementstr. und Oelder Str.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	150.000	1.800.000	0,00	1.950.000,00
15780022 Kanalsanierung Konrad-Adenauer-Ring v. Holtmarweg bis Werseweg									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	180.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	180.000,00
15780023 Kanalsanierung MW Hammer Str. (L507) v. Prozessionsweg bis Uhlandstr.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	1.050.000	0	0,00	1.050.000,00
15780024 Kanalsanierung Oststraße v. Probsteigasse bis Wilhelmstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	240.000	0	0 0 0 0	0	250.000	0	0,00	250.000,00

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
15780025 Kanalsanierung MW Uhlandstr. u. teilweise Chr.- Morgenstern-Str.									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	470.000	0	0,00	470.000,00
15780026 Kanalsanierung RW- Kanal ehem. Siechenbach, Sudhoferweg									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	100.000	100.000	730.000 730.000 0 0	730.000	0	0	0,00	830.000,00
15780027 Kanalsanierung Droste-Hühloff-Straße (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	1.500	98.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	99.500,00
15780028 Kanalsanierung Maria-Kahle-Straße (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	1.400	110.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	111.400,00
15780029 Kanalsanierung Wagenfeldstraße (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	550	33.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	33.550,00
15780030 Kanalsanierung Weidenweg (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	1.800	130.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	131.800,00
15780031 Kanalsanierung Alter Hammweg (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	1.600	112.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	113.600,00
15780032 Kanalsanierung Prozessionsweg (Inliner)									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	350	24.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	24.350,00
15780033 Kanalsanierung Mühlenweg (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	3.900	270.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	273.900,00
15780034 Kanalsanierung Stromberger Straße (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	30.000	0 0 0 0	140.000	0	0	0,00	170.000,00
15780035 Kanalsanierung Ahlener Straße (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	6.000	340.000	0	0,00	346.000,00
15780036 Kanalsanierung Auf dem Tigge (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	7.000	375.000	0	0,00	382.000,00
15780037 Kanalsanierung Heddigermarktstraße bis Peltzerstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	650.000	0,00	650.000,00
15780038 Kanalerneuerung Renfertgelände									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	159.100	0 0 0 0	0	0	0	0,00	307.200,00
15780039 Kanalerneuerung Zufahrt Normensand- Renfertgelände									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	345.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	0,00

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
15780040 Kanalerneuerung Neubeckumer Str. Stichstr. Zuf. FW									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	450.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	0,00
15780041 Kanalerneuerung Auf dem Tigge									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	326.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	0,00
15840001 Mischwasserkanal Zementstraße 1. BA									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	609.208,01	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	1.019.208,01
15840002 Mischwasserkanal Zementstraße 2. BA									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	1.050.000	0 0 0 0	0	0	0	0,00	1.050.000,00
25040003 Kanalisation BG N 67 Vellerner Straße -Fläche A-									
110301.685100 Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	38.947,48
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	23.476,94
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	376.050,00
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	425.000,00
25040004 Kanalisation BG N 67, Fläche A 3. BA									
110301.685100 Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	4.822,96

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	2.936,04	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	0,00
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	78.350,00
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	87.418,77
25390001 Kanalsanierung Heinrich-Heine-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	33.218,85	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	42.400,00
25390002 Kanalsanierung Paul- Keller-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	36.036,26	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	51.200,00
25390003 Kanalsanierung Agnes-Miegel-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	34.907,64	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	44.300,00
25390004 Kanalsanierung Kästnerstr. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	835,51	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	835,51
25390005 Kanalsanierung Thomas-Mann-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	76.037,07	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	116.627,37
25390006 Kanalsanierung Büchnerstraße (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	24.993,31	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	19.400,00

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
25390007 Kanalsanierung Im Südfelde (Teilbereich) (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	19.167,31	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	30.400,00
25390008 Kanalsanierung Schillerstraße (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	25.601,65	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	30.900,00
25390009 Kanalsanierung Turmst. Teilbereich (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	66.106,25	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	92.798,66
25390010 Kanalsanierung Goethestr. Teilbereich (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	24.764,80	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	32.642,49
25390011 Kanalsanierung Friedrich-von-Bodelschwingh- Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	26.373,46	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	50.800,00
25390012 Kanalsanierung Hubertusstr. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	5.000	0 0 0 0	431.500	0	0	0,00	436.500,00
25390013 Kanalsanierung Martin-Luther-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	44.400	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	44.400,00
25390014 Kanalsanierung Fritz- Reuter-Str. (Inliner)									

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	14.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	14.000,00
25390015 Kanalsanierung Adolf- Kolping-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	95.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	95.000,00
25390016 Kanalsanierung Im Südfelde (südlicher. Bereich) Inliner									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	51.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	51.000,00
25390017 Kanalsanierung Gustav-Freytag-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	141.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	141.000,00
25390018 Kanalsanierung Wilhelm-Busch-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	69.500	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	69.500,00
25390019 Kanalsanierung Gerhart-Hauptmann-Str. (Inliner)									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	77.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	77.000,00
25390020 Kanal Kirchstraße / Friedrich-Fröbel-Straße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	615.000	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	615.000,00
25390022 MW-Sanierung Schillerstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	430.000	0	0,00	430.000,00

Übersicht Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2024 Euro	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2026 Euro	VE 2027-2029; 2027, 2028, 2029 Euro	Planung 2027 Euro	Planung 2028 Euro	Planung 2029 Euro	Bisher bereit gestellt 2026 Euro	Gesamt Inv. Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -
25390023 MW-Sanierung Lessingstraße									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	280.000	0	0,00	280.000,00
25390024 MW-Kanalisanierung Auf den Wällen									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	620.000	0,00	620.000,00
25390025 MW-Kanalisanierung Heinrich-Zille-Str. von K.-Wilh. bis Wiethagen									
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	1.450.000	0,00	1.450.000,00
40050004 Kanalisation und Regenrückhaltung VE 9, Langes Land u. Friedhofsweg									
110301.688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	26.549,54
110301.785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen	0,00	0	0	0 0 0 0	0	0	0	0,00	184.133,28
= Saldo oberhalb der Wertgrenze	-1.271.461,24	-6.531.550	-2.990.300	- 3.255.000 - 2.455.000 -800.000 0	-3.031.400	-3.180.950	-2.986.350	- 4.564.666,0 7	-62.525.418,76

Erläuterungen zu 21 + Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten

110301 688104 Kanalanschlussbeiträge n. KAG

zu Investitions-Nr. 15780038:

spätere Jahre: 148.100,00 Euro

Erläuterungen zu 25 – Auszahlungen für Baumaßnahmen**110301 785206 Auszahlungen für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen**

Zu Investitionsnummer 1510:

Spätere Jahre: 1.500.000,00 Euro.

Erschließung B-Plan 15.2 Ä wird abgewartet.

Zu Investitionsnummer 1530:

Die Planung wurde im Betriebsausschuss am 09.02.2022 unter der Vorlagennummer 2022/46 vorgestellt und zur Kenntnis genommen.

Maßnahme aus dem ABK

Zu Investitionsnummer 1538:

Spätere Jahre: 250.000,00 Euro. Mit Straßenbau

Zu Investitionsnummer 1562:

Maßnahme aus dem ABK

Zu Investitionsnummer 15780020:

spätere Jahre

Zu Investitionsnummer 15780021:

Hydraulisch ausgelastet- Vergrößern auf DN 400 und DN 500

Zu Investitionsnummer 1579:

2028: Genehmigungsplanung.

Auflage aus der Erlaubnis zur Einleitung von gereinigtem Abwasser.

Zu Investitionsnummer 1580:

Maßnahme aus dem ABK

Zu Investitionsnummer 1587:

Aus hydraulischen Gründen sollen zwei Halterungen von DN 300 auf DN 400 vergrößert werden.

Zu Investitionsnummer 1588:

Genehmigungsplanungen für B-Plan - Erlaubnisse.

Zu Investitionsnummer 1590:

ABK. 1.1.96.

Zu Investitionsnummer 2500:

Die Auswertung der aufgestellten Sanierungskonzepte zeigt den erhöhten Bedarf auf.

Einzelne Teilstücke müssen vor Inlinersanierung ausgetauscht werden.

Kanalsanierung Schadenskasse 5 in offener und geschlossener Bauweise.

ABK Nummer 01018 und ABK Nummer 01019 Sofortsanierung SK5.

Zu Investitionsnummer 2501:

Nach Abstimmung mit der Bezirksregierung Münster und dem Kreis Warendorf ist das RRB 201 als Trockenrückhaltebecken umzubauen um die Strukturgüte der Angel zu verbessern.

Zu Investitionsnummer 2523:

2025: 1. und 2. Bauabschnitt Vinkendahl

Zu Investitionsnummer 2528:

Maßnahme wird in Anlehnung an den Straßenbau ausgeführt.

Zu Investitionsnummer 2531:

Aufgrund des maroden Zustandes und der Überbauung der Haltung mit Bäumen, muss die Haltung erneuert und verlegt werden.

Zu Investitionsnummer 2534:

Auflage aus der Erlaubnis zur Einleitung von gereinigtem Abwasser.

2026: Ausführungsplanung.

2027: Baubeginn.

Zu Investitionsnummer 2535:

Herstellung Mischwasserhausanschluss erfolgt nach Änderung des B-Plan Nr. N 14 und der Fertigstellung der Planung für das Feuerwehrgebäude.

Zu Investitionsnummer 4007:

Maßnahme aus dem ABK

Zu Investitionsnummer 4513:

Kanal ist baulich stark beschädigt

Zu Investitionsnummer 15580001 - 15580009:

Spätere Jahre: Sanierung Mischwasserkanal Wilhelmsviertel mit Engelsgasse, Steingasse, Rosengasse, Tenkhoffs Gasse, Wilhelmstraße, Hindenburgplatz, Linnenstraße und Ostwall. Ergebnis ISEK Beckum bleibt abzuwarten.

Zu Investitionsnummer 15780009-15780019:

Die Auswertung nach der Selbstüberwachung von Abwasseranlagen zeigte auf, dass der Mischwasserkanal baufällig und undicht ist (Sanierung durch Inliner).

Zu Investitionsnummer 25390001 - 25390011:

Die Auswertung nach der Selbstüberwachungsverordnung von Abwasseranlagen zeigte auf, dass der Mischwasserkanal baufällig und undicht ist (Sanierung durch Inliner).

110301 785300 Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen

Zu Investitionsnummer 2525:

Durch vorgezogene BHKW-Installation können ungefähr 230.000 Kwh an Strom und ungefähr 400.000 Kwh an Wärme selbst erzeugt und genutzt werden.

110301 785303 Auszahlungen für Messgeräte, Steuerungstechnik, Schalt schränke für Abwasserhebe- und -reinigungsanlagen

Zu Investitionsnummer 1566:

Erweiterung Kläranlagen Beckum und Neubeckum

110301 785304 Auszahlungen für technische Einrichtungen für Abwasserhebe und -reinigungsanlagen

Zu Investitionsnummer 2540:

Erneuerung des Stufenrechens (mechanische Abwasserreinigung) auf der Kläranlage Neubeckum

Erläuterungen zu 26 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

110301 783102 Auszahlungen für Fahrzeuge > 410 EUR

Zu Investitionsmaßnahme 00110030:

Beschaffung Elektro Transporter für die Kanalunterhaltung

110301 783104 Auszahlungen f. techn. Anlagen > 410 EUR

Zu Investitionsmaßnahme 00060035:

Erneuerung der Eisen 3 Tanks auf der Kläranlage Beckum und Neubeckum.

Erneuerung der Gebläse de Belebung auf der Kläranlage Neubeckum.

Stellenübersicht

Bezeichnung	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen nach Stellenübersicht 2026		tatsächlich besetzt 30.06.2025	Zahl der Stellen 2025
		Stellen- bewertung	Eingruppierung der Stelleninhaber		
tariflich Beschäftigte	12	1	1	1	1
	11	3,51	3,51	2,51	3,51
	9 b	2	2	2	2
	9 a	1	1	1	1
	8	0,5	0,5	0,5	0,5
	7	7	7	7	7
	6	5	5	5	5
	5	0	0	0	0
Bedienstete insgesamt		20,01	20,01	19,01	20,01
nachrichtlich: Auszubildende		1	1	0	1
nachrichtlich: Stellenanteile Kernverwaltung: Beamte: 0,89 Stellen Tariflich Beschäftigte: 4,24 Stellen					



Bestellung von Vertretungen in Gremien von juristischen Personen und Personenvereinigungen

Federführung: Büro des Bürgermeisters

Beteiligungen: Fachbereich Bildung, Kultur und Freizeit
Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Auskunft erteilt: Herr Gerdhenrich | 02521 29-1000 | gerdhenrich@beckum.de

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Beckum

17.12.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

In die Zweckverbandsversammlung des Schulzweckverbands Beckum-Ennigerloh werden bestellt:

Frau Nadhira de Silva als stellvertretendes Mitglied als persönliche Stellvertretung für Frau Ute Zeyn

Herr Stephan Hölling als ordentliches Mitglied

Kosten/Folgekosten

Die entstehenden Kosten für die Gremientätigkeiten werden in der Regel von der jeweiligen Organisation getragen, für die das Gremium tätig wird. In Einzelfällen sind Entschädigungsleistungen zu erbringen. Entstehende Personal- und Sachkosten sind dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen.

Finanzierung

Die Ausgaben für Entschädigungszahlungen und Sitzungsgelder werden aus dem Produktkonto 010101.542100 – Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten – gedeckt.

Erläuterungen:

In der Sitzung des Rates der Stadt Beckum am 20.11.2025 wurden im Rahmen eines einheitlichen Wahlvorschlags die Vertretungen der Stadt Beckum für die Gremien von juristischen Personen und Personenvereinigungen gewählt, so unter anderem auch für die Zweckverbandsversammlung des Schulzweckverbands Beckum-Ennigerloh (siehe Vorlage 2025/0336 und Niederschrift zur Sitzung).

Im Nachgang ist aufgefallen, dass Herr Patrick Schwerte (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) als stellvertretendes Mitglied und Herr Tobias Tönnißen (FWG-Fraktion) als ordentliches Mitglied gar nicht wählbar für die Zweckverbandsversammlung des Schulzweckverbands Beckum-Ennigerloh waren, da sie keine Ratsmitglieder sind. Gemäß § 6 Absatz 3 Satzung des Schulzweckverbandes Beckum-Ennigerloh für die interkommunale Rosa Parks Gesamtschule werden die jeweiligen Mitglieder der Versammlung und ihre Stellvertreterinnen/Stellvertreter werden durch die Räte der Stadt Beckum und der Stadt Ennigerloh für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften der Verwaltungen bestellt.

Die Verwaltung hat die Angelegenheit mit den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und FWG besprochen; von dort wurden neue Wahlvorschläge eingereicht, die sich aus dem Beschlussvorschlag ergeben.

Anlage(n):

ohne